Die geistigen Arbeiter

Zweiter Teil:

Journalisten und bildende Künstler

Herausgegeben von Ernst Francke und Walther Lotz





Duncker & Humblot reprints

Schriften

Des

Vereins für Sozialpolitik.

152. Band.

Die geistigen Arbeiter.

3meiter Teil.



Verlag von Duncker & Sumblot. München und Leipzig 1922.

Die geistigen Urbeiter.

Zweiter Teil.

Journalisten und bildende Künstler.

Serausgegeben im Auftrage des Bereins für Sozialpolitik

von

Ernst Francke † und Walther Lotz.



Verlag von Duncker & Sumblot. München und Leipzig 1922. Alle Rechte vorbehalten.

Altenburg Pierersche Hosbuchbruckerei Stephan Geibel & Co.

Porwort.

Schwierigkeiten besonderer Art zwangen den Unterausschuß des Bereins für Sozialpolitik, die Untersuchungen über die Lage der geistigen Arbeiter auf die freien Schriftsteller, Journalisten und bildenden Rünftler zu beschränken. Leider war es nicht möglich, die Lage der Musiker, sowohl der schaffenden wie der reproduzierenden, der Bühnen= fünftler, Rechtsanwälte, Arzte und anderer Schichten der Beiftes= arbeiter in die vorliegenden Untersuchungen miteinzubeziehen. Ein tragisches Geschick hat über jenen gewaltet, die sich als Herausgeber dieser Untersuchungen die größten Verdienste erworben haben. Prof. Dr. E. Francke, der die Untersuchungen über die Lage der Journalisten und des Zeitungsgewerbes mit nicht zu übertreffender Sach- und Versonenkenntnis zu leiten begonnen hatte, wurde mitten aus jeiner ber= dienstlichen Arbeit durch den Tod abberufen. Und Prof. Dr. L. Singheimer ist uns durch den Tod entrissen worden, nachdem er eben die Herausgeberarbeit für den ersten Teil des vorliegenden Bandes zu Ende geführt hatte. Beiden hervorragenden Fachmännern schuldet der Berein auch für die im Interesse der Untersuchung der Lage der Beistesarbeiter geleistete ausgezeichnete Arbeit dauernden Dank.

München, den 9. August 1922.

W. Lotz.

Inhaltsverzeichnis.

	The state of the s	
		Seite
1.	Rapitel. Grundlinien der äußeren und inneren Gliederung bes	
	Schriftstellertums und Verlages. Von Dr. Abolf Braun, M. b.	
	R., Hauptschriftleiter der "Frankischen Tagespost" (Nürnberg)	1 27
2.	Kapitel. Die Lage bes beutschen Zeitungsgewerbes. Bon Dr. Martin	
	Carbe, Generalbevollmächtigtem der Firma Rudolf Moffe, Bor-	
	figendem des Prafidiums der Bereinigung großstädtischer Zeitungs-	
	verleger (Berlin)	29 61
3.	Kapitel. Die Berufsvereine des deutschen Journalismus. Von	
	Cajetan Freund, Schriftleiter der Münchener Zeitung (München).	63 - 120
4.	Rapitel. Die Lage ber festangestellten Schriftleiter und Mitarbeiter	
	im beutschen Zeitungsverlag. Bon Dr. Friedrich Trefz, Berlags-	
	birektor ber Münchener Neuesten Rachrichten (München)	121-142
5.	Rapitel. Die berzeitige wirtschaftliche Lage ber bilbenden Rünftler.	
	Bon Frit Bellmag, Schriftleiter bes Reichswirtschaftsverbandes	
	bilbender Künftler Deutschlands (Berlin-Zehlendorf)	143-175

Erstes Rapitel.

Grundlinien der äußeren und inneren Gliederung des Schriftstellertums und Verlages.

Von

Dr. Aldolf Braun, M. d. R., Sauptschriftleiter ber "Frankischen Tagespost" (Rürnberg).

Schriften 152 II.

Wie sich die wenigsten Menschen, die täglich ihre Frühstückssemmel effen, klarmachen, wie viele Boraussehungen und Arbeitsprozesse notwendig sind, um das Frühstücksbrot auf seinem Tisch regelmäßig und stets gleichmäßig zu erhalten, ebenso viele sind unwissend hinsicht= lich der Voraussehungen, Bedingungen wie der Mannigfaltigkeiten literarischer Arbeit. Das gilt von der Papierherstellung, von der Schriftgießerei, von Sat, Stereothpie und Druck wie Bertrieb, aber auch von der spezifischen literarischen Arbeit. Wie mannigfach die direkte und noch mehr die indirekte Arbeit ist, die als fertiges, von allem Berfönlichen losgelöstes Produkt dem Buch- oder Zeitungsleser entgegentritt, wissen sehr wenige, weit weniger als man bermuten dürfte. Für den Mann am Zeitungsbau ist es über alle Magen be= trübend, oft hören zu muffen, wie fich die Zeitungsleser die Berftellung eines Zeitungsblattes denken. Jedermann durfte ichon gehört haben, daß die Zeitung mit Schere und Kleister hergestellt wird. Wobei man freilich fragen mußte, wie die "Urzeitung", aus der die anderen zu= sammengeschnitten werden, eigentlich hergestellt wird. Wohl spielen Schere und Rleister eine Rolle im Zeitungswesen, aber eine weit ge= ringere, als man annimmt; auch die Scherenarbeit ist nur möglich, wenn von anderen bei zäher Arbeit felbständig produziert wird. Selbst der, der mit Schere und Rleister von Anfang bis zu Ende der Arbeits= zeit in seiner sogenannten Redaktionsstube hantiert, ift kein Mann, den man rasch ersetzen kann; um zu wissen, was man schneidet und was man nicht ausschneidet, wohin man das Ausgeschnittene in die Zeitung stellt, ob es richtig und zeitgemäß ift, bestimmte Abfate oder Artikel aus einer anderen Zeitung wiederzugeben, ist auch geistige Arbeit erforderlich, die man nicht umschreiben, die man schwer erlernen kann. Mag man den Mann mit dem Kleistertopf noch so niedrig einschätzen, so vergesse man nicht, daß er nur, solange er mit diesen primitiven Werkzeugen hantieren kann, dauernd in seiner Redakteurstellung bleiben kann. Er pagt sich an, er gliedert sich ein, oder er wird ersett. Dafür sorgt auch ein noch so bescheidenes Bublikum, selbst wenn es einen überbescheidenen Maßstab an Inhalt, Wichtigkeit und Standpunkt seiner Zeitung legt.

Wenn wir das Minimum von Fähigkeiten, Kenntnissen und Berussersahrung eines Zeitungsschreibers an die Spitze unserer Darstellungen gesetzt haben, so geschah es, um durch diese Gegenüberstellung der modernen großen Zeitung — wobei ich freilich nur deutsche Maßstäbe anwende, die englischen und amerikanischen würden die Abstände noch mehr verdeutlichen — sosort die Mannigfaltigkeit von Betriebszgrößen, auch von Betriebsshstemen und damit auch den komplizierten Organismus in der Zeitungsproduktion ahnen zu lassen. Wie man von Betriebsshstemen in der keramischen oder in der Textilindustrie sprechen kann, so auch beim Zeitungswesen, wenn sich unser wissenschaftliches Interesse in einigermaßen ähnlicher Weise der geistigen Produktion wie der materiellen zugewandt hätte.

Wer einmal auf Fußtwanderungen Dorf und Kleinstadt passiert hat und nicht nur das Wirtshausschild gesucht hat, der wird auch in sehr kleinen Orten Zeitungen entdeckt haben, selbst Tagesblätter. Ich habe schon in solchen Zwergbetrieben Verleger, Redakteur und Setzer und Drucker, Buchhalter und Annoncenacquisiteur wie den Expedienten in einer Person vereint gefunden, twobei ich durchaus nicht alle ihre Funktionen erschöpft habe. Auch ein so vielseitiger "Redakteur" muß mit Mitarbeitern Beziehungen halten; auch er muß über einen, wenn auch sehr primitiven, aber doch schnelleren Nachrichtendienst, als man oft vermutet, verfügen.

Betrachten wir nun die "große Zeitung", wie sie in Berlin in einem reichlichen Dußend, wie sie in Hamburg und Köln, in Franksfurt, Magdeburg und München in einem oder mehreren Exemplaren vorkommt. Diese großen Zeitungen, deren politische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung ebenso für die Erkenntnis der Zustände in unserem Bolke von überragender Bichtigkeit sind, wie sie auch der Maßstab unseres Kulturzustandes, aber auch unserer Urteilskraft und unseres moralischen Gesüges sind, so dürsen wir doch über Bedeutung und Ansehen, Einfluß und treibende Kraft der großen Zeitungen niemals vergessen, daß daneben die positive und auch negative Erziehungszund Berziehungsarbeit der kleinsten, kleinen und mittleren Presse in ihrer Gesamtheit von gewaltigem, wenn auch nicht meßbarem Gewichte ist.

Aus mangelnder Kenntnis des sehr komplizierten Rachrichtens dienstes überschätzt man ganz gewaltig den Ginfluß der großen Zeistungen auf die kleinste, kleine und mittlere Presse. Es ist vielleicht teine sasche Vermutung, daß dieser Einfluß vor einem Vierteljahrshundert bedeutend stärker war als jetzt. Große selbständige — das Wort nur im Hindlick auf den Produktionssaktor gebraucht — Nachrichtensvermittlungsskellen und Artikelfabriken vrientieren die kleinere Presse, sie bestimmen vielsach ihren Inhalt; durch die Möglichkeit, Hunderte kleine Zeitungen gleichzeitig in ihrem Urteile zu bestimmen, gewinnen sie gewaltige Macht zur Bestimmung des Volksurteils und der Volksskimmung; sie wirken hierdurch auf die politischen Entscheidungen und auf die Erregung wirtschaftlicher Besürchtungen; sie bestimmen die geistige Ernährung, Bildung und Erholung weiter Volksschichten versmutlich weit mehr als die große Presse.

Es gibt fo zahlreiche Abstufungen im Zeitungswesen, daß es ber= wegen wäre, in einer auf diese Probleme bloß hinweisenden Abhand= lung die ganze Mannigfaltigkeit ihrer Birkungsmöglichkeit verdeut= lichen zu wollen. Deutschland hat eine große Anzahl von Zeitungen, die in ihrer äußeren Aufmachung mit den knapp zwei Dupend im wahren Sinne des Wortes "großen Zeitungen" in äußerlichen Wett= bewerb zu treten suchen. Sie erwecken beim nichtsachverständigen Bublikum den Anschein, als ob sie in allen Sauptstädten Korrespondenten hätten, als ob sie durch Spezialberichte über alle Ereig= nisse unterrichtet werden, als ob die bedeutendsten Schriftsteller ihre Feder diesen Zeitungen leihen würden. Dieser Schein wird erweckt durch Zeitungskorrespondenzbureaus eigenartiger Einrichtung, zum Teil durch ein System ber Rooperation mit einer Reihe anderer, durch ent= fernte Lage jeden Wettbewerb ausschaltenden Zeitungen, die sich ge= meinsam eigene Bureaus schaffen zur gleichzeitigen Unterrichtung einer ganzen Anzahl von Zeitungen, deren Lefern der Glaube erweckt wird, daß diese Nachrichten ihres Blattes nur ihnen als Abonnenten einer bestimmten Zeitung zukommen, während sie tatsächlich den Abonnenten einer größeren Anzahl von Zeitungen gleichzeitig vorgelegt werden.

Wir sind bisher nur von der Zeitung ausgegangen, und zwar um deswillen, weil sie in weit höherem Maße als jede andere Produktionsmethode geistiger Art eine Ware erzeugt, die wie das Produkt der großen Fabrik allgemeiner Gebrauchsartikel geworden ist. Es ist zwar nur eine Vermutung, aber eine, die sehr viel Wahrscheinslichkeit beansprucht, daß erstens die Zahl der Erwachsenen, die heute in Deutschland keine Zeitung lesen, verschwindend gering ist, daß andererseits ein überaus starker Prozentsak der Erwachsenen im deuts

schen Bolke, vielleicht mehr als 90 %, als regelmäßige geistige Rost nichts anderes als Zeitungen lefen, wenn wir bon Bibel, Befangund Gebetbuch absehen. Auch der größte Teil der in den weiten Bcgriff des Schriftstellertums einzureihenden Personen wird berufsmäßig zumeist oder ausschließlich für Zeitungen schreiben. Das ist weit häufiger der Fall als bor einem Bierteljahrhundert oder gar bor einem halben Jahrhundert. Damals wurde der Roman geschrieben, um als Buch oder in den niederen Gründen als zur Kolportage bestimmte Heftsammlung zu erscheinen. Der in den Zeitungen damals schon ein= gedrungene Roman war vielfach für die Zeitung geschrieben. Seute rechnet ein großer Teil der Romanschriftsteller schon bei der Anlage des Buches, daß er seine Arbeit nur reichlich entlohnt bekommen kann, wenn ihm die Beröffentlichung in der Zeitung gelingt, oder wenn es gar berfilmt werden kann. Das Buch ist natürlich das vornehmere, die Beröffentlichung in der Zeitung das einträglichere, die Berfilmung das ökonomische "Sdeal". Die Beröffentlichung eines Romans in der Beitung hat weit mehr Wahrscheinlichkeit und auch weit mehr innere Triebkraft, zu immer neuen Auflagen durch bezahlten Rachdruck in anderen Zeitungen zu gelangen, während für die Reuauflage eines nur in Buchform herausgegebenen Romans weit geringere Hoffnung berechtigt ist. Mit den Honoraren der großen Zeitung vermag auch der große Buchberlag nicht leicht in Wettbewerb zu treten. Doch wird nun bei der Kalkulierung des Romans im Kontor des Buchberlegers auch der Abdruck in den Zeitungen ichon in Rechnung gestellt. Gelbst die Wissenschaft, die sich von der Erfassung durch die immer weiter um sich greifenden Zeitungen gewehrt hat, wird in immer höherem Maße von den Zeitungen angezogen. Zum Teil geschieht es durch Interviews bekannter Gelehrter, zum Teil durch die unmittelbare Arbeit von Gelehrten an Zeitungen, was übrigens bis in das 18. Sahrhundert hinein durch die lange Geschichte der (Augsburger) Allgemeinen Zeitung, aber auch durch die Arbeiten, um nur wenige Beispiele anzuführen, Ragels für die Kölnische Zitung, Schmollers für die Neue freie Presse, Brentanos, Max Bebers, Schäffles für die Frankfurter Zeitung zu belegen ift. Die Ausbildung des Feuilletons, der Wettbewerb der Zeitungen im Glänzen mit bekannten Ramen, der immer wachsende Durft nach Popularifierung der Wiffenschaft, vielleicht auch der Widerspruch vieler Ge= lehrter gegen die leichtfertige und oft verantwortungslose Behandlung wissenschaftlicher, nicht zulett medizinischer Fragen in den Zeitungen treibt sie — es ist vielfach zu bedauern, daß es so wenig geschieht —, selbst das Ergebnis ihrer Forschung für die breiten Massen um= zumünzen.

Wir finden in den Zeitungen heute selbst sprachwissenschaftliche, urgeschichtliche, medizinische, philosophische Probleme erörtert; man stelle nur fest, wie viele das Problem freilich nicht verständlich machende Artikel über die Relativitätstheorie in den letzten drei Jahren in den Zeitungen erschienen waren. Daß so ein, wenn auch mit oft ganz ungeeigneten Präften angetriebenes Behikel für die Berbreitung allzgemeinen Wissens stets im Laufe gehalten wird, daß den breiten Massen der Bevölkerung die mannigsachste Kost für den Geist gewährt wird und jede andere Befriedigung der Bildung und des Lesebedürfsnisses ihnen nur zu oft überklüssig erscheint, verdanken wir dem Expansionstriebe der Zeitungen.

Im engen Ursachenkonner mit diesen Tatsachen steht die macht= volle Ausbildung des Zeitungsverlages. Bon wenigen Ausnahmen abgesehen, aber auch diese Ausnahmen beeinflussend, ift das Zeitungs= geschäft ein kapitalistisches und vielfach ein großkapitalistisches Unternehmen geworden. Immer größere Betriebekapitalien find notwendig, weil in wenigen Gebieten der Warenproduktion das umlaufende Rapi= tal eine so gewaltige Bedeutung hat wie in Zeitungsverlagen. Das Prinzip der vertikalen Ronzentration, die Bereinigung von Druckereien, hier und da auch Papierfabrik mit Verlag, hat sich im Zeitungswesen längst durchgesett. Jeden Tag oft zweimal, ja dreimal, vereinzelt auch viermal am Tage wird die Ware hergestellt und vollständig verbraucht. Es bleiben keine Vorräte zurück; sie würden auch schon nach Stunden wertlos werden. Nicht für einen Gang der Produktion, nicht für ein Dutend Umschläge der Ware muß der Rohstoff vorhanden sein. Re= serben größer als in den meisten anderen Industrieunternehmungen muffen reichlich zur Berfügung fteben, weil in keinem anderen Betriebe eine Unterbrechung der Produktion und der Bedürfnisbefriedi= gung eines, wenn auch nicht bekannten, so doch der Menge nach fest umschriebenen, fehr ungeduldigen, auf peinlichste Bedienung warten= den Ronsumentenkreises so ftark die Erifteng des Unternehmens gc= fährdet. Die Ware wird zwar in ungeheuren Massen hergestellt, aber sie ist nicht, wie etwa bei der Brotfabrik, durch die Leistungen einer anderen Produktionesftätte befriedigend zu erseben. Gine weitverzweigte Organisation mit überaus feiner Arbeitsteilung ist für den großen

Berlag innerhalb seines Betriebes, zum Teil in noch höherem Maße außerhalb seines Betriebes, notwendig. Bor allem kommt ihm der rasche Umschlag seines Produktes in wenigen Stunden im Gegensat zum Buchverlag, der zum Umschlag nur in den besten Fällen Monate, in den meisten Jahre bedarf, zugute. Die Größe des Kapitals, die für ein dauerhaftes Zeitungsunternehmen notwendig ist, mindert die Gefahr einer Steigerung des Bettbewerbes in hohem Maße. Die Kaschbeit der Produktion und die noch viel wichtigere Schnelligkeit des Barenabsakes ermöglicht seinfühligen Zeitungsunternehmungen eine überaus rasche Anpassung an alle Bedürfnisse des Berkehrs — das Bort im weitesten Sinne genommen — und auch eines launenhaften Abnehmerkreises. Die Zeitung selbst wird zur gewaltigen Macht, die Geschmack, Auffassung und Triebkraft der Zeitungskonsumenten stark zu beeinflussen vermag.

Neben der vertikalen Konzentration findet sich auch in den Zeitungsverlagen den Trieb zur horizontalen Konzentration, daneben zu Preiskonventionen und zu mancherlei kartellähnlichen Vereinigungen. Die Zeitung ift nicht nur häufig felbständiges, in sich geschlossenes, jede fremde Beeinflussung fernhaltendes Unternehmen, sondern auch in immer höherem Mage Blied größerer Wirtschaftskörper. Sie kann völlig eingegliedert sein in einen großen kapitalistischen Organismus und auch da wieder in mannigfachster Form. So in einem großen Beitungs= und Zeitschriftenverlag, in dem sie bei all ihrer eigenen Größe doch nur ein Glied eines vielgespaltenen und immer weiter ausgreifenden Rörpers ift, wie g. B. die Boffische Zeitung oder der Berliner Lokalanzeiger in ihren großen Berlagen. Es kann sich um eine Angliederung an einen großen Annoncenverlag handeln, der, eben= so wie er den Inseratenteil einer Anzahl von Zeitungen gepachtet hat, auch eigene Zeitungen besitt, wie der Konzern von Rudolf Mosse. Es können Zeitungen in eine große kapitalistische Verflechtung eingegliedert werden, wie bei der Übernahme der Norddeutschen allgemeinen Buchdruckerei mit dem dazugehörigen Buchverlag von Reinhold Sobbing mit feiner großen Buchdruckerei, die die umfangreichste deutsche Beitung, den "Reichsanzeiger", drudt durch das für den Fernstehenden, angeblich auch für den Beherrscher ganz unübersehbare gewaltige Unternehmen der Firma Stinnes, die auch die größte Bribatdruckerei Berlins, die von B. Bürenftein, befitt. Es finden auch Verflechtungen von großen selbständigen Druckereiunternehmungen mit Zeitungen statt

wie beim Berlage von Bürenstein zur Zeit seiner Selbständigkeit, bann Berbindung bon Buchberlagen und Zeitungsverlagen, fo beim Moffekonzern, selbst auch Angliederung von Buchverlagen, ja selbst von Film= auswärtigen Zeitungsunternehmungen unternehmungen und Zeitungsverlage, so beim Ullsteinkonzern. Schon diese Aufzählung, die durchaus nicht die ganze Mannigfaltigkeit dieser Art von Unternehmungen erschöpfen will, zeigt uns den rein kapitalistischen Charakter der meisten großen Zeitungsunternehmungen. Aber neben diesen mittel= bar oder unmittelbar auf möglichst hohen kapitalistischen Gewinn ge= richteten Riesenunternehmungen gibt es eine große Gruppe, wenn auch durchaus keine ebenbürtige Gruppe von weiteren, aber kleineren, wenn auch oft noch ansehnlichen Zeitungsunternehmungen, deren wesent= licher Zweck, Triebkraft und Entstehungsgrund auch das Streben nach Kapitalistischem Gewinn ist.

Die Bedeutung der mittleren und kleineren Presse ist anders zu werten, als der oberflächliche Betrachter einer derartigen Zeitung für notwendig halten dürfte. Diese Zeitungen sind oft nur Ginzelglieder eines starken, über das ganze Reich verteilten Körpers. Große Nachrichtenbureaus berforgen Sunderte von Zeitungen oft mit allen Nachrichten, die all diese Zeitungen benötigen neben den rein provinziellen und lokalen. Diese Zeitungen werden oft zum Teil schon mit dem Sate von diesem Nachrichtenbureau versorgt. Gin derartiges Nachrichtenbureau, deffen Arbeit, Berbindungen, Beziehungen und Dienft= barkeiten nur dem Eingeweihtesten bekannt sind, von deren Existenz kaum irgendeine der Zeitungen, die sie bedienen, etwas weiß, kann eine Macht darstellen sowohl in der Sand einer Regierung, wie auch einer Partei, wie einer Wirtschaftsgruppe, wie auch einer einzelnen Berfonlichkeit, die größer und einflugreicher und schicksalsschwerer für ein Bolk sein kann als die Haltung einer der größten und angesehensten Beitungen.

Neben der in deren höchsten Entwicklungsformen gekennzeichneten Geschäftspresse gibt es noch, wenn man das freilich nicht genügend klar abgrenzende Wort schaffen darf, eine Zweckpresse, die im wesentlichen Parteipresse sein wird. Ihre Aufgabe ist, den Standpunkt einer Partei oder Parteigruppe zum Teil lokaler, zum Teil überlokaler Art zu verstreten. Es kann sich aber dabei auch um sonstige, nicht auf Erwerb gerichtete Gruppen handeln, die nach einer publizistischen Ausdruckssorm suchen müssen, wenn sie Bestand haben sollen. Dazu gehören die

jedenfalls einen gewaltigen Einfluß ausübenden religiösen Volksblätter, soweit sie nicht als rein wirtschaftliche Unternehmungen gegründet und weitergeführt werden. Auch die Zweckpresse, vor allem die Parteipresse, kann, wenn sie eine bestimmte Größe crreicht, keine Insel in kapitalistischer Flut bilden; sie muß auch auf die Sicherung ihres Bestandes bedacht sein; sie bleibt den Bedingungen des "freien", oft freilich sehr unsreien Marktes unterworsen, wenn sie ebenso wie die Geschäftspresse an Ersah von Maschinen und Schristen, an den Kauf von Papier, Druckersarbe usw., an die Entlohnung ihrer durch Tarife gebundenen Angestellten und Arbeiter gehen muß.

Der Zeitungsverlag greift in das Akzidenzgeschäft, in die Bucherherstellung, oft auch in den Buchverlag über, um seine umfangreichen technischen Einrichtungen mit ihren mannigsachen sehr großen, das Erscheinen der Zeitung sichernden technischen Reserven ausnützen zu können. Der Zeitungsverlag schafft einen Zusammenhang der Unter= nehmung mit fehr vielen geistigen Kräften, die im Buchberlag aus= genütt werden können, regt oft den Zeitungsverleger an, daneben Buchverleger zu werden, weil ihm feine Zeitungen die Möglichkeit regelmäßiger und überaus stark wirkender Anpreisung seiner Berlagswerke Den belletristischen Verlagen bor allen, nicht nur denen minderen geistigen Wertes, droht der Zeitungsverlag überragender und vielleicht siegender Mitbewerber zu werden. Um so mehr würde das der Fall sein, wenn die schon vorkommende Verwendung des Zeitungs= sates für das nach Abdruck eines Romans in der Zeitung erscheinende Buch noch häufiger in Erscheinung treten wird. Der Zeitungsverlag beginnt schon bei der Auswahl des in der Zeitung und nachher als Buch zu veröffentlichenden Romanmanuskriptes seine Berfilmbarkeit im eigenen Filmunternehmen in Aussicht zu nehmen. Die gewaltigen Rotationsmaschinen dürfen nicht mehr wie bisher bloß ausnahms= weise, außer zur Zeitungsherstellung, auch für die Buchherstellung in Betracht kommen. Die Technik hat es schon soweit gebracht, daß mit einem einzigen Gange von Rotationsmaschinen ein ganzer Roman ge= druckt, geheftet und auch gebunden werden kann. Diese Ginrichtungen, die ein gewaltiges stehendes Rapital erfordern, kommen weit eher beim Beitungsverlag als beim felbständigen Buchverlag oder bei der "Lohnbruderei" in Frage. Dem großen Zeitungsverlage find heute oft nicht bloß Stereothpie, sondern auch zahlreiche polygraphische Nebenbetriebe,

Offsetdruck, Photographie, Zinkographie usw. angeschlossen, vereinzelt selbst die Papiersabrikation.

An der Spike alles dessen, was innerhalb der Gewerbsgruppe polygraphischer Gewerbe als Berlag verstanden wird, steht Umfang und Bedeutung nach der "Zeitungsverlag". Der Zeitungsverlag birgt in sich eine Mannigfaltigkeit von Größen, Formen, Zweckbestimmungen, Selbständigkeiten, Eingliederungen und Verwandtschaftsverhältnissen. Doch lassen sich diese Unterscheidungsmerkmale nicht säuberlich sons dern; dem Fernstehenden dürften sie als unentwirrbare Verknotung erscheinen.

Der Zeitungsverlag wird vor allem dahin zu unterscheiden sein, ob er seiner Zweckbestimmung nach ein aus wirtschaftlichen Absichten entstandenes Unternehmen ist, d. h. ob es sich um einen Zeitungs= verlag der "Geschäftspresse" handelt. Ein Zeitungsunternehmen der Geschäftspresse muß man sich nicht bar aller ideellen Triebkräfte vorstellen. Politische Konfequenz, kräftige und rücksichtslose Bertretung eines einmal eingenommenen Standpunktes fällt öfters, als man annehmen durfte, mit wohlberstandenen Geschäftsinteressen zusammen; das geschäftliche Interesse kann zum Ertragen von materiellen und anderen Opfern berleiten, um einen borausbestimmten politischen, konfessionellen usw. Standpunkt dauernd zu vertreten. Die Geschäfts= presse vertritt natürlich häufig eine rein kapitalistische Interessenpolitik, unbeirrt durch alle anderen Rücksichten. Biele Zeitungsunternehmungen sind erworben worden von individuell kapitalistisch bestimmten Unter= nehmern; andere wurden als Aktiengesellschaften gegründet oder in Aktiengesellschaft überführt, wenn auch Aktien von Zeitungsunternehmungen meist den offenen Markt meiden. Mehr als ehedem sind in den Jahren nach der Revolution Geschäftsanteile von Zeitungen bon Gruppen oder Personen erworben worden, die eine durchaus andere Richtung vertraten, als die betreffenden Zeitungen bis dahin innehielten. So find im Laufe der Zeit, um nur einige große Blätter anzuführen, die Frankfurter Nachrichten, die Weserzeitung, die Münchener Neuesten Nachrichten, die München-Augsburger Abendzeitung, (Nord)deutsche allgemeine Zeitung in den Besitz und damit in die poli= tische Machtsphäre anderer Interessengruppen übergeführt worden. Diese Beispiele ließen sich bor allem durch die Beranziehung kleinerer Beitungen gewaltig vervielfachen. Mit anderen Borten, die Beitungs= unternehmung kann, wie jede andere kapitalistische Unternehmung, leicht

den Besitzer wechseln, wobei nicht nur die fertiggestellte Bare, fondern ideelle Werte Berkaufsobjekt des Marktverkehrs waren: die Möglich= keit, die öffentliche Meinung nach bestimmten Richtungen zu beeinflussen. Bei der Bermögensübertragung der Zeitungen werden Preise gezahlt, die außer jedem Verhältnisse zu deren Sachwerte standen; ideclle Werte wie Titel, Geschichte, Unsehen der Zeitung, der Bergicht der Borbesither, die Zeitung ideell auszunüten mußten sehr hoch in den Raufpreis kalkuliert werden; sie mögen oft weit größer ins Gewicht gefallen sein als Abonnentenkreis und Inserentengewohnheit des Bublikums; be= deutsam fiel ins Gewicht Berbreitungsradius und Abonnentenzahl der Zeitung. Beim Besitwechsel einer Zeitung kommen weit mehr als bei dem einer anderen kapitalistischen Unternehmung Liebhaberwerte in einer mehr äußerlich kaufmännischen Rechnung in Betracht, ähnlich wie bei der Arrondierung von Grundstücken, bei Runstauktionen und bei Sammlerleidenschaft. Der Rampf um die "öffentliche Meinung" baw. um ihre Beeinflugbarkeit ist beim Besitwechsel einflugreicher Beitungen oft die treibende Rraft.

Neben der Geschäftsunternehmung gibt es die "3wedunternehmung" im Zeitungsgeschäft, d. i. bor allem die Schaffung und Sicherung eines Organs zur Benachrichtigung und Unterrichtung, eventuell auch zur Zusammenfassung der Anhänger einer politischen Richtung, die auch bei den Besitzberschiebungen im Zeitungswesen entscheidend wirkt. Neben all dem Anreiz, den das Geschäftsunternehmen zu bieten bestrebt ist, seine Zeitung zu abonnieren, oft an Stelle dieser oft machtigen Anziehungsmittel, foll bei der Zweckpresse das Aflichtgefühl der Lefer wirken, die das Organ lesen, weil es für die Bertretung ihrer politischen Richtung besonders geschaffen wurde. Die Geschäftsführer wie auch die übrigen Kräfte von großen kapitalistischen Unternehmungen werden ausschließlich nicht nach politischer Ginftellung, sondern nach schon bewährter Tüchtigkeit ausgezahlt; sie sind auch in der Regel besser bezahlt; sie sind frei von Hemmungen; sie passen sich weit leichter den Anforderungen der Konsumenten an; so ist das große kapitalistische Unternehmen viel elastischer in der Anwendung seiner Rräfte, Beschäftsmaximen und Mittel; es kann weit leichter seine Investitionen bermehren, während die reine Parteizeitung weit schwerer alle un= gunftigen Ronjunkturen überwindet; fie ift in der Bettbewerbemög= lichkeit ungünstiger gestellt als der rein geschäftliche Berlag. Der rein kapitalistische Zeitungsbetrieb arbeitet nicht mit den Begrenzungen,

Kontrollen und mit der engen Auswahlmöglichkeit seiner geistigen Mitsarbeiter wie der Parteiverlag.

Bon ganz bereinzelten Ausnahmen abgesehen, ist, rein wirtschaftslich genommen, der Geschäftsverlag im Borteil vor dem Parteiverlag, da er sein Unternehmen rein kapitalistisch und auch viel vorurteilsloser hinsichtlich des Bechsels der Anschauungen und der Anpassung an Stimmungen des Leserkreises betreibt, vor Sensationslust weit weniger zurückschreckt, öfters sogar die Richtungslosigkeit als sein Prinzip anspreist, während die moralisch weit gebundenere Parteizeitung durch das Wirken der Parteiorganisation für das Parteiblatt Werbestoften zu sparen hofft.

Unter anderen Gesichtspunkten ist der Zeitungsverlag nach Größenklassen des Betriebes zu differenzieren, wobei wir, wenn auch nicht als ausnahmslose Regel, einen gewissen Parallelismus zwischen Brößenklassen der Erscheinungsorte und der Zeitungsverlage feststellen können. Freilich gibt es Großstädte wie hamborn, in denen keine einzige Zeitung erscheint, und einen kleinen Ort wie Oberndorf, in dem eine der verbreitetsten württembergischen Zeitungen ausgegeben wird. In der Regel werden aber in Rleinstädten und noch kleineren Siedlungen nur 3mergzeitungen erscheinen, die in größeren Städten ent= weder überhaupt nicht erscheinen können oder vollständig übersehen werden. Gemisse Beziehungen zwischen Städten und Zeitungstiteln, die einer sehr gründlichen Untersuchung bedürfen würden, bestehen natürlich, aber nur gang grobe Merkmale können vorläufig festgestellt werden, fo daß Zeitungen wie Borfenkurier, Borfenzeitung, Borfenhalle nur in Berlin und Hamburg, täglich erscheinende Zeitungen für Brauerei und Hopfenhandel nur etwa in Berlin und Nürnberg erscheinen können. Gine so viel gelesene Zeitung wie die Münchener Neuesten Nachrichten ließe sich nicht einfach erfolgreich nach Berlin verpflanzen; die Berliner Neuesten Nachrichten waren eine von den Münchener Neuesten Nachrichten völlig verschiedene Zeitung. Leipziger und Dresdener Zeitungen unterscheiden sich sehr scharf, ebenso Mün= chener und Nürnberger Zeitungen. Auch innerhalb der einzelnen Bar= teien ergeben sich, obgleich da viel mehr Triebkräfte zur Uniformität vorhanden sind, sehr starke Unterschiede. Die sozialistischen Zeitungen in Röln und in Breslau, in Samburg und in Berlin, in Nürnberg und in München zeigen berschiedene innere und äußere Bilder, deren Ursache festzustellen ebenso interessant wie schwierig wäre. Das gleiche

gilt bei der Zentrumspartei, man denke bloß an die Rölnische Volkszeitung, die Germania und die Augsburger Postzeitung. Dabei ergeben sich aus dem Bedürfnis des Wettbewerbes gewisse Ungleichungen neben dem Bettstreit, wie der Bergleich von innerer und äußerer Geftalt der Rölnischen Zeitung und Rölnischen Bolkszeitung erweist. Die tiefere Ursache ist wohl das gleiche Bedürfnis eines lokal nicht differenzierten Bublikums verschiedener politischer Unschauungen, das in ähnlicher Beise durch sich fonst hart bekämpfende Zeitungen befriedigt werden muß. Die Typen verschiedener Zeitungen lassen fich natürlich durch einen Vergleich von Zeitungen verschiedener Länder besser klarstellen als bei Beschränkung des Vergleichs auf das deutsche Sprachgebiet. Englische, französische, italienische und deutsche Beitungen würden, selbst wenn von der Sprache vollständig abgesehen werden könnte, sofort als wesensverschieden erkannt werden. Das gilt auch für die in deutscher Sprache erscheinenden großen Zeitungen in Berlin, Wien, Budapest, Bern und Zürich. Bei diesen besteht aber doch eine gewisse Ausgleichung und ständige Beobachtung und Rachahmung. Beit mehr würde man lernen aus einem Bergleich der Bei= tungen in Orten unter 30 000 Einwohnern in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Bor allem müßten die äußeren Merkmale festgestellt werden; des halb wäre eine Untersuchung der Betriebsformen und Betriebsshsteme des Zeitungswesens in Deutschland oder auch in einem räumlich bes grenzten Teile Deutschlands von großer Wichtigkeit. Es werden sich dabei zahllose Übergänge, übrigens auch zwischen Geschäfts und Parteipresse feststellen lassen. Bei einem von Außerlichkeiten bestimmten rohen Bersuch wird man das Riesenzeitungsunternehmen an die Spitzestellen, es aber sosort in selbständige und in eingegliederte, d. h. einem Konzern zugehörende Gruppen teilen. Hier wird man dann wieder differenzieren, ob dieser Konzern lediglich aus Zeitungsunternehmen mit oder ohne technisch vertikal angegliederten Betrieben besteht oder neben Zeitungen mit Betrieben zeitungswesensfremder Art in Bersbindung gesetzt wurde.

Man wird bei allen diesen Unternehmungen wie bei den später zu nennenden nach der handelsrechtlichen Form zu gliedern haben, ob die Aktiengesellschaft, die G. m. b. H., Offene Handelsgesellschaft usw. als Geschäftsform gewählt wurde. Weiter wird man den sehr wenig aussichtsvollen Versuch der Gruppierung nach der Kapitalsanlage zu

machen bestrebt sein. Neben Riesenbetrieben, deren Zahl sehr gering ist, wird man eine verhältnismäßig große Anzahl von Großbetrieben sinden; weit größer dürste die Zahl der Mittelbetriebe nach der Gesamtzahl der beschäftigten Personen, sedenfalls erheblicher als die in Kleinbetrieben wirkenden Personen, sein; sehr eng wird der Kreis der beschäftigten Personen in den Zwergbetrieben sein, an deren Untersuchung man sich nicht zu spät machen sollte.

Eine andere Unterscheidung der Zeitungsverlage wird nach den sekundären Zweckbestimmungen zu geschehen haben, wobei wir bei der Geschäftspresse als primare die ausschließlich kapitalistischen 3wecke des Unternehmens ausehen. Aus Tradition, aus Abhängigkeit bom Leferfreis, aus Beziehungen zu bestimmten Gruppen der Bebolkerung, wobei überall kapitalistische und ideelle Interessen in oft schwer zu scheidendem Zusammenhange stehen, nehmen Zeitungsverlage, ohne sich irgendwie zu binden, einen zumeist mit Überlegung nicht immer gang deutlich zu präzisierenden politischen Standpunkt ein, ihre Unabhängigkeit von Parteileitungen betonend. Gine Gliederung nach dem Inhalte der Zeitung ist auch bis zu einem gewissen Grade mög= lich, so nach dem Überwiegen des politischen oder des unterhaltenden oder des lokalen Teiles. Überall werden Erfahrungen, die zuletzt einen Kapitalistischen 3med fördern sollen, auch unmittelbare kapitalistische Triebkräfte, die Anderungen oder Experimente erzwingen, bei aller politischen oder sonstigen Berhüllung zulett den Ausschlag geben.

Jede wissenschaftliche Behandlung, jede Klassifizierung der Zeitung wird mit der großen Schwierigkeit zu rechnen haben, daß es sich bei ihr weit weniger als in einem anderen Produktionszweige um etwas Dauerndes, bis zu einem gewissen Grade Unberänderliches, sondern um Erscheinungen handelt, die in außerordentlich hohem Maße durch Unruhe, Unsicherheit, Unbeständigkeit, durch ein Suchen nach Neuem und Anderem gekennzeichnet sind; die Zeitung ist von außer ihr stehens den zahlreichen Triebkräften und Hemmungen sichtbar und noch weit öfters unsichtbar mit bestimmt.

Trot aller großen Macht des Zeitungsverlages genießen die Arsbeiter im rein geschäftlichen Zeitungsverlage weit größere Freiheit wie jedem anderen Berleger gegenüber. Die große Anzahl der Zeitungen, eine gewisse Sinsachbeit im technischen Prozesse, ermöglichen eine sehr große Freizügigkeit des technischen Arbeiters in Zeitungsverlagen, wos bei ihm noch das große Interesse des Berlegers an einem an schnelle

und sichere Arbeit gewöhnten, mit allen Einrichtungen des Betriebes in der Zeitungsdruckerei vertrauten Personal zugute kommt. Auch der Redakteur und Mitarbeiter der Zeitung, vor allem der Geschäftspresse, besitzt viele Möglichkeiten, die ihn beschäftigenden Unternehmungen zu wechseln, was beim weit mehr differenzierten Buchverlag nicht so leicht ist.

Die sehr starke Konzernbildung im Buchverlage, seine starke Differenzierung, der die gleiche Differenzierung der geistigen Arbeit entspricht, schafft ein starkes übergewicht des Buchverlegers über den Autor. Der Buchberleger ift nicht in der Lage, mit der beim Zeitungs= verleger einzig dastehenden Schnelligkeit sein Rapital umzuschlagen. In weit höherem Maße als der Zeitungsverleger muß der Buchverleger Rredit geben und mit einem großen "Lohnfond" rechnen. Im Buchverlag finden wir auch bom Riesenkonzern mit mancherlei verhüllten Fusionen bis zum ärmlichsten 3wergbetrieb alle möglichen Größen, neben fehr starker Differenzierung aber auch eine starke Affoziierung des Verlages nach Art der Verlagswerke. Wir haben zwar die großen Gruppen von wissenschaftlichem, belletristischem, Schulbücher-, populärwissenschaftlichem, Schundliteratur-Verlag, wobei sich innerhalb der einzelnen Gruppen weitere offen zutage liegende und daher nicht näher anzuführende Differenzierungen ergeben; aber wir finden auch neben dem ftart differenzierten Berlag, der außerhalb seines Berlags= bereiches nur gang ausnahmsweise Werke anderer Gebiete herausgibt, Berlagsbuchhandlungen, die Belletristik und Wissenschaft, Zeitschriften, Flugschriften und Bücher herausgeben. Streng konzentrierten wissen= schaftlichen Berlag haben wir in der ganz großen Unternehmung höchstens nur ganz ausnahmsweise; so verlegen alle Unternehmungen, die unsere nationalökonomischen Zeitschriften herausgeben, noch andere wissenschaftliche Literatur, historische, juristische, naturwissenschaftliche, medizinische u. a. Am stärksten ift die Spezialisierung beim medi= zinischen Verlage zu beobachten. Gin tieferer Einblick in die Verhält= nisse des Verlages blieb uns bisher versagt, wenn auch die von Rarl Bücher angeregte Untersuchung über die Bücherpreise erwies, daß es sich hier nicht bloß um speziale, sondern auch allgemein wirtschaft= liche Probleme von hoher Bedeutung handelt.

Eine besondere Betrachtung würde Runst= und Musikalienverlag erfordern. Im Musikalienverlag scheint die Konzentration am weitesten vorgeschritten. Erfolgreicher Kunstverlag hat die Investition sehr großer Kapitalien zur Boraussehung.

Begen alten eingebürgerten Berlag ift erfolgreicher neuer Bett= bewerb außerordentlich erschwert; die so schwer meßbare Bedeutung bon Ansehen, Tradition, Chrgefühl der "Firma" wirkt sehr gewichtig. Die Autoren stehen einem immer kräftigeren und sich immer enger zusammenziehenden Kreise von Verlegern gegenüber. Die Not der beutschen Wifsenschaft und auch die Not der deutschen Literatur im weiteren Sinne läßt das Angebot von Produkten geistiger Arbeit eher wachsen als sinken, während der Unterbringung geistiger Arbeit auch hohen Ranges immer stärkere Hindernisse entgegenstehen. Schnelle Umschlagsmöglichkeit des Manufkripts bestimmt mehr als wie vorher den Entschluß des Berlegers. Starke Ronzentrationstendenzen im Buchhandel beschleunigen das Eingehen vieler Zeitschriften, ihre Bereinigung mit früher ichon erschienenen; der Umfang der Zeitschriften wird vermindert; die an die Autoren bezahlten Honorare bleiben in weit höherem Mage außer Verhältnis zur Verminderung der Raufkraft unseres Geldes wie bei den handarbeitern. Die "Drganisation" vermochte nicht die Lage des "Arbeitnehmers" dem Berlage und bor allem dem Buchberlage gegenüber zu sichern, während die Macht des Berlages, bei boller Bürdigung feiner Schwierigkeiten, dem geiftigen Arbeiter gegenüber weit mächtiger wirkt als in den Zeiten vor unserer Geldrevolution.

Die Stellung des Schriftstellers und die Differenzierung in diesem Berufe haben wir, auf Grund unserer heutigen Erkenntnis und soweit das bei der bisher viel zu wenig eindringlichen Behandlung diefes Stoffes möglich ift, klarzustellen. Schon die Umgrenzung diefer Berufsgruppe ift überaus schwierig. Denn gar viele haben äußerlich mit dem Schriftsteller nichts gemein und sind doch nach Methode, 3weck und Ergebnis ihrer Arbeit Schriftsteller. Greifen wir nur vier nabe= liegende Typen heraus: den Journalisten, den Essahisten, den Gelehrten und den Dichter. Selbst wenn wir uns nur auf diese große Unterscheidung beschränken, finden wir schon eine außerordentlich große Mannigfaltigfeit der Betätigung. Allen ift gemeinsam, daß fie für den Druck arbeiten. Allen Gruppen ist gemeinsam, daß sich übergänge von der einen zu der anderen Abteilung finden. Welch gewaltiger Abstand ist aber von einem Gerichtsberichterstatter eines Provinzblattes bis zu dem Manne, der als Ergebnis seiner Lebensarbeit Grammatik eines südchinesischen Dialektes veröffentlicht. Wer wird aber die Gelehrten vollständig ausscheiden wollen? Bedeutende Be-Schriften 152 II.

lehrte bemühen sich um die Popularisierung, zum Teil aus innerem Antriebe, zum anderen der Erwerbsmöglichkeit wegen. Würde man bloß die Tätigkeit des Popularisierers als schriftstellerische bezeichnen, so würde man irren. Immer stärker wächst die wissenschaftliche Arbeit aus der Jolierung der Studierstube heraus und nimmt Anteil an der geistigen Unterrichtung des Bolkes. Was ein Faradah und andere Engeländer und Amerikaner begonnen hatten, die Universitätsausdehnungsbewegung, ist heute eine internationale Erscheinung und wirkt auch auf Art und Stil bei der Publizierung wissenschaftlicher Arbeit. Das Streben, einen möglichst großen Kreis von Menschen zu unterrichten, dürfte wohl zu den Wesenheiten einer Epoche der Wissenschaft, die schrifte wohl zu den Wesenheiten einer Epoche der Wissenschaft, die schrifte bloß als Rebenberuf aufzufassen sein.

Wenn wir den Dichter wirtschaftlich betrachten, so erinnern wir uns an Schillers Bild von dem erft nach der Berteilung der Erde zu uns hinuntersteigenden Poeten. Doch suchen wir beffer den Dichter der Gegenwart nicht in Arkadien, sondern in den Redaktionsstuben. Der Dichter schafft sich oft selbst Zeitschriften. Schiller ist da nicht sein einziger Borläufer, nicht bloß als Herausgeber der Horen; er sollte auch die spätere Allgemeine Zeitung für Cotta organisieren und leiten. Wieder wird man sagen, so sehr das Dichten dem Dichter die Hauptsache ist, der nüchterne Berufsstatistiker wird vielfach das Dichten nur als Nebenberuf anerkennen. Selbst einer unserer größten Roman= schriftsteller und bewundernswertesten Schilderer von deutschem Land und Leuten, Theodor Fontane, ist Zeitungskorrespondent, Kriegs= berichterstatter, Theaterkritiker, Feuilletonist, Essanist, auch Ge= legenheitsdichter und nicht bloß für Zeitungen gewesen. Seine nicht sehr erfreulichen Kassabücher, wenn er solche gehabt haben sollte, würden dem Ökonomen Aufschluß geben, wo Hauptberuf und Rebenberuf ist: während die Literaturgeschichte ihn als bedeutenden Re= präsentanten einer wichtigen Übergangszeit deutscher Dichtkunst un= fterblich macht, foll fich die Geschichte des Sournalismus bescheiden muffen, ihn auch als Journalisten zu würdigen. Run gibt es un= zweifelhaft Dichter — wir erinnern aus der Gegenwart nur an die Brüderpaare Sauptmann und Mann —, die als Dichter im Saupt= berufe bezeichnet werden muffen, bei denen alle andere Tätigkeit auch quantitativ und der kaufmännischen Bilang nach vollständig in den hintergrund tritt, die aber doch Effahisten und Journalisten waren.

Diese Beispiele deuten an, wie schwierig es ist, eine besonders starke Gruppe literarisch tätiger Personen in das richtige Berhältnis zum Haupt= oder Nebenberuf zu bringen.

Der Essahist, der in Deutschland weniger gedeist als in Frankreich und in England, ist dem Journalisten weit mehr verwandt als
dem Gelehrten und dem Dichter. Seine Arbeit ähnelt der des Journalisten; er arbeitet für ein weiteres Publikum; er behandelt in der
Regel gleiche Fragen wie der Nichts-als-Zeitungsschreiber; aber er
unterscheidet sich doch gründlich von ihm; er arbeitet nicht für den
Tag oder für die Stunde, sondern in der Regel, geruhsamer, gründlicher, ausführlicher, für Wochenblätter oder Monatsschriften, mehr
im Jusammenhang mit der Bissenschaft; er legt in höherem Maße
kritischen Maßstab an alle niedergeschriebenen Behauptungen. Die
meisten Essahisten, die diesen Namen verdienen, weil sie ihre Tätigkeit im Hauptberuf treiben, werden selten genügende Absatzelegenheit für ihre "Ware" sinden; sie werden deshalb Anschluß an eine
Zeitung, das ist das größere Absatzeleit, suchen müssen.

Beim Gelehrten, beim Dichter und Essahisten finden wir, daß, je mehr ökonomische Erwägungen bei der Verwertung ihrer Arbeit zu berücksichtigen sind, desto stärker die Zeitung als Absatzebiet ihrer literarischen Produktion in Frage kommt. Nur ein geringer Prozentsatz vermögensloser und einer Anstellung entbehrender Gelehrter und Dichter — in Deutschland sind es keine hundert — werden durch wissenschaftliche oder dichterische Arbeit, soweit sie rein literarisch ist, einen — von Ausnahmefällen abgesehen — nur bescheidenen Lebenssunterhalt gesichert sinden. Ist ja der größte Teil wissenschaftlicher Arbeit, rein ökonomisch betrachtet, so bei den Lehrern unserer gelehrten Schulen, so bei den in staatlichen und privaten Forschungsinstituten Tätigen doch nur Nebenerwerb. Der Trieb zur wissenschaftlichen Arbeit vermögensloser Menschen, die einer staatlichen oder ähnlichen Bestallung entbehren müssen, muß zur Voraussetung eine Erwerbszgelegenheit haben, die zumeist bei der Zeitung gesunden werden wird.

Auf der einen Seite sehen wir, daß viele zur Zeitung drängen, die nur im weitesten Wortsinne als Schriftsteller anzusehen sind; auf der anderen Seite finden wir aber auch, daß die Zeitungsverlage und Chefredaktionen unter dem Drucke des immer stärkeren Wettbewerbes der Zeitungen unter sich und bei den immer wachsenden Ansprüchen des Leserpublikums wie bei dem Streben, die Reklame auch für ihr

Unternehmen wirken zu lassen, einen Ausbau der Zeitung erstreben. Sie wollen für die große Masse des Bolkes — und damit sind nicht nur die breiten unteren Massen gemeint — die Zeitungen ausbauen zu einem Mittel, alle geistigen Bedürfnisse des Leserkreises zu befriedigen, alle Gebiete des Wissens, wenn auch in sehr verdünnter, nicht immer klarer Wassersuppe, den Lesern zugänglich zu machen. Aber nicht bloß durch die Fülle des Stoffes, sondern auch durch die Berühmtheit der Mitarbeiter will der Verlag die Zahl seiner Abonnenten dem Untersnehmen sichern und ihm stets neue Bezieher anlocken.

Die Differenzierung der schriftstellerischen Arbeit für die Zeitung ist eine besondere Aufgabe. Man wird unterscheiden müssen zwischen der Arbeit für die Zeitung, in der Zeitung und aus der Zeitung.

Eine Rlaffifizierung der für die Zeitungen tätigen Schriftsteller wird schon durch den Umstand erschwert, daß die Zeitung nicht etwas Gleichartiges ist. Je größer die Bahl der Redakteure in einer Zeitung ift, desto weiter wird in ihr die Teilung in der geistigen Arbeit ausgebildet sein. Aber auch diese Arbeitsteilung ist vielfach anders als man meint. Die Verschiedenartigkeit der an jedem Tag in der Zeitung neu gestellten Aufgaben läßt es als einen übrigens nicht erfreulichen Ausnahmefall zu, daß ein bestimmter Redakteur etwa immer Leit= artikel schreibt. Dispositionen sind für jede Zeitungsnummer notwendig; eine Zeitung kann noch so üppig organisiert sein, sie wird für bestimmte Probleme keinen geeigneten Mann in ihrem Gremium haben. So ergibt sich, daß die Zeitung, so merkwürdig es ist, je besser sie in sich organisiert ist, besto mehr Mitarbeiter außerhalb ihrer Räume zur Verfügung haben muß. Diese sind zum Teil ständige Mitarbeiter, zum Teil nur auf Aufruf oder, wenn man es kaufmännisch ausdrücken dürfte, auf Abruf zur Berfügung stehende Mitarbeiter. Der gelegent= liche Mitarbeiter, der ohne sonstige Beziehung zu einer Zeitung ihr Beiträge sendet und sie auch abgedruckt sieht, ist eine seltene Er= scheinung. Man könnte also unterscheiden zwischen internen und externen Arbeitern an der Zeitung, wobei die externen zum Teil ständig wirkende, mit festen Gehältern versehene Korrespondenten, dann Fachschriftsteller, endlich im Rebenberuf wirkende, aber oft fest verpflichtete Mitarbeiter der Zeitung sind, die oft wegen ihrer besonderen Beziehungen, Informationen, wegen ihrer Stellung und wegen ihrer Kenntnisse sehr geschätzt sind und als in den Redaktionsstab der Zei= tung eingegliederte Arbeiter gelten können. Die großen Zeitungen haben neben ihrer Redaktion am Verlagsorte oft nicht nur Korrespondenten, sondern ganze Redaktionen in der Hauptstadt des Reiches, oft auch in der Hauptstadt des Landes, selbst auf auswärtigen Plägen. Neben politischen Korrespondenten und lediglich der politischen Insformation dienenden Kräften wirken besondere Redakteure für die Berichterstattung und Beurteilung der Börsenereignisse, ständige Mitsarbeiter für Theater, Kunst, kommunale Vorgänge usw. Diese Mitsarbeiter können auch hier und da als Redakteure betrachtet werden.

Selbst die größten Zeitungen können nicht vollständig davon abssehen, die Einrichtungen, die gleichzeitig vielen Zeitungen dienen, wie vor allem die Korrespondenzen der Parteien, aber auch Berichtserstattungen über Gerichtsberhandlungen, lokale Ereignisse u. dergl. zu benuten. Diese Einrichtungen zur Bestiedigung kollektiver Bedürfsnisse der Presse entbehren noch einer gründlichen wissenschaftlichen Untersuchung, der sehr bedeutsame Schwierizkeiten entgegenstehen.

Um die Stellung der Redakteure kennen zu lernen, ist vor allem notwendig, die Verfassung der Zeitung zu kennen. Im allgemeinen muß angenommen werden, daß die Berleger einen weniger sichtbaren Einfluß auf die Arbeit der Redakteure nehmen, als das in einem anderen Großbetriebe ähnlicher Bedeutung den Angestellten gegenüber der Fall ift. Doch dürfte bei dem Streben, die Presse in den Dienst von großen Interessengruppen zu stellen, die Abhängigkeit der Re= dakteure gewachsen sein. Nach außen bemüht man sich aber ftets, die Selbständigkeit der Zeitungsredaktionen, die Unabhängigkeit der Redakteure zu behaupten. Innerhalb der Redaktion wird die Stellung des Redakteurs vielfach bestimmt durch die Versassung der Redaktion, ob sie eine sogenannte kollegiale Redaktion ohne Chefredakteur oder eine Redaktion mit alleinbestimmendem Chefredakteur ift. Auch hier gibt es zahlreiche Übergänge, doch kann man nur die extremen Typen klar= stellen. In der kollegialen Redaktion treten die Redakteure in der Regel bor dem Erscheinen jeder Ausgabe zusammen, um sich klar zu werden, welcher Stoff am wichtigsten und am breitesten zu behandeln ist, wer die entscheidenden Beiträge des Tages zu liefern hat, welche Beschränkungen sich des Raumes wegen bestimmte Ressorts auferlegen muffen. Differenzen zwischen den Grenzgebieten, Beschwerden der Redakteure untereinander oder gegen den Verlag sucht man auszugleichen, allgemeine Fragen der Zeitungen zu entscheiden. Diese Beratungen find fehr kurz, aber entscheidend. Innerhalb diefer Beratungen kommt die Wertung der einzelnen Redakteure in Erscheinung, es ergeben sich gewisse Übergewichte. In der Chefredaktion sindet eine straffere und konzentriertere Entscheidung statt. Der Chefredakteur wird im Interesse des Ganzen bemüht sein müssen, mit den einzelnen Redakteuren vieles zu besprechen und nicht allein den Ausschlag zu geben. Aber er trägt die ganze Berantwortlichkeit, und seine Stellung drückt nicht selten die anderen Redakteure in ein subalternes Verhältnis.

In großen Redaktionen findet eine sogenannte Ressortgliederung statt, so daß es neben dem obersten Chefredakteur noch mehr oder minder selbständige Abteilungen für die verschiedenen Gebiete der inneren wie der äußeren Politik, der Finanz-, Volkswirtschafts- und der Sozialpolitik, des Feuilletons, der kommunalen und lokalen An= gelegenheiten usw., aber vor allem des ökonomischen Teiles, dessen Kern die Börsenberichterstattung ist, gibt. Oft haben sich mehrere Re= dakteure in bloß einem dieser Gebiete zu betätigen; sie unterstehen dann oft einem Ressortchef. Es werden somit für die größeren Zeitungsredaktionen Spezialisten, Leute mit gewisser Vorbildung, die auf fehr berschiedenen Wegen gewonnen wird, benötigt. Diese Borbildung schafft oft auch die Freizügigkeit; sie kann aber auch einengen, so 3. B. bei besonders tüchtigen Lokalredakteuren. Die Freizügigkeit der Redakteure ist bei der reinen Geschäftspresse wenig berschieden von der Freizügigkeit eines kaufmännischen oder technischen Angestellten. Beengt ist die Freizügigkeit bei den Parteijournalisten, die, wenn sie nicht ihren Charakter bemängeln lassen wollen, jedenfalls als politische Redakteure nur die Freizugigkeit innerhalb des Zeitungs= wesens ihrer eigenen Partei haben.

Die ganze Mannigfaltigkeit der Presse nach Größenklassen, nach Tendenz, auch nach topographischer Berteilung wirkt auf die Stellung des Schriftstellers, der sich innerhalb und außerhalb der Redaktion im Zeitungswesen betätigt. Die Bielseitigkeit dieser schriftstellerischen Betätigungen ist tatsächlich noch größer als die schon geschilderte Spielartenhäufigkeit der Zeitungen und Zeitschriften. Zu scheiden ist Bestätigung für periodische und die für nichtperiodische Druckschriften. Hierzu tritt als weiterer Unterscheidungsfaktor die vielsach abweichende Zielsehung der periodischen Druckschriften. Dabei handelt es sich natürslich nicht um eine einsache Addition oder gar Multiplikation der versichiedenen Betätigungsmöglichkeiten. Die starke Differenzierung erschwert das Angebot auf dem Arbeitsmarkt ganz außerordentlich; denn

le Nachfrage wird in der Regel außerordentlich stark bestimmt durch die speziellen Anforderungen an die gesuchte Arbeitskraft, so daß auch ei einem großen Angebote die Nachfrage oft nicht befriedigt werden ann. Die Ersekbarkeit ist überaus schwer. Chefredakteure auch an leineren Blättern bewähren sich sehr häufig nicht als nicht ganz selb= tändige Redakteure an großen Zeitungen. Die starke Eigenart tüch= iger Schriftsteller kann für sie zu einem hemmnis bei der Gin= liederung in einen großen Körper werden. Schriftstellerische Arbeit st eigenartig, individuell; der größte Teil der heutigen schriftstelleri= chen Arbeit, so die Arbeit für Zeitungen, Zeitschriften, Rachschlage= ind Sammelwerke, die vielfach bestellte Arbeit, sei es eines Berlegers, ei es einer politischen Partei, einer wirtschaftlichen Korporation, eines kommunalen oder sonstigen Interessenkreises erfordert Bergicht oder boch Beschränkung des Persönlichen, des Individuellen, verlangt Unterudnung unter einen anderen Willen oder Eingliederung in eine oft wesensfremde Kollektivität. Dadurch wird die Tätigkeit des Schrift= stellers, wenn auch unter Berücksichtigung gewisser gesellschaftlicher Formen, der Arbeit des Angestellten in der Industrie angenähert, etwa bem wissenschaftlichen Chemiker in einem Fabriklaboratorium. Diese Entwicklung ift noch nicht ausgereift, aber die Tendens nach dieser Richtung ist sehr lebendig und kraftvoll. Sie wird durch die Trust= entwicklung in der Presse sehr stark beschleunigt.

Diefer Truftentwicklung im Zeitungswefen geht parallel die Truft= entwicklung im Berlagsbuchhandel, die Zusammenlegung der Zeit= schriften, der mangelnde Parallelismus zwischen der Entwicklung von Bücherpreisen, Abonnementsgebühren einerseits, der Gehaltsfestsetzung wie der sonstigen Honorierung der Schriftsteller bom gelehrten Forscher bis zum Straßenreporter der Zeitung. So ist ganz naturgemäß eine früher unbekannte intensive gewerkschaftliche Aktion der im Zeitungs= wesen gegen Behalt angestellten Schriftsteller mit einer großen Fülle bon berbindlich erklärten Tarifverträgen fehr lebendig geworden. Doch foll man die Berbindlicherklärungen der Tarifverträge im Zeitungs= gewerbe ihrer Wirkung nach nicht überschätzen. Der gewerkschaftlichen Solidarität stehen gerade im Zeitungswesen sehr viele Schwierigkeiten entgegen; die Ronkurrenzberhältnisse und die Feindseligkeiten der Betriebe in einer noch nicht kartellierten Industrie berühren die An= gestellten und Arbeiter in dem Betriebe fast gar nicht; sie werden eher als ein Borteil der "Arbeitnehmer" empfunden, während die Gegen=

sählichkeit und Feindseligkeit der Zeitungen einer lebendigen Solidarität der im Zeitungswesen Wirkenden entgegensteht, zum mindesten hemmend wirkt. Offenheit und Vertraulichkeit der Redakteure sich gegenseitig bekämpsender Zeitungen ist um so schwerer zu erzielen, als die gewerkschaftliche Erziehung der Schriftsteller erst in den Ansfängen liegt.

Die Gefahr der Schmutkonkurrenz der in sehr betrüblichen wirt- wirtschaftlichen Berhältnissen begetierenden, nicht fest angestellten Schriftsteller, wenn wir von den oberen Fünfhundert absehen, stärkt die Position der Berleger, schwächt die der auch durch Tarisvertrag scheins dar Gesicherten. Der schriftstellerische Beruf ist ein "freier Beruf", der für den Nichtkenner erstrebenswert ist, der keine bestimmte Borbildung ersordert und der durch die zahlreich im Nebenberuf schriftstellerisch Tätigen ganz besonders stark übersetzt ist. So zeigt der Arbeitsmarkt ein übergroßes Angebot von Kräften, eine Schwierigkeit der Prüfung ihrer Eignung und damit eine komplizierte Auslese. Hieraus ergeben sich viele Enttäuschungen bei den Nachfragenden, noch mehr bei den sich Anbietenden.

Diese ganz wirre Schichtung mit den mannigfaltigsten Bedürf= nissen der Nachfragenden, mit der Schwierigkeit der Eingliederung und der Differenzierung der sich Anbietenden macht es unmöglich, in er= schöpfender Beise eine Scheidung und Bliederung der Schriftsteller durchzuführen. Die größte Schwierigkeit bereitet hier die Mannigfaltig= keit der Übergänge von einem Beruf in den anderen, die starke Besetzung der Grenzgebiete zwischen den Berufen und die große fluktuierende Masse der nach dem Beruf Strebenden und von dem Beruf Ausgeschalteten. Auf alle diese Fehlerquellen muß aufmerksam gemacht werden, wenn die folgende Gruppierung mit der notwendigen Borsicht eingeschätzt werden soll. Man wird vor allem unterscheiden zwischen den Schriftstellern, die im Sauptberufe Journalisten find, und denen, die sich nur im Rebenberufe neben der berufsmäßigen schriftstelleri= schen Betätigung oder überhaupt nicht der Zeitungsarbeit widmen. Die Journalisten wird man unterscheiden nach der Stellung im Berufe, ob sie Chefredakteure, Abteilungschefs, Ressortredakteure, Redak= teure, besser gesagt Unterredakteure, dem Abteilungschef unterstellte Redakteure, Berichterftatter, Reporter, also Nachrichtenbringer, Tatsachenfeststeller, Befrager sind. Auch in dieser Unterabteilung gibt es sehr stark voneinander abweichende Rangstufen, von dem sogenannten

diplomatischen Rechercheur, der im Ministerium der auswärtigen Ansgelegenheiten, bei Gesandtschaften oder bei sonstigen leitenden Stellen Nachrichten einzieht, dis zu dem, der, wie es in der Journalistik heißt, sich auf den Straßen herumtreibt, um ein gesallenes Pferd sestzustellen. Der Nachrichtensammler arbeitet oft nicht nur für eine Zeistung, sondern für mehrere.

Das führt uns zum Übergang zu den Journalisten, die im Dienste einer Zeitung oder einer Zeitungskorrespondenz im Hauptberuf wirken. Hier seit sich die Anonhmität noch weit mehr durch als in der einzelnen Zeitung.

Man wird weiter die Journalisten nach den Größenklassen der Zeitung und auch nach den Größenklassen der Orte zu unterscheiden haben, in denen sie wirken. Weiter ergibt sich eine Unterscheidung nach Geschäfts= und Parteipresse, in letterer wieder nach den bersschiedenen Parteien.

Eine besonders wichtige Unterscheidung ist die nach dem Aufgabenkreise des Journalisten. Der wird wieder differenziert durch die Arbeitsteilung in der Redaktion, die wieder bestimmt wird durch die Größe der Zeitung bzw. durch die Anzahl der in ihr beschäftigten Redakteure. Während man bom Chefredakteur eine gewisse Universali= tät, eine Übersicht über alle Aufgaben der Zeitung fordert, die aber ebenso von den Redakteuren der kleinen und kleinsten Presse, wenn auch in qualitativ nicht hohem Maße, verlangt wird, erfordern die übrigen Tätigkeiten starke Spezialisierung. Bei der großen Presse ergibt sich vor allem die Scheidung zwischen Politik und Volkswirt= schaft, wobei als Volkswirtschaft nur zu oft bloß alles mit dem Effekten= und Warenhandel Zusammenhängende verstanden wird. Hier gibt es besondere Berichterstatter, oft Redakteure für den Besuch der Börsen, daneben für die Kritik der Geschäftsberichte der Aktiengesell= schaften, ebentuell nach besonderen Gruppen. Das gleiche ist der Fall bei der Warenmarktberichterstattung. Statistiker sind hier tätig: es handelt sich um eine ganz eigenartige, von der übrigen journalisti= schen Tätigkeit oft stark abweichende Methode.

In der übrigen Redaktion, die man fälschlich oft die "politische Redaktion" nennt, ergeben sich bei der großen Presse starke Differenszierungen. Die innere Politik beschäftigt oft mehrere Abteilungssvrsteher, so für den Parlamentsdienst, für die Bearbeitung der ges

seigeberischen Borlagen, für die Reichspolitik, für die Landespolitik; es müssen sich einzelne Redakteure besonders spezialisieren, etwa für Handelsberträge oder für Kirchenpolitik. Die Sozialpolitik bildet in der Regel eine besondere Abteilung. In die Politik des Auslandes teilen sich nach Ländergruppen einige Redakteure; Kommunalpolitik und lokale Angelegenheiten, Gerichtsberichterstattung werden gesondert bearbeitet; eine Gruppe von Redakteuren muß sich mit dem Feuilleton, Unterhaltung und popularisierter Wissenschaft, Musik, Theater, Kunsk, Literaturbesprechungen usw. besassen.

Es ist aber klar, daß, je kleiner die Mittel sind, die der Berlag einer Beitung zur Berfügung stellen kann oder will, desto beschränkter die Arbeitsteilung ist, desto mehr Stoffgebiete von einem einzelnen Redakteur behandelt werden müssen, woraus ja wieder zu schließen ist, daß die Aufgaben und Berpflichtungen der Redakteure an kleineren Zeiztungen weit größer sind als die an großen.

Vom Zwergbetrieb bis zum Ricsenbetrieb, vom Alleinbetrieb bis zu dem hunderte Arbeiter mannigfachster Art, und zwar der Kopfarbeiter wie der Handarbeiter, beschäftigenden Riesenbetrieb, vom Einzelunternehmer bis zum Riesenkonzern mit horizontaler und vertikaler Konzentration sehen wir das Zeitungswesen als ein erst zu erschließendes Forschungsgebiet vor der nationalökonomischen und soziologischen Wissenschaft. Wie uns alle wirtschaftsgeschichtlichen Untersuchungen wenig helfen, um uns über die Riesenunternehmungen in der Elektrizitätsindustrie Klarheit zu schaffen, so wenig nütt uns, wenn wir auch die erfreuliche wissenschaftliche Leistung über die geschriebene Zeitung, über das fliegende Blatt, über die Periode des Intelligenzblattes nicht missen wollen, die wirtschaftsgeschichtliche Aufklärung zum Begreifen von wirtschaftlicher Bedeutung und von sozialer Struktur, von eigenartiger Stellung des modernen Zeitungswesens. Die Differenzierung im Zeitungswesen ist weit größer als in den fonstigen Zweigen der Barenproduktion. Denn zur Unternehmungs= form, zum Verhältnis von stehenden zum umlaufenden Kapital, zum Berhältnis von Kapital zur Arbeit kommen noch zahlreiche, für alle anderen warenerzeugenden Betriebe nicht in Betracht kommenden Scheidungsmöglichkeiten. Deshalb ist die Erkenntnis bon Befen, Bliederung und Eigenart des Zeitungswesens dieser öffentlichsten aller nichtstaatlichen Einrichtungen weit mehr zurückgeblieben als das Berständnis von Charakter und Wesen wie von Entwicklungstendenzen zahlreicher anderer Erscheinungen im wirtschaftlichen Leben. Wir stehen erst in den Anfängen der wissenschaftlichen Erkenntnis im Zeitungswesen. Dieser Erkenntnis zu dienen, wollte der Verfasser durch die vorstehenden Ausführungen genügen.

Zweites Kapitel.

Die gegenwärtige Lage des deutschen Zeitungsgewerbes.

Von

Dr. jur. **Wartin Carbe,**Generalbevollmächtigter der Firma Rudolf Mosse,
Vorsigender des Präsidiums der Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger
(Berlin).

Morituri te salutant! Mit diesem Abschiedsgruß der Todsgeweihten ist die Frage, die das Thema stellt, kurz und klar beantwortet. Die Spaten pfeisen es seit länger als Jahressrist von allen Dächern, wie es um die deutsche Presse steht, und schließlich hat auch der deutsche Reichstag in seiner Sitzung vom 7. April 1922 nach einer überaus eindrucksvollen, weil sachlich wohlbegründeten, Rede des Hert won der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken den sogenannten Antrag Löbe (Reichstag I. 1920—1922. Drucks. Nr. 4057) angenommen. Dieser Antrag lautet:

"Der Reichstag wolle beschließen:

Die Reichsregierung wird ersucht, mit möglichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der Not der Zeitungen und Zeitschriften auf wirtschaftlichem Gebiet wirksam gesteuert wird.

Der Reichstag erwartet diesen Gesetzentwurf so rechtzeitig, daß seine Beratung durch den Reichstag unmittelbar nach seinem Wiederzussammentritt begonnen werden kann."

Bebor der Reichstag zu dieser Abstimmung schritt, ergriff noch der Herr Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Prof. Dr. Hirsch das Wort und sagte unter anderem: "Die Reichsregierung verfolgt mit lebhaftem Interesse das Schicksal der deutschen Presse. Sie ist sich der schweren Gefahr sehr wohl bewußt, die in der neuesten Preissteigerung auf dem Gebiete des Zeitungswesens für die ganze politische und kulturelle Entwicklung des deutschen Volkes liegt. Der Hogeordnete Löbe hat ja eben die Gefahren in anschaulicher Weise dargelegt. Ich kann die Zahlen bestätigen, die der Herr Abgeordnete Löbe genannt hat. Noch ehe die Preiswelle einsetzte sind allein im ersten Vierteljahr des Jahres 1922 nach vorläufigen Mitteilungen, die allerdings zum Teil auf Schätzungen beruhen, in der Tat zwischen 150 und 170 deutsche Zeitungen zwischen dier und fünf in diesem einen Vierteljahr ihr Erscheinen einstellen

mußten. Die Befürchtung ist nicht von der hand zu weisen, daß beim Unhalten der jetigen Preissteigerung bieser Zusammenbench in versichörstem und beschleunigtem Maße vor sich gehen muß."

So sprach der Herr Staatssekretär am 7. April 1922 vor ber= sammeltem Reichstag. Damals, es sind seitdem knapp vier Wochen vergangen, kostete das Rilogramm normalen, das heißt 50 g pro Quadratmeter schweren Zeitungsdruckpapieres zirka 12,80 Mk.; seit dem 1. Mai 1922, der Preis wird seit längerer Zeit immer nur noch für einen Monat festgesett, kostet das Kilogramm be= reits zirka 15,80 Mk., also etwa 25 % mehr, seit dem 1. Juli 1922 gar 20 Mt; auch die Gehälter und Löhne find felbstverständlich inzwischen weiter gestiegen. Wenn ich den Ausführungen des Herrn Staatsfekretars Sirich zunächst nur ein Wort aus eigener Erfahrung der jüngsten Zeit hinzufügen darf, so ist es die Feststellung, daß ich in allen den Jahrzehnten, in denen ich dem deutschen Zeitungswesen nahegestanden habe, zusammengenommen nicht so oft von Banken und Bankiers über die Kreditwürdigkeit von Zeitungsunternehmen und über die Bonität der Wechselakzepte von Zeitungsverlegern angefragt worden bin wie in den letten fechs Monaten; niemals habe ich auch so viele rat= und hilfesuchende Berleger gesprochen wie seit Beginn des Jahres 1922.

Wenn es nun aber communis opinio omnium ist, daß die deutsche politische Presse sich in schwerster, fast hossnungsloser Krisis besindet, ja, wenn ein nicht unerheblicher Teil von der Sonne bereits nicht mehr beschienen wird, hat es da eigentlich noch einen rechten Zweck, "die gegenwärtige Lage des deutschen Zeitungsgewerbes" — beim Wort "Gewerbe" ftocke ich schon — vor einem großen Leserkreis zu beshandeln? Ich meine doch. Und zwar aus den verschiedensten Grünsden. Das Problem, um das es sich handelt, ist doch wohl für jeden einzelnen Volksgenossen zu bedeutungsvoll; die Zeitungen sind in ihrer Gesamtheit ein zu wichtiger Bestandteil unseres Volkstums und unserer deutschen Kultur, als daß man sich ihnen gegenüber auf den Standpunkt stellen könnte: "Laß sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind."

Man spricht meines Erachtens allzwoft vom Zeitungs= gewerbe. Wäre es lediglich ein Gewerbe wie andere auch, das einige zehntausend Angestellte und Arbeiter beschäftigt, und das von der Zeiten Gunst oder Angunst hin und her gerüttelt würde, so wäre es schade, wenn der "Berein für Sozialpolitik" viel seiner kostbaren Beit darauf verwenden würde; von diesem Gesichtspunkte aus gabe es wichtigere Sorgen für unsere deutschen Volkswirte. Und auch ich würde es ablehnen, zu Ihnen über einen, rein wirtschaftlich betrachtet, so ber= hältnismäßig kleinen Ausschnitt unseres Wirtschaftslebens zu sprechen. Wenn wir die Frage aber unter dem Gesichtswinkel von Deutschlands geiftiger Not, bom letten uns gebliebenen Mittel zur Biedererlangung deutscher Weltgeltung, jum Schutze deutscher Rultur und deutschen Beistesleben betrachten und in der Erkenntnis, daß es keinen anderen Beg als die Presse gibt, um Deutschlands politisches Bollen auf dem Gebiete der Innen- und Außenvolitik der Mentalität des Auslandes und dem Denken unserer eigenen Mitbürger nahezubringen, - dann freilich scheint mir jede Sorgfalt und Gründlichkeit in der Behand= lung dieser Frage gerechtfertigt, ja unabweisbar notwendig. Unsere Zeitungen wollen als wesentlicher Teil unseres Geistes= lebens gewertet sein, und nur bon die sem Standpunkt aus halten sie sich für berechtigt, die Augen der Gesamtheit auf ihre häusliche Not zu lenken und mit allen gesetzlichen Mitteln ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu verteidigen, ja unter Umständen den Besetzgeber zu Silfe zu rufen. Rein anständiger Zeitungsverleger, und das ist gottlob trop aller bitteren Not die ganz überwältigende Mehr= zahl, bergift, daß fein Beruf ihm in weitem Umfange Berpflich= tungen gegen die Öffentlichkeit auferlegt, die den reinen Berdiener= gewerben — darin liegt beileibe kein Vorwurf gegen irgendeinen anderen Gewerbezweig — fern liegen. Der Handel mit bedrucktem Bapier ist gewiß ein sehr ehrsames Gewerbe, aber wir Zeitung 8 = verleger betreiben es nicht. Wir Zeitungsverleger sind auch nicht lediglich die Abonnementsgeldkaffierer zum Zwecke feiner Beiter= leitung an Lavierlieferanten und Redakteure; wir sind nicht lediglich die Leute, die Setmaschinen kaufen, um sie den Setern zur Berfügung zu stellen, damit sie die Artikel der Redakteure und Mitarbeiter den Zeitungsabonnenten zur Renntnis bringen können; nein und dreimal nein! Jeder von uns tämpft in erfter Linie für feine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen 3deale. Bolkswirten durfte es klar fein, daß diefer Standpunkt um fo reiner und ungefährdeter sich durchset, je gefünder, je gefestigter der wirt= schaftliche Unterbau ist, auf den er gegründet ist. Auf den Ginwand, daß es in Gebirgedörfern und an ähnlich idyllisch gelegenen Orten Menschen gibt, die sich auch Zeitungsverleger nennen, und die doch Schriften 152 II. 3 keine gefestigte Weltanschauung haben, ja politisch unerfahren sind, erwidere ich, daß es auch bereinzelte Männer gibt, die sich Redakteure nennen dürfen, ohne über das zu berfügen, was den obenerwähnten "sogenannten" Verlegern fehlt. Somenig bei diesen herren bon einer "Not der geistigen Arbeiter" die Rede sein kann, so wenig, glaube ich, braucht uns die wirtschaftliche Not dieser übrigens verschwindend kleinen Zahl "Auchverleger" zu beschäftigen. Wir wollen von der Not der Presse als Bertreterin geistiger Arbeit handeln, wir wollen von der politischen Presse Deutschlands reden. Nur auf diese beziehen sich meine Worte, nur diese kenne und liebe ich. Brauchen die anderen einen Wortführer, mag er aus ihren Reihen kommen. Von mir führt keine Brude zu ihnen. Ich bitte mich nicht mißberstehen zu wollen. Es soll hier nicht etwa nur von der Not der "großen" Zeitungen gesprochen werden. Ich ftimme völlig mit den Ausführungen des Reichstagspräsidenten Löbe überein, die er in seiner Rede vom 7. April 1922 gemacht hat: "Wer ist es, der diesen Todeskampf führt? Zuerst sind es die kleinen und mittleren Provingblätter, politische Organe, bodenständige Blätter, die zum Teil auf eine lange Vergangenheit zurückblicken. Uns in der Grofftadt mögen diese Zeitungen winzig, dürftig er= icheinen, für ihren Bezirk und angepaßt ihrem Leserkreise bilden sie ein Stud des geistigen und politischen Lebens in ihrem Verbreitungsgebiet und verkörpern etwas von ursprünglicher Beimatszusammengehörigkeit und Beimatswelt. Die Opfer an solchen Zeitungen sind gefallen, während der Papierpreis von 0,20 Mf. im Frieden auf 8,25 Mf. im März dieses Jahres ftieg. Bom März dieses Jahres bis zum April, in dem wir heute leben, fteigt aber der Papierpreis von 8,25 Mf. auf 12,80 Mf. in einem Sprung, und wir können uns ausmalen, welches Gefolge die bereits eingegangenen Beitungen finden muffen, wenn wir nicht eingreifen. Aber nicht nur die kleine Presse, auch die größere kommt an die Reihe. Wir sind mit Bertretern der angesehensten deutschen Zeitungen zusammengewesen, und es haben uns die Vertreter der zentralen Organe großer beutscher Parteien mit frappierenden Bahlen dargelegt, welches Schickfal ihrer wartet. Gewiß werden diese Zeitungen nicht alle eingehen; aber die einen werden ihren Charakter verändern, und die anderen werden in gefährlicher Beise verkummern. Die großen deutschen Beitungsunternehmungen, die ich nicht zu nennen brauche, die Sie alle kennen ohne Unterschied der Partei und mit wenigen Ausnahmen, von Frankfurt und Köln angefangen über Magdeburg, Berlin und Leipzig bis nach Königsberg und Breslau, sie sind davon bedroht, daß sie zunächst, und das ist noch das weniger Schlimme, zusammenschrumpfen, daß sie ihren kulturellen, ihren politischen, ihren geistigen, künstlerisichen und literarischen Teil einschränken müssen, daß sie — es ist fast keine Übertreibung, es zu sagen — unseren Schriftstellern und Journaslisten daß letzte Stück en Brot entziehen müssen, daß sie dem anspruchsvolleren Leser das Wertvollste, was er jetzt in der Beitung findet, entziehen müssen."

Damit hat der Reichstagspräsident zutreffend den Kreis der Zeitungen umgrenzt, um deren Existenzkampf es sich handelt; nicht die "kleinen", nicht die "mittleren" und nicht die "großen" allein sind es, die am Rande des Abgrundes stehen: es ist die gesamte poli= tische, unabhängige, deutsche Presse, die in Befahr ift. Aber nicht nur die Gefahr der Zusammenschrumpfung und des Untergangs droht der deutschen Presse, die Gefahr der Korruption und der moralischen Zersetzung lauert vor der Tur. Seit die Not der Preffe das Geheimnis von jedermann ift, hat fie mit einem Male un= endlich viele Freunde gefunden, die ihr gern helfen möchten. Liebens= würdige Männer klopfen an und fragen, ob der Verleger vielleicht Geld brauche; ja, es gibt schon Blätter, in deren Anzeigenteil Zeitungen Beratung und Silfe in selbstloser Beise angeboten wird. Man will den Schwachen stüten und dem Mühseligen und Beladenen Trost spenden. Gefährliche Freunde der unabhängigen politischen Presse, die sich zum Teil sogar schon in nicht ganz loser Form organisiert haben! Der Abgeordnete Löbe hat darum recht, wenn er auf die große Gefahr hinweist, die darin liegt, daß Zeitungen zu "Mebenbetrieben frem der Bewerbe werden" und "bon wirtschaftlichen Ronzernen aufgekauft" werden. Er trifft den Nagel auf den Ropf, wenn er fagt: "Die Zeitungen, deren politische Selbständigkeit und deren Eigenart unfer Stolz in Deutschland gewesen ist, werden nicht mehr Repräsen= tanten felbständiger politischer Gruppen fein, sondern als Anhängsel von Interessengruppen auftreten, und wo Gifenblech und 3ahn= pasta fabriziert und Gewinne errungen werden, da wird der Zeitungsbetrieb als Nebengewerbe mit unter= halten werden, und es wird die öffentliche Meinung fabriziert werden, wie man andere Waren fabriziert. Aber noch mehr, meine Damen und Herren! In dieses Zeitungsgewerbe dringt ständig wachsend frem des ausländisches Rapital ein. Es droht die Gesahr, daß Zeitungen, die in deutscher Sprache, in deutschem Lande erscheinen, zu Dienern fremder ausländischer Interessen und Mächte werden, weil die bisherigen Verleger nicht in der Lage sind, ihren Betrieb weiterzuführen, und diese Entwicklung scheint so schwere soziale, kulturelle und nationale Gesahren in sich zu bergen, vor denen gerade wir im Deutschen Reichsetagsbericht verzeichnet hinter diesen Worten des Reichstagspräsistenten: "Lebhafte, allseitige Zustimmung."

Wenn wir nun versuchen wollen, uns ein Bild von Art, Umsfang und Entwicklung der heutigen Rot des deutschen Zeitungswesens zu machen, so muß von vornherein bemerkt werden, daß hierfür exakte, wissenschaftlich unansechtbare Unterlagen nicht existieren und auch in absehbarer Zeit nicht geschaffen werden können. Wir bestigen nicht einmal eine genaue und absolut zuverlässige Statistik über die Zahl der in Deutschland erscheinenden Zeitungen. Das Kriegspressent hat im Jahre 1917 im "Handbuch deutscher Zeitungen" 2938 [die Zahl ist entnommen der Schrift von Dr. J. Pöppinghaus, "Die deutsche Zeitungspapierindustrie und ihre fortschreitende Drzganisation". Clausthal, Ed. Piepersche Druckerei (W. Georgi), 1920, V, 89] Zeitungen ausgewiesen. Diese Zahl ist zweisellos zu niedrig.

Eine für das Jahr 1912 aufgestellte spezifizierte Statistik des "Berbandes deutscher Druckpapiersabriken", die auch die kleinsten Bezieher berücksichtigt, nennt die Zahl 4122 i für den damaligen Umfang des Deutschen Reiches. Reuerdings hat Dr. W. Kretschmar (vgl. Zeitungsverlag Rr. 19 vom 12. Mai 1922: "Zum Standortsproblem im Zeitungsgewerbe", von Dr. W. Kretschmar) an der Hand der bekannten Zeitungskataloge der Firma Rudolf Mosse und der Ala die Zahl der Zeitungen, die innerhalb der durch den Bersailler Vertrag gezogenen Grenzen Deutschlands verlegt werden, sür das Jahr 1920 auf 3478, wovon 1951 täglich, 1527 nicht täglich erscheinen, berechnet. Diese Zahl dürste keinessalls zu hoch sein; denn naturgemäß können die Zeitungsskataloge nicht ganz vollskändig sein, und zwar, von anderen Fehlerquellen abgesehen, schon deshalb nicht, weil während der immerhin

¹ Die Angabe ift entnommen der Schrift von Dr. J. Boppinghaus (fiehe oben).

längere Zeit beanspruchenden Redaktion der Kataloge und ihrer technischen Herstellung eine Anzahl von Zeitungen neu gegründet werden, eine andere Zahl eingeht. Immerhin wird man annehmen dürsen, daß die Zahl der augenblicklich in Deutschland erscheinenden Zeitungen sich zwischen 3500 und 4000 bewegt.

Bis zum Ausbruch des Krieges, das darf man wohl behaupten, ernährte die Mehrzahl der Zeitungen, wenn der Berleger fleißig und rührig war, bescheiden ihren Wann. Reichtümer haben von jeher in Deutschland wohl nur ganz vereinzelt Zeitungsverleger gesammelt. Die wenigen vorhandenen Ausnahmen, die ein paar allbekannte deutsche Weltblätter und einige sogenannte Generalanzeiger bilden, bestätigen nur die Regel. Und selbst bei diesen wenigen werden, wie ich glaube auf Grund meiner langjährigen und genauen Kenntnis des deutschen Zeitungswesens sagen zu können, die früher gemachten Gewinne außervordentlich überschätzt und zum Teil aus anderen Ertragsquellen gesslossen.

Sogleich mit Ausbruch des Krieges traten für die Zeitungen völlig beränderte Lebensbedingungen ein, die ihre Fortexistenz in der srüheren Weise gefährdeten. Abgesehen von den Erschwerungen, die für alle Erswerbszweige in gleichem Maße durch den Krieg und die Kriegswirtsichaft auftraten, wie die Einziehung von Personal, technischem, redaktionellem sowie kaufmännischem, traten für die Zeitungsverleger noch solche hinzu, die aus dem besonderen Wesen der Zeitungen teils notwendig folgten, teils von damals allmächtigen Stellen für unumgängslich gehalten wurden. Einzelne dieser Maßnahmen haben dem Zeitungswesen so schwere Bunden geschlagen, daß bisher eine Erholung nicht möglich war; einige bestehen noch heute infolge der auch jeht noch nicht ganz aufgehobenen Teile der Zwangswirtschaft fort.

Bunächst begann sofort nach Ausbruch des Krieges eine für die Behörden kostenlose Inanspruchnahme der redaktionellen Teile der
Beitungen in erheblichem Umfange. Nicht nur, daß selb st ver st än dolich er weise die täglich zweimal erscheinenden Heerscherichte, die
deutschen, die österreichischen, die bulgarischen und türkischen, abgedruckt
werden mußten, stellten auch noch fast alle militärischen und zivilen
Behörden, die staatlichen und die kommunalen, raumbeanspruchende
Publikationsansorderungen an die Blätter. Und nicht nur das Kriegspresseamt hat jeder, der es als Zeitungsmann miterlebt hat, in

schmerzender Erinnerung, nein, die Zeitungen mußten außer den Bo-Iemiken der einzelnen Behörden gegen ausländische Beröffentlichungen, außer fast alltäglichen langatmigen Rechtfertigungen behördlicher Maß= nahmen, auch noch oft reichlich berspätete, viele Seiten in Anspruch nehmende Auffäte zur Glorifikation baw. Berteidigung gewisser Berfönlichkeiten aufnehmen. Geschah das einmal nicht, oder wurde in der unumgänglichen Gile der redaktionellen Tätigkeit eine der damals täglich ergehenden Berordnungen oder Bünsche der Militärbehörden, der Ariegspresseämter oder der damals wie Pilze aus der Erde schießen= den Behörden und Pressestellen übersehen oder nicht beachtet, so war eine Beschlagnahme für längere oder kürzere Zeit da, die die Zeitungen wirtschaftlich schwer schädigte, da nicht nur die Generalunkosten weiterliefen, sondern selbstverständlich auch alle Löhne und Gehälter weitergezahlt werden mußten. Ich erwähne dies hier nicht etwa, um verspätete Rache zu nehmen für die zahllosen Schikanen und Demütigungen, die wir Zeitungsmänner in den Kriegsjahren geglaubt haben im Interesse unserer Volksgesamtheit und des Vaterlandes hinnehmen zu muffen, und bei deren Erinnerung uns heute noch die Bornesröte ins Gesicht steigt, nein, ich weise darauf hin, weil hier eine der Ursachen liegt für den wirtschaftlich geschwächten Zustand, in dem sich die Preffe bei Rriegsende und beim Ausbruch der Revolution befand. Konnten andere Gewerbe sich auf den Krieg und seine Anforderungen hin umstellen, ja zum Teil aus der Umstellung Rugen und erheblichen Gewinn ziehen, so war dies bei den reinen Zeitungsunternehmungen ihrer ganzen Natur nach felbstverständlich unmöglich. Auf Zeitung srotation smaschinen konnte man keine Gra= naten drehen, ja nicht einmal den durch das Sinden= burgprogramm und seine Begleiterscheinungen er= forderlich gewordenen Mehrbedarfan Taufendmark= scheinen decken.

Am schwersten aber wurden besonders die größeren und mittleren Zeitungen, deren wirtschaftliche Grundlage und deren Gesamtkalkulation auf einem umfangreichen Inseratenteil beruhte, durch die zahlereichen Kriegsverordnungen gen geschädigt, die den Inseraten eil betrafen. Bald dursten "Gegenstände des täglichen Bedarses", die den hauptsächlichsten Teil der Inserate bilden, in den Zeitungen nicht mehr angepriesen werden, bald kamen "Wucherberordnungen", die wohl den Zeitungen, aber nicht den wandlungsfähigen Bucheren

das Brot nahmen. Bas waren nicht alles, nach amtlicher Auslegung, "Gegenstände des täglichen Bedarfes". Runftige Sumoriften, die der Ernst unserer Lage nicht täglich schmerzt, werden einst reichen Stoff in den damaligen Entscheidungen finden. Man wollte die wucherischen händler treffen und trieb durch verkehrte Magnahmen ihr Geschäft aus dem Licht des Tages, das Kontrollmöglichkeiten gab, in das un= durchdringliche Dunkel der Schiebercafes und Spelunken. Man zerschlug das Thermometer, das den Kältegrad anzeigte, und glaubte damit die bittere Rälte bertrieben zu haben! Man kurierte an Sym= ptomen, statt den Erreger der Rrankheit zu fassen. Auf der Strede blieben die Zeitungen, deren man niemals mehr als im Kriege be= durfte. Doch mit den "Gegenständen des täglichen Bedarfs" hatte man nur den Anfang gemacht. Im angeblichen Interesse der Kriegsindustrie verbot man später auch die Beröffentlichung von Stellenangeboten aller Art, in denen gute Entlohnung angeboten wurde. Man meinte damit, die Freizügigkeit der Arbeiter und die Steigerung der Löhne hintanzuhalten. Mit welchem Erfolge, darüber braucht man wohl heute kein Wort mehr zu verlieren. Geholfen hat man mit dieser Maßregel niemandem, aber die Zeitungen geschädigt und in ihrer Wirtschafts= kraft weiter geschwächt. Schon hier sei vorweggenommen, daß auch heute noch in den verschiedensten Distrikten und Gemeinden einzelne Einschränkungen, die den Inseratenteil der Blätter behindern, fort= bestehen. So zum Beispiel für Groß-Berlin die Berbote der Beröffentlichung von Inferaten, in denen Mietswohnungen oder häuser mit frei werdenden Wohnungen zum Kauf angeboten werden usw.

Und nun zum archimedischen Punkt der ganzen Frage vom wirtschaftlichen Wohl und Wehe der Zeitungen: zur Papierpreis und die Ich nenne sie den archimedischen Punkt, weil der Papierpreis und die zur Verfügung stehende Papiermenge für die politischen Zeitungen von einiger Bedeutung die Stelle ist, von der aus man sie wirtschaftlich aus den Angeln heben kann. Um ganz gewissenhaft zu sein, muß ich darauf hinweisen, daß der Faktor des Papiers nicht für alle Zeitungen von der mathematisch ganz gleichen Bedeutung ist, sondern daß die Bedeutung dieses Faktors um so mehr ausschlagegebend ist, je größer die Auflage der einzelnen Zeitung ist, und daß bei sinkender Auflage der Lohn= und Gehaltsfaktor an Bedeutung gewinnt; das wird jedem klar sein, der bedenkt, daß der Zeitungstert, ganz gleich, wie hoch die Auflage ist, nur einmal gesetzt zu werden

braucht, und daß der Artikel nur einmal für alle Abonnenten gesschrieben und bezahlt wird, während jeder Abonnent neues Papier erfordert. Genauere wissenschaftlich exakte Unterlagen aus jüngster Zeit sind mir nicht bekannt geworden. Ich gebe daher hier die Zahlen wieder, die Dr. Alfred Hoppe in seiner sehr interessanten Schrift: "Zur Geschichte und Beurteilung der Papierzölle im Zolltarif von 1902", im Jahre 1914 beröffentlicht hat:

Nr.	Charakteristik der Zeitung	Jahr	Prozentualer Anteil ber Papierfosten an ben Gesamts kosten in Proz.
	Rleine Zeitungen:		
1	Auflage 5000-6000, 6 mal wöchentlich im Um-		
2	fange von $1^{1/2}-2^{1/2}$ Bogen	1909 - 11 $1909 - 11$	
_	Mittlere Zeitungen:		1
3	Auflage 17000—19000, 6 mal wöchentlich in		
J	mittlerem Umfange	1909—11	
4		1909 - 11 $1909 - 11$	
$\frac{5}{6}$	" " Umfang größer, Auflage 29 000 bis		
	36 000	1909—11	32,6
	Große Zeitungen:		l
7	Wie Nr. 6, Auflage 45 000-61 000	a) 1909 b) 1911	36,9 39,3
8	Wie vor, Auflage 60 000	1912	30 (Angabe der
9	Im Umfang von Nr. 7, größeres Format:		Zeitung)
·	a) Auflage 42000	1905	30,7
	b) " 60 000	1909	28,8
	c) " 75 000	1911	31
10	Wie Rr. 7, jedoch mit größerem Umfang:	1902/03	23.6
	a) Auflage 78 000	1906/07	39,3
	c) " 139 000—155 000 · · · · · ·	1910/11	40,4
	d) " 557 000—165 000	1911/12	47,4
	Zur Errechnung der Prozentziffern mußten einige Umrechnungen im Stat vorgenommen werden.	ļ	
	Blatt großen Stils:		
11	13 mal, wöchentliche Auflage 200 000 – 225 000.	1911	40—45 (Angabe der Zeitung)

¹ Erschienen: J. G. Cottasche Buchhandlung, Stuttgart und Berlin 1914. Als Stuck 129 ber "Münchener Bolkswirtschaftlichen Studien" herausgegeben von Lujo Brentano und Walther Lot.

Bu diesen an sich sehr lehrreichen Bahlen ist zu sagen, daß sie ohne nähere Einzelangabe naturgemäß kein ganz exaktes Bild geben können. So viel ist aber doch wohl unzweifelhaft ersichtlich, daß mit steigender Auflage im allgemeinen die Wichtigkeit der Aufwendungen für Pavier im Rahmen des Gesamtetats wächst. Die scheinbaren Abweichungen bei einzelnen der obigen Angaben sind wohl Folgen aus der politischen Bedeutung des betreffenden Blattes, das vielleicht aus diesem Grunde besondere redaktionelle Aufwendungen machen muß; sie können aber auch in der Berechnung der Drudpreise für die Zeitung im Rahmen einer größeren Akzidenzdruckerei ihren Grund haben. Gang blindlings lassen sich die Zahlen auch nicht auf die heutige Sachlage anwenden; aber sie dürften doch im allgemeinen auch heute noch Schlüffe zulaffen. Die in ihnen zum Ausdruck kommende Ten ben g dürfte sogar noch eine Berftärkung mit dem Steigen der Papierpreise und der in erhöhtem Mage durch die Berhältnisse erzwungenen Selbsteinschränkung im Papierbedarf seitens der kleinen und mittleren Berleger, denen Kredite schwerer zugänglich sind als den großen, gefunden haben. Die Mehrbelaftung der größeren Bei= tungen durch die Papierpreissteigerungen muß sich auch um so schärfer hervorheben, als die kaufmännischen Gehälter bis heute wohl etwa auf das 3 manzigfache bis Fünfundzwanzigfache, die Buchdruckerlöhne auf das etwa Vierunddreißigfache, die Papierpreise aber bis zum Augenblick etwa auf das hundert= fache gestiegen sind. Nach meiner Schähung dürften heute bei ben großen Zeitungen die Aufwendungen für Papier 55-65 % des Besamtetats betragen.

Schon diese wenigen Andeutungen werden genügen, um jeden zu überzeugen, daß die Grundlage jeder Zeitungskalkulation vom Papierspreis ausgehen muß, und daß die Entwicklung und Ausdehnung des modernen deutschen Zeitungswesens sehr wesentlich dadurch gesördert worden ist, daß wir in Deutschland in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege, mit verschwindenden Ausnahmen, zum Beispiel während des Burenkrieges, ziemlich stadile, verhältnismäßig niedrige Druckspapierpreise mit vorwiegend sinkender Tendenz hatten, die gewöhnlich sür ein ganzes Jahr durch Abschlüsse festgelegt wurden. Die Preise betrugen (nach Dr. Pöppinghaus [siehe oben], der sich für seine Ansgaben auf Hager, "Die Papierindustrie", und den Verband deutscher Druckpapiersabriken beruft) für Zeitungspapier gewöhnlicher Qualität

für je 100 kg in einer Normalschwere von zirka 50 g per Quadrat= meter

im	Jahre	1890	Mť.	28,50	im	Jahre	1898	Mt.	20,83	im	Jahre	1906	Mŧ.	21,79
"	,,	1891	,,	26,37	,,	"	1899	,,	20,31	,,	- ,	1907	,,	21,19
"	"	1892	"	23,50	"	,,	1900	"	23,	,,	,,	1908	,	21,75
"	"	1893	,,	23,81	,,	,,	1991	"	25,33	,,	,,	1909	,,	21,50
,,	"	1894	"	23,17	"	"	1901	,,	22,64	,,	,	1910	,,	21.59
"	"	1895	"	21,92	"	"	1903	"	21,19	,,,	,,	1911	"	21,31
"	"	1896	"	22,-	,,	"	1904	#	21,17	,,	"	1912	"	20,99
"	"	1897	"	20,62	"	"	1905	"	21,91	,,	"	1913	,,	21,01
"	"	1091	"	20,02	"	"	1909	"	21,91	"	"	1919	"	21,01

Nach meiner eigenen Kenntnis betrug der Preis im Jahre 1914 20,50 Mf. bzw. 20,— Mf. für die Großverbraucher, wobei noch mit Kücksicht auf die bessere Beurteilungsmöglichkeit der später einsgetretenen Preisentwicklung hinzugesügt werden muß, daß diese Preise "frei Hof Druckerei mit 2 % Skonto" zu verstehen sind, während die jezigen Preise frei Bahnhof des Verbrauchsortes und ohne Skonto berechnet werden.

Will man die heutige Lage des Zeitungswesens verstehen, so genügt es meines Erachtens nicht allein, die heutigen Papierpreise zu kennen. Man muß, um sich ein Urteil bilden zu können, wenigstens einen kurzen Blick auf die Entwicklung der Papierwirtschaft während des Krieges und in der Zeit nach dem Kriege dis zum heutigen Tage werfen.

Deutschland war bis zum Kriege ein Papierüberschußland. Es exportierte hauptsächlich nach Südamerika, nicht unerhebliche Mengen auch nach England, Japan und Holland. Nach Dr. Pöppinghaus, "Die deutsche Zeitungsdruckpapierindustrie und ihre fortschreitende Organissation" [siehe oben], betrug die Ausfuhr von Zeitungsdruckpapier in Tonnen:

Jahr:	Tonnen:	Jahr:	Tonnen
1901	5 990	1908	28 170
1902	13 970	1909	$32\ 100$
1903	19 350	1910	38 980
1904	17 230	1911	34 200
1905	. 12 120	1912	35 240
1906	12 200	1913	$35\bar{3}40$
1907	23 910	1914	22880

Rebenbei sei bemerkt, daß der Preiß, zu dem Zeitungsdruckpapier in diesen Jahren ins Ausland verkauft wurde, etwa 1,00—1,50 Mk. für 100 kg unter dem Inlandspreise lag. Bon der Produktion besherrschte in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges der "Berband

Deutscher Druckpapiersabriken" etwa annähernd 80 %, der Rest entsiel auf Außenseiter, in der Hauptsache auf den Berband der sogenannten "ringfreien Papiersabriken". Jedenfalls war bis zum Ausbruch des Krieges der Konkurrenzkampf unter den Papiersabriken noch nicht ganz ausgeschaltet. Außerdem wirkte es auf die Papierpreisbildung im Sinne der Zeitungen günstig ein, daß die Möglichkeit der Gründung neuer, unabhängiger Papiersabriken durch kapitalstarke Größverlage, die erheblichen Papierbedarf hatten, seitens der Papiersabrikanten in Rechnung gestellt wurde. Papierholz, der Hauptrohstoff der Papiersabrikation, war reichlich und zu mäßigem Preise vorshanden, mithin Papier eine beliebig vermehrbare Ware. Das gab den Verlegern Rückhalt und gelvährte ihnen eine ruhige langsichtige Grundslage für die Kalkulation ihrer Abonnementss und Anzeigenpreise.

So war die Lage, als der Krieg ausbrach. Zunächst blieb alles beim alten. Ja, trot des bermehrten Lefebedürfnisses der Bebölkerung und der dementsprechenden Steigerung der Auflagen der Zeitungen war Papier reichlich vorhanden. Zu Anfang des Jahres 1915 trat sogar noch eine kleine Senkung des Papierpreises ein; denn infolge des fast völlig ins Stocken gekommenen Exportes war Rapier überreichlich für den Inlandsmarkt verfügbar. So blieb es etwa bis Ende Februar 1916. Da bahnte sich mit dem Anapperwerden vieler Rohstoffe, insbesondere der Textilfaserstoffe und der Webwaren, auch hier eine Bandlung an. Papier und insbesondere Zellstoff fanden für die berschiedensten militärischen und zivilen Zwecke Berwendung. Sandfäcke für die Front, Kartoffelfäcke aus Bapier für Seer und Seimat, Papierstoffe als Ersat mit möglicher und unmöglicher Zweckbestimmung sind noch in aller Gedächtnis. Da trat um die Wende des zweiten Quartals 1916, wie auf anderen Gebieten, auch auf dem der Papier= wirtschaft der Gedanke der Zwangsbewirtschaftung und der Kontingen= tierung des Verbrauches auf. Aus dem Papierüberschußland, das einen großen Teil vom Ausland und Übersee mitversorgt hatte, war ein Papiernotland geworden! Mußte es so kommen? Fast möchte es wie eine mußige Frage erscheinen, wenn nicht die Möglichkeit offen wäre, daß uns die Rotwendigkeit nationaler Ökonomie noch einmal vor ein ähnliches Problem stellen könnte. Ich darf daher wohl auch hoffen, vor dem Verdacht der Rechthaberei geschütt zu sein, wenn ich, der ich bor der Einführung der mit Berbrauchskontingentierung verbundenen Zwangsbewirtschaftung gewarnt und sie, solange sie bestand, be= kämpft habe, ein Wort darüber sage. Ich bin der Meinung, es mußte nicht so kommen. Ich sehe in der Drosselung des Berbrauches, in der Kontingentierung eine der wesentlichsten Ursachen der Zerstörung der historisch gewordenen Struktur der deutschen Presse. Als Grund= lage für das Kontingent wurde der Lapierverbrauch der einzelnen Beitung im Sahre 1915 genommen und hierauf bestimmte prozentuale Abschläge gemacht. Das Shitem war in großen Bugen jo, daß die Beitungen, die bis zu vier Seiten täglich Umfang hatten, unbelästigt blieben, während die anderen, aufsteigend mit dem Papierverbrauch, reduziert wurden. Schlieflich kam es dabin, daß die großen Zeitungen, mit umfangreichem redaktionellen und Inseratenteil, bis um 44,5 % des Berbrauches, den sie im Jahre 1915 gehabt hatten, gedrosselt wurden. Für die großen Zeitungen, die ihren Papierverbrauch schon unter dem Zwange der Berhältnisse im Jahre 1915 gegenüber 1913 eingeschränkt hatten, bedeutete dies faktisch eine Drosselung von über 50 % ihres Berbrauches vom Jahre 1913. Das war für diese Zei= tungen, die damals mit dem steigenden politischen Interesse der Bevölkerung eine zunehmende Auflage hatten, ein schwerer Schlag. Da sie selbstverständlich zu damaliger Zeit, mit den sich täglich über= stürzenden militärischen und politischen Informationen, den redaktionellen Teil nicht über Gebühr einschränken konnten, ging die Kontingentierung in erheblichem Maße zu Laften des Inseratenteils, das heißt der hauptsächlichsten wirtschaftlichen Grundlage der meisten großen und mittleren Zeitungen.

Meines Erachtens gab es ein anderes, besseres Mittel, der Papiernot vorzubeugen, das man auch heute noch nicht ganz aus dem Auge
verlieren sollte: die Steigerung der Papierproduktion durch Bereinheitlichung. War es unbedingt nötig, daß in den Kriegsjahren,
wo der Export sowieso fortsiel, über 1000 verschiedene Papiersorten,
verschieden in Gewicht, Färbung, Stoffzusammensehung usw., fabriziert wurden? Eine einzige Zeitungsdruckpapiersorte, vielleicht zwei,
hätten genügt. Mußten über hundert verschiedene Zeitschriftenpapiere
angesertigt werden? Hätte man sich nicht auf weniger als ein halbes
Duzend einigen können? Und nun gar auf dem Gebiet der anderen
Papiersorten, insbesondere der Luzuspapiere! War es wirklich unbedingt nötig, daß auch im Kriege jede Dame ihre Briefe auf dem gewohnten roten, gelben, blauen oder grünen Papier schrieß? Wäre
der Geschäftsberkehr wesentlich gestört worden, wenn man sich auf

einige wenige Papiersorten für den Bureaubedarf geeinigt hätte? Bon der möglichen Ersparnis an Zellstoff abgesehen, wieviel mehr Papier hätte hergestellt werden können? Für den, dem die Papiersabrikation fremd ist, sei gesagt, daß jede Anderung der Farbe des Papiers, des Gewichts, der Stoffzusammensehe des Papiers, des Gewichts, der Stoffzusammensehung einen längeren Stillstand der Papiermaschine ersordert, einen zwecklosen Zeitverlust, der selbstverständlich die Produktion vermindert. Sachverständige haben mir oft zugegeben, daß sich auf dem angedeuteten Bege eine Steigerung der Produktion um 20—25 % hätte erzielen lassen. Für die Zeitungen ein unwiederbringlicher Versust, der die Zusammenschrumpfung des redaktionellen Textes und der Inseratenteile beschleunigte und damit auch die Existenzbasis der Resdakteure und Mitarbeiter verschmälerte.

Auch die Preise für Zeitungsdruckpapier wurden seit dem Juli 1916 unter staatlicher Mitwirkung sestgesett. Die Festsetung gesichah an der Hand von spezisizierten Kalkulationen, die die Verbände der Papiersabrikanten über ihre Herstellungskosten gaben. Die Verleger bekamen durch ihre Vertreter Einsicht in die Kalkulationen ebenso wie die "Reichsstelle für Papierholz". Dafür hatten die Fabriskanten von Zeitungsdruckpapier und von dem dazugehörigen Zellstoss den in damaliger Zeit gar nicht hoch genug anzuschlagenden Vorsteil bevorzugter Kohlenlieserung und Waggons gestellung; ihre Vetriebe waren daher, ebenso wie die der Fabriskanten von kriegswichtigen Artikeln, vor längeren Stillständen und Produktionseinschränkungen mehr geschützt als viele andere. Die Papierpreise sür 100 kg Kollendruck entwickelten sich seitdem wie solgt 1:

1914 bis 30. Juni 1915	21,— Mf.
1. Juli 1915 bis 31. März 1916	22, "
1. April 1916 bis 1. Juni 1916	30, "
1. Juli 1916 bis 31. Mai 1917	36,— "
1. Juni 1917 bis 31. Ottober 1917	
1. November 1917 bis 31. März 1918	
1. April 1918 bis 31. Oktober 1918	61,50 "
1. November 1918 bis 31. Dezember 1918	71,50 "
1. Januar 1919 bis 31. März 1919	77,— "
1. April 1919 bis 30. Juni 1919	93,50 "

¹ Die Zahlen bis Ende Februar 1920 find der obengenannten Schrift von Dr. Pöppinghaus, diejenigen für die spätere Zeit eigenen Aufzeichnungen eines Berliner Grofverlages entnommen.

1. Juli 1919 bis 30. September 1919 1. Oftober 1919 bis 31. Dezember 1919 1. Oftober 1919 bis 31. Dezember 1919 1. Oftober 1920 1. bis 15. Februar 1920 1. bis 29. Februar 1920 1. do bis 29. Februar 1921 1. do bis 29. Februar 1922 1. do bis 20. Februar 1920 1. do b	1. Juli 1919 bis 30. September 1919 99,25 M	3. £
Fanuar 1920 195,50 1. bis 15. Februar 1920 205,50 16. bis 29. Februar 1920 223,— März 1920 339,75 April 1920 359,75 Mai/Juni 1920 409,75 Juli Auguft 1920 392,25 September/Oftober 1920 335,25 November 1920 bis März 1921 299,75 April / Juni 1921 339,75 Juli / September 1921 329,75 Oftober/November 1921 347,25 Dezember 1921 419,75 Januar 1922 699,75 Februar 1922 729,75 März 1922 729,75 März 1922 824,75 Mirzi 1929 1279,75		ıı.
1. bis 15. Februar 1920 205,50 " 16. bis 29. Februar 1920 223,— " März 1920 339,75 " April 1920 359,75 " Mai/Juni 1920 409,75 " Juli / Auguft 1920 392,25 " September/Ottober 1920 335,25 " November 1920 bis März 1921 299,75 " April / Juni 1921 339,75 " Juli / September 1921 329,75 " Juli / September 1921 329,75 " Ottober / November 1921 347,25 " Dezember 1921 419,75 " Januar 1922 699,75 " Februar 1922 729,75 " März 1922 729,75 " März 1922 824,75 " Minil 1902	1. Oktober 1919 bis 31. Dezember 1919 117,75 "	,
16. bis 29. Februar 1920 223,— " März 1920 339,75 " Upril 1920 359,75 " Mai/Juni 1920 409,75 " Juli / Auguft 1920 392,25 " September/Ottober 1920 335,25 " November 1920 bis März 1921 299,75 " Upril/Juni 1921* 339,75 " Juli/September 1921 329,75 " Ottober/November 1921 347,25 " Dezember 1921 419,75 " Januar 1922 699,75 " Februar 1922 729,75 " März 1922 729,75 " Waiz 1922 824,75 "	Januar 1920	,
März 1920 339,75 April 1920 359,75 Mai/Juni 1920 409,75 Juli Auguft 1920 392,25 September/Ottober 1920 335,25 Robember 1920 bis März 1921 299,75 April/Juni 1921 339,75 Juli September 1921 329,75 Ottober/Robember 1921 347,25 Dezember 1921 419,75 Januar 1922 699,75 Hebruar 1922 729,75 März 1922 824,75 Mürzi 1922 1279,75 Mirzi 1922 1279,75	1. bis 15. Februar 1920	,
April 1920 359,75 Mai/Juni 1920 409,75 Juli / August 1920 392,25 September/Ottober 1920 335,25 November 1920 bis März 1921 299,75 April/Juni 1921 339,75 Juli/September 1921 329,75 Ottober/November 1921 347,25 Dezember 1921 419,75 Januar 1922 699,75 Hebruar 1922 729,75 März 1922 824,75 Mari 1922 824,75 Minil 1922 1279,75		,
Mai/Juni 1920 409,75 Juli / August 1920 392,25 September/Ottober 1920 335,25 November 1920 bis März 1921 299,75 April/Juni 1921 339,75 Juli/September 1921 329,75 Oftober/November 1921 347,25 Dezember 1921 419,75 Januar 1922 699,75 Februar 1922 729,75 März 1922 824,75 Mari 1922 824,75 Mari 1922 1279,75	März 1920	,,
Juli Auguft 1920. 392,25 " September Ottober 1920 335,25 " Robember 1920 bis März 1921 299,75 " Upril Juni 1921 339,75 " Juli September 1921 329,75 " Ottober Kovember 1921 347,25 " Juli 75 " Dezember 1921 419,75 " Juli 75 " Januar 1922 699,75 " Juli 75 " Hörbruar 1922 729,75 " Juli 1902 1279,75 " Marz 1922 1279,75 " Juli 1902 1279,75 "	April 1920	y
September/Ottober 1920 335,25 " November 1920 bis März 1921 299,75 " Upril/Juni 1921 339,75 " Juli/September 1921 329,75 " Oftober/November 1921 347,25 " Dezember 1921 419,75 " Januar 1922 699,75 " Februar 1922 729,75 " März 1922 824,75 " Unvil 1902 1279,75 "	Mai/Juni 1920	,,
Robember 1920 bis März 1921 299,75 " April/Juni 1921 339,75 " Juli/September 1921 329,75 " Oftober/November 1921 347,25 " Dezember 1921 419,75 " Januar 1922 699,75 " Februar 1922 729,75 " März 1922 824,75 " Mwil 1902 1279,75 "		,,
April/Juni 1921: 339,75 " zuli/September 1921 329,75 " Oftober/November 1921 347,25 " Dezember 1921 419,75 " Januar 1922 699,75 " Höbruar 1922 729,75 " März 1922 824,75 " Mwil 1902 1279,75 "		,
Juli/September 1921 329,75 " Oftober/November 1921 347,25 " Dezember 1921 419,75 " Januar 1922 699,75 " Hebruar 1922 729,75 " März 1922 824,75 " Unvil 1902 1279,75 "	Rovember 1920 bis März 1921 299,75	,
Ottober/November 1921 347,25 " Dezember 1921 419,75 " Januar 1922 699,75 " Februar 1922 729,75 " März 1922 824,75 " Miri 1902 1279,75 "	April/Juni 1921:	,
Dezember 1921 419,75 " Januar 1922 699,75 " Februar 1922 729,75 " März 1922 824,75 " Mwill 1992 1279,75 "	Juli / September 1921	ı
Januar 1922 699,75 " Februar 1922 729,75 " März 1922 824,75 " Morif 1909 1279,75 "	Ottober/November 1921	,
Februar 1922	Dezember 1921 419,75	,,
März 1922	Januar 1922 699,75 ,	,,
9fbril 1009 1970 75	Februar 1922	,,
April 1922	März 1922	,,
	April 1922	,,
Mai 1922	Mai 1922	,,
Juni 1922	Juni 1922	,,
Juli 1922	Juli 1922	,,

Es dürfte vielleicht nicht ohne Interesse sein, damit die Preisentwicklung der beiden wichtigsten Halbstoffe, die zur Zeitungspapiersfabrikation erforderlich sind, des Zellstoffes und des Holzstoffes, zu vergleichen. Ich verdanke diese Zahlenangabe der Liebenswürdigkeit des Herrn Dr. Reimann, Geschäftsführer des "Berbandes Deutscher Druckpapierfabriken".

Bellftoff.

Im April 1913	18,— Mf.
Mitte 1915	21,— "
Januar 1916	23,— "
Februar bis April 1916	30,— "
Mai 1916	31, "
Juni 1916	32, "
3. Bierteljahr 1916 bis 3. Bierteljahr 1917	51,— "
4. Bierteljahr 1917 bis 3. Bierteljahr 1918	5 6,— "
4. Vierteljahr 1918 und 1. Vierteljahr 1919	62,— "
2. Vierteljahr 1919	67,— "
Anfang 1920	190,— "
März 1921	330,— "
Mai 1921	345, "
Juli 1921	476,— "
Januar/Februar 1922	660,— "

März												•	740,—	M£.
April.													1100,—	"
Mai .													1425,—	,,
Juli	•	•	•	•	•			•		•			1750,—	"

Solzstoffpreise.

Im erften halbjahr 1916 20-24,- Mt.
Ende 1916
Anfang 1917
Mitte 1917
Ende 1917
Mitte 1918
Ende 1918
Im ersten Halbjahr 1919 40,— "
September 1919
Anfang 1920

Bis hierher waren die Durchschnittszahlen zum größten Teile amt= lich festgestellt.

Kalkulationspreise, die der Berband Deutscher Druckspapierfabriken festgestellt hat, und bei denen die Vorräte an billigerem Holz einkalkuliert sind:

```
      März 1921
      ...
      280,— Mf.

      Juni 1921
      ...
      280,— "

      Kovember/Dezember 1921
      ...
      360,— "

      Januar bis März 1922
      ...
      500,— "

      April 1922
      ...
      1050,— "
```

Die letten Zahlen find auf Grund neuer Kaltulation festgestellt: Im Upril betrug ber tatfächlichfte Mindestpreis. 1200,- Mt.

Man hat den Druckpapiersabriken wegen ihrer Preisstellung oft schwere Vorwürfe in der Öffentlichkeit gemacht, und ich zweiste nicht, daß es der einen oder anderen Fabrik wohl möglich gewesen wäre, dann und wann mit einem niedrigeren als dem berechneten Preise auszukommen; aber da die Fabriken in Verbänden zusammengeschlossen sind, die einheitlich die Preise fixieren, wurden begreiflicherweise auch die Lebensbedingungen der rücktändigeren Betriebe in Nechnung gezogen und ein Durchschnittspreis ermittelt. Wenn man aber den Papiersabriken "Wucher" vorgeworsen hat, so muß ich, um streng obziektiv zu sein, gestehen, daß ich diesen Vorwurf in seiner Schwere, wenigstens soweit er sich auf das Zeitungsdruckpapier bezieht — das übrige aber interessiert uns hier nicht — für n icht gerechtsertigt halte. Das Zeitungsdruckpapier besteht im wesentlichen aus Holz

— Zellstoff et wa 20 %, Holzstoff et wa 80 % —, der Preis bestimmt sich daher im wesentlichen nach dem Holzpreise und den Preisen für Rohle. Jede 100 Mt., die der Raummeter Holz steigt, bedeuten nahezu 0,50 Mt. auf das Rilogramm Papier. Un der ungeheuerlichen Solzpreissteigerung sind aber die waldbesitzenden einzelnen deutschen Län= der schuld, die aus ihren Bäldern herauszuholen suchen, was nur irgend möglich ist, um ihren Etat zu balancieren. Die Folge find die hohen Papierpreise und die Folge da= bon die Not der Presse. Daran vermag keine noch so form= vollendete Ministerrede, die die Presse feiert und ihr Wohlwollen zu= sichert, etwas zu ändern! Zu den Angaben über die Kapierpreise ist noch zu bemerken, daß davon nicht in Abzug gebracht worden sind die Vergütungen, die darauf die Reichsstelle für Papierholz baw. das Reich und die Bundesstaaten zum Teil in sehr erheblichem Maße in der Zeit vom 31. Oktober 1916 bis 30. September 1919 und in der Beit bom 1. März 1920 bis Ende Juni 1921 geleistet haben, so daß in diesen Zeitabschnitten sich die Preise nicht voll im Zeitungsgewerbe auswirkten. Seit 1. Juli 1921 haben die Zeitungen die vollen Preise selbst zu tragen.

Was die Spanne von 20 Mt. mit 2 % Skonto für 100 kg Papier im Sahre 1914 gegen zirka 2000 Mt. ohne Skonto (ausschließlich Roll= geld) für den einzelnen Berlag ausmacht, sei an einigen wenigen Zahlen deutlich gemacht: Nehmen wir einen der Berliner Großverlage an, der im Jahre 1913/1914 etwa 2000 Waggons zu je 10 000 kg jährlich zum Preise von 0.20 Mf. das Kilvaramm verbraucht hat, so hatte er hierfür 4 000 000 Mk. aufzuwenden. Rehmen wir an, das dürfte etwa den Tatsachen entsprechen, daß der Papierbedarf eines derartigen Berlages durch den Rückgang an Inseraten und Beziehern sowie durch notgedrungene Ginschränkung des redaktionellen Teils um etwa 50 % zurückgegangen ist, so braucht er heute nur 1000 Waggons zu 10000 kg jährlich; das erfordert, wenn wir den Preis für den Monat Juli 1922, der rund gerechnet 20 Mf. das Rilogramm beträgt, zugrunde legen, einen Aufwand bon 200 000 000 Mt. allein für Papier. Nehmen wir einen mittleren Berlag, der nur den zehnten Teil des Bedarfes des Großberlages, also nur 100 Waggons im Jahre, ber= brauchen foll, fo muß er allein für Papier jährlich die Summe bon 20 000 000 Mt. aufbringen, und felbst der gang kleine Berlag, ber im ganzen Monat nur einen Waggon berdrucken soll, also nur 12 Waggons im ganzen Jahr, auch er soll allein für Papier 2 400 000 Mk. bezahlen! Ich glaube, schon diese wenigen Ansgaben genügen, um selbst dem krassesten Laien die Lage, in der sich die deutschen Zeitungen befinden, klarzumachen.

Aber mit der Papierpreissteigerung ist die Erhöhung der sachslichen Kosten nicht erschöpft. Textschriften, Auszeichnungsschriften, Setzmaschinenmetall, Stereothypmetall, Weichblei, Antimon, Jinn, Walzenmasse, Öl, Druckfarbe, Benzin, Gas, Kohle, Elektrizität (Licht und Kraft) sind teils in geringerem Maße als Papier, teils in noch höherem gestiegen.

Eine besondere Erschwerung für die Verleger liegt noch darin, daß, während in der Vorkriegszeit die Papierpreise durchschnittlich für ein Jahr festgesetzt wurden und selbst während der Kriegswirtsschaft man sich meist für einige Wonate über den Preis einigte neuerdings die Preise steiße stets nur für einen Wonat bestimmt werden. Ja, es ist schon vorgekommen, daß der vom Ersten eines Wonats gültige Preise erst im Laufe desselben Wonats bestimmt worden ist. Wenn man bedenkt, daß die Abonnementspreise, insbesondere für die Postbezieher, ein Quartal voraus festgelegt werden müssen, also zu einer Zeit, wo der Verleger den Preis seines wichtigsten Rohstosses gar nicht kennt, wird man begreifen, daß ein ordnungsmäßiges kauf männisches Kalkulieren seit langem im Zeitungswesen gar nicht mehr möglich ist.

Die Löhne für das technische Personal haben sich in derselben Zeit wie folgt entwickelt:

Tarifliches Minimum für verheiratete Gehilfen Rlasse C in Berlin1 (Deutscher Buchdruckertarif):

ab 1. Jan. 1912 bis 31. März 1916 34,40 Mf. (aufgerundet bei den Auszahlungen; die genaue Zahl war 34,38 Mf.)

,,	1. April 1916 .					36,73	,,
"	1. Oktober 1916					38,43	"
	1. Mai 1917 .	_	_			48.90	

¹ Der Buchdruckertarif ist ein Reichstarif mit entsprechenden Lotalzuschlägen für die einzelnen Orte. Ich habe mich auf die Angabe der Berliner Tariflöhne besichränkt, die als Anhaltspunkte für eine Urteilsbildung genügen dürften.
Schriften 152 II.

$\mathfrak{a}\mathfrak{b}$	26.	November 1917							57,40	Mt.	
#	1.	August 1918 .							67,40	,,	
"	1.	Dezember 1918							72,40	,,	
"	1.	Januar 1919 .		•					92,40	"	
"	5.	Mai 1919							112,40	"	
"	1.	Oktober 1919 .							125,—	,,	
"	15.	Dezember 1919							150,—	"	
,,	1.	Januar 1920 .							159,	"	
"	1.	April 1920				•			179,—	. 11	
"	1.	Mai 1920							199,—	"	
"	31.	Mai 1920							235,50	"	
"	5.	Juli 1920							250,50	"	
"	1.	November 1920						•	270,50	"	
"	1.	Juni 1921			•				285,50	"	(baneben Dezember 1920:
											100 Mt. Wirtschaftsbeihilfe;
											Febr. bis Juli 1921 je 65 Mf.)
"	1.	Oktober 1921 .			•				384,50	"	
"	15.	November 1921							4 09,50	"	
"		Dezember 1921					•		518,—	"	
"	19.	Dezember 1921		•					553,—	"	
"		U								"	
"		März 1922								"	(bagu in den Großbetrieben
"		Mai							•	<i>"</i> {	feit wenigen Jahren 12 Mt
"	1.	Juni 1922	•	٠	•	•	•	•	1093,—	,,	"Zeitungszulage")

Die Entlohnung für das Zeitungsaustragepersonal beträgt z. B. in Berlin etwa das Fünfunddreißigfache der Friedensauswendungen und erfordert auf der Grundlage der heutigen Löhne für einen Berliner Großberlag die Summe von etwa 18 000 000 Mf. jährlich, worin die Rosten der Abrechnung, der Buchhalterei, des Aussichtspersonals, der Miete, Beleuchtung und Heizung nicht inbegriffen sind.

Für die mittleren und besonders die großen politischen Zeitungen fallen sehr erheblich noch ins Gewicht die erhöhten Kosten sür die Redaktion und den Nachrichtendienst. Ginen selbständigen Nachrichtendienst in den einzelnen größeren Städten Deutschlands und vor allem im Auslande können heute nur noch wenige von den ganz großen Verlagen aufrechterhalten, und selbst diese wenigen müssen ihn zusehens zusammenschrumpfen lassen, weil die Kosten infolge der Entwert ung der Mark auch dem stärksten und finanziell bestfundierten Verlage auf die Dauer untragbar werden. Welche Millionenbeträge heute selbst bei bescheidensten Ansprüchen Korrespondenten in Paris, Kom, in der Schweiz, in Amerika und in Ostasien, um nur einige der wichtigsten herauszugreisen, erfordern,

welche Summen für Telegramme und Telephonspesen aufgewendet werden muffen, davon macht fich der Außenstehende schwer ein Bild. Die große deutsche Presse hält es aber mit Recht für eine Ehrenpflicht, solange es irgend möglich ist, auch mit den schwersten Opfern den Rachrichten=Auslandsdienst aufrechtzuerhalten. Behe uns, webe Deutschland, wenn wir darauf angewiesen sein werden, uns für unsere politische und kommerzielle Information auf ausländische Quellen zu verlassen; wenn im Auslande nicht unabhängige deutsche Politiker und Journalisten siten, die durch deutsche Augen und unter deutschem Gesichtspunkte die Vorgänge in der Fremde beobachten. Schon zeigt sich die drohende Befahr, daß scheinbar deutsche Nachrichtenbureaus mit ausländischen Intereffentengelbern gefpeift werden, und daß unmerklich das Bift fremdländischer Propaganda in deutsche Blätter dringt. Sierin sehe ich die schwerste Gefahr für die deutsche Öffentlich= teit und für unsere zukunftige Entwicklung und leider eine Gefahr, die kaum noch abzuwenden sein dürfte.

Bliebe noch ein Wort zu sagen über die Steigerung der all= gemeinen Rosten der Zeitungsredaktionen, der Mehraufwendungen für Redakteurgehälter, Gehälter der festangestellten Mitarbeiter, der Korrespondenzbureaus und der freien Mitarbeiter. Frgendwelche zuverlässigen Statistiken existieren hierüber meines Wissens nicht, und ich glaube auch, daß fie kaum geschaffen werden können. Bei der Berschiedenartigkeit der Berlage und Zeitungen, je nachdem, ob es sich um große oder kleine Blätter, Blätter von er= heblicher politischer Bedeutung oder solche mehr lokaler Natur und im wesentlichen informatorischem Charakter handelt, und schließlich auch nach dem Erscheinungsort der Blätter werden etwaige Zahlenangaben nie über eine gewiffe örtliche oder regionale Bedeutung hinauskommen. Wie dem aber auch sei, zurzeit existieren keine ausreichenden Über= sichten. Bielleicht erwirbt sich die "Reichsarbeitsgemein= schaft der deutschen Presse", zu der sich der "Arbeitgeber= verband für das deutsche Zeitungsgewerbe" und der "Reichsverband der deutschen Presse" zusammengetan haben, das Berdienst, in gemeinsamer Arbeit der Berleger und Journalisten das einschlägige Material zusammenzutragen. Reinen 3weifel aber möchte ich schon jest an dieser Stelle darüber laffen, daß die zwischen den beiden ebengenannten Bereinen getroffene "Bereinbarung" vom 25. April 1922, in deren

Absat 7 es heißt: "Das Einkommen des Redakteurs und festangestellten Mitarbeiters soll seinen Leistungen entsprechen und seiner sozialen Stellung angemeffen sein, in einer Beise, welche die Proletarifierung des Redakteurberufs ausschließt", eine glatte Selbstverständ= lich keit ift. Nicht minder felbstverständlich erscheint ce mir, daß hierbei die Grenzen des für den Berleger wirtschaftlich Möglichen respektiert werden mussen. Und zwar, wie ich ausdrücklich hinzufügen will, ohne allzu große Ungstlichkeit; denn ich bin der Meinung, daß überall da, wo nicht mehr die Möglichkeit einer auskömmlichen Bezahlung eines Redakteurs gegeben ist, der Verleger sich die Frage vorlegen muß, ob sein Blatt noch die erforderliche Existen z= berechtigung hat, bzw. ob er das Blatt nicht selbst, unter Berzicht auf eine besondere redaktionelle Kraft, fertigzustellen in der Lage ist. Allgemein gültige regionale Redakteurtarife, wie sie gegenwärtig für einen großen Teil Deutschlands bestehen, gab es in der Borkriegs= zeit, soweit mir bekannt ift, in Deutschland nicht. Für Berlin wurde der erste derartige Tarif mit Gültigkeit vom 1. Dezember 1919 ge= schlossen. Um dem Fernstehenden einen bescheidenen Einblick in die Entwicklung auf diesem Gebiete des Tarifwesens zu geben, will ich eine Tabelle (siehe S. 54 und 55) über die bisher in Berlin abgeschlossenen Redakteurtarife einfügen.

Für die sogenannten Borortzeitungen mit geringer Auflage sind prozentuale Abschläge vorgesehen.

Hierzu ift mehrerlei zu sagen. Die Berliner Tarife lassen selbstwerständlich keinen absoluten Schluß für das übrige Deutschland, höchstens für die größeren und einige mittlere Städte zu. Aber auch da muß bemerkt werden, daß die Tarise nach verschiedenen Shstemen aufsgestellt sind. Berlin hat, wie aus obiger Tabelle hervorgeht, das Shstem der "Staffelung nach Berlagsjahren", andere staffeln nach "Berusziahren", wieder andere, z. B. Hamburg, haben von einer Staffelung überhaupt abgesehen und haben lediglich Grundgehälter für verheiratete bzw. unverheiratete Redakteure sestgelegt. Die Schaffung von Tarisen für Redakteure bzw. Journalisten begegnet begreislicherweise weise weise mechanischer oder technischer Tätigkeit, ja selbst mit durchschnittlicher Tätigkeit in kaufmännischen Betrieben. Die Tätigkeit des wirklichen Redakteurs ist so individuell, daß schon eine Aussbalanzierung der Tätigkeit des Redakteurs X mit der des Redakteurs Y,

die an derselben Zeitung wirken, äußerst schwierig ist. Und es gibt nach meiner jahrzehntelangen genauen Kenntnis des Zeitungswesens nicht zwei Redaktionen in Deutschland, deren Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen, deren Arbeitsmethoden, Arbeitszeiten, Arbeitszewohnheiten sich ohne weiteres auseinander übertragen ließen. Wohl auf keinem Arbeitsgebiet menschlicher Betätigung spielt das Individuelle, das rein Persönliche, eine größere und für den Gesamtersolg gleichbedeutende Rolle. Daher auch auf beiden Seiten, bei Verlegern wie bei Redakteuren, ein zum Teil starker Widerwille gegen tarisliche Regelung und die davon dis zu einem gewissen Grade untrennbare Nivellierung. Ein Widerwille, der sich nicht im mer nur bei den sozial Rückftändigsten beider Gruppen zeigt.

Schließlich würde es auch ein falsches Bild geben, wenn ich es unterließe, hinzuzufügen, daß die Tabelle des Berliner Redakteurtarifes sehr irrtumlich aufgefaßt wurde, wenn man etwa annehmen wollte, daß die Mehrzahl der Redakteure der bekannten Berliner Zeitungen danach bezahlt würde. Rein, von allen denjenigen, deren Ramen in der Zeitung zu lesen sind, dürfte wohl kaum ein einziger ein Tarif= gehalt beziehen, und zwar gilt diese Behauptung nicht etwa nur für die "Prominenten", sondern weit, sehr weit darüber hinaus. Und ähn= lich wie für Berlin, dürfte es für eine große Anzahl anderer Städte, in denen Zeitungen von erheblicher politischer Bedeutung erscheinen, liegen: in Frankfurt, in Köln, in München, in Hamburg, in Dresden, um nur einige wenige zu nennen. Ich erwähnte schon, daß es wohl für keinen anderen Beruf so schwer sei wie für den Redakteurberuf, gemeingiltige Tarife zu schaffen. Rein Arbeitsverhältnis ist so ganz auf das Individuelle, das rein Persönliche zugespitt wie das des Re= bakteurs zur Zeitung, für die er wirkt. Unsagbar verschieden sind in jedem einzelnen Falle die Ansprüche, die an die Tätigkeit des Redakteurs gestellt werden 1. Man braucht nur etwa ein Dutend Zeitungen aus den verschiedensten Teilen Deutschlands zu durchblättern, um sofort darüber klar zu werden. Ich möchte davon absehen, Namen zu nennen; aber schon ein Blick auf die Statistik sagt genug, wonach (vergl. Dr. W. Kretschmer, "Zum Standortsproblem im Zeitungsgewerbe",

¹ Daher ift der Gedanke einer einheitlichen Regelung der Borbildung für den Redakteurberuf auch vollkommen abwegig. Zum Journalistenberuf gehört angeborenes Publizistenblut, das durch keine Spezialdressur ersetzt werden kann. Soweit akabemische Borbildung erwünscht ist, bieten die Universitäten alles Ersorderliche.

Redakteur-Tarifgehälter von 1919—1922.

OS mo	31, 12, 8 iittig v 1, 1, 21 30, 9, 9 8 iittig 1, 10, 21	Mt.	I. Bollredakteure:	1335 2100 3100 3300 3700 4625 5090 1400 2200 3300 3500 3900 4875 5365 1470 3200 3500 3700 4100 5195 5640 1470	1535 2500 3700 8900 4300 5375 5915 1600 2700 38900 4100 4500 5625 6190	25,- 1735 2900 4100 4300 4700 5875 6465 8000 $50, 1870$ 8000 4300 4500 4900 6125 6740 8400 4500 4500 4700	II. Hilfsredalteure:	25,— 1200 1800 2500 2650 2950 3690 4060 5100 56,25 1234 1850 2600 2750 3050 3815 4206 5250 87,50 1267 1900 2700 2850 3150 3940 4335 5450 18,75 1300 1950 2800 2950 3250 4065 4475 5600 50,— 1335 2000 2900 3050 3850 4190 4610 5800	Redattionsaffistenten:	800 1200 935 1400 1065 1600
	März 1922	Mť.		3300	3900 4100	4300 4500 4700		2650 2750 2850 2950 3050	-	1750 1950 2150
	Februar 1922	Mť.	: 2 2 1	3300 3300 3500	8200 8200 8300	4100 4300 4500	ure:	2500 2700 2800 2900	tenten:	1650 1850 2050
		Mt.	rebatten	2100 2200 2300	2500 2700	2900 3000 3100	ب	1800 1850 1950 2000	ngaffif	1200 1400 1600
mo Sid 19	Gültig v 12 .1 .1 30. 9. 9.	Mt.	l. Bollt	1335 1400 1470	1535	1735 1870 2000		1200 1234 1267 1300 1335	lebattic	800 935 1065
	Gültig v 1. 10. 20 31. 12.	mt.		1250,— 1312,50 1375,—	1437,50 1500.—	1625,— 1750,— 1875,—	Π	1125,— 1156,25 1187,50 1218,75 1250,—	_	750,— 875,— 1000,—
Sid	Gültig v 1. 5. 20 30. 9. 2	Mŧ.		1000 1050 1100	1150	1300 1400 1500		900 925 950 975 1000	-	600 700 800
mo Sid O2	Gültig v 1. 12. 19 30. 4. 3	Mt.		700	000 000 000 000	950 1000		650 675 700 725 750	-	400 fteigt um mindestens 50 Mt.
				1. Verlagsjahr	4 70 			1. Berlagsjahr	•	1. Verlagsjahr

						Gültig ab	ig a b				
	1. 9	1. Mai 1 1920	1. Off. 1920	1. Jan. 1921	1. Ø#. 1921	1. Febr. 1922	1. März 1922	1. April 1922	Mai 1922	Suni 1922	Suli 1922
	<u>E</u>	Mt.	Mť.	Mť.	Mť.	mt.	Mt.	Mf.	Mt.	Mt.	Mt.
			V. Befto	ıngeftel	íte Mi	IV. Festangestellte Mitarbeiter	ι:				
Mindesteinkommen bis 1. Mai 1920 monatlid: jährlid:	700 8 8400 10	$\begin{vmatrix} 850 & 1 \\ 10 & 200 & 1 \end{vmatrix}$	1062,50	1134	1700	2500	2650	2950	9698	4060	5700
			, >	V. Alleit	Alleinfritifer	fer:			-		-
Mindesteinkommen bis 1. Mai 1920 monatlich:	2 009		875	935	1400	2050	2200	2500	3125	3440	4500
			VI.	- 1	Zeilenhonorare:	are:					
8	Bis 1. Mai 1920 Ab 1. Mai 1920	AE 1. D	fai 1920	Ab 1. Oftober 1920		31. Jan. bis 30. April 1922		M ai 1922	Juni 1922		Zuli 192 2
Originalbeitr, v. Berufs- journalisten pro Zeile	25 Pfg.	30	30 Pfg.	60 Pfg.	ġ	1,一 班先	1,	1,25 Mt.	1,40 Mt.	;;	1,60 W.E.
Halt pro Zeile	20 4 mř	20	30% 90%	40		, 09' -	। जिल्ला ———————————————————————————————————	25. "			1,,1
Berfammlungsberichte . Reckerchen	10 10 10	15 12	; : :	: : : :8:8:8		50,- -,04	20.0	62,50 " 56,25 "	68,77 61,90		75,
Rrifit	40 20 * *	40 88	: 2 2			100,— 150,— "	125 187	<u> </u> 26(137,50 206,25		50,— " 50,— "
				VII. 33 0	Bolontäre:	;e:					
	Februar 1922		Mär3 1922	- 7	April 1022	55	Mai 1922		Juni 1922	Jagar Tagar	Zuli 1922
I. bis 6. Monat	400 Mt. 600 "		450 Mt. 650 "		500 W.E. 700 "		625 Wt. 875 "		700 Mt. 965 "	88 12(880 Mt. 1200 "

im "Zeitungsberlag" vom 12. Mai 1922, Nr. 19) im Jahre 1920 die Gesamtzahl der Zeitungs standorte in Deutschland 2069 betrug und sich verteilte auf:

419 Großstädte (über 100 000 Einwohner),

221 Mittelftädte (20 000-100 000 Einwohner),

786 Rleinstädte (5000-20000 Einwohner),

856 Landstädte (nur 2000-5000 Einwohner),

165 ländliche Gemeinden (weniger als 2000 Einwohner).

Nach der genannten Quelle erscheinen in Großstädten (ohne Berlin) 343 Zeitungen, in Mittelstädten 621 Zeitungen und in den Gemeinden unter 20 000 Einwohnern 2410 Zeitungen.

Schon diese wenigen Angaben zeigen die Schwierigkeiten des Problems. Aber auch aus dem Standort der Blätter kann man nicht vhne weiteres auf den Charakter und auf die Qualität des redaktionellen Teiles der Zeitungen schließen. Wir haben in Deutschland, im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, den Borzug, daß das Beitungswesen nicht in einzelnen wenigen Großstädten konzentriert ist, fondern wir besiten in einer großen Angahl von Mittelftädten ausgezeichnet geleitete, politisch und kulturell einflugreiche Blätter voll bodenständiger Kraft und von durchaus charakteristischer Physiognomie und Eigenart. Dem gegenüber fteht allerdings, und das darf ebensowenig verschwiegen werden, eine große Anzahl von Blättern, deren wesent= licher allgemeiner Inhalt von sogenannten Plattenkorrespondenzen ge= liefert wird und bei denen die redaktionelle Tätigkeit fast ausschließ= lich im hinzufügen einiger Lokalnotizen besteht und bei denen die Tätigkeit des Metteurs mit der redaktionellen Arbeit rivalisiert. Bom führenden politischen oder literarischen Ropf, dessen Meisterstilistik jedem bon uns geistige Anregung und ästhetischen Genuß bietet, bis zu dem Herrn, der die einlaufenden Versammlungsberichte, Unkundi= gungen und Bereinsnachrichten zusammenstellt und sie mit einer ent= sprechenden Überschrift versieht, heißt jeder Redakteur. Kann es da leicht sein, eine alle befriedigende Tarifregelung zu finden?

Ich muß es mir bersagen, bor einem Gremium von Berussfremden die äußerst subtile Frage der Abgrenzung der Begriffe Berleger und Redakteur zu erörtern. Sie ist der "Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse" zur Lösung überwiesen und man muß hoffen, daß es den scharfsinnigsten Männern aus beiden Kreisen, die vom Bertrauen ihrer Berussgenossen getragen sind, gelingen wird, des Rätsels Lösung zu finden. Eine einheitliche Lösung zu finden, scheint mir freilich unmöglich; denn was ich oben über die Verschiedenheit der Redakteure und ihres Berufsbezirkes fagte, gilt nicht minder für die Berleger. Ich weiß fehr wohl, daß es Männer gibt, die sich meist in kleinen Landstädtchen zur Herausgabe eines Blättchens entschlossen haben, weil sie eine mit Akzidenzarbeiten nicht vollbesetzte Druckmaschine hatten und weil von der entscheidenden Stelle die Unterstützung des "Areisblattverlegers" in Aussicht gestellt wurde; aber ich weiß nicht minder, daß es viele Sunderte von Berlegern gibt, die, ausgestattet mit allem modernen wissenschaftlichen Rüstzeug und mit tiefer literarischer Bildung, auf Grund politischen Betätigungedranges und angeborener publizistischer Neigung dem Zeitungswesen sich widmen, sich widmen mit dem ganzen sittlichen Ernst, den ihre verantwort= liche Aufgabe, ihre selbstgesette Mission erfordert. Zwischen beiden Extremen, ich weiß es wohl, gibt es tausendfältige Abstufungen und Nuancen, die nicht wägbar und nicht meßbar, ja den Augen kaum wahrnehmbar sind.

Ich weiß auch, daß es eine Zeit gab, in der das politische Interesse weiser Kreise unseres Bürgertums zu erlahmen schien, und daß in dieser Zeit gewandte Männer stark merkantilen Geistes das Techenische und Gewerbliche des Zeitungswesens über das Intellektuelle setzen, in dem Glauben, durch Ersindung des unpolitischen Generalanzeigers auch den redaktionellen Teil mechanisieren zu können. Der Traum ist lange ausgeträumt. Der Sturmwind des Krieges und die politischen Erlebnisse der Nachkriegszeit haben jeden, der zur Öffentslichkeit sprach, gezwungen, so oder so Farbe zu bekennen und zu den Problemen des Tages Stellung zu nehmen. Das Bolk stand auf, und das reine Klatsch= und Tratschblatt gehörte der Vergangenheit an. Von allem anderen abgesehen, legen eine große Anzahl Titelkopsänderungen Zeugnis davon ab.

Um auch eine andere, wichtige Spezies von Zeitungen nicht unerwähnt zu lassen, dürsen auch die Blätter, die von bestimmten politischen Parteien ressortieren und zum Teil deren offizielle Parteiorgane sind, nicht übersehen werden. Dort wird die Verlegerstellung teils von Pressehenmissionen, teils von Vertrauensmännern bzw. Abgeordneten ihrer Partei versehen. Dort ist die Stellung des Verlegers natürlich wieder eine ganz andere. Das Materielle tritt hier hinter dem Politischen völlig zurück. Aber allen Zeitungen, welcher Art sie auch sein mögen, ist heute eins gemeinsam: die wirtschaftliche Not. Die wenigen, hinter denen aus irgendwelchen Gründen interessierte Geldgeber, denen es auf direkte Rentabilität nicht ankommt, stehen, können außer Betracht bleiben.

Wenn man den Ursachen der heutigen kritischen Lage der Zei= tungen nachgehen will, darf man an der sogenannten "Inseratensteuer" nicht vorbeigehen. Denn das Inseratenwesen war und ist für die über= wiegende Mehrzahl der deutschen Zeitungen von ausschlaggebender Bedeutung als wichtiger Faktor der wirtschaftlichen Grundlage. Rur ein verschwindend geringer Teil — irgendwelche zuverlässigen stati= stischen Unterlagen stehen mir für diese Behauptung nicht zur Berfügung — der deutschen Zeitungen kann seine Ausgaben durch die Einnahmen aus Abonnementsgeldern deden. Alle Blätter bon irgend= welcher erheblichen Bedeutung auf redaktionellem und insbesondere auf dem Nachrichtengebiet, find auf die Einnahmen aus Inseratengebühren in hohem Maße angewiesen. Nur Übelwollende können daraus auf eine innere Abhängigkeit schließen; denn Inferate find keine Be= schenke, die der Inserent der Zeitung macht. Der Bang gur Bewinnung von Anzeigen ift vielmehr der, daß die Zeitungen infolge ihres in Deutschland verhältnismäßig billigen Preises von vielen Per= sonen gelesen werden und die Warenverkäufer mit Recht der Unsicht find, daß es kein befferes und billigeres Mittel gab und gibt, als zahllose Personen durch ein Inserat in vielgelesenen Zeitungen ihr Angebot, den Namen und die Art ihrer Waren vor Augen zu führen. Ferner bildete fich im Laufe der Zeit in den Inseratenteilen eine Art Arbeitsnachweis heraus, und zwar je nach dem Leserkreise des ein= zelnen Blattes, ein kaufmännischer, ein gewerblicher, ein landwirt= schaftlicher Stellenmarkt baw. ein solcher für gelernte oder ungelernte, für männliche oder weibliche Arbeitskräfte heraus. Diese Art der Arbeitsbermittlung hatte unter anderem besonders in den großen Städten den erheblichen Borteil, daß der Stellensuchende nicht oft zum entlegenen Arbeitsnachweis zu laufen oder zu fahren brauchte, um dann dort nach längerem oder fürzerem Warten zu erfahren, daß in der Nähe seiner Bohnung ein geeigneter Arbeitsplat frei sei.

So entstand, so wuchs und entwickelte sich der Inseratenteil der Blätter. Rur die durch ihn erzielten Erträge machten es den Berslegern möglich, die redaktionellen Teile der Zeitungen, und insbesons

dere den so überaus kostspieligen in= und ausländischen Rachrichten= dienst, auszubauen. Nur die Einnahmen aus dem Inseratenteil er= möglichten auch den billigen Abonnementspreis und gaben so dem Mittelstande und den breiten Schichten der minderbemittelten Bevölke= rung die Möglichkeit, Zeitungen bon berhältnismäßig umfangreichem und gediegenem Inhalte zu abonnieren und zu lesen. Rur so war es möglich, das kulturelle und politische Material, das in den Zeitungen enthalten ift, vielen Millionen von Deutschen zur Kenntnis zu bringen. Nur auf diese Weise konnte der Binnenländer täglich erfahren, was in Ausland und Übersee vorging. Nur so konnte das schwierige Werk der Politijierung des deutschen Bolkes begonnen werden. So diente das Inserat nicht nur direkt der Erhöhung des Warenumfates, die wiederum die Bermehrung der Produktion hervor= rief und trat an die Stelle der Märkte von ehedem, sondern es diente auch in direkt der Förderung der Rultur, indem es Bildungs= und Informationsmittel weiten Kreisen unseres Bolkes zugänglich machte, dem sie sonst verschlossen geblieben wären. Die Inserateneinnahmen ermöglichten es schließlich auch vielen Verlegern, den Redakteuren und Mitarbeitern ausreichende Gehälter zu zahlen und durch entsprechende Honorare prominente Kräfte aus den Kreisen der Literatur und der Gelehrtenwelt zu ihren Mitarbeitern zu machen. Ohne Zweifel wurde dadurch nicht nur das geistige Niveau der Blätter gehoben, sondern es wurden auch weiten Schichten unseres Bolkes Kulturgüter zugänglich gemacht, zu denen ihnen sonst der Zutritt verschlossen geblieben wäre. Daß hierbei nicht immer Vertiefungen der Wiffenschaft eingetreten sind, wissen die Verleger selbst ganz genau. Aber die Zeitungen wollen ja auch nicht gelehrte Werke erseben, sondern nur den Unreig zu eigenem Nachdenken berstärken.

In den letzten Jahren kommt zu all dem anderen Unglück, das die Presse betroffen hat, auch noch der Rückgang der Inseratenteile. Nach oberflächlicher Schätzung dürfte der Inseratenumfang der Blätter um etwa 50 % durchschnittlich zurückgegangen sein. Die Ursache hiers für liegt auf der Hand. Einerseits werden den Kausseuten und Fabriskanten die Waren aus der Hand gerissen; sie brauchen den Käuser nicht mehr durch Anpreisungen anzulocken wie ehedem; andererseits können mittlere und kleinere Gewerbetreibende die Insertionspreise nicht mehr zahlen, die, weil die Papierpreise auf das mehr als Hundertsache sich erhöht haben, gleichfalls stark gestiegen sind, wenn auch nicht entfernt

in dem gleichen Ausmaße. Teils sind sowohl bei den großen wie bei den kleinen die Warenlager geräumt, so daß sie nichts mehr ansabieten haben, teils haben sie es wohl auch in der Hossung auf weitere Preissteigerung mit dem Berkauf ihrer Waren nicht mehr so eilig. Die Folge hiervon ist, daß selbst in den großen und größeren Städten allenfalls noch die führende Zeitung mit dem kaufkräftigsten Publikum einen halbwegs beachtenswerten Inseratenteil hat, während an allen Orten die zweiten oder dritten Zeitungen dem Inseratensschwund erliegen. Selbst des zahlungsfähigsten Inserenten Anzeigensetat ist eben erschöpft, wenn er seine Anzeigen für das sührende große Blatt aufgegeben hat. Während er in früheren Zeiten seine Anzeigen an drei oder gar vier Blätter gab, ist ihm das jeht nicht mehr mögslich, und so wird dem Zeitungsverlage eine weitere Stühe entzogen. Hinzu kommt auch noch, daß mit den steigenden Inseratenpreisen sich viele Inserenten mehr und mehr anderen Acklamearten zuwenden.

Daß die Abonnementsgebühren, wenn die Inserateneinnahmen weiter zurückgehen, bald eine Höhe erreichen müssen, die den Bezug der reichhaltigeren Zeitungen zum Borrecht der begüterten Bolksegenossen machen werden, liegt auf der Hand. Die Folgen, die eine solche Entwicklung mit sich bringen würde, sind so sichtbar, daß es unnütz erscheint, darüber ein Bort zu verlieren. So reicht ein Totensgräber dem anderen die Schausel, um das Grab der unabhängigen politischen Presse zu graben.

Überblickt man noch einmal in Kürze die Faktoren, die die heutige Notlage der deutschen Presse geschaffen haben, so sind es in erster Linie die Papierpreise, deren Höhe die wesentliche Ursache in der Hollespreispolitik der Länder, in der unerhörten Steigerung der Rohlenspreise und der Rohlensteuer und in der Steigerung der Cisenbahnsstachtsätze hat. Die Zellstofspreise, die Inseratensteuer und die Poststarise haben das weitere zum Niedergange der Presse beigetragen; denn die Zeitungen sind nicht, wie andere Gewerbe, in der Lage, die ihnen auserlegten Mehrkosten für Rohstosse, Frachten und Steuern abzuwälzen. Das durch die Steigerung der Preise ohnedies sinanziell erschöpfte Publikum wendet die ihm verbleibenden Einkommenssund Bermögenserträgnisse eben in erster Linie sür die leibliche Nahrung und für die unentbehrliche Kleidung auf, ehe es daran denken kann, für geistige Nahrung Auswendungen zu machen. Man schränkt sich zunächst bei den Zeitungen ein, indem mehrere Personen, von denen

sich früher jede eine Zeitung gehalten hat, zusammen ein Exemplar abonnieren. Man kann dasselbe Pfund Kartoffeln nur einmal essen und denselben Rock kann zur gleichen Zeit immer nur ein Mensch tragen, ein einziges Zeitungsexemplar aber kann von Hand zu Hand wandern und vom Nachbar zum Nachbar weitergereicht werden. Wer also nicht in der Lage ist, sich selbst eine Zeitung zu halten, hat die anderweitige Beschaffungsmöglichkeit, den Inhalt des Blattes durch Einsicht beim Freunde oder Bekannten kennen zu lernen. Der Leidstragende ist der Verleger.

So steht denn ein großer Teil der deutschen bodenständigen Presse vor dem Ende. Sie geht nicht zugrunde, weil ihre Zeit gekommen ist und sie ihre Aufgabe im Bolks und Birtschaftsganzen gelöst und rest los erfüllt hat, nicht weil sie nach ewigen, ehernen großen Gesehen ihres Daseins Areise vollendet hat — nein, Arieg und Ariegsfolgen, versehlte Birtschafts, Finanz, Steuer und Frachttarispolitik haben ihrer Lebensader das Blut entzogen. Die Arzte, die rechtzeitig hätten helsen können, haben versagt. An Entkräftung geht sie zugrunde. Die Obduktion wird ergeben, daß die Diagnose richtig war.

Drittes Rapitel.

Die Verufsvereine des deutschen Journalismus.

Von

Cajetan Freund, Schriftleiter der Münchener Zeitung (München).

Inhaltsübersicht.

		Seite
I.	Das Journalisten- und Schriftstellervereinswesen vor 1910	65— 78
II.	Der Reichsverband ber Deutschen Presse	73— 84
III.	Der gewertschaftlich organisierte Reichsverband	84 94
	Die Unterverbände	
V.	Tarifverträge und Arbeitsgemeinschaft	100-120

I. Das Journalisten- und Schriftstellervereinswesen vor 1910.

Der Zeitungsschreiber, wenn er seinen Beruf ernst nimmt, muß Idealist sein. Denn er muß für Ideale, für eine Überzeugung kämpfen Tag für Tag. Sein Beruf bringt es mit sich, daß er immer für andere zu kämpfen hat, die es ihm selten Dank wissen. Darüber hat der deutsche Beitungsschreiber vergeffen, rechtzeitig auch an sich felbst zu denken, hat auch in deutscher Gewissenhaftigkeit Bedenken getragen, das in seine Hand gegebene Instrument nicht nur für andere, sondern auch ein= mal für sich selbst zu benuten, und hat aus einem ähnlichen Gefühl heraus es lange abgelehnt, mit Leuten, die im öffentlichen Leben seine Gegner sind, und die er aus Überzeugung bekämpfen muß, sich zu= sammenzuschließen zur Wahrung gemeinsamer ideeller und materieller Berufsinteressen. Der deutsche Zeitungsschreiber hat lange nicht glauben wollen, daß es Verleger oder Verlagsgesellschaften geben könnte, die nicht von selbst dem Manne, auf dessen Tätigkeit, dessen Wissen und Können ihr ganzes Gewerbe beruht, und den materiell unabhängig zu stellen ihr wohlverstandenes ureigenstes Interesse erfordern würde, das, was des Lebens Notdurft heischt, zubilligten. Deshalb hätte er auch, wenn man ihm etwa bor 50 Jahren gesagt hätte, es werde einmal eine Zeit kommen, in der er sich gleich dem Fabrikarbeiter gewerkschaftlich organisieren werde, hellauf gelacht. War doch damals der Gedanke an Organisation überhaupt, von gewerkschaftlicher gar nicht zu reden, noch etwas, was nur wenige zu denken und die wenigsten in die Tat umzuseben wagten. Bersuche und Ansätze zum Zusammenschluß scheiterten meist nach kurzerer oder längerer Dauer an der im Beruf felbst begründeten ausgeprägten Individualität des Federvolkes, das sich gegen die Zwangsjacke einer ernsthaften Organisation sträubte, bis sie ihm von der Not angelegt wurde. Gemessen am Maßstab der heutigen, streng geschlossenen, gewerkschaftlich arbeitenden Berufs= organisation der geistigen Arbeiter der Presse, war das, was ihr an Versuchen zum Zusammenschluß und an tatsächlich zustande gekommenen Zusammenschluß vorausging, nicht viel mehr als ein besserer Ausdruck ber in Deutschland von jeher üppig blühenden Bereinsmeierei. Es Schriften 152 II. 5

handelt sich dabei in den allermeisten Fällen gar nicht um wirkliche Berufsorganisationen im engeren Sinne, wenn auch durch Benennungen wie "Journalisten= und Schriftstellerverein", "Journalistenklub", "Presseberein" und dergleichen dieser Eindruck erweckt wurde. Man braucht nur die Mitgliederverzeichnisse der meisten in der zweiten Sälfte des borigen Sahrhunderts in Deutschland entstandenen "journalistischen Bereinigungen" nachzublättern und wird finden, daß die Journalisten darin das am schwächsten bertretene Element sind, daß dagegen Berleger, freie Schriftsteller und noch mehr Belegenheitsschriftsteller und Leute, die zur Presse und zur Schriftstellerei oft nur noch gang ent= fernte Beziehungen haben, das Hauptkontingent stellen. Aus dieser Tatsache ergibt sich gang bon selbst der Grund, warum diese Bereine und Berbände niemals eine wahre und wirksame Berufsvertretung der festangestellten geistigen Arbeiter der Presse sein und werden konnten, wie sie manchem Berufsgenossen schon frühzeitig vorschwebte, nament= lich solchen, die in der Lage waren, die bescheidene und ärmliche Stellung des deutschen Journalisten mit der Rolle zu vergleichen, welche sein Fachgenoffe längst in anderen Ländern spielte. Diese Männer waren sich auch klar über die dem deutschen Journalisten auf seinem Wege sich entgegentürmenden Schwierigkeiten und deren Ursachen. schreibt z. B. Otto Sörth in einer zum 25 jährigen Jubilaum des Frankfurter Journalisten= und Schriftstellervereins herausgegebenen Kest= schrift im Jahre 1899:

"Dieses Stück Geschichte ist für den Literars und Kulturhistoriker vielleicht aus dem Grunde besonders interessant, weil sich hier Bestrebungen nach genossenschaftlicher Bereinigung auf einem Gebiete zeigen, das vielleicht das individualistischste von allen ist, die nach dieser Richtung in Betracht kommen. In der Tat ist der fortwährende geistige Kamps, in dem die deutschen Schriftsteller und in noch viel höherem Grade die Journalisten gegeneinanderstehen, für einen genossenschaftlichen Zusammenschluß an sich wenig geeignet; das zeigt sich auch darin, daß das literarische Bereinswesen Deutschlands ungemein zersplittert ist, und daß wir aus den wenig erfolgreichen Bersuchen, umssassende Berbände zu schaffen, noch immer nicht herausgekommen sind. Es bedarf eben der Zeit und der mühevollen Arbeit, um bei allen Berufsgenossen die Überzeugung zu verbreiten, daß trotz des geistigen Kampses, der ja nie enden wird, gemeinsame Interessen vorshanden sind, die vertreten und versochten sein wollen. Die genossens

schaftliche Zusammenfassung dieser Interessen ist nicht bloß materiell, sondern auch ethisch von hohem Werte. Die Genossenschaft hebt den einzelnen, indem sie ihn anleitet, den Gegner, auch wenn er ihn bestämpsen muß, als Menschen zu achten und ihn weder an seiner Ehre noch sonstwie zu schädigen; die Genossenschaft kann auch bewirken, daß zweiselhafte Elemente, die in unserem Beruse mindestens so häusig wie in irgendeinem anderen vorkommen, keine Rolle mehr spielen können. Und was für eine Nation ein ehrenhafter, charaktervoller Journalistensund Schriftstellerstand zu bedeuten hat, das braucht hier wohl nicht des längeren auseinandergeseht zu werden."

Benn bezüglich der Vereine und Verbände, die in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts entstanden, und die auch noch im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts als journalistische Berufsvertretungen galten und in Ermangelung eines besseren gelten konnten, bemerkt wurde, daß sie eine solche Vertretung im wahren Sinn des Bortes eigentslich nicht waren, so soll damit nicht gesagt sein, daß sie nicht trozdem in mancher Hinsicht nützlich gewirkt und Aufgaben erfüllt oder doch zu erfüllen gestrebt haben, an deren Erfüllung die Presse und ihre geistigen Schöpfer ein dringendes Interesse hatten. Vielleicht kennzeichnen wir die Vedeutung dieser Vereine am richtigsten und kürzesten mit dem Saze: Sie waren wohl dis zu einem gewissen Grade eine Verufssvertretung, aber sie waren nicht die Verufsvertretung.

Die ersten Versuche zum Zusammenschluß waren naturgemäß lokalen Charakters. In den sechziger Jahren entstanden in Wien, Berlin und München, später in Hamburg, Breslau, Leipzig, Frankfurt am Main, Dresden, Nürnberg, Hannover, Darmstadt, Augeburg, Graz, Karlsbad usw. journalistisch-schriftstellerische Vereinigungen, in denen allerdings, wie schon betont, die eigentlichen Journalisten an Bahl zumeist die geringste Rolle spielten. Typisch in ihrer Art waren die beiden sächsischen Vereine. Der Leipziger hieß sich "Verein Leipziger Presse"; aber es hatte vielleicht kein anderer journalistischer Verein in Deutschland weniger mit der Tagespresse zu tun als gerade diefer. Im Gegensat dazu konnte sich der Dresdener Berein mit Recht "Berein Dresdener Preffe" nennen; denn er fette fich aus Männern der Preffe auch wirklich zusammen, sah darauf schon in seinen Satzungen und war wohl eine der wenigen unter den journalistischen Vereinigungen Deutsch= lands, welche schon vor 1910 eine derartige Zusammensetzung aufwiesen und damit das Gerippe lieferten für unsere heutige Berufs=

organisation. In München hatte sich im Jahre 1865 auf Anregung — auch das ist charakteristisch — des Verlegers Julius Knorr ein "Bahrischer Journalisten- und Schriftstellerverein" aufgetan, dem freilich nur ein einjähriges Dasein beschieden war. Dann war hier fast 15 Jahre wieder über allen Wipfeln Ruh', bis 1881 eine Anzahl wirklicher Journalisten zu einem Münchener "Journalisten-Club" sich zusammentat. Sein Borsitzender im zweiten Jahre seines Bestehens war der bekannte Herausgeber des "Baterland", Dr. Sigl. Der Eintritt einer großen Bahl bon freien Schriftstellern in den Rlub führte schon im nächsten Jahre zu Differenzen und zu einer Krisis. Die Mehrheit beschloß, den Namen des Klubs in "Münchener Journalisten- und Schriftstellerverein" umzuändern. Die damit Unzufriedenen ichieden aus und bildeten einen neuen Münchener "Journalisten=Club", der jedoch vier Jahre später mit dem Münchener Journalisten= und Schriftsteller= verein sich wieder fusionierte. Vorbildlich hat der Münchener Verein in humanitärer Beziehung gewirkt durch Schaffung einer Unterstützungskasse, einer Krankenkasse und der Bensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller, bon der man hoffen und wünschen muß, daß sie in naher Bukunft auf dem Gebiete der fozialen Bersicherung für die im Reichsberband der Deutschen Bresse zusammen= geschlossenen deutschen Redakteure und Zeitungsmitarbeiter das maßgebende, wenn möglich obligatorische Institut werden möge. Ein in mehrfacher Beziehung recht interessantes Experiment machte der Münchener Verein im Jahre 1886. Offenbar in dem nicht unrichtigen Gefühl, sich selbst als tatsächliche Vertretung der Presse kaum ansprechen zu können, bemühte man sich um die Bildung eines "Syndikats der Münchener Presse", aus dem dann ein eigener Berein "Münchener Prefausschuß" entstand, der aber nur eine kurze Lebensdauer hatte. Auch ein zehn Jahre später unternommener Bersuch, auf einem nach Mürnberg einberufenen Gautag der Bahrischen Bresse einen Gauberband der bahrischen Presse erstehen zu lassen, schlug fehl. Der Beschluß wurde in Nürnberg zwar gefaßt, aber nicht ausgeführt. Die Zeit war noch nicht reif. Auch der Frankfurter Verein hat 1893 ein Pressesnhöftat bilden wollen; der Erfolg war aber ebenfalls ein negativer. Es waren alles Versuche am untauglichen Objekt mit zu weit gesteckten Zielen oder falsch angelegter Konstruktion. Biele Jahre nachdem, schon während des Krieges und zu einer Zeit, da die Berufsorganisationen der einzelnen Zweige des Zeitungsgewerbes bereits fehr intensib ausgebaut waren, hat man in München etwas dem Ühnliches geschaffen, was man seinerzeit mit dem Pressehndikat beabsichtigte, nämlich einen Schuße verband der Wünchener Presse, der in erster Linie einen Zweckerband der Berlage darstellt, in dem aber auch die leitenden Redakteure der einzelnen Blätter Sit und Stimme haben. Man hat diesem Gebilde von vornherein einen engen Arbeitsrahmen gezogen und ihm nur Aufsgaben gestellt, deren Lösung ein gemeinsames und gleiches Interesse aller Mitglieder verlangt. In dieser selbst gewollten und auch immer innegehaltenen weisen Beschränkung hat die Vereinigung neben den Bescufsorganisationen bis heute gute Dienste zu leisten verwocht. Sie ist, wenn man will, eine Art von Arbeitsgemeinschaft zwischen Verlegern und Redakteuren, wie sie jetzt auf breiter Basis und in wesentlich ersweitertem Rahmen angestrebt wird, und von der später noch die Redesein wird.

Das innere Leben der örtlichen journalistisch-schriftstellerischen Bereinigungen war überall so ziemlich das gleiche: literarische, ge= sellige und festliche Veranstaltungen und Pflege des Unterstützungs= wesens. Auf letterem Gebiete liegt wohl das Hauptverdienst dieser Bereine, und es muß anerkannt werden, daß namentlich einzelne bon ihnen sehr Ansehnliches dabei geleistet und viel Gutes gestiftet haben. Allerdings wuchs das eigentliche Unterstützungswesen (von den Krankenund Versicherungskaffen abgesehen) nicht aus dem Prinzip der Selbst= hilfe heraus — was schon die Geringfügigkeit der Beiträge unmöglich machte, die meist über 1 Mark im Monat nicht hinausgingen —, war vielmehr lediglich auf die Freigebigkeit und den Wohltätigkeitssinn anderer angewiesen. Im übrigen darf bei der Gleichheit der Entwicklung und der Bestrebungen dieser journalistischen Vereinigungen hier davon abgesehen werden, auf ihre Geschichte und ihre Geschicke im ein= zelnen einzugehen; es würde das auch weit über die dieser Arbeit ge= steckten Grenzen hinausgehen.

Schon aus der Zeit, da die ersten örtlichen journalistischen Berseinigungen sich bildeten, wird uns auch von einem ersten Bersuch berichtet, eine umfassende deutsche Journalistenorganisation zustande zu bringen durch Einberufung des ersten deutschen Journalistentages nach Eisenach 1864. Über diesen Bersuch einer Organisation von der Krone zur Burzel oder von der Spize zur Basis sagt schon der anonyme Bersasser einer kleinen Schrift "1881—1906 Zur Geschichte des Münschener Journalistens und Schriftstellervereins":

"Benn sich auch dieser Journalistentag als setstehende Institution eine Reihe von Jahren behauptete, für die praktische Lösung der Drsganisationsfrage konnte er, schon seiner ganzen Jusammensehung nach — er umfaßte nur die Bertreter einer beschränkten Jahl von Zeistungen — wenig bedeuten. Ein großer Bau bedarf sicherer Fundamente; bevor man zur Gründung eines allgemeinen Berbandes schritt, mußte die Organisation kleinerer Berbände durchgeführt werden. Junächst mußten sich in den einzelnen Städten die Kollegen unter Anpassung an die lokalen Berhältnisse zu Bereinen zusammenschließen, und hier mußte erst erprobt werden, ob der Korpsgeist stark genug, die politischen Gegenssähe zu überbrücken, die allgemeinen Standesinteressen über die Karteizund persönlichen Interessen zu stellen."

Die führenden Männer dieser "Tage", die später ihre Fortsetzung fanden in den Verbandstagen der deutschen Journalisten= und Schrift= stellervereine, verkannten offenbar das Grundübel, an dem ihr Unternehmen krankte, daß sie etwas Unmögliches für möglich hielten, nämlich so beterogene Elemente wie den Berleger, den Berlagsleiter, den freien Berufsschriftsteller, den Gelegenheitsschriftsteller, den angestellten Redakteur und den Mitarbeiter, die zwar einige wichtige gemeinsame, aber noch viel mehr auseinandergehende und gegenfähliche Interessen haben, unter einen Organisationshut zu bringen und diese Organisation zu einer wirksamen Berufsbertretung zu machen, zu einer Berufsber= tretung vor allem derjenigen, welche den geistigen Inhalt der Presse bestimmen, und die zu vielleicht 80 Prozent dieser Organisation fern blieben, sie als ihre Berufsbertretung überhaupt nicht anerkannten oder sich nicht darum kümmerten. Der heute sogenannte alte Verband, d. h. der Berband deutscher Journalisten= und Schriftstellervereine, der 1894 in Hamburg gegründet wurde, und den man bis 1910 als umfassendste Organisation des deutschen Fournalismus anzusehen gewohnt war, weil es etwas anderes eben nicht gab, hatte in seiner Glanzzeit etwa 3000 Mitglieder, von denen wohl noch nicht 500 eigentliche Journalisten waren. Die Tagungen dieses Verbandes waren in der ersten Zeit seines Bestehens so wenig fruchtbar, daß seine Angehörigen selbst eine Remedur für nötig hielten. Darüber spricht sich S. Diez in seinem Büchlein "Das Zeitungswesen" (328. Bändchen der Sammlung wissen= schaftlich=gemeinverständlicher Darstellungen "Aus Natur und Geistes= welt", B. G. Teubner=Leipzig) also aus:

"Zu Anfang wechselten geschlossene Delegiertenbersammlungen mit

Allgemeinen Deutschen Journalisten= und Schriftstellertagen, die seit 1895 mit den Verbandstagen zusammengelegt wurden. Im Jahre 1900 fand aus Anlaß des Gutenbergjubiläums der letzte dieser allgemeinen Tage in Mainz statt. Dann wurden diese Veranstaltungen aufgegeben, weil man die Erfahrung machte, daß sie, willkürlich und zufällig zussammengesetzt, zu ernster, bleibend wertvoller Arbeit kaum geeignet waren, so daß sie mehr und mehr den Charakter von Festlichkeiten ansnahmen, die mit sogenannten Arbeitssitzungen notdürftig verbrämt waren und an die Gastfreundschaft der besuchten Städte starke Anssorderungen stellten. Seitdem also hat sich eine schlichtere Form hersausgebildet."

Bezüglich der Arbeit, die der Verband, namentlich in der Zeit zwischen 1900 und 1910, geleistet, läßt sich H. Diez in seinem Buche wie folgt aus:

"Die Arbeit dieser Versammlungen hat sich neben dem Ausbau der eigenen Organisation und der Abgrenzung gegen andere Organi= sationen bzw. der Kooperation mit ihnen auf alle Standesfragen der Journalisten= und Schriftstellerwelt bezogen, so auf die Berufsbildung, die Namenszeichnung der Artikel, das Institut der Preß-Sachberftandigen, die Einführung einer Erkennungskarte, das Unterstützungswesen, die Stellenvermittlung, den Normalvertrag, Schiedsgerichte zwischen Autoren und Berlegern und die Wahrung des Redaktionsgeheimnisses. Der Schwerpunkt lag aber in der Wahrung der Rechte und berechtigten Unsprüche des Journalisten= und Schriftstellerstandes gegenüber der Gesetgebung, Rechtsprechung und Verwaltung. Insbesondere der Versuch, den Groben-Unfug-Baragraphen auf die Tätigkeit der Zeitungen anzuwenden, die Anwendung des Zeugniszwanges auf die Redakteure, der fliegende Gerichtsstand, die Frage der Verjährung von Prefiver= gehen, der Migbrauch des Berichtigungsrechtes, der Ausbau des Ur= heberrechtes, der Protest gegen die Anachronismen der Theaterzensur oder auch gegen Härten des Strafvollzuges haben die Themen dieser Verhandlungen gebildet."

Der lette Sat läßt schon erkennen, daß es sich hier fast durchwegs nur um theoretische Erörterungen und um Proteste handelte, die ja selbstverständlich auch notwendig sind, die aber, wenn eine Organisation nicht in der Lage ist, ihnen durch praktisches Handeln Nachdruck zu bersleihen, meist ziemlich wirkungslos bleiben. Zum praktischen Handeln aber sehlten dem alten Verband eben die wichtigsten Voraussetzungen.

So ift es nicht zu berwundern, daß die im Berband vereinigten ein= zelnen Gruppen der geistigen Arbeiter der Presse und des Schrifttums immer lebhafter das Bedürfnis empfanden nach einer wirklichen und engeren Berufs- und Intereffenbertretung. Zuerst fingen die freien Schriftsteller an, sich in besonderen Bereinigungen zusammenzuschließen. Später folgten auch die Redakteure diesem Beispiel. So entstand 1902 der Berein deutscher Redakteure, der aber ebenfalls nicht zur Bufriedenheit der Berufsangehörigen arbeitete und deshalb auch keine nennenswerte Ausdehnung zu gewinnen vermochte, auch nicht, als sich ihm 1909 einige der wenigen Bereine des alten Berbandes, die bor= wiegend aus Redakteurkreisen ihre Mitgliedschaft rekrutierten, anschlossen und nun die Firma "Bund deutscher Redakteure mit dem Sit in Berlin" lautete. Wie wenig auch diese Organisationen den Bedürfnissen und den gehegten Erwartungen entsprachen, zeigt der Um= stand, daß man schon 1910 wieder die Verschmelzung mit dem alten Berband erwog. Heinrich Rippler kennzeichnet die Situation, wie sie fich im Sahre 1910 darftellt, in einem Auffat "Behn Jahre Reichsverband der Deutschen Presse" in Nr. 46 der "Deutschen Presse" vom Jahre 1920 zweifellos zutreffend wie folgt:

"Die Erkenntnis der Notwendigkeit, etwas Neues zu schaffen, war fast ebenso allgemein wie die Unzufriedenheit mit den bisherigen Drsanisationen. In den Delegiertendersammlungen des Berbandes deutscher Journalistens und Schriftstellervereine klagte man nicht nur über die völlig ungeeignete Bertretung der Interessen der Redakteure, sondern ganz einsach über Marasmus und unabwendbaren Verfall, und auf der Bersammlung des Bundes der Redakteure wurde der Gesschäftsführung dorgeworsen, daß "der Bund überhaupt noch nichts getan habe" und "Enttäuschung und Unzufriedenheit in den Reihen der Mitsglieder herrsche".

Bur Erkenntnis der Notwendigkeit, ein Neues zu schaffen, trug vor allem bei die in den berufsjournalistischen Kreisen wachsende Einsicht, daß die ideelle Hebung des Standes, seine Säuberung von unsgeeigneten und gefährlichen Elementen, die materielle Bessertellung seiner Mitglieder zur Boraussetzung hat, daß es das eine ohne das andere nicht geben kann, und daß alle Bemühungen auf ideellem Gebiete zu nichte werden müssen, wenn der Stand wirtschaftlich in absteigender statt in aufsteigender Linie sich bewegt. Daß die disherigen journalistischen Vereinigungen für die materielle Bessertellung ihrer

Angehörigen nichts von Belang hatten tun können, hatte man seit 40 Jahren gesehen, und schließlich erkannte man auch, daß sie ihrem ganzen Wesen nach dazu außerstande waren.

II. Der Reichsverband der Deutschen Presse.

Das Neue, für das nun die Zeit da war, kam nicht über Nacht; es hatte, wie wir gesehen, vieler Borstufen und vieler Borarbeiten bedurft, und als es endlich ins Leben trat, da war es nicht etwa schon etwas Fertiges, Vollendetes, sondern es bedurfte noch gar sehr der Ent= wicklung, des Ausbaues, der Vervollkommnung, bedarf ihrer heute noch, obwohl inzwischen die Not, die immer die beste Lehrmeisterin gewesen ist, es ein mächtiges Stück vorwärts gebracht hat. Aber diesmal baute man auf eine gefunde, tragfähige Grundlage, die Raum bot für die notwendige Entwicklung, ohne das emporwachsende Gebäude gleich wieder in Einsturzgefahr zu bringen, und benutte klug das vorhandene Material, soweit es für den Neubau brauchbar schien. Überall im Reiche fanden sich für die Sache begeisterte, opferbereite Berufsgenoffen als Mitarbeiter am Berke; an die Spite aber stellte uns ein gütiges Geschick der Besten einen, einen Mann, für Zeit und Aufgabe wie geschaffen, einen Mann klar im Ziel, gah und weitschauend im Wollen, bestimmt, aber klug und maßvoll im Sandeln, einen geistwollen, glänzenden Redner und geschickten Versammlungsleiter, einen Mann, der die Achtung und Berehrung aller genoß: Paul Marx. So stand die Geburtsstunde des Reichsverbandes der Deutschen Presse in jeder Beziehung unter einem guten Stern. Sie schlug am 20. Rovember 1910, an welchem Tage in Berlin berufsjournalistische Abgeordnete der alten Verbände, des Bundes deutscher Redakteure und des Verbandes deutscher Journalisten= und Schriftstellervereine nach langen Vorverhandlungen den Gründungsakt in aller Form vollzogen. Im ersten vorläufigen Borstand waren außer Berlin bereits Hamburg, Dusseldorf, Frankfurt, Dresden und München durch führende Männer der Presse bertreten. Organisatorisch ging man zunächst so zu Werke, daß man neben der forporativen Mitgliedschaft der Unterverbände auch die Einzelmitglied= schaft zuließ, was nicht zu umgehen war, solange die Unterorganisation noch nicht lückenlos durchgeführt war. Um den Charakter der reinen Berufs= und Standesintereffen=Vertretung von vornherein zu wahren, wurde die Aufnahme als Mitglied an die Bedingung geknüpft, daß

der Aufzunehmende seit mindestens einem Jahre bei der reichsdeutschen Presse im Hauptberuf als Redakteur oder Journalist (Mitarbeiter) tätig sein oder ehedem mindestens 10 Jahre tätig gewesen sein mußte. In der Frage der Aufnahmefähigkeit von Personen, die gleichzeitig Ber= leger und Redakteur sind, neigte man anfänglich noch zur Toleranz und machte ihre Entscheidung von "den Umständen des Ginzelfalles" abhängig bzw. überließ sie den Unterverbänden. Später führte die Entwidlung auch hier zu einer strengeren Pragis und zu strengeren Bestimmungen. Die Durchorganisierung und Gliederung nach unten machte nach erfolgter Gründung des Reichsberbandes rasche und gute Fortschritte, so daß der Borsibende auf der ersten Delegiertentagung des Reichsberbandes im Juni 1911, also nach einem halben Jahre, seiner Genugtuung darüber Ausdruck geben konnte, daß in dieser Beziehung alle Hoffnungen der Begründer des Reichsberbandes übertroffen worden seien, daß in kurzer Zeit ein Blühen der Ginzelgruppen des Reichsberbandes geworden sei, wie es selbst die Optimistischsten nicht erwartet hätten. Auf dieser ersten Tagung des jungen Berbandes, die in Eisenach stattsand, waren bereits 17 Unterverbände vertreten, die zum Teil schon bei seinem Entstehen vorhanden gewesen waren, zum Teil seitdem sich gebildet hatten.

Der Optimismus war groß und allgemein; es wurde tüchtig und mit Freude und Hingebung gearbeitet; aber so schnell, wie manche vielleicht dachten, reiften doch auch hier die Blütenträume des Organi= sationsfrühlings nicht. Als das größte Hindernis erwies sich der Mangel an Mitteln. Alle großen Berufsorganisationen, die Gewerkschaften bor allem, find zu ihrer Macht und Bedeutung im Laufe der Zeit nur durch die finanzielle Opferwilligkeit ihrer Mitglieder gelangt. Im Reichsberband der Deutschen Presse aber beging man bei seiner Bründung den in Unbetracht seiner von Natur beschränkten Mit= gliederzahl besonders berhängnisvollen Fehler, dem bekannten Fundamentalfat Montecuccoli's, der ebenso wie für die Kriegführung auch für die Arbeit der Berufsorganisationen gilt, nicht genügend Rechnung zu tragen, indem man die Beitragspflicht viel zu niedrig festsette. Man getraute sich nicht, über den üblichen Bereinsbeitrag von 12 Mark jähr= lich hinauszugehen, wobon noch die Hälfte den Unterorganisationen verblieb. So erfuhr icon die allerdringlichste Aufgabe einer ernsthaften Berufs- und Standesintereffen-Bertretung, die Schaffung von Unterstützungs= und Kampffonds, eine später während des Krieges und der

Revolution recht schmerzhaft empfundene Verzögerung, und es war klar, daß mit solch lächerlichen finanziellen Mitteln etwas Ernsthaftes übershaupt nicht unternommen werden konnte. Man sah das auch sehr bald ein; doch fand man noch lange nicht den Mut, aus dieser Einsicht entsichlossen die Konsequenzen zu ziehen. Erst als die wirtschaftliche Not ansing unerträglich zu werden und zum Handeln zwang, da wurde auch diese Frage verhältnismäßig leicht und schnell gelöst. Im übrigen fand das wirtschaftliche Moment im Reichsverband und seinen Untersverbänden von Ansang seines Bestehens an eine bemerkenswerte Bestonung, die sich zusehends verschärte, je ungünstiger durch den Krieg und seine Folgen die Verhältnisse wurden. In der Gründungsversammlung des Landesverbandes der Baherischen Presse (12. Februar 1911) schon erklärte der nachmalige zweite Vorsitzende dieses Verbandes, Cheszedakteur Adolf Müller, der jetige deutsche Gesandte in Bern:

"In wirtschaftlicher Beziehung ist die Lage der Journalisten mit ganz geringen Ausnahmen noch weniger rosig als die Lage der repräsentativen Standesverhältnisse. Besonders ist keine Ausbesserung der Gehälter eingetreten, die dem ungeheuer verteuerten Stand der Lebnsehaltung entspricht. Die Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Stellung des Berufsjournalisten ist trot der bestehenden Berufsvereinigungen bisher fast ganz ausgeblieben. Rur eine zusammenfassene, über das ganze Reich sich erstreckende und mäßig zentralisierte Organisation ist imstande, den repräsentativen und wirtschaftlichen Besbürfnissen unseres Berufes gerecht zu werden."

Und auf der Tagung in Gisenach im Juni 1911 legte auch der Vorssitzende des Reichsberbandes, Marx, in seiner programmatischen Ersöffnungsrede besonderen Nachdruck auf diesen Punkt. Er führte, nachsem er von den sittlichen Grundlagen der Deutschen Presse gesprochen, aus:

"Die deutsche Presse allein, ungegängelt von allen anderen Mächten, ist imstande, sich ihre sittlichen Gesetze selbst zu geben. Aber, meine Herren, wir wissen auch genau, daß der Hochstand, der kulturelle Hochstand, den die deutsche Presse jetzt zeigt, sich nur dann aufrechtserhalten läßt, wenn gewisse Grundlagen einer gesicherten Existenz vorhanden sind, und darum ergibt sich von selbst aus den ideellen Forderungen, die die Presse an sich stellt, daß sie dafür tämpsen muß, daß jeder einzelne ehrliche Journalist in seiner Existenz wenigstens auf ein Minimum rechnen kann, das es ihm ermöglicht, sich mit Ehren durchs

Leben zu schlagen. Darum wird die weitere Hauptaufgabe des Reichsverbandes der Deutschen Presse darauf zu richten sein, für die materiellen Grundlagen der Existenz der Angehörigen der deutschen Presse mit aller Macht einzutreten. Dies, meine Herren, ist nur dann möglich, wenn der Reichsverband darauf rechnen kann, bei all den verschiedenen Mächten, von denen er abhängt, Anerkennung zu sinden."

Als die eine dieser Mächte bezeichnete Mary die Behörden des Reiches und der Länder, bezüglich deren er einen ganz überraschenden Erfolg des Reichsverbandes schon damals nach einem halben Jahre des Bestehens seststellen konnte, als die andere, an die der Reichsverband beständig zu denken habe und auf die es ankomme, die deutschen Bersleger. Damit schnitt Mary zum ersten Male in öffentlicher Tagung das Thema an, das für eine Organisation von Arbeitnehmern immer das wichtigste ist und sein wird: die Stellung zum Arbeitgeber und bessen Organisation. Bas Mary hierüber am 18. Juni 1911 in Eisenach sagte, war von grundlegender Bedeutung für dieses Berhältnis und ist für den Reichsverband seither immer maßgebend gewesen. Mary trat zunächst einer am Reichsverband zu jener Zeit geübten Kritik entgegen, die diesen beschuldigte, ein gesügiges Berkzeug in der Hand der Verleger zu sein, indem er sagte:

"Meine Herren, es sind dem Reichsberbande verschiedene Rat= schläge auf den Weg gegeben worden, Ratschläge ganz entgegengesetten Inhalts. Der eine ging dahin: ihr mußt mit den Verlegern in beständigem Einbernehmen sein; der andere ging dahin: ihr mußt im Berleger euren Feind erblicken. Es ist zweifellos, daß der Reichsverband, wenn er zur Erfüllung seiner Aufgaben, namentlich der bon mir präzisierten letten Aufgabe (für eine gesicherte Existenz der geistigen Arbeiter der Presse zu sorgen. Der Verfasser) gelangen soll, sich ein= gehend über das Berhältnis der deutschen Redakteure und Journalisten zu den Verlegern aussprechen wird. Heute kann nur summarisch ge= sagt werden, daß der Weg des Reichsberbandes unbekümmert um diese Ratschläge zwischen beiden hindurchgehen wird. Der Reichsverband wird aufrecht, ungebeugt, ohne Berehrung, aber mit Anerkennung alles dessen, was die deutschen Verleger dafür geleistet haben, daß das deutsche Beitungswesen sich mit Ehren seben laffen kann, seinen Beg geben. Der Reichsberband wird allein das Interesse der Redakteure und Journalisten wahrnehmen, und er wird sich freuen, wenn er dabei das Verständnis und das wohlwollende Entgegenkommen der deutschen Berleger

findet, und er wird sich nicht scheuen, in allen den Fällen, wo er wider Erwarten ein solches Verständnis nicht finden sollte, scharf, energisch und ohne Rücksicht das reine und alleinige Interesse der deutschen Redakteure und Journalisten zu vertreten. Vorläufig, meine Herren, kann ich Ihnen mitteilen, daß alle die Gerüchte, daß der Berlegerberband dem Reichsverbande feindlich gegenüberstehen soll, falsch sind, wie es auch für jeden, der die deutschen Verleger perfonlich einigermaßen kennt, gang felbstverständlich ift. Wenn eine Gruppe Interesse daran hat, daß ein starker, fester und in sich geschlossener Berband der deutschen Journalisten existiert, so sind es die Verleger selbst, die ja doch in ihrer überwiegenden Mehrzahl zum mindesten dasselbe ideelle, wenn auch nicht dasselbe materielle Interesse wie wir haben. Die deutschen Berleger können die gesellschaftliche und geistige Sohe, auf der sie zum großen Teil stehen, nur aufrechterhalten, wenn ihnen ein allen Un= sprüchen der geistigen und sittlichen Rulturhöhe entsprechender Journalistenstand zur Seite steht. Wenn auch von seiten der deutschen Berleger bisher eine offizielle Anerkennung des Reichsverbandes als der= jenigen Korporation, mit der sie in engste Fühlung zu treten haben, nicht vorliegt, so liegen doch eine ganze Menge persönlicher Mitteilungen und Unterredungen bor, als deren Resultat ich Ihnen erklären kann: wir haben darauf zu rechnen, daß der Reichsverband vom deutschen Verlegerstande genau so anerkannt wird als die Macht, die mit ihm zu verhandeln geeignet ist, wie er von den Behörden anerkannt ist."

Die vom Vorsitzenden des Reichsverbandes hier in Aussicht gestellte Anerkennung durch die Verlegerschaft ist bald darauf erfolgt durch eine vom damaligen Vorsitzenden des Vereins deutscher Zeitungsversleger, Dr. Max Jaenecke, auf der Hauptversammlung des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse in Köln am 15. Oktober 1911 absgegebene Erklärung, der Verlegerverein begrüße die im Reichsverband der Deutschen Presse endlich zustande gekommene Gesamtorganisation der deutschen Redakteure und Journalisten, mit der der Verein deutscher Zeitungsverleger an der Lösung gemeinsamer Ausgaben in gemeinsamer Tätigkeit arbeiten wolle. Die Erfüllung dieser Zusage war allerdings noch auf geraume Zeit hinaus eine für den Reichsverband und seine Angehörigen wenig befriedigende. Es fanden zwar mehrsach gemeinssame Konferenzen mit dem Verein deutscher Zeitungsverleger zur Erörterung von Presseangelegenheiten statt; über das Wichtigste aber, über die wirtschaftliche und soziale Lage ihrer geistigen Mitarbeiter,

bei solchen Gelegenheiten einmal ernsthaft zu sprechen, wurde von den Berlegern beinahe ängstlich bermieben. hier wurde immer der alte patriarchalische Unternehmerstandpunkt in den Bordergrund gestellt, über solche Dinge nur bon Mann zu Mann, nicht bon Organisation zu Organisation zu verhandeln. Es mußte erst die Revolution kommen, um damit aufzuräumen. Richt ohne Wert und jedenfalls dankbar an= zuerkennen war es, daß nun auch die Regierungen allmählich anfingen, die Wichtigkeit und Bedeutung eines wirtschaftlich unabhängigen Sournalistenstandes für Staat und Bolk einzusehen. Die letten Ronsequenzen aus solcher Einsicht, die eine gesetliche Regelung der rechtlichen und materiellen Verhältnisse der Tagesschriftsteller erfordern würden, sind allerdings bis heute noch nicht gezogen. Bei der zweiten Bertreter= tagung des Reichsverbandes in München 1912 war es der damalige bahrische Justizminister von Thelemann, der in seinen Begrüßungs= worten auch von der sozialen Fürsorge des Verbandes für seine Un= gehörigen sprach und daran folgende bemerkenswerte Säte knüpfte:

"Möge es Ihnen gelingen, auch in dieser Hinsicht zum Nuten und Frommen Ihrer Berufsgenossen, deren schwere geistige Arbeit nicht immer den ihr gebührenden materiellen Lohn findet, zu tagen! Es gibt keinen Stand und keinen Beruf, dessen Interessen Sie nicht schon gefördert hätten; an sich selbst haben Sie lange nicht gedacht. Um so mehr ist Ihnen ein voller Erfolg Ihrer Bestrebungen zu wünschen. Ze gesicherter der Journalist und Schriftsteller auch in matesrieller Hinsicht ist, um so unabhängiger ist er, und um so gewisser wird er den mächtigen Einfluß, den die Presse auf die öffentliche Meinung und das Bolk besitzt, nur im Sinne des öffentlichen Wohles ausüben."

Erst jest, nach bald 10 Jahren, ist es so weit, daß der Reichsverband daran gehen kann, wenigstens einen Bersuch zu unternehmen, der im Interesse des Staates und des Bolkes gelegenen Forderung einer materiellen Sicherung der Journalisten, deren Berechtigung hier ein Resgierungsvertreter anerkannt hat, in gesehlicher Form zur Durchführung zu verhelfen, nachdem eine Aussicht, daß ihr seitens der Allgemeinheit der Berlegerschaft in absehbarer Zeit aus freien Stücken und in einem halbwegs befriedigenden Maße Rechnung getragen werden wird, kaum besteht. Die Befürchtung, daß man auf dem Bege von Berhandlungen mit den Zeitungsverlegern in diesem Punkte nicht weiter kommen werde, stieg schon sehr bald auf; doch lief daneben immer noch die Hossf

nung einher, daß die Berleger schließlich doch ihre Einsicht noch das Richtige werde tun lassen. Schon auf der Münchener Tagung 1912 gab der Borsitzende diesem Gedanken Ausdruck, indem er im Anklang an das, was er bereits ein Jahr vorher in Eisenach pragrammatisch verskündet hatte, erklärte:

"Wir sind erfreut, im Einbernehmen mit den Zeitungsverlegern vorzugehen, wie es durch die Magdeburger Konferenz bezeugt worden ist. Der Borstand des Bereins deutscher Zeitungsverleger lehnt es ab, das Materielle an die Spitze zu stellen, sondern rückt vielmehr die kulturellen und idealen Aufgaben in den Bordergrund. In allen idealen Dingen kann ein enges Band hergestellt werden. Allein, um ein solches gemeinsames Wirken herbeizusühren, ist auch eine Sicherung der materiellen Grundlage der Journalisten notwendig. Der Stand der Zeitungsverleger kann die geistige Höhe, auf der er steht, nur wahren, wenn er einen hochstehenden Journalistenstand neben sich hat. Der Journalistenstand kann aber nicht auf der Höhe bleiben, wenn seine materielle Grundlage unsicher ist. Bon dieser Einsicht müssen sich auch die Zeitungsverleger durchdringen lassen."

Die Mahnung fand auf der anderen Seite nur fehr schwaches Gehör. Es blieb alles, wie es war. Ein Teil der Verleger erfüllte, wie bisher schon, die einen mehr, die anderen weniger, seine Pflicht; ein anderer nicht kleiner Teil ließ es mehr oder minder daran fehlen. Die Klagen über diese Verleger kehren immer wieder; aber man kommt über die Rlagen nicht hinaus. Die Leitung des Reichsberbandes, deren Bosten alle nur ehrenamtlich verwaltet werden, ist nicht immer in der Lage, solchen Klagen die Beachtung zu schenken, die sie verdienen, und ihre Abstellung nachdrücklich und konsequent zu betreiben. Es macht sich immer stärker das Fehlen einer berufsmäßigen Geschäftsleitung des Berbandes, eines hauptamtlich angestellten Generalsekretärs, fühlbar. Man ift sich dieses Mangels wohl bewußt; aber die Rücksicht auf den um den Verband sehr verdienten bisherigen Generalsekretär Dr. Paul Hamburger, der nur nebenamtlich gegen eine geringfügige Entschädigung die Geschäfte führt, und die leidige Geldfrage verhindern noch geraume Zeit eine Anderung des für die Entwicklung der Organisation abträg= lichen Zustandes. Das Thema wird auf fast allen Delegiertentagen besprochen, und besonders ist es der Landesverband der Bayerischen Bresse, der es immer wieder aufs Tapet bringt; er hat damit aber einst= weilen noch ebensowenig Glück und Erfolg wie mit dem auch im Berein mit anderen Unterverbänden an die Leitung des Reichsberbandes und an die Delegiertentage gestellten Berlangen einer intensiveren Beschäftigung mit den sozialen Berufsfragen.

Wenn fo im erften Jahrfünft des Bestehens des Reichsberbandes auf diesem Gebiete verhältnismäßig wenig geschah, so ist daran bor allem auch der Krieg mit schuld, der zumal anfänglich ganz naturgemäß das Augenmerk bon den Kernfragen der Organisation ablenkte und andere Aufgaben stellte. Jest war es namentlich das übel der Zenfur, das die ganze Presse schwer drückte, und das etwas erträglicher zu ge= stalten daher auf längere Zeit hinaus eine der Hauptbestrebungen der Organisation war und sein mußte. Die fortschreitende Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse während des Krieges schob allerdings bald das Materielle wieder stärker in den Bordergrund und zwang die geistigen Arbeiter der Presse, sich, ob sie wollten oder nicht, auch mit der eigenen Lage zu befassen. Auch jetzt war es der Landesverband der Baherischen Presse, der anregend in dieser Richtung vorging, indem er schon auf der Berliner Tagung 1915 eine Feststellung verlangte, wie der Krieg auf die sozialen Verhältnisse der Berufsgenossen eingewirkt habe. Verschiedene Unterverbände veranstalteten Umfragen hierüber, die zum Teil recht unerfreuliche und traurige Verhältnisse offenbarten. Es setten die ersten Versuche ein, die Verlegerschaft von Organisations wegen zu einer allgemeinen Verbefferung der Bezahlung ihrer redaktionellen Mitarbeiter zu bewegen. Den Anfang damit machte der Berband der Schlesischen Presse — man darf darin wohl zugleich den ersten Ansak zu dem noch unbewußten Berlangen eines Tarifvertrages sehen —, der seinen Vorstand im Serbst 1917 beauftragte:

1. die Verleger der im Verband der Schlesischen Fresse vertretenen Zeitungen zu ersuchen, ihren Redakteuren, soweit sie nicht während des Krieges bereits Gehaltserhöhungen in mindestens der folgenden Abstufung erhalten haben, Teuerungszulagen zu gewähren. Hierbei soll den Verlegern eine Skala empsohlen werden, nach welcher Redakteure, die bei Kriegsausbruch ein Gehalt

```
50 º/o
Rlasse I
          bis zu 1800 Mf. bezogen, um
                                                45 %
               , 2400
               " 3600
                                           30 - 40 \, ^{\rm 0}/_{\rm 0}
      III
                                 "
                                           25-30 %
      IV
                 5000
                                 "
                                                20%
                  7200
                                 "
                                                10 %
      VI über
                  7200
```

aufgebessert werden sollen.

2. Die Versammlung tritt dafür ein, daß den ständigen Mitarbeitern, soweit sie im Hauptberuf freie Journalisten sind, eine prozentuale Erhöhung der Zeilenhonorare zugebilligt wird, da ihr Einkommen durch die Kriegsverhältnisse teilweise bis um 50 Prozent gesunken ist."

Schon vorher war auf der Dresdener Tagung 1917 auf Antrag des Berbandes der Schlesischen Presse beschlossen worden:

- "a) den Vorstand zu beauftragen, für eine schleunige Aufsbessellung der Bezahlung der Redakteure, vor allem solcher mit Monatsgehältern unter 300 Mark, sofort Schritte zu unternehmen.
- b) Der Vorstand des Reichsverbandes wird beauftragt, in Ansbetracht der großen Papiereinschränkung und der ungünstigen Zeitvershältnisse, wodurch die freien Berufsjournalisten wirtschaftlich besonders schwer geschädigt werden, an die Verleger und Schriftleitungen das Ersuchen zu richten, der Durchführung einer Erhöhung des durchsichnittlichen Mindestzeilenhonorars näherzutreten.
- c) Durch den Vorstand des Reichsverbandes mögen die jüngeren Journalisten angeregt werden, sich eine größere und genauere Kenntnis vom technischen und kaufmännischen Betriebe der Zeitungen anzueignen, um ihnen den Aufstieg in höhere und besser bezahlte Stellungen zu ermöglichen."

In Ausführung dieses Beschlusses hat dann die Leitung des Reichsverbandes Ende Dezember 1917 eine längere schriftliche Borstellung an den Berein deutscher Zeitungsverleger gerichtet, deren Endergebnis das folgende vom 2. Februar 1918 datierte Schreiben des Bereins deutscher Zeitungsverleger an den Reichsverband war:

"Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 14. Dezember vorigen Jahres teilen wir Ihnen ergebenft mit, daß wir auf Grund eines Vorstandsbeschlusses unsere Kreisbereinsvorsitzenden neuerdings ersucht haben, ihre Einwirkung auf ihre Mitglieder dahin geltend zu machen, daß den Redakteuren, soweit dies nicht bereits geschehen ist, eine ansgemessene Gehaltsaufbesserung gewährt wird. Wir haben ferner die Kreisborsitzenden gebeten, in entsprechender Weise die Interessen der freien Mitarbeiter der Zeitungen wahrzunehmen."

Die Organisation der Berleger hatte damit ja wohl getan, was sie unter den damaligen Umständen konnte; ihre Mitglieder freilich haben die erhaltenen Beisungen nur sehr teilweise befolgt. Bevor wir die Entwicklung der Dinge weiter verfolgen, müssen wir hier noch eines Schriften 152 II.

wichtigen Ereignisses gedenken, nämlich ber Einsehung des sogenannten Sozialen Ausschuffes, beffen Aufgabe es fein follte, die zur Befferung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Berufsgenossen notwendigen Magnahmen zu beraten und vorzubereiten, und dessen Wirksamkeit es dann in der Tat auch zu verdanken war, daß die Lösung dieser Frage endlich ernsthaft in Angriff genommen wurde. Die Ginsetzung des Ausschusses erfolgte durch Beschluß ber Delegiertentagung des Jahres 1916. Den Anstoß dazu hatten Anträge des baberischen und des sächsischen Landesverbandes gegeben, die zur weiteren Behandlung dem neugebildeten Ausschuß überwiesen wurden. Babern hatte die Erhöhung des Mitgliedbeitrages um 1 Mark monatlich beantragt, um aus den Mehreinnahmen einen Grundstock für Unterstützungszwecke zu schaffen. Sachsen hatte den Ausbau der borhandenen Rechtsauskunftstelle zu einer Rechtsschutstelle verlangt, und außerdem wurde mit diesen beiden Broblemen dem Ausschuß auch noch der Gedanke der Schaffung einer Stellen= und Erwerbsbermittlung zur Erwägung mitgegeben. Auf der Dresdener Tagung 1917 erstattete der rührige Borsitzende des Ausschusses, Kratsch-München, zum ersten Male Bericht über seine Tätigkeit, deren Frucht konkrete Vorschläge für die zu schaffende Stellenund Erwerbsbermittlung, für die Rechtsschutstelle und für die Er= richtung einer Unterstützungskasse waren. Sinsichtlich der beiden ersten Bunkte wurden die Vorschläge des Ausschuffes auch zum Beschluß erhoben. Die Stellen= und Erwerbsvermittlung ist freilich leider bis heute nicht recht lebensfähig geworden; dagegen hat die Rechtsschut= stelle schon wiederholt gute Dienste geleistet. Auch die Gründung einer Unterstützungskasse wurde beschlossen, jedoch mit der Einschränkung, daß der geschäftsführende Ausschuß mit dem Sozialen Ausschuß bie Vorlage nochmals überprüfen und dabei die neu aufgetauchten Einwendungen und Vorschläge berücksichtigen follte, wodurch diese wichtige Sache weiter in unliebsamer Beise berzögert wurde. Der tiefere Grund, warum der Bedanke einer zentralen Unterstützungekasse, die als Erganzung der regionalen und lokalen Unterstützungseinrichtungen namentlich für schwache und wenig leistungsfähige Unterverbände gedacht war, nicht vorwärts kommen wollte, war die Sorge mancher bereits mit gut dotierten Unterstützungskassen ausgestatteteter Unterverbände, daß ihren Raffen durch eine Zentralkaffe Abbruch geschehen könnte.

Eine bedeutungsvolle Arbeit des Sozialen Ausschusses war serner die von ihm nach der Dresdener Tagung in Angriff genommene Er-

stellung eines Entwurfes, der die gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Redakteure zum Zweck hatte. Damit wurde wirksam den später noch zu erörternden Bestrebungen auf Schaffung eines
Journalistengesetzes vorgearbeitet. Die Delegiertentagung in Hannover
1918 hat diesen Entwurf durch eine Entschließung gebilligt, welche seine
Borlage an das Reichsjustizamt verlangte und der Leitung des Reichsverbandes anheimgab, zu gelegener Zeit diese Forderungen auch dem
Reichstag zu unterbreiten. Die bald darauf beginnenden revolutionären
Ereignisse drängten diese Absichten zunächst in den Hintergrund und
gaben ihnen später, wie schon erwähnt, eine andere Richtung insofern,
als sie nun auf eine Ordnung nicht nur der Rechts-, sondern auch der
sozialen Berhältnisse der Journalisten durch ein Journalistengesetz abzielten.

Gegen das Kriegsende war, wie wir gesehen, die wirtschaftliche Lage der geistigen Arbeiter der Presse immer trostloser geworden. Die notwendige durchgreifende allgemeine Besserung konnte, das wurde immer klarer, durch bloke Vorstellungen von Organisation zu Organi= sation nicht erreicht werden. Der rheinisch=westfälische Berband hatte im Sommer 1918 ein Übereinkommen mit der Berlegerber= einigung seines Bezirkes getroffen über die Gewährung von Teue= rungszulagen. Man beachte hierin die zweite Entwicklungsstufe zum Tarifvertrag! Durch Fragebogen wurde festgestellt, daß zwar ein ansehn= licher Teil der Verlegerschaft die eingegangenen Verpflichtungen er= füllt hatte, daß aber leider auch nicht wenige Verleger die vereinbarten Bulagen entweder überhaupt nicht oder nur zum Teil gewährten. Eine Handhabe, sie zur Erfüllung zu zwingen, war natürlich bei dieser Art von Vereinbarung nicht gegeben. Auch der Landesverband der Bahe= rischen Presse führt über dieses Kapitel in seinem Jahresbericht für 1918 (veröffentlicht in Nr. 19 der "Deutschen Presse" vom 1. Oktober 1918) bewegliche Klage:

"Der Landesverband hat auch in diesem Jahre wieder sich bemüht, die infolge der zunehmenden Teuerung der Lebenshaltung immer schwieriger werdende Lage der Kollegen durch Borstellungen bei den Berlegern zu erleichtern. Sine Umfrage bei unseren Mitgliedern, die leider auch dieses Mal wieder die früheren Erfahrungen entsprechende mangelhafte Unterstüßung der Kollegen erfuhr, hat, soweit sie beantwortet wurde, ergeben, daß die angestellten Redakteure bei ihren an sich fast durchweg überaus bescheidenen Gehältern zum Teil überhaupt

keine, zum Teil den Teuerungsverhältnissen auch nicht entfernt entsprechende Zulagen erhielten. Noch schlimmer sind die freien Joursnalisten daran, die zumeist nicht nur keine Erhöhung ihres Einkommens, sondern vielsach eine nicht unbedeutende Minderung verzeichnen. Wir verkennen hierbei keineswegs, daß auch die Verleger in den jetzigen Zeitläuften nicht auf Rosen gebettet sind. Allein in manchen Fällen hätte bei etwas erhöhtem gutem Willen vielleicht doch mehr geschehen können, als geschehen ist, zumal für das technische Personal ganz andere Summen, als sie hier in Frage gekommen wären, ohne Widerrede aufsgewendet wurden."

Da auf dem bisher eingeschlagenen Wege in dieser Lebensfrage des Beruses das als unumgänglich notwendig Erkannte nicht zu erreichen war, so mußte ein anderes Versahren eingeschlagen werden: das des gewerkschaftlichen Kampses und des Tarisvertrages. Diese Erskenntnis rang sich, wenn auch langsam und unter manchem Widerstreben, zumal der älteren Kollegen, doch sicher und unaushaltsam auch bei den letzen Angehörigen des Beruses durch. Das Verdienst daran, wenn man von einem solchen sprechen will, dürsen sich in erster Linie diesenigen Verleger zuschreiben, die trot aller Vorstellungen und Mahnungen für die Forderungen der Zeit und ihre sozialen Pflichten kein Gefühl und kein Verständnis aufzubringen verwochten.

III. Der gewerkschaftlich organisierte Reichsverband.

Die Delegiertentagung des Reichsberbandes im Oktober 1918 in Hannover stand schon völlig unter dem Eindruck des Zusammenbruchs und der kommenden Umwälzung. Die Revolution brachte der Presse dann zwar die Befreiung von der Zensur, setzte sie aber auf der anderen Seite nicht selten den unerhörtesten Gewaltakten von linksradikaler Seite aus. Für die Berussorganisation der Presse brachte sie die Frage der Bergewerkschaftlichung, zu der gewisse Ansätze sich schon in der zweiten Hälfte des Krieges gezeigt hatten, rasch in Fluß. Am 8. Dezember 1918 saßte der Landesverband der Baherischen Presse in seiner außerordentlichen Hauptversammlung einstimmig den Beschluß:

"Der Landesberband der Baherischen Presse ist der Ansicht, daß zur Durchführung der sozialen Forderungen der Redakteure und Joursnalisten die Umwandlung des Reichsberbandes der Deutschen Presse in eine rein gewerkschaftliche Organisation notwendig

ist. Er stellt deshalb den Antrag, der geschäftsführende Ausschuß des Reichsberbandes möge sich sofort mit dieser Frage beschäftigen und eine Erklärung abgeben, ob er gewillt ist, die nötigen Borbereitungen zu einer solchen Umwandlung zu treffen und diese so zu beschleunigen, wie es mit Kücksicht auf die gegenwärtigen unhaltbaren Verhältnisse notwendig ist.

Mit den Verlegern sollen Verhandlungen zum Abschluß einer Tarifgemeinschaft angebahnt werden. Zu diesem Zweck ist es nötig, daß ein Ausschuß berusen wird, der die an die Verleger zu stellenden Forderungen der Redakteure und Journalisten aufzustellen hat.

Der Reichsberband soll unverzüglich die erforderlichen Schritte tun, um alle der Organisation noch fernstehenden Berufsangehörigen der Presse zum sofortigen Anschluß an den Reichsberband der Deutschen Presse zu beranlassen. Der Landesberband der Baherischen Presse erklärt, daß er seinerseits mit allem Nachdruck in diesem Sinne tätig sein wird."

Der Borstand des Verbandes der Rheinisch=Westfälischen Presse beschäftigte sich am 4. Januar 1919 mit einem Antrag auf Umsgestaltung des Reichsberbandes der Deutschen Presse und der Unterverbände in gewerkschaftliche Organisationen. Soweit die Ortsbereine sich mit der Angelegenheit befaßt hatten, kamen zustimmende Meisnungsäußerungen zum Ausdruck. Auch sonst wurden nur beipflichtende Erklärungen abgegeben. Endlich wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

"Der Vorstand des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse bezeichnet es als eine der dringendsten Aufgaben der Gesetzgebung, einen vollständigen Neuaufbau des Presserechts in Angriff zu nehmen.

Von dem neuen Pressercht erwartet der Verband der Rheinisch= Westfälischen Presse auch die Ordnung der Rechtsberhältnisse des Redakteurs und der ständigen Mitarbeiter, und zwar sowohl der Stellung und der Zuständigkeiten in der Zeitung wie auch der wirtsschaftlichen Sicherung.

Hinsichtlich der Stellung und der Zuständigkeiten des Redakteurs in der Zeitung wird gesordert, daß der Redaktion ihre durch die besten Überlieserungen gerechtsertigte Anwartschaft auf die unabhängige, so-wohl dem Gesetz wie dem Bolke verantwortliche geistige Leitung des Blattes gewährleistet und gesichert werde.

Der Vorstand erachtet zur praktischen Durchführung dieser For=

derungen die Errichtung von Pressekammern mit Zwangsbeitritt aller Redakteure und angestellten Mitarbeiter für ersorderlich. Den Ausbau unseres Reichsberbandes zu einer gewerkschaftlichen Organisation, die durch die Pressekammern gestützt wird, und die in einem Kartellverhältnis zu den Organisationen der übrigen bei der Presse tätigen geistigen und handarbeitenden Beruse zu stehen hätte, ersachtet der Vorstand für notwendig.

Der Reichsberband wird ersucht, im Sinne dieser Forderungen alsbald die geeigneten Schritte zu tun."

Die Sachsen hatten schon am Tage vorher, am 3. Januar 1919, in einer außerordentlichen Hauptversammlung die Sache noch energischer in die Hand genommen, indem sie sofort an die Durchberatung eines vom Bezirksberein Dresden borgelegten neuen Satungsentwurfes gingen, dessen Haupttendenz dahin ging, den Landesverband und die ihm angeschlossenen Bezirksvereine auf gewerkschaftlicher Grundlage neu zu organisieren. In einer Entschließung wurde die Erwartung ausgesprochen, daß auch der Reichsberband baldigst zu einer Erneuerung seiner Organisation auf der Grundlage gewerkschaftlicher Ziele schreiten werde. Auch im Organ des Reichsberbandes, der "Deutschen Presse", wird die Gewerkschaftsfrage in der nächsten Zeit lebhaft erörtert. In den "Mitteilungen des Verbandes der Rheinisch=Bestfälischen Presse" (abgedruckt in Nr. 4 der "Deutschen Presse" 1919) nahm der langjährige Borsitende dieses Verbandes und Mitalied des Reichsverbandsvorstandes Stoffers in energischer Beise das Bort für die Gewerkschaft, wobei er zum Schluß auf die Einwendungen besonders der "alten Rollegen in den angesehensten Stellungen" gegen eine jolche Entwicklung zu sprechen kam und sagte:

"Wir werden diese Einwendungen alle mit der Achtung entgegennehmen und behandeln, die diesen hervorragenden Kollegen gebührt,
aber wir werden ihnen sagen müssen, daß wir unsere Organisation geschaffen haben nicht für diejenigen, die ihrer nicht bedürsen, sondern
für diejenigen, die ihrer bedürsen. Das ist aber die gewaltige Mehrzahl. Jene Kollegen befürchten, daß wir als Gewerkschaftler von der
hohen Warte herabsteigen, auf der wir den Redakteur der zuten alten
Zeit stehen sahen. Ich erwidere darauf, davon ist er ja trop unserem
heißen Bemühen und Streben leider herunter. Für diejenigen aber,
die noch hochstehen, sage ich: Warum soll ich denn als Journalist, als
Redakteur, als Chefredakteur ein geistig minderer Faktor, ein gesell-

schaftlich weniger angesehener Bürger sein, wenn ich wirtschaftlich und gesellschaftlich und rechtlich in einer verbürgteren, gesicherteren Lage bin? Steckt darin, daß wir die Organisationsform verachten, durch die unsere Arbeiter stark geworden sind, nicht ein Bischen unberechtigten Hochmutes? Ich glaube vielmehr, der Flug des Geistes wird freier und höher gehen, unsere Arbeitskraft, unsere Leistungsfähigkeit wird frucht= barer und ergiebiger sein, wenn wir uns von dem Drucke befreit haben, den jene Artikel im "Zeitungsverlag" uns ankündigten, uns androhten, wenn wir nicht mehr ängstlich nach "dem herrn im hause" zu schielen brauchen, wenn der Chefredakteur nicht mehr der Bogt des Unter= nehmers, sondern der freie Führer einer freien Schar, der primus inter pares ist, dem alle gern folgen und sich unterordnen, weil sie ihn als den Tüchtigsten anerkennen und weil sie — bei seiner Auswahl gehört worden sind, an seiner Auswahl mitgewirkt haben. Denn auch das muffen wir zur Forderung erheben, weil es zum Gedeihen unseres Bc= rufes, zum Gedeihen aber auch der Zeitung notwendig ist."

Wie aus diefer Auslassung bon Stoffers und dem Beschluß des Berbandes der Rheinisch=Bestfälischen Presse hervorgeht, war um diese Beit in Rheinland und Weftfalen die Stimmung noch ausgesprochen für die Gewerkschaft in reinster Form. Die Feststellung ist notwendig, weil das später anders wurde und bei der endgültigen Entscheidung der Frage gerade von dorther stark dämpfende Einflüsse kamen. In= zwischen hatte der Reichsberband der Deutschen Presse zum 27. und 28. April 1919 nach Berlin eine Delegiertenbersammlung ein= berufen mit der Tagesordnung: Neugestaltung der Reichsberbands= organisation auf gewerkschaftlicher Grundlage, wofür vom Kollegen Krahsch-München ein Satungsentwurf bereits ausgearbeitet worden war. Auf der Dresdener Tagung 1917 hatte man einen sogenannten Satungsausschuß aus sieben Mitgliedern gebildet, der einen damals borliegenden Antrag Jung-Röln zur Behandlung überwiesen erhielt, dessen Kern darin bestand, daß er an Stelle der vorhandenen Bezirks= und Landesverbände Ortsvereine als unmittelbare Unterorganisationen seten wollte. Der Ausschuß hielt seine erste Situng unmittelbar bor der nächsten Delegiertenbersammlung in Hannover 1918 ab, wobei der Antrag Jung dem energischen Widerspruch namentlich von Sachsen und Babern begegnete, deren Vertreter betonten, daß für die Verhältnisse in ihren Gebieten die vorgeschlagene Neuerung nicht passen würde. Da= mit war dieser Antrag erledigt, der den ganzen organisatorischen Aufbau

des Reichsberbandes über den Saufen geworfen hätte, wenn ihm auch ein berechtigter Gedanke insofern innewohnte, als ce gutrifft, daß die Ortsbereine in den großen Städten der Sauerteig des Reichsberbandes sind und das Element, welches sein inneres Leben befruchtet und die besten Rräfte liefert. Als der Satungsausschuß und der Soziale Ausschuß vor der Berliner Apriltagung 1919 wieder zusammentraten, hatten sie sich mit dem Satzungsentwurf Kratsch und einer Reihe von Abänderungsvorschlägen, namentlich einem Entwurf Kemper=Stutt= gart zu beschäftigen, der einen vermittelnden Standpunkt zur Geltung zu bringen bersuchte. Aus diesen Ausschußberatungen ging ein neuer Satungsentwurf hervor, der sich im wesentlichen dem Entwurf Kratsch anschloß, indes auch Gedanken und Anregungen der anderen Borschläge in sich aufnahm. Aber damit war das Werk noch lange nicht unter Dach. In der Delegiertenversammlung selbst tauchten bereits neue, erhebliche Meinungsverschiedenheiten auf, die erkennen ließen, daß bis zur Durchführung der Organisationsumwandlung noch viele und große Schwierigkeiten zu überwinden sein würden. Die fehr ausgedehnte und lebhafte allgemeine Aussprache behandelte naturgemäß vorwiegend die grundfähliche Frage: Bergewerkschaftlichung oder keine Bergewerkschaftlichung?, zog aber in diesem Rahmen, wie der Bericht in Nr. 9 der "Deutschen Bresse" von 1919 besagt, auch schon manche Fragen spezieller Art hinein. Es ergab sich sehr bald, daß die große Mehrheit der Versammlung, die aber infolge der damaligen schwierigen Verkehrsverhältnisse nicht sehr zahlreich beschickt war, sich mit Entschieden= heit für die Bergewerkschaftlichung einsetze. Bestimmte ins ein= zelne gehende Beschlüffe wurden nur über die grundlegenden Para= graphen gefaßt; den Rest nahm man en bloc an. Man sah aber schon jest ein, daß die ganze Sache noch nicht reif zum Vollzug war, weshalb man übereinkam, daß der Entwurf unter Berücksichtigung der in der Erörterung zutage getretenen Bünsche und Anregungen nochmaliger Ausschußberatung unterzogen und dann der Berbst-Delegiertenbersamm= lung zur endgültigen Beschluffassung vorgelegt werden solle. wichtige § 1 hatte gemäß einem Antrag Stoffers-Gießen folgende Fassung erhalten:

"Der Reichsberband der Deutschen Presse ist die gewerkschaft= liche Zusammenfassung der deutschen Journalisten zur Wahrung und Förderung des Acchtes und des Ansehens der deutschen Presse nach außen und nach innen und zur Wahrnehmung der geistigen und der wirtschaftlichen Angelegenheiten seiner Mitglieder. Er bildet die Berstretung der bei der deutschen Presse tätigen geistigen Arbeiter gegensüber der Öffentlichkeit. Er erstreckt sich über ganz Deutschland und hat seinen Sit in Berlin."

Hierzu ist wichtig, auch die hervorstehenden Momente aus der Debatte kennenzusernen, weil sie die Erklärung geben für die später sich vollziehende Wandlung und für die endgültige Lösung der Frage. In Nr. 11 der "Deutschen Presse" 1919 ist darüber zu lesen:

"Baecker (Berlin) spricht die Befürchtung aus, daß, wenn der Reichsverband nur eine bloße Gewerkschaft sei, seine Stellung als Geistesmacht verlorengehe. Darum sollten wir in der Art der Konstituierung zum Ausdruck bringen, daß wir nicht bloß Gewerkschaft, sondern noch etwas anderes sind, ein besonderer Beruf mit seinen besonderen Interessen. In diesem Sinne sei ihm der Antrag Stoffers sympathisch.

Krahsch (München) hält die äußere Form nicht für das Wesentliche; die Hauptsache sei, daß das Statut gewerkschaftlich ist, wie es der Fall ist. Deshalb kann man auch den geäußerten Bedenken im Sinne bes Antrages Stoffers gerecht werden.

Karthaus (Duffeldorf) unterstützt ebenfalls den Gewerkschafts= gedanken.

Dr. Breslauer (Berlin) ist gleichfalls für die Anträge, betonte aber zugleich die Aufrechterhaltung der Eigenart des Reichsverbandes. Bir sollten uns die Möglichkeit des Anschlusses an den allgemeinen Charakter der Gewerkschaftsorganisation nicht verschließen, aber nicht über die Grenzen dessen hinausgehen, was durch die Eigenart unseres Berufes, durch sein geistiges Gepräge und seine öffentlichen Berpflichtungen geboten sei."

Die Sorge, die aus dieser Diskussion spricht, verstärkte sich in den nächsten Monaten noch ganz wesentlich. Die beiden Ausschüsse, die den Austrag erhalten hatten, die in Berlin beschlossene Sazung einer nochsmaligen Revision zu unterziehen, ließen im August 1919 in der "Deutschen Presse" mitteilen, daß ein eingehender schriftlicher Gesdankenaustausch der Ausschußmitglieder nur ergeben habe, daß über einzelne Punkte tiesgehende Meinungsverschiedenheiten bestünden. Die Ausschüsse sein aber der Anschauung, daß es bei gutem Willen möglich sein müsse, einen alle Teile befriedigenden Ausgleich hersbeizussühren. Sie hätten sich bemüht, ein Kompromiß zu sinden. Die

volle Broße der Schwierigkeiten stellte fich aber erft bei der Dele= giertenversammlung im Berbst 1919 in Aschaffenburg heraus. Der erste Vorsitzende des Reichsberbandes, Paul Marx, der das Schifflein der Organisation bis zu dieser Klippe mit Geschick gesteuert hatte, legte sich unmittelbar bor der Tagung auf das Krankenbett, das ihm leider nur zu bald zum Sterbebette ward, und so fehlte dem Verband in kritischster Stunde seine bewährte Führerhand. An seiner Stelle übernahm im letten Augenblick der zweite Vorsitende, Freund= München (der Verfasser dieser Arbeit), die Leitung der Aschaffenburger Berhandlungen, die zu einem Markstein in der Geschichte des Berbandes werden sollten. Es war keine erfreuliche und aussichtsreiche Situation, die er in Aschaffenburg beim Zusammentritt der Ausschüsse vorfand. Wie ftark die Gegenfätze inzwischen geworden waren, erhellt schon aus dem Umstande, daß seitens des Berbandes der Rheinisch=Best= fälischen Bresse, der von seiner vor einem halben Jahre noch heftig für die Gewerkschaft begeisterten Saltung seitdem ganz bedeutend abgekommen war, den bon den Ausschüffen gemachten letten Satungs= vorschlägen ein Gegenentwurf gegenübergestellt wurde. Gleich bei Beginn der Ausschußberhandlungen zeigte sich, daß der ganze Reichs= verband in drei Lager gespalten war: eines der radikalen Gewerkschaftsvertreter, eines der Gegner und eines derjenigen, die einen bermittelnden Standpunkt einnahmen. Es zeigte fich auch, daß auf dem Wege des Debattierens die Gegenfäte nicht ausgeglichen, sondern nur verschärft werden konnten. Der Borsitzende Freund lud deshalb die führenden Vertreter der sich bekämpfenden Richtungen (Rheinland=West= falen, Sachsen und Hamburg; die Berliner waren noch nicht an= gekommen) zu einer Sonderbesprechung ein, und in dieser gelang es ihm, nach mehrstündigem Bemühen ein Kompromiß zustande zu bringen, das dann die Ausschüffe und der Borftand akzeptierten und der Delegiertenversammlung als ihren Borschlag unterbreiteten. Der Borsitzende hatte in der Besprechung den sehr hartnäckig an ihren Forderungen festhaltenden Parteien eindringlichst vorgestellt, daß sie damit die Dr= ganisation felbst gefährdeten, daß der Reichsberband jest entweder end= gultig gesichert oder aber gesprengt werden wurde. Der Sinweis auf die daraus entspringende schwere Verantwortung wirkte. Man fand sich nun auf der Linie zusammen, daß der Berband zwar nicht aus= drücklich als Gewerkschaft im Statut bezeichnet werden follte, daß es aber den Unterberbanden freistehen muffe, das zu

halten, wie sie wollten, daß ferner dem Reichsverbandsstatut im übrigen der gewerkschaftliche Charakter gewahrt werden solle, und daß endlich und vor allem Einmütigkeit dars über herrsche, der Reichsverband müsse künftig gewerkschaftslich arbeiten. In den zweitätigen Verhandlungen des Plenums der Delegiertenversammlung platten zwar die Geister noch einmal ziemlich heftig auseinander, wie das zur vertraulichen Verwendung erstellte 70 Maschinenschriftsvolioseiten starke Protokoll ausweist, aber schließslich begegnete man sich doch auf dem einzig möglichen Wege, den das von Vorstand und Ausschüssen empschlene Kompromiß wies. Auch die Praxis hat inzwischen mit absoluter Deutlichkeit dargetan, daß man in Aschäffenburg den richtigen Weg eingeschlagen hat. Die grundlegenden Paragraphen des Aschäffenburger Statuts mögen ihrer Bedeutung halber hier Plat finden:

Name, Sig und 3wed des Berbandes.

§ 1.

Der Reichsberband der Deutschen Presse ist die Berufsorganisation der deutschen Journalisten. Er hat seinen Sitz in Berlin.

§ 2.

Das Recht und die Pflicht, Mitglied des Berbandes zu sein, hat:

- 1. jede in der deutschen Presse, einschließlich der Nachrichtensbureaus und Preßkorrespondenzen, hauptberuflich als Journalist (Resdakteur oder ständiger Mitarbeiter) tätige Person, es sei denn, daß von ihr Interessen vertreten werden, die den Zwecken des Reichsverbandes entgegenstehen:
- 2. ehemalige Fournalisten, wenn sie mindestens 10 Jahre im Hauptberufe an der deutschen Presse tätig waren, unter der gleichen Boraussetzung wie bei 1.

Wechselt ein Mitglied seinen Beruf, oder übernimmt es zu seiner journalistischen Tätigkeit noch eine andere, so hat der Landes= oder Bezirksberband, in dessen Gebiet es seinen Wohnsitz hat, zu entscheiden, ob es ferner Mitglied des Reichsberbandes bleiben kann.

Berlagsbeamte sind nur dann aufnahmefähig, wenn sie dem res daktionellen Betrieb angehören und aus dem Redakteurberuf hervors gegangen sind. Die Entscheidung über das Berbleiben von Redakteuren, die gleichzeitig als Berleger tätig sind, fällt den einzelnen Bezirkss berbänden zu. Kein Mitglied des Reichsverbandes kann gleichzeitig einer Berlegerorganisation angehören.

§ 3.

Der Reichsverband der Deutschen Presse bezweckt den Schutz und die Förderung der geistigen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen des deutschen Journalistenberufes.

Dieser Zweck soll hauptsächlich erreicht werden:

- 1. durch einheitlichen Zusammenschluß der Berufsgenossen zu gemeinsamem Handeln und zur Solidarität;
- 2. durch tatkräftige Vertretung der beruflichen, der öffentlichrechtlichen wie privatrechtlichen Interessen des Journalistenstandes innerhalb der Zeitungsbetriebe, in der Öffentlichkeit, in der Gesetzgebung und Verwaltung, insbesondere durch Forderung eines neuen deutschen Presserechtes, durch Abwehr aller Angriffe auf die Presserieit und überhaupt aller Versuche und Bestrebungen, die Presse an der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben zu verhindern und zu beschränken;
- 3. durch Schaffung schieds= und ehrengerichtlicher Einrichtungen bei den Landes= und Bezirksverbänden und einer obersten schieds= und ehrengerichtlichen Instanz am Sit des Reichsverbandes;
- 4. durch körperschaftlichen Abschluß von Tarifverträgen über Arbeits= und Einkommensverhältnisse unter Berücksichtigung von Fach= gruppen und durch Herbeiführung einer ausreichenden Sicherstellung für Alter, Indalidität und Beschäftigung im Beruf;
- 5. durch Betriebsausschüsse der Redakteure und Mitarbeiter oder durch andere Einrichtungen zur Wahrung der Berufs= und Standes= interessen in den einzelnen Betrieben;
- 6. durch Gemährung unentgeltlichen Rechtsschutzes nach Maßgabe der Satung der Rechtsschutztelle;
- 7. durch Unterstützung Stellen- und Erwerbslofer, insbesondere solcher Mitglieder, die wegen ihrer Mitgliedschaft im Reichsberband oder durch Besolgung satungsgemäßer Beschlüsse des Reichsberbandes stellen- und erwerbslos werden oder aus sonstigen Gründen unverschuldet in Not geraten;
 - 8. durch Regelung des Stellen= und Arbeitsnachweises;
 - 9. durch Pflege der Berufsstatistik;
- 10. durch Herausgabe einer wöchentlich erscheinenden Zeitschrift, die nicht nur die Interessen der Mitglieder und der Organisation ver=

treten soll, sondern die auch die Entwicklung des Pressemesens in Deutschland und dem Auslande sachwissenschaftlich zu verfolgen hat.

11. Zur Erreichung eines für den Reichsberband und seine Mitglieder wichtigen Zweckes oder zur Durchsetzung einer wichtigen Forberung kann der Reichsberband von Fall zu Falk mit anderen Organissationen gemeinsam beraten und handeln. Hierzu bedarf es der Zustimmung von Landesberbänden, die in ihrer Gesamtheit mindestens zwei Orittel der Mitglieder des Reichsverbandes bertreten.

Gliederung des Verbandes.

§ 4.

- 1. Der Reichsverband der Deutschen Presse umfaßt Landess oder Bezirksverbände und Einzelmitglieder.
- 2. Die Abgrenzung der Landes= oder Bezirksverbände wird durch den Hauptvorstand im Einvernehmen mit den beteiligten Untersorganisationen vorgenommen. Gegen seine Entscheidung ist die Ansrufung der Vertreterversammlung zulässig.
- 3. Den Landes= oder Bezirksberbänden gehören alle in ihren Gebieten wohnenden Mitglieder des Reichsberbandes an.
- 4. Wo ein Landes= oder Bezirksverband noch nicht besteht, kann ein Einzelverein dem Reichsverband unmittelbar angeschlossen werden. Wird in einem solchen Bezirk ein zweiter Berein begründet, so haben sich die beiden Bereine zu einem Landes= oder Bezirksverband zusammen= zuschließen.
- 5. Aus Gebieten, wo kein Bezirks= oder Landesverband besteht, können Sinzelmitglieder unmittelbar in den Reichsverband aussgenommen werden. Nach Gründung eines Unterverbandes sind sie diesem zuzuweisen.

Beiträge.

§ 7.

- 1. Der Beitrag wird durch die Vertreterversammlung festgesett. Bis auf weiteres werden drei Beitragsklassen gebildet, und zwar:
 - I. Klasse: Gehalt ober Berufseinkommen bis 6000 Mk. (Beitrag 4 Mk. monatlich);
 - II. Klasse: Gehalt oder Berufseinkommen bis 10000 Mk. (Beitrag 6 Mk. monatlich);
 - III. Klasse: Gehalt ober Berufseinkommen über 10000 Mf. (Bei-trag 10 Mf. monatlich).

- 2. Der freiwillige Übertritt in eine höhere Beitragsklasse ist zu- läffig.
- 3. Bei nachweisbarer Erwerbslosigkeit oder Krankheit (soweit während dieser Zeit die Gehaltsbezüge aushören) sind Beiträge nicht zu leisten.
- 4. Mitglieder, die durch Alter oder Indalidität erwerbsunfähig geworden sind, sind von der Beitragspflicht befreit und gelten als steuerfreie Mitglieder.
- 5. Die Unterorganisationen haften dem Reichsverband für den Eingang der Beiträge. Diese sind alle Bierteljahre mit einer genauen Abrechnung an die Kassenstelle des Reichsverbandes abzuführen. Unterporganisationen, die mit der Zahlung und Abrechnung länger als ein Bierteljahr im Rückstand sind, verlieren das Anrecht auf eine Bertretung im Borstand und in der Bertreterbersammlung für das laufende Gesschäftsjahr.
- 6. Zwanzig vom Hundert der Beitragssumme verbleiben den Landes= oder Bezirksverbänden zur Erfüllung ihrer satungsmäßigen Aufgaben. Außerdem sind die Landes= oder Bezirksverbände, die selb= ständigen Ortsvereine und die Bezirksvereine berechtigt, Zuschläge zu den Reichsverbandsbeiträgen zu erheben."

Die Beitragsstala wurde seitdem noch mehrfach geändert und den durch die Tarisverträge und ihre Mindesteinkommenssäte gesteigerten Gehältern angepaßt. Auf der letzten Tagung in Hamburg, Juli 1921, wurde folgende Stala beschlossen:

bis	6000	Mf.	monatl.	4,00 9	Mf.	bis	21000	Mf.	monatl.	15,00	Mf.
,,	10000	,,	"	6,00	,,	"	24 000	,,	,,	17,50	,,
"	15000	,,	,,	10,00	,,	"	30000	,,	"	20,00	,,
	18000			12.50		über	30 000			30.00	

Auch ein anderer Verteilungsschlüssel wurde eingeführt, da sich herausgestellt hatte, daß die Unterverbände mit dem geringen Sat von 20 vom Hundert den ihnen obliegenden Aufgaben (namentlich die sich häusenden Tarisverhandlungen nahmen die Kassen der Unterverbände stark in Anspruch) nicht gerecht werden konnten, und da andererseits durch den Ausbau der Skala nach oben dem Reichsverband erhebliche Mittel zuflossen und eine Berücksichtigung der Bedürfnisse der Unterverbände daher wohl möglich erschien. Der Kölner Verbandstag 1920 sprach daher den Unterverbänden einen Sat von 30 vom Hundert der Beiträge zu.

IV. Die Unterverbände.

Der Reichsverband hätte das, was er in den zehn Jahren seines Bestehens geleistet hat, nicht leisten können ohne seine Unterverbände. Sie stellen das Kädergetriebe der Maschine dar, die die Arbeit leistet, während die Zentrale das Steuer handhabt. Die Organisation nach Landes= und größeren Bezirksverbänden ist heute, wenn auch noch nicht völlig lückenlos, so doch fast über das ganze Deutsche Reich durchgeführt, und man geht bereits mit dem Gedanken um, auch den Anschluß der beutsch=österreichischen Kollegen herbeizusühren. Der weitere Ausbau der Organisation nach Orts= und kleineren Bezirks= und Gaubereinen läßt noch zu wünschen übrig, namentlich dort, wo infolge wenig dichter Bevölkerung und mangels größerer Stärke die Berussangehörigen sehr zerstreut leben und wirken müssen.

Im ersten Vierteljahr nach seiner Gründung setzte sich der Reichs= berband der Deutschen Presse aus einem Dutend Unterverbänden zusammen, nämlich dem Bezirksberband Berlin-Brandenburg, dem Verband der Rheinisch=Westfälischen Presse, dem Verein der Niedersächsi= schen Presse, dem Frankfurter Journalisten= und Schriftstellerverein, dem Landesverband der Baherischen Presse, dem Landesverband fächsischer Redakteure und Berufsschriftsteller, dem Württembergischen Journalisten= und Schriftstellerverein und dem Verein Württembergische Presse, dem Landesverband badischer Redakteure, dem Berein Thüringer Presse, dem Verband der Presse in Mecklenburg, Vorpommern und Lübeck und der Ortsgruppe Hamburg. Der Bezirksverband Berlin= Brandenburg, der noch im Dezember 1910 sich konstituierte, sette sich aus folgenden Bereinen zusammen: Berein Berliner Breffe, Ber= liner Journalisten= und Schriftstellerverein (Urheberschut), Berein Berliner Journalisten, Redakteurverein Berlin-Brandenburg, Berliner Schriftstellerklub, Ortsgruppe Berlin des Augustinusbereins. Reben diesen Vereinen war die Gruppe der Einzelmitglieder zunächst ziemlich schwach, wuchs aber später ganz bedeutend an und macht heute etwa die Sälfte der 700 Mitglieder des Verbandes aus, mit denen Berlin jest die stärkste Unterorganisation des Reichsverbandes darftellt, obwohl inzwischen die Provinz Brandenburg von Berlin sich getrennt und einen eigenen Bezirksverband gebildet hat. Berlin hat auch den stärksten Ortsberein, den Berein Berliner Breffe mit etwa 250 Mit= gliedern des Reichsverbandes. Der Bezirksverband Berlin als solcher

ift finanziell noch schwach, da das Schwergewicht in dieser Hinsicht bei den Bereinen liegt. Sine der letten Bezirksversammlungen hat aber beschlossen, dem Berband eine Unterstützungskasse zu schaffen, und eine Kommission ist an der Arbeit, eine Satung dafür auszuarbeiten. Ferner ist ein Dispositionssonds des Borstandes geschaffen worden. Auch erhebt der Berband einen Bezirkszuschlag von 25 Prozent, und die Finanzen fangen an sich zu bessern.

Der Berband der Rheinisch=Bestfälischen Breffe wurde schon im Jahre 1904 gegründet und bildete einen der starken Echsfeiler, auf die der Reichsverband bei seinem Entstehen sich stüten konnte. Jett ist er mit seinen 450 Mitgliedern der zweitstärkste Verband und hat die Kleinorganisation in Ortsbereinen wohl am besten ausgebildet. Manchen wertvollen Fortschritt dankt der Reichsverband der Initiative seines rheinisch=westfälischen Unterverbandes. Schon vorhanden bei Gründung des Reichsverbandes waren ferner: der Verein der Niederfächfischen Presse, der sich heute auf die Proving Sannover und die Länder Braunschweig, Oldenburg und Bremen erstreckt, der Frankfurter Journalisten= und Schriftstellerverein, der bis heute ein etwas isoliertes Dasein führt, der Landesverband der Badischen Redakteure und der Bürttembergische Journalisten- und Schriftstellerverein. In Bürttemberg waren die Berhältnisse besonders schwierig. Der dort schon seit etwa 10 Jahren bestehende Bürttembergische Journalisten= und Schriftstellerverein war und ist heute noch ein sogenannter gemischter Berein, dem nicht nur Journalisten und Berufsschriftsteller, sondern auch Berleger und Belegenheitsschriftsteller in erheblicher Zahl angehören. Kurz vor der Gründung des Reichsberbandes waren in diesem württembergischen Berein Mighelligkeiten eingetreten, teilweise personlicher Art, die schließlich zum Austritt einer größeren Zahl von Redakteurmitgliedern führten. So ergab es fich von felbst, daß diese Ausgetretenen, von denen etliche ohnehin schon Mitglieder des Bundes der Redakteure waren, sich alsbald zu einer Unterorganisation des Reichsverbandes der deutschen Presse zusammenschlossen als Verein Württembergische Presse (Unterorganisation des Reichsberbandes der Deutschen Presse). Eine Beitlang gehörten nun beide Bereine dem Reichsberband an; bald aber mußte der Journalisten- und Schriftstellerverein ausscheiden, da er sich der Satungsbestimmung über den Busammenschluß der beiden Bereine zu einem Landesverband nicht fügen wollte. Bon seiten des Bereins

Württembergische Presse ist stets darauf hingearbeitet worden, die Gegenfätze in Württemberg allmählich zu überwinden, und das ist dann im Jahre 1914 so weit gelungen, daß kurz vor dem Kriege eine Verein= barung über ein freundschaftliches Verhältnis und ein Zusammen= arbeiten in gemeinsamen Berufsangelegenheiten beschlossen wurde. Nach dem Kriege ist dieses Abkommen durchgesehen und noch bertieft worden. Nach außen handeln die beiden Bereine in allen Fällen gemeinsam; auch haben sie gemeinsam und paritätisch einen Ausschuß für wirt= schaftliche und soziale Angelegenheiten gebildet, der insbesondere auch die Tarifverhandlungen mit den Verlegern vorbereitet und führt. Dennoch ift der Zustand selbstverständlich keineswegs befriedigend und hoffentlich auch nicht endgültig. Er ist nebenbei ein Beweis dafür, wie lange unerfreuliche Wirren in der Berufsbewegung nachwirken. Die in Bürttemberg mit den Berlegern zustande gekommene Arbeitsgemeinschaft, von der noch an anderer Stelle gesprochen wird, hat sich bis= her durchaus bewährt. Differenzen find nicht bekannt geworden, auch nicht in bezug auf die Bestimmungen über die geistigen Fragen. Man darf also wohl folgern, daß sie in dem Berhältnis zwischen Redakteur und Verleger fachlich ungefähr die rechte Mittellinie getroffen haben.

Der fächsische und der bahrische Landesverband entstanden alsbald nach der Gründung des Reichsverbandes. Der sächsische ist neben dem rheinisch-westfälischen der am besten durchorganisierte. Er ist in sechs Bezirksbereine gegliedert und umfaßt nahezu restlos alle Berufsangehörigen im Gebiet des ehemaligen Königreichs Sachsen. Der Berband, der seinen Namen in "Landesverband der Sächfischen Breffe" umänderte, gilt heute bei fämtlichen Behörden Sachsens als die einzig zuständige Vertretung der Presse; sein erster Vorsitzender sitt im Beirat der Staatskanglei des fächfischen Gefamtministeriums, und bom Ministerium des Innern wurden dem Landesverband die Rechte einer juri= stischen Person verliehen. Streng hat der Landesverband der Sächsischen Preffe über die Reinhaltung des Berufes gewacht, eine Aufgabe, deren gewiffenhafte Erfüllung heute mit der steigenden Gefahr der Korruption wichtiger und bedeutungsvoller denn je ift. Die in allen Bezirksvereinen vorhandenen Chrengerichte haben vereinzelte Schädlinge rudsichtslos aus der Organisation entfernt. Bur Hilfe in wirtschaftlichen Notfällen ftehen dem fächfischen Landesverbande eine Sterbekaffe und eine Unterstützungskaffe zur Verfügung, die allein in der Rriegszeit über 60 000 Mark an Familien im Felde befindlicher Journalisten aus-Schriften 152 II.

zahlte. In absehbarer Zeit hofft der Verband auch, in dem bekannten Luftkurort Ohbin ein Erholungsheim für seine Mitglieder crrichten zu können, für welchen Zweck die Erträgnisse zweier vom Staat hierfür genehmigter Geldlotterien bereitliegen. Die Stadt Zittau stiftete dazu einen herrlichen Walbbauplat in der Größe von 6000 Quadratmetern.

Der Landesverband der Baherischen Presse, der im Februar 1911 in München gegründet wurde, war in seiner Entwicklung zeitweilig dadurch behindert, daß die Kollegen der Zentrumspresse, die eine Sonderorganisation im Augustinusberein der katholischen Presse besaßen und noch besitzen, sich vom Berband fernhielten. Nach längeren Bemühungen gelang es im Sahre 1918, diefen unerfreulichen Bustand zu beseitigen. Seute sind die Berufsgenossen jeder politischen Richtung, mit Ausnahme der alleräußersten Linken, im Berband zusammen= geschlossen und arbeiten in Eintracht und mit Eifer gemeinsam an der Förderung ihrer Standesintereffen. Der Ausbau der Organisation im Lande hat sich in Babern, den hier besonders gearteten Berhältnissen entsprechend, als sehr schwierig erwiesen. Die Einzelmitaliedschaft ist in der Provinz das Vorherrschende. Der baberische Landesverband er= ftredt sich übrigens nur auf das rechtsrheinische Babern. Mit der Pfalz haben einmal während des Krieges Verhandlungen wegen des Unschlusses der dortigen Kollegen stattgefunden, die aber infolge des anscheinend geringen Interesses der Pfälzer über das einleitende Stadium nicht hinausgediehen. Seit 1920 find die Pfälzer an den Landesverband badischer Redakteure angeschlossen, der sich seitdem Berband der Gud= westdeutschen Presse nennt. Der Landesverband der Bayerischen Presse hat gegen diese Sezession der Pfälzer, die eigentlich statutenwidrig ist, keinen Ginspruch erhoben, weil er angesichts der geographischen Lage dieses baberischen Gebietsteiles und der gegenwärtigen Berhältnisse es wohl verstehen kann, wenn die Pfälzer bei ihren nächsten Nachbarn Anschluß suchen. Materiell haben sich übrigens die Pfälzer durch ihr Vorgehen felbst geschädigt, da sie mit dem baberischen Tarifvertrag weit besser gefahren wären als mit den tarifartigen Bereinbarungen, welche der Südwestdeutsche Verband mit den Verlegern seines Gebietes übrigens erst sehr spät abzuschließen bermochte. Der Südwestdeutsche Verband hat auch schon den Versuch gemacht, sich den ihm benachbarten Landesberein heffischer Zeitungsredakteure anzugliedern, und es sind darüber bereits Berhandlungen geführt worden, bis jest allerdings ohne Erfolg.

Benig konfolidiert find die Berhältniffe in der Proving heffen= Nassau. Neben dem in der Hauptsache auf den Stadtbezirk von Frankfurt am Main beschränkten Frankfurter Journalisten= und Schrift= stellerverein war dort vorübergehend noch ein Verein Wiesbadener Presse dem Reichsberband birekt angeschlossen. Neuerdings hat sich ein kurheffischer Preffeverband mit dem Sit in Raffel gebilbet, dem es hoffentlich mit der Zeit gelingen wird, den im höchsten Grade wünschenswerten einheitlichen Zusammenschluß in dieser Probing herbeizuführen. Der Verein Thüringer Presse ist später aufgegangen in dem größeren Berband Sachsen=Anhalt=Thüringen, der neben Thüringen und Anhalt das Gebiet der preußischen Provinz Sachsen umfaßt und seinen Sit in Magdeburg hat. Der Thüringer Berein besteht als Unterorganisation dieses Verbandes weiter. In Schlesien wollte die Sache des Reichsverbandes lange Zeit nicht recht vorwärts kommen. Der schlesische Journalisten= und Schriftstellerverein schied nach kurzer Mitgliedschaft wieder aus dem Verbande aus, und es dauerte dann geraume Beile, bis unsere Organisation dort wieder Fuß fassen und den Verband der Schlesischen Presse begründen konnte. Neuerdings hat sich dieser recht gut entwickelt. In Berücksichtigung der besonderen politischen Verhältnisse mußte in neuester Zeit die Buftimmung zur Bildung eines besonderen Verbandes der Oberschlesischen Presse gegeben werden. In unerfreulicher Lage und stark auf sich allein gestellt ist durch die Gebietsabtrennungen des Versailler Vertrages unser oft= preußischer Berband, der aber nichtsdestoweniger wacker bei der Stange geblieben ift und es nicht an eifriger Mitarbeit fehlen läßt. Bu den bald nach Gründung des Reichsverbandes ins Leben getretenen Unterverbänden gehört auch der Bezirksverband Pommern mit dem Sit in Stettin. Sein Nachbar ist der Landesverband Mecklenburg, der früher Berband der Presse in Mecklenburg, Vorpommern und Lübeck firmierte. Lübeck schloß sich vor einiger Zeit mit dem aus der Gemein= schaft mit Hamburg ausgeschiedenen Schleswig-Holstein zu einem Landesverband Schleswig=Holstein=Lübeck zusammen. Aus der Ortsgruppe Hamburg hat sich nach verschiedenen Wandlungen und der Auflösung der Berbindung mit Schleswig-Holftein ein Landesverband Groß= Samburg herauskriftallifiert.

V. Tarifverträge und Arbeitsgemeinschaft.

Noch bevor in Aschaffenburg der Wendepunkt in der organisatorisschen Entwicklung des Reichsverbandes eintrat, hatte sich der gewerkschaftliche Gedanke praktisch bereits Geltung im Beruf verschafft inssofern, als verschiedene Unterorganisationen schon in der ersten Hälfte des Jahres 1919 den Abschluß von Tarisverträgen hatten betätigen können. Man könnte also, wenn man wollte, sagen, daß die Aschaffensburger Beschlüsse nur einen tatsächlich bereits eingetretenen Zustand statutarisch sestlegten und sanktionierten. Der Gewerkschaftss und Tarisvertragsgedanke ist ja auch im deutschen Journalismus nicht etwa erst durch die Revolution von 1918 lebendig geworden, sondern hat durch sie nur den letzten entscheidenden Impuls erhalten. Ich selbst habe dars über in den "Mitteilungen des Landesverbandes der Baherischen Bresse" vom 1. Juli 1919 geschrieben:

"Es mag nicht ganz belanglos sein, hier die Tatsache sestzustellen, daß der Reichsverband seine Umwandlung in eine Gewerkschaft schon zu einer Zeit ernsthaft in Betracht gezogen und in Angriff genommen hat, als noch niemand an Revolution dachte. Das Streben nach gewerkschaftlicher Organisation ist also bei den Geistesarbeitern der deutschen Presse nicht etwa erst durch die Revolution erzeugt worden. Die Ereignisse seit dem Rovember 1918 haben uns nur gewissermaßen bestätigt, daß wir mit diesem Streben auf dem rechten Wege waren, und haben vielleicht dazu beigetragen, das Tempo der Verwirklichung zu beschleunigen.

Mit dem Gedanken der Gewerkschaft ist auch der des Tarisvertrages bei den geistigen Arbeitern der deutschen Presse lebendig geworden. Und wie sich unsere baherische Berufsorganisation das Verdienst zuschreiben dars, für den Gewerkschaftsgedanken bahnbrechend gewirkt zu haben, so ist sie bzw. ihre Münchener Lokalorganisation auch beispielgebend mit dem Abschluß der ersten Tarisverträge vorangegangen. Bei der ungeheueren Verschiedenheit der Verhältnisse der Geistesarbeiter der deutschen Presse in den einzelnen Gegenden ist natürlich das Ideal eines einheitlichen Tarisvertrages für ganz Deutschsland oder auch nur für Bahern nicht im Handumdrehen zu verwirkslichen. Es wird sich vielmehr empsehlen, zunächst den Weg lokaler und bezirksweiser Abmachungen zu beschreiten und aus diesen dann später, wenn sie einmal hinreichende Aussehnung über Land und Reich gesunden

haben, ein einheitliches Tarifwerk zu erstellen, das selbstverständlich durch Schaffung von Rlassen und Abstufungen der Verschiedenheit der Verhältnisse billige Rechnung tragen müßte. Wie bald das geschehen kann, hängt zu einem guten Teil von den Rollegen selbst und von dem Eifer ab, mit dem sie in ihrem engeren Rreise die Angelegenheit be= treiben."

Da es sich bei den hier erwähnten Münchener Verträgen um die ersten von deutschen Journalisten überhaupt abgeschlossenen Tarif= verträge handelt, so seien sie im Wortlaut hier wiedergegeben. Die Berträge wurden vereinbart zwischen dem Berein Münchener Berufs= journalisten (Ortsberein des Landesverbandes der Baberischen Bresse) und dem früher schon genannten Schutberband der Münchener Presse als Berlegerorganisation, formell aber auf der Berlegerseite von jedem Verlag einzeln gezeichnet.

1. Mitarbeiter=Vertrag

abgeschloffen zwischen bem und ben

ständigen freien Witarbeitern

am Montag, ben 7. April 1919.

1920 Geltung hat, folgendermaßen:

1.

50 % Zuschlag zu den jett be= stehenden Gägen der Zeilenhonorare. Mindestzeilenhonorar 15 Bf. einem ab 1. April 1919 bestehenden Zeilenhonorar von 20 Pf. ab erfolgt die Erhöhung auf Grund einer Bereinbarung des betreffenden Mitarbeiters mit dem Berlag.

2.

Für Notizen ist ein Mindestsat bon 2 Mt. zu bezahlen, für Rotizen

Entschädigung der Mit= von 6 Mt. Bas Notizen von be= arbeiter regelt sich auf Grund dieses sonderer Bedeutung sind, beurteilt die Bertrages, der bis zum 31. März Redaktion im Benehmen mit dem betreffenden Mitarbeiter. Der Min= destsat für Unschlagnotizen beträgt 20 Mf.

Für Bersammlungen am Tage (vormittags ober nachmittags) wird eine Pauschale von 10 Mt., Abendversammlungen (ab 6 Uhr abends) ein solches von 15 Mf. fest= gesett. Wird das Pauschale durch das Zeilenhonorar überschritten, so ist letteres zu bezahlen.

4.

Der Mindestsat für Recherchen von besonderer Bedeutung ein solcher außer dem Hause beträgt 5 Mt.

Kann eine erledigt werden, so kommt hierfür schnittlichen Monatseinkommens des der Mindestnotigsat von 2 Mt. in Betracht. Die Bezahlung ist nicht abhängig von der Beröffentlichung der Recherche.

5.

Bei auswärtiger Berichterstat= tung sind zu bezahlen: der tarif= mäßige Sat, Erfat der Fahrt und Auslagen und außerdem ein Buschlag von 10 Mt. für einen halben Tag und 20 Mt. für einen ganzen Tag.

6.

Bei Aufträgen für Sonn= und Feiertage sowie für alle an Sonn- und Feiertage gebundenen Arbeiten ist ein Zuschlag von 50 % auf die tarif= mäßigen Säte zu bezahlen. Die aus= wärtige Berichterstattung wird von dieser Bertragsbestimmung nicht be= rührt.

7.

Das monatlich fixierte Honorar ist um 40 % und bei besonders nie= deren Honorarfäten um 50 % zu er= höhen. Bei monatlich fixierten Bauschalen, die seit dem Jahre 1917 nicht mehr aufgebeffert wurden, foll die im Tarif vorgesehene Erhöhung Plat greifen. Bei vertraglich besonders hoch gelegten Pauschalen erfolgt eine Erhöhung nach Bereinbarung mit dem Berlag. Für die Gerichtssaal-Berichterstattung soll vorbehaltlich einer späteren endaültigen Regelung ein ausreichendes Kirum bezahlt werden.

8.

Rach zweijähriger Beschäftigung ift ein Urlaub von 2 Wochen, nach 3 Jahren ein solcher von 3 Wochen Buischen dem Berlag und nach 4 Jahren ein solcher von und den Mitarbeitern.

Recherche telephonisch 4 Wochen unter Bezahlung des durchabgelaufenen Jahres zu gewähren. Die einmal erreichte Söchstdauer an Urlaub wird durch einen übertritt des Mitarbeiters in eine andere Zeitung am Ort nicht berührt. Kriegsdienst wird nicht als Unterbrechung ge= rechnet.

9.

Allen ständigen freien Mit= arbeitern hat der Verlag eine Stragenbahnnetfarte zu stellen. Solchen Mitarbeitern, auf deren Er= reichung von den Redaktionen besonderes Gewicht gelegt wird, bezahlt der Berlag das Telephon.

10.

Bei Ropfblättern find für Bei= trage, die aus dem Sauptblatt entnommen werden, 50 % der tarif= mäßigen Säte zu bezahlen.

11.

Außergewöhnliche Auslagen sind dem Mitarbeiter zu erseten.

12.

Den Bertragsschließenden steht gegenseitig das Recht einer dreimonatlichen Kündigung jeweils am 1. eines Ralendervierteljahres zu.

13.

Bereinbarungen, die eine Befferstellung gegenüber den neuen tarif= lichen Abmachungen darstellen, werden durch den gegenwärtigen Bertrag nicht berührt.

14.

Der Bertrag wird abgeschlossen

Der Bertrag tritt rudwirkend ab und von 500 Mf. für Ledige zu ge= dum 31. März 1920. Die über= wachung obliegt für die Berlage dem Schutverband der Münchner Presse Münchner Berufsjournalisten.

15.

Als Zusatbestimmung wird noch beschlossen: Den seit 3 Jahren beschäftigten Mitarbeitern ift ein einmaliger Entschuldungs= beitrag von 800 Mt. für Verheiratete

1. April 1919 in Graft und gilt bis währen. Geleiftete Rriegsbienftzeit gilt als im Beruf zugebrachte Ar= beitszeit.

Der Begriff ständiger freier Mitund für die Mitarbeiter dem Berein arbeiter wird folgendermaßen ers läutert: Als ständiger freier Mit= arbeiter sind von jeder Zeitung nur vertragsmäßig acbundenen. außerhalb der Redaktion beschäftigten Mitarbeiter anzuschen, die ausschließlich für diese Zeitung am Ort verpflichtet sind.

2. Schriftleiter=Bertraa

abgeschloffen zwischen bem

Verlag der

und bem

Berein Münchener Berufsjournalisten.

1.

₩ür die Schriftleiter Münchner Tageszeitungen wird ein monatliches Mindesteinkommen von 600 Mt. festgelegt. Denjenigen Schriftleitern, die am 1. Januar 1919 ein Gehalt von mehr als 300 Mt. bezogen, wird dasselbe um monatlich 300 Mf. erhöht. Gehälter, die seit dem 1. Oktober 1918 Aufbefferungen um mindestens 100 Mt. im Monat erfahren haben, bekommen nur einen monatlichen Zuschlag von 200 Mt. Bei Gehältern von 12 000 Mf. an sind besondere Bereinbarungen über die Sohe des zu gewährenden Buichlages vorbehalten. Schriftleiter. die feit Kriegsausbruch teine Behaltserhöhung und keine Tenerungs= zulage erhalten haben, erhalten einen mährenben bienftfreien Samstag= einmaligen Entschuldungsbeitrag von Nachmittag. 800 Mf. für 500 Mt. für Ledige.

Hilfsschriftleiter in dauern= der Stellung haben Auspruch auf ein Mindestgehalt von 500 Mt. Denjenigen Hilfsschriftleitern dauernder Stellung, welche am 1. Dt= tober 1918 ein Gehalt von mehr als 400 Mf. bezogen, wird dieses um 100 Mf. im Monat erhöht. Wer Hilfsschriftleiter in dauernder Stellung ift, kann der Berlag nur im Einvernehmen mit der Redaktions= fonfereng bestimmen.

Für Kinder wird bis zum voll= endeten 18. Lebensjahr ein Buschlag von je 300 Mf. jährlich bezahlt.

2.

Die Arbeitszeit beträgt möchentlich 42 Stunden bei dem zu ge= Bei denjenigen Zei= Berheiratete, von tungen, die am Samstag abend herauskommen, ist entweder ein freier Wochenhalbtag oder eine Entschädi= gung bon 20 Mt. zu gewähren. Für verlangten Sonn= und Feiertags= dienst, der in der Regel 5 Stunden nicht überschreiten soll, wird eine Bergütung von 40 Mf. gewährt; außerdem ift in der darauffolgenden Woche ein freier Nachmittag zu ge= währen.

Die Arbeitseinteilung bleibt dem Chefredakteur im Einvernehmen mit der Redaktionskonfereng über= lassen.

3.

Jedem Schriftleiter und Silfsschriftleiter in dauernder Stellung ift ein jährlicher Urlaub von einem Monat zu gewähren. Dieser Urlaub tann nicht mit Geld abgelöft werden; Urlaubsturnus bestimmt die Redaktionskonfereng.

4.

Als Kündigungsfrist wird das Kalendervierteljahr als Minimum festgelegt. Diejenigen Schriftleiter, die ihren Beruf seit 10 Jahren am gleichen Blatt ausüben, haben das Recht auf eine Kündigungsfrist von 1/2 Jahr, das immer mit Beginn eines Kalendervierteljahres läuft. Im Todesfall bekommen die Schriftleiters Sinterbliebenen des auf 3 Monate (Sterbemonat und 3 Nachmonate) das Gehalt des Berstorbenen.

5.

In Krankheitsfällen wird auf halbjähriger die Dauer von mindestens 1/2 Jahr bei Beginn eines Kalenderviertel= das volle Gehalt weitergewährt.

München, ben 8. April 1919.

6.

über die Frage der Penfions= versicherung werden gesonderte Bereinbarungen vorbehalten.

7.

Schon bestehende günstigere Bedingungen werden durch diese Ubmachungen nicht beeinträchtigt. Es dürfen auch keine Ründigungen erfolgen, deren Urfachen auf den Abschluß dieses Tarifvertrages zurück= zuführen sind. Auch eine Berringe= der normalen Redaktions= rung befegung darf nicht erfolgen.

8.

Bei Differenzen, die über die Auslegung und Anwendung dieser Bertragsbestimmungen entstehen, entscheidet ein Schiedsgericht, das aus zwei vom Berein Münchner Berufsjournalisten oder dessen Rechts= nachfolger zu bestimmenden Redat= teuren und zwei bom Schutverband der Münchner Presse zu bestimmenden Vertretern der Verleger sowie einem von den Vertretern beider Teile zu wählenden unvarteiischen Borfigenden besteht. Kommt eine Einigung über die Wahl des Borsitenden nicht zustande, so ist das Gewerbegericht um Abordnung eines Borfitenden zu ersuchen. Die Ent= icheidungen dieses Schiedsgerichts sind für alle Teile rechtsverbindlich.

9.

Dieser Bertrag tritt am 1. April 1919 in Kraft mit gegenseitiger Ründigungsmöglichkeit iahres.

Der Münchener Mitarbeitertarif ist seitdem wiederholt erneuert und in den Sonorarsätzen der fortschreitenden Teuerung angeglichen worden. Un die Stelle des Münchener Lokaltarifs für Redakteure trat am 11. Februar 1920 ein in Nürnberg nach zweitägigen schwierigen Berhandlungen mit dem Berein baberischer Zeitungsverleger abgeschlossener baberischer Landestarifvertrag, der das Ortsklassen= shiftem des Buchdruckertarifs übernahm und außer den Chefredakteuren großer Blätter drei Rategorien bon Redakteuren unterschied. Dieser Landestarifvertrag ist seitdem ebenfalls wiederholt der Teuerung ent= sprechend in den Gehaltsfäten ergänzt und einmal vollständig erneuert worden. Er ist auch mit allen Nachträgen ebenso wie der Münchener Mitarbeitertarif vom Reichsarbeitsministerium für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die Mindestgehälter des baherischen Landestarifs für Redakteure betragen nach den letten Bereinbarungen vom 27. Fe= bruar 1922 für die Kategorie I (Ressortredakteure und erste Schrift= leiter an Blättern mit mindestens zwei weiteren Schriftleitern)

		monatl	ich Mf.
in Ortsklasse A	}	· ·	5 082,00
" " E			3658,00
für andere Schriftleiter:		1	
in Ortsflasse A	(jetzt nach der neuen Reichs=	.	4 315,00
" " E	ortsklasseneinteilung)	\begin{align*}	$2926,\!00$
für Hilfsschriftleiter:			
in Ortsklasse A			3579,00
" " E			$2926,\!00$

Die Mindestgehälter der übrigen Ortsklassen bewegen sich zwischen den hier angegebenen obersten und untersten Grenzen. Der erste ein größeres Gebiet umfassender Tarif, der zustande kam, war übrigens der sächsische Landestarif, der in seinem Ausbau wie auch andere später geschlossene Tarife, beispielsweise der Berliner und der rheinische westfälische, von dem baherischen erheblich abweicht. Diese Tarife arbeiten meist mit Dienstalterszulagen, Kinderzulagen und dergleichen vom sozialen Standpunkt aus an sich zu begrüßenden Einrichtungen. In Bahern ist man dagegen von dem Bestreben ausgegangen, möglichst hohe Mindestsätze im allgemeinen zu erzielen und daneben darauf hinzuarbeiten, daß wenigstens bei den größeren Verlagen (wie es zum Beispiel in München der Fall ist) Bezahlung der Mindestgehälter die Aussespiel

nahme, Bezahlung über Tarif dagegen die Regel ist. Dienstaltersund Kinderzulagen, so schön sie gedacht sind und so angenehm sie wirken, bergen nämlich auf der anderen Seite für ältere oder mit Kindern reich gesegnete Kollegen underkennbar gewisse Gesahren in sich, die eine noch junge und nicht genügend in sich gesestigte und fundierte, auch von Natur auf schmaler Basis ruhende Organisation wie die unsere nicht immer ersolgreich abzuwehren in der Lage ist.

Den besten Tarif hat gegenwärtig der Verband Rheinland-Westfalen, wo sich im April 1922 ein älterer, verheirateter Kollege mit Kindern auf weit über 6000 MK. monatlich stellte.

Der Aschaffenburger Delegiertentag 1919 hatte in der Tariffrage folgende Entschließung gefäßt:

- 1. Der Delegiertentag des Reichsberbandes der Deutschen Presse beauftragt seinen geschäftsführenden Ausschuß, mit aller Beschleunigung und Entschiedenheit darauf zu dringen, daß der Arbeitgeberverband des deutschen Zeitungsgewerbes seine Unterverbände auffordert und verpslichtet, mit den Landes= und Bezirksverbänden des Reichsverbandes der deutschen Presse Mindesttarisvertäge abzuschließen.
- 2. Ferner wird der geschäftsführende Ausschuß beauftragt, alls gemeine Richtlinien für einen Reichsmindesttarisvertrag aufzustellen.
- 3. Die Verlegervereine sind aufzufordern, sämtliche journalistischen Gehälter und Honorare dem Vorkriegsstande gegenüber in einer der allgemeinen Preissteigerung und Geldentwertung entsprechenden Weise zu erhöhen.
- 4. Die Frage der Errichtung einer ständigen Arbeitsgemein= schaft mit den Berlegern ist zu erwägen."

Was den ersten Punkt dieser Entschließung anbelangt, so darf er heute fast im ganzen Deutschen Reiche, einige wenige Gebiete aussenommen, als erfüllt angesehen werden. In einzelnen Bezirken und Ländern haben sich die Verleger allerdings sehr lange gesperrt und haben ihre geistigen Mitarbeiter in geradezu jammervollen Verhältnissen schmachten lassen, während sie ihren technischen Arbeitern dank deren vorzüglicher Organisation längst eine halbwegs anständige Entlohnung gewähren mußten. Am schlimmsten war es in Pommern, wo heute noch kein anerkannter Tarif existiert, weil der von einem Teil der Verleger mit unserem Bezirksverband abgeschlossene Vertrag von den anderen Verlegern sabotiert wurde, wo Ende 1921 noch Redakteure

menschenunmögliche Gehälter von 800 und 900 Mark bezogen und dabei selbstverständlich in schwerster sozialer Not und seelischer Verbitterung dahinlebten. Die Tatsache, daß dergleichen trot dem Druck der beider= seitigen Organisationen möglich war und ist, läßt unschwer erkennen, in welches Elend der deutsche Journalismus ohne seine Berufsorgani= sation in dieser Zeit versunken wäre. Es ist auch so noch traurig genug bestellt, und die deutschen Journalisten sind, darüber kann leider kein Zweifel bestehen, ebenso wie ein großer Teil der geistig arbeitenden Menschen überhaupt, Proletarier im vollsten Sinne des Wortes geworden. Draftischer als die längsten Erörterungen zeigt das der Um= ftand, daß wiederholt bei Tarifverhandlungen für Redakteure um die Anerkennung des Grundsates gekämpft werden mußte, daß der Re= dakteur wenigstens nicht schlechter bezahlt werden folle wie der Handarbeiter im Zeitungsgewerbe. Zeitweise waren in der Tat die Tarifgehälter eines Teiles der Redakteure geringer als die Löhne des Setzer= und Hilfsarbeiterversonals. Wenn diese Proletarisierung der Beistesarbeiter der deutschen Presse zu einem Dauerzustand werden sollte, so würde daraus eine Gefahr emporwachsen, der intensibstes Augenmerk zuzuwenden das ganze deutsche Bolk alle Beranlassung hätte. Gelegenheit dazu wird dem deutschen Bolke vielleicht schon in absehbarer Beit gegeben sein, wenn der Versuch gemacht werden wird, durch ein Journalistengeset eine Besserung der allgemeinen Lage des deutschen Journalismus herbeizuführen. Gin Entwurf zu einem folchen Gefete, das nicht nur die ideelle, sondern auch die materielle Stellung des deutschen Sournalisten und feine Unabhängigkeit wenigstens bis zu einem gewiffen Grade sichern foll, ift längst fertiggestellt. Er lehnt sich zum Teil an das österreichische Journalistengeset an, geht aber zu einem sehr wesentlichen Teil auch eigene, abweichende Bege. Die Wichtigkeit des Gegenstandes rechtfertigt die Wiedergabe des Entwurfes.

Geset, betreffend der Rechtsverhältnisse der Redakteure.

S 1,

Redakteur im Sinne dieses Gesetzes ist, wer dem Unternehmer (Bersleger) einer periodischen Truckschrift vertraglich durch Sammlung, Sichtung, überarbeitung und Bearbeitung des Stoffes für die Beröffentlichung im redaktionellen Teil oder durch Beiträge eigener Urheberschaft berufsmäßig Dienste höherer Art leistet.

Einem Redakteur gleichzuachten sind solche Mitarbeiter, die vom Ber-

leger für längere Zeit als Bertreter der Zeitung an außerhalb des Ersscheinungsortes gelegenen Plähen des Inlandes oder Auslandes im Hauptsberuf befchäftigt werden.

§ 2.

Der Dienstvertrag des Redakteurs bedarf der schriftlichen Form. Er muß Bestimmungen enthalten über Richtung und Aufgabe der Druckschrift, Art und Umfang der Dienstleistung, Höhe der Bergütung und Art der Auszahlung, über die Bertragsdauer, die Kündigungsfrist und die Dauer des jährlichen Urlaubs.

§ 3.

Jeder Redakteur hat ein Recht auf angemessene Beschäftigung im Sinne seines Bertrages. Wird ihm diese nicht gewährt oder entzogen, so kann er das Bertragsverhältnis ohne Kündigung lösen. Der Berleger ist in diesem Falle verpflichtet, das Gehalt bis zum Ablauf der Kündigungs-frist zu zahlen.

§ 4.

Berabredungen zwischen Berlegern oder zwischen Berlegern und Resdakteuren, die den Zweck oder den Erfolg haben, die Freizügigkeit eines Redakteurs zu beeinträchtigen oder ihn nach Beendigung des Diensteverhältnisses in der journalistischen Tätigkeit zu beschränken, sind nichtig. Auch die Ausbedingung einer Bertragsstrase oder einer Sicherheitsleistung für diesen Fall ist nichtig.

§ 5.

Die Kündigungsfrist beträgt für beibe Teile mindestens 3 Monate zum Ende eines Kalendervierteljahres, nach Ablauf von 5 Dienstjahren bei dem gleichen Unternehmen mindestens 6 Monate zum Ende eines Kalendervierteljahres. Die Kündigung muß schriftlich ausgesprochen werden, und zwar spätestens am drittletzten Tage des jeweiligen Kalenders vierteljahres.

Macht der Verleger gegen einen Redakteur nach 10jähriger Dauer des Dienstverhältnisses vom Kündigungsrecht Gebrauch, ohne daß der Rebakteur sich einer wesentlichen Berufsversehlung schuldig gemacht hat, so hat er dem Redakteur bei Beendigung des Dienstverhältnisses außer den ihm zustehenden vertragsmäßigen Bezügen eine einmalige Entschädigung auszuzahlen, deren Höhe sich daraus ergibt, daß die vertragsmäßigen Bezüge eines Monats mit der Zahl der Dienstjahre über 10 vervielsältigt werden.

§ 6.

In Krankheitsfällen hat der Redakteur Unspruch auf seine vertrags= mäßigen Bezüge über den Ablauf der Kündigungsfrist hinaus für 3 Monate, bei mehr als 10 Vertragsdienstjahren für 6 Monate.

Im Falle seines Ablebens haben die gesetzlichen Erben, soweit ihnen der Verstorbene unterhaltungspflichtig war, Anspruch auf Fortzahlung der Bezüge für 3 Monate, nach mindestens 10 Dienstjahren des Verstorbenen im gleichen Berlag für 6 Monate, wobei der Sterbemonat jeweils außer Betracht bleibt.

§ 7.

Dem Redakteur steht ein jährlicher Urlaub von mindestens 4 Wochen bei Fortbezug des Gehalts zu. Die Stellung und Bezahlung eines Berstreters liegt dem Berleger ob.

Krankheitstage und Beurlaubungen aus besonderen Unlässen dürfen auf den jährlichen Urlaub nicht angerechnet werden.

§ 8.

Der Redakteur hat Unspruch auf eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 24 Stunden in der Woche.

§ 9.

Ist der Redakteur in einer Pensionskasse, einer Witwen- und Waisenkasse, einer Altersversicherungskasse oder in einer Lebensversicherung versichert, so hat der Berleger die Berpflichtung, die Hälfte der jährlich hiersür zu zahlenden Beiträge bis zum Höchstetrage eines halben Monatsgehalts zu tragen. Sofern der Redakteur der Angestelltenversicherung nicht
unterliegt, erhöht sich die Beitragsverpflichtung des Berlegers bis zur
Höhe eines ganzen Monatsgehalts.

Die Bestimmungen des Angestelltenversicherungsgesetzes bleiben bier- von unberührt.

§ 10.

Geht die periodische Druckschrift, für die der Redakteur verpstlichtet ist, durch Berkauf, Tausch, Schenkung oder irgendwelche Beräußerung an einen anderen Unternehmer über, so kann dieser binnen einem Monat dem Resdakteur schriftlich erklären, daß er in dessen Bertrag mit dem vorigen Untersnehmer nicht eintreten will.

In diesem Falle ist der Redakteur zu Leistungen nicht mehr verpflichtet, hat aber Unspruch außer auf das für die gesetzliche oder vertragsmäßige Kündigungsfrist vereinbarte Gehalt auf eine Entschädigung, die beträgt bei weniger als hähriger Dauer des Dienstverhältnisse ein halbes Jahreszehalt, bei 5—10 jähriger Dauer ein Jahresgehalt. Bei längerer Dauer des Vertragsverhältnisse erhöht sich die Entschädigung für jede weiteren vollen 5 Jahre um ein halbes Jahresgehalt.

Tritt der neue Unternehmer in den Bertrag ein, oder hat er innershalb der Monatöfrist den Eintritt nicht ausdrücklich abgelehnt, so kann er den Bertrag vor Ablauf eines Jahres nach dem Bestigwechsel nicht kündigen.

Seinerseits steht dem Redakteur die Wahl frei, ob er unter dem neuen Berleger sein Bertragsverhältnis fortsetzen will oder nicht. Im letzteren Falle hat er Unspruch auf Fortbezug seines Gehalts für 6 Monate über die vertragsmäßige Kündigungsfrist hinaus.

Für die Zahlung der sich hieraus ergebenden Ansprüche des Redakteurs baften der neue und der frühere Unternehmer als Gesamtschuldner.

§ 11.

Stellt der Berleger das Erscheinen der Druckschrift ein, so hat der Redakteur Unspruch auf die Auszahlung des ihm vertragsmäßig zustehens den Gehalts für die Dauer der Kündigungsfrist.

§ 12.

Undert der Berleger die im Anftellungsvertrag festgelegte Richtung der Druckschrift, so hat der Redakteur das Recht, binnen 1 Monat, nachedem er von dem Wechsel der Richtung Kenntnis erlangt hat oder den Umständen nach erlangt haben mußte, das Bertragsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist aufzulösen.

Der Redakteur hat in diesem Falle Anspruch außer auf das für die gesetzliche oder vertragsmäßige Kündigungsfrist vereinbarte Gehalt auf eine Entschädigung, die beträgt bei weniger als hjähriger Dauer des Dienste verhältnisses ein halbes Jahresgehalt, bei 5—10jähriger Dauer ein Jahressegehalt. Bei längerer Dauer des Bertragsverhältnisses erhöht sich die Entschädigung für jede weiteren vollen 5 Jahre um ein halbes Jahresgehalt.

§ 12a.

Das Recht beider Teile, den Dienstvertrag aus einem wichtigen Grunde vorzeitig aufzulosen, bleibt bestehen.

§ 13.

Im Rahmen der sestgelegten allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Richtung der Druckschrift ist die Gestaltung und Vertretung ihres geistigen Inhalts Sache des Redakteurs.

Gegen den ausdrücklichen Willen des Redakteurs darf keine Bersöffentlichung im redaktionellen Teil der Zeitung vorgenommen werden.

Eine Druckschrift verantwortlich zeichnen darf nur ein Redakteur, der mindestens 3 Jahre im Beruf ist.

§ 14.

Da die Presse ihrem Wesen nach die Aufgabe und die Pflicht hat, öffentsliche Interessen wahrzunehmen, so darf der Redakteur an deren pflichtsgemäßer Wahrnehmung nicht gehindert werden.

Wer es unternimmt, den Redakteur zu nötigen, seine Beruspflicht zur Wahrnehmung öffentlicher Interessen zu verlegen, wird mit Geldstrase bis zu 10 000 Mt. bestrast. Ist die Nötigung vom Verleger ausgegangen, so ist der Redakteur berechtigt, das Vertragsverhältnis ohne Cinhaltung einer Kündigungsfrist zu lösen. Der Verleger ist in diesem Falle verspflichtet, dem Redakteur das vereinbarte Gehalt für die ganze Dauer des Vertrags, mindestens aber für 1 Jahr, zu zahlen.

§ 15.

übt der Berleger zugleich die Tätigkeit eines Redakteurs aus, so finden auf ihn die Bestimmungen dieses Gesetzes über die Rechte und Pflichten des Redakteurs sinngemäß Unwendung.

§ 16.

Alls sachverständige Körperschaft zur Begutachtung aller aus diesem Gesetz entspringenden Fragen, insbesondere auch zur Schlichtung von Streitigkeiten über die Auslegung dieses Gesetzes oder über die Auslegung eines zwischen Redakteur und Berleger abgeschlossenn Dienstvertrages, wird bei jedem Oberlandesgericht eine Pressenmer gebildet.

Die Zusammenlegung mehrerer Oberlandesgerichtsbezirke ist zulässig.

Die Pressedammer kann auch zur Schlichtung von anderen Berusssstreitigkeiten oder im Falle von Chrenkränkungen zwischen einem Nesbakteur und einem Berleger angerusen werden, wenn die streitenden Parteien hierüber einig sind. In diesem Falle ist die Entscheidung der Pressedammer endgültig und die Anrusung der ordentlichen Gerichte aussgeschlossen.

Die Pressedammer ist serner zuständig, wenn ein Redakteur angesichuldigt wird, seiner Berufspflicht zur Wahrnehmung öffentlicher Intersessen wissentlich zuwidergehandelt oder seine journalistische Tätigkeit für seine persönlichen Interessen oder zu anderen unlauteren Zwecken mißsbraucht zu haben. Die Pressedammer kann auf Antrag oder aus eigener Entschließung den Redakteur verwarnen oder vom aktiven und passiven Wahlrecht zur Pressedammer aussichließen oder zeitweilig oder dauernd zur Ausübung seines Berufs für unwürdig erklären. In diesem Falle dürsen an dem Verfahren der Pressedammer nur Redakteurmitglieder teilnehmen.

\$ 17.

Die Pressedammer wird alle 2 Jahre neugewählt. Sie besteht aus 6 Mitgliedern und 6 stellvertretenden Mitgliedern, und zwar zu gleichen Teilen aus Redakteuren und Berlegern sowie aus einem Obmann und bessen Stellvertreter. Den Obmann und seinen Stellvertreter ernennt der Oberlandesgerichtspräsident aus den Richtern des Oberlandesgerichts.

Wahlberechtigt sind sämtliche Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungsgewerbe und des Reichsverbandes der Teutschen Presse sowie der mit ihnen zu diesem Zweck verbundenen Organisationen der Bersteger und der Redakteure.

Die Wahl ist geheim und unmittelbar.

§ 18.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auf alle bei seinem 311= krafttreten bestehenden Dienstwerhältnisse der Redakteure Anwendung.

Bestehende Dienstverträge sind mit diesem Geset spätestens innerhalb 4 Wochen nach dessen Inkrafttreten in übereinstimmung zu bringen.

Es bestand ursprünglich und bis vor kurzem die Absicht, daß die zahlreichen im Reichstag sitzenden Berufsgenossen aus allen politischen Parteien den Entwurf in Form eines Initiativantrages dem Parlament

unterbreiten follten. Diese Absicht mußte jest, auf ein Jahr wenigstens, vertagt werden, weil inzwischen am 16. Dezember 1922 in Berlin zwischen Vertretern der Verleger (Arbeitgeberverband für das deutsche Beitungsgewerbe und Berein deutscher Zeitungsverleger) und des Reichsberbandes der Deutschen Presse eine noch der Zustimmung der beiderseitigen Organisationen unterliegende, vorläufig auf ein Sahr laufende Reichsarbeitsgemeinschaft abgeschlossen wurde, die die einst= weilige Zurückstellung des Journalistengesetzes zur Voraussetzung hat, und die gewissermaßen einen letten Bersuch darstellt, die unerläßlichsten Forderungen der deutschen Journalisten im Bege gütlicher Bereinbarung mit den Verlegerorganisationen durchzusetzen. Von dieser Reichsarbeitsgemeinschaft wird im nachfolgenden noch ausführlicher die Rede sein. Daß der Gedanke des Journalistengesetes — offiziell: Geset, betreffend die Rechtsverhältnisse der Redakteure — mit der jetigen Vertagung keineswegs endgültig von der Bildfläche verschwinden wird, darf als sicher angenommen werden. Gigentlich müßten ja auch ein= sichtige Verleger, die in der Zeitung nicht einzig und allein das gewinn= bringende Unternehmen sehen, damit sympathisieren. Der Gedanke ist übrigens staatspolitisch von einer Bedeutung, die ihn weit über eine bloße Berufs= und Standesfrage hinaushebt, die ihn -- man darf das ohne Übertreibung sagen — zu einem nationalen Problem macht. Des= halb wäre es eigentlich Sache einer weitschauenden und vorsorgenden Regierung und der hinter ihr stehenden Volksvertretung, von sich aus die Lösung dieses Broblems in Angriff zu nehmen. Denn niemand hat ein größeres Interesse daran als der Staat, daß das wichtige Instrument der Presse in den Händen unabhängiger und unbestechlicher Männer fich befindet. Man muß es dem derzeitigen baherischen Ministerpräsi= denten Grafen Lerchenfeld Dank wissen, daß er öffentlich für diesen Bedanken mit Nachdruck fich einsette, und kann nur wünschen, daß es ihm gelingen möge, der Überzeugung von der Notwendigkeit eines Journalistengesetzes auch bei der Reichsregierung zum Durchbruch zu ber= helfen. Auch der Reichsminister des Innern Dr. Köster hat kurzlich im Reichstage bei Erörterung der Notlage der Preffe über den Gedanken eines Journalistengesetzes in einer Beise sich ausgelassen, die eine lebhafte Unterstützung dieses Gedankens durch ihn erhoffen läßt.

Vor allem aus dem Gesichtspunkte heraus, den schwer bedrohten Kollegen in jenen Bezirken zu helsen, wo sie aus eigener Kraft einen annähernd entsprechenden Tarif nicht zu erkämpfen vermögen, wurde

auch die Forderung des Punktes 2 der Aschaffenburger Entschließung sehr energisch betrieben. Gegen Ende des Jahres 1920 konnte der ber= langte Reichstarifentwurf, nachdem alle Unterverbände gehört und ihre Borschläge durchberaten und, soweit angängig, verwertet worden waren, fertiggestellt werden. Im Janur 1921 fanden dann in Leipzig mit dem Arbeitgeberverband für das deutsche Zeitungsgewerbe und dem Berein deutscher Zeitungsverleger Verhandlungen über diesen Reichs= tarifentwurf statt, der bei den Verlegern einer durchaus ablehnenden Saltung begegnete. Die Berleger hielten an ihrem Standpunkt fest, daß die Regelung materieller Dinge Gegenstand regionaler Bereinbarungen sein und bleiben mußte. Von ihrer Seite wurde jest das Brojekt einer Reichsarbeitsgemeinschaft in den Vordergrund ge= schoben, wobei sie offenbar von dem Gedanken geleitet waren, damit das Zustandekommen sowohl eines Reichstarifs wie auch des ihnen besonders unangenehmen Journalistengesetes hintanhalten zu können. Gab doch bei den Dresdener Verhandlungen, die sich im März dieses Jahres an die ergebnistofen Leipziger Besprechungen vom Januar anschlossen, der Vorsikende des Vereins deutscher Zeitungsverleger, Herr Dr. Faber, seiner außerordentlichen Überraschung Ausdruck über Ausführungen des Sprechers des Reichsberbandes, die dahin gingen, daß die Redakteure ungeachtet der Schaffung einer Reichsarbeitsgemein= schaft die von ihnen ausgearbeiteten Gesetzentwürfe — wie Fournalisten= und Preffegeset - weiter berfolgen wollten. Er könne, erklärte Serr Dr. Faber weiter, sagen, daß dadurch das angestrebte gute Verhältnis zwischen Verlegern und Redakteuren nicht gefördert werde; denn der Berleger werde sich gezwungen sehen, seine Rechte zu verteidigen, also unter Umständen gegen die Redakteure Stellung zu nehmen, mährend die Reichsarbeitsgemeinschaft doch gerade eine gemeinsame Arbeit an= strebe. Das war kaum mißzuberstehen. Der Reichsverband stand dem Plan einer Reichsarbeitsgemeinschaft an sich nicht unfreundlich gegen= über. Nur hat natürlich eine solche Arbeitsgemeinschaft, darüber mußten sich die Berleger klar sein, für den Reichsverband nur dann Wert und Interesse, wenn sie den Journalisten auch etwas Tatfächliches bietet. Die beiden Entwürfe aber, die von den Verlegerorganisationen bor= gelegt wurden, enthielten nichts als unverbindliche Versprechungen all= gemeiner Natur. Der Entwurf des Reichsverbandes dagegen, der Bositives schaffen wollte, fand bei den Dresdener Berhandlungen keinerlei Gegenliebe auf seiten der Verleger. Diese wehrten sich namentlich mit Schriften 152 II.

Händen und Füßen gegen das Verlangen einer schärferen Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete von Redakteur und Verleger. Deshalb war ihnen auch die regionale Arbeitsgemeinschaft, welche als eine Art von Vorsbild bereits in Württemberg bestand, ein Gegenstand des Anstoßes, weil darin die ideelle Stellung des Redakteurs bereits eine gewisse Festelegung ersahren hatte. Das dürftige Ergebnis der Dresdener Verhandlungen war denn auch nur eine Einigung darüber, daß unter Verwertung der dort in gemeinsamer Veratung aufgestellten Gesichtspunkte von beiden Seiten neue Entwürse ausgearbeitet und daß nach Austausch dieser Entwürse die Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollten. Dazu kam es erst im Dezember 1921. Am 15. Dezember traten in Verlin die beiderseitigen Kommissionen zusammen, und nach lange wierigen Verhandlungen gelangte man endlich am Abend des 16. Dezember dazu, den Organisationen nachstehenden Entwurf zur Annahme zu empfehlen:

Satung für die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Dreffe.

§ 1. Si B.

Der Arbeitgeberverband für das Deutsche Zeitungsgewerbe e. B., Sit Frankfurt a. M., einerseits und der Reichsverband der Deutschen Presse e. B., Sit Berlin, andererseits gründen die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse.

Sit und Geschäftsftelle ift Berlin.

§ 2. 3 wed.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft soll eine vom allgemeinen Bertrauen getragene Körperschaft sein, die das berechtigte Eigenleben der Presse in Staat und Gesellschaft sichert. Leitender Gedanke bei der Gründung ist, in der Reichsarbeitsgemeinschaft ein Organ ins Leben zu rusen, das sich der lebendigen Entwicklung der Presse im Wandel der Berhältnisse anspassen kann und dahin wirkt, daß sich Verleger und Journalisten bei ihrem Tun und Lassen der hohen öffentlichen Ausgaben der Presse und ber Pflichten, die daraus für sie erwachsen, bewußt bleiben und allen Verstößen dagegen nach Kräften entgegenarbeiten.

Aufgaben.

In diesem Sinne werden der Arbeitsgemeinschaft zunächst die folgens den Aufgaben zugewiesen:

- A. nach außen:
- 1. die Wahrnehmung und Bertretung der Interessen der deutschen Presse in der Offentlichkeit;

- 2. die Bertretung und Förderung der geistigen und kulturellen Intersessen der deutschen Bresse;
- 3. die Bahrung der Bürde, der Freiheit und des Ansehens der Presse und der sozialen Stellung ihrer Angehörigen;
- 4. die Abwehr aller Bersuche, die Presse in der Erfüllung ihrer öffentlichen Ausgaben zu hindern und zu beschränken;
- 5. die Abwehr jeglicher Ausbeutung des einzelnen Zeitungsmannes wie der Zeitung überhaupt;
- 6. die Mitberatung und Begutachtung bei Gesetzentwürsen, die das gemeinsame Interesse der Verleger und Journalisten betreffen;
- 7. die Schaffung eines zeitgemäßen neuen Prefferechts;
- B. nach innen:
- 1. insbesondere durch eine Abgrenzung der Begriffe Berleger und Resdakteur die gedeihliche Jusammenarbeit von Redakteur und Bersleger in der Zeitung im Geiste der Reichsarbeitsgemeinschaft in einer den Rechten und der Würde beider Teile entsprechenden Weise zu fördern;
- 2. die Sorge für einen geeigneten und ftandesgemäßen Nachwuchs;
- 3. die Schaffung eines Normaldienstvertrags für Redakteure und sests angestellte Mitarbeiter (als sestangestellte Mitarbeiter gelten Jours nalisten im Hauptberuf, die mit Verpflichtung zu voller Arbeitssleistung ausschließlich für einen Verlag oder eine Verlagsgemeinsschaft tätig sind);
- 4. die Aufstellung allgemein gültiger Grundsätze für die Regelung des Urlaubs und der Arbeitszeit der Redakteure und der festangestellten Mitarbeiter;
- 5. die Sicherungen für den Fall längerer Krankheiten, des Alters und des Todes sowie Sicherungen für die Witwen und Waisen;
- 6. die Sicherung der Freizügigkeit;
- 7. die Abwendung nachteiliger Folgen im Falle einer grundlegenden Anderung des bisher durch die Zeitung vertretenen politischen Bekenntnisses sowie im Falle eines Berkaufs;
- 8. Schaffung von Einrichtungen zur Bekämpfung der Stellenlosigkeit und zur Erleichterung der Arbeitsvermittlung;
- 9. die Durchführung und Sicherung allgemein verbindlicher regionaler wirtschaftlicher Bereinbarungen, und zwar nach dem Grundsat, daß die Einkommensverhältnisse der Redakteure und festangestellten Mitarbeiter in den Grenzen des für die Verleger wirtschaftlich Möglichen der geistigen Stellung und besonderen Bedeutung des Redakteurs und festangestellten Mitarbeiters entsprechen;
- 10. Bestimmungen darüber zu treffen, wie bei der Berschiedenheit der regionalen Tarise diejenigen Journalisten zu honorieren sind, die an anderen Orten als dem Sit des Berlags oder der Berlagsgemeinschaft für Erzeugnisse dieses Berlags ausschließlich und hauptsamtlich tätig sind;

- 11. Richtlinien über journalistische und andere Nebenarbeiten;
- 12. die Schaffung einer Schlichtungs und Gutachterstelle für die Fälle, in denen nicht durch die besonderen örtlichen und regionalen Insstanzen der beiden Organisationen eine Berständigung herbeigeführt werden kann.

§ 3. Organe.

Die Organe der Reichsarbeitsgemeinschaft find:

- 1. der Borftand,
- 2. das Prafidium.

Alle Organe werden paritätisch aus Bertretern der die Reichsarbeitssgemeinschaft bilbenden Organisationen zusammengesett.

Für die praktische Arbeit können vom Borstand Ausschüsse eingesetzt werden.

§ 4. Bufammenfegung von Borftand und Bräfidium.

Der Borstand besteht aus je 7 Bertretern der beiden Organisationen sowie der gleichen Zahl von Stellvertretern, die von dem Arbeitgeberberband für das Deutsche Zeitungsgewerbe und dem Reichsverband der Deutschen Vresse benannt werden.

Der Borstand wählt paritätisch aus seiner Mitte ein Präsidium von je 3 Mitgliedern und 3 Stellvertretern jeder Gruppe. Das Präsidium vertritt die Reichsarbeitsgemeinschaft nach außen.

Die im Präsidium vertretenen beiden Gruppen wählen aus ihrer Mitte je einen Borsigenden und stellvertretenden Borsigenden zu paritätischer Führung der Geschäfte der Reichsarbeitsgemeinschaft und Leitung der gesmeinsamen Sigungen.

Borftand und Brafidium geben sich ihre Geschäftsordnung selbst.

Die Mitglieder des Prasidiums sowie ihre Stellvertreter werden auf die Dauer eines Jahres gewählt; ihre Wiederwahl ist zulässig. Die Wahlen können durch schriftliche Abstimmung vorgenommen werden.

§ 5. Beichlußfassung des Borftandes.

Die Beschluffassung im Borstand erfolgt gruppenweise, d. h. die ans wesenden Bertreter der beiden Organisationen stimmen getrennt. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

§ 6. Sigungen des Borftandes und Brafidiums.

Die geschäftsführenden Borsitzenden des Präsidiums verständigen sich über die Anberaumung von Sitzungen des Borstandes oder des Präsidiums.

Die Einkabungen sind unter Bekanntgabe der Tagesordnung spätestens 10 Tage vor dem Sitzungstage bei der Post aufzuliesern. In dringenden Fällen kann die Einkadung telegraphisch mit einer Frist von 3 Tagen ersfolgen. Die Borsitzenden des Präsidiums sind verpstichtet, Sitzungen des Borstandes einzuberusen, wenn dies von einer der beiden Gruppen des Borstandes verlangt wird.

Die Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes für das Deutsche Zeitungsgewerbe und des Reichsverbandes der Deutschen Presse sind zu allen Sitzungen des Borstandes und Präsidiums einzuladen und berechtigt, den Sitzungen mit beratender Stimme beizuwohnen.

§ 7. Riederichriften.

ither alle Sitzungen des Borstandes und des Präsidiums ist eine Niederschrift aufzunehmen und von den beiden Borsitzenden zu unterzeichnen. Die Niederschriften sind den Mitgliedern des Borstandes und des Präsidiums sowie ihren Stellvertretern und den Geschäftsstellen der die Reichsarbeitsgemeinschaft bildenden Organisationen zuzustellen.

§ 8. Bezirtsarbeitsgemeinschaften.

Neben der Reichsarbeitsgemeinschaft können zwischen den Untersverbänden der beiden Organisationen Bezirksarbeitsgemeinschaften gebildet werden. Ihre Satungen bedürfen zur Gültigkeit der Genehmigung der Reichsarbeitsgemeinschaft. Satungen und Beschlüsse der Bezirksarbeitsgemeinschaften müssen sich in Abereinstimmung mit den Satungen und Beschlüssen der Reichsarbeitsgemeinschaft besinden.

Die Beschlüsse der Bezirksarbeitsgemeinschaften sind der Reichsarbeitsgemeinschaft unverzüglich einzureichen.

Sobald durch die Reichsarbeitsgemeinschaft irgendeine Regelung getroffen wird, treten Sonderregelungen der Bezirksarbeitsgemeinschaften von selbst außer Kraft.

Die Bezirksarbeitsgemeinschaften sind für die Angelegenheiten ihrer Bezirke zunächst zuständig. Sie können sich auch nach vorher eingeholter Zustimmung der Reichsarbeitsgemeinschaft mit Anträgen, Borstellungen und dergleichen an die Behörden und öffentlichen Körperschaften ihres Bezzirkes wenden.

§ 9. Roftenbedung.

Die Kosten der Reichsarbeitsgemeinschaft tragen die sie bilbenden Organisationen zu gleichen Teilen. Zu den Kosten der Reichsarbeitssgemeinschaft gehören nicht Reisekosten und sonstige Auswendungen der Mitglieder des Borstandes und des Bräsibiums.

§ 10. Ründigung.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft kann mit einer Frist von 3 Monaten jum Schluß bes Ralenberjahres gekündigt werden.

§ 11.

Das Geschäftsjahr ift das Ralenderjahr.

[Abkommen.]

Die Verhandlungskommission empfiehlt den beiderseitigen Organisationen, zu erklären, daß mit oder unmittelbar nach Errichtung der Reichs-

arbeitsgemeinschaft folgendes Abkommen der Reichsarbeitsgemeinschaft abs geschlossen und dessen Berbindlichkeitserklärung durch das Reichsarbeitsministerium beantragt wird.

- 1. Es dürfen weder zwischen den Berlegern untereinander noch zwischen Redakteuren und Berlegern Berabredungen getroffen werden, die den Zweck und den Erfolg haben sollen, die Freizügigkeit der Resdakteure zu beschränken. Unter Redakteuren im Sinne dieser Abmachung sind auch diesenigen sestangestellten Mitarbeiter im Hauptberuf zu versstehen, die mit der Berpflichtung zu voller Arbeitsleistung ausschließlich für einen Berlag oder eine Berlagsgemeinschaft tätig sind.
- 2. Die Kündigungsfrist für Redakteure und festangestellte Mitarbeiter beträgt mindestens 6 Wochen zum Ende eines jeden Quartals. Nach Ablauf von 3 Dienstjahren innerhalb desselben Verlagshauses kann nur mit 3monatlicher Frist zum Ende des Quartals gekündigt werden, nach Ablauf von 10 Dienstjahren innerhalb desselben Verlagshauses mit 6monatlicher Frist zum Ende des Quartals.

Als Berlagsdienstjahre hinsichtlich der Kündigung gelten die Dienstejahre als Redakteur oder festangestellter Mitarbeiter im gleichen Berlag; doch müssen je 3 Dienstjahre in anderen Berlagen mindestens als 1 Berlagsdienstjahr angerechnet werden. Die Dienstjahre werden unter Ausschluß der Bolontärzeit, aber unter Einrechnung der Kriegsteilnehmerjahre berechnet. Kriegsteilnehmerjahre gelten bei Rücksehr in den gleichen Berlag als Berlagsdienstjahre, sonst als Dienstjahre. Als Tätigkeit im gleichen Berlag ist auch die Tätigkeit bei Rechtsnachsolgern des ursprünglichen Besligers anzusehen.

- 3. Im Falle des Todes eines Redakteurs oder eines sektangestellten Mitarbeiters muß an die hinterbliebenen Unterstützungsberechtigten das Gehalt für mindestens 4 Monate, einschließlich des Sterbemonats, weitersgezahlt werden.
- 4. Ergeben sich beim Eingehen einer Beitung Unstimmigsteiten über die Abwicklung des Bertragsverhältnisses zwischen Berleger einerseits und Redakteur oder festangestelltem Mitarbeiter andererseits, so entscheidet die Reichsarbeitsgemeinschaft.
- 5. Erklärt im Falle der Beräußerung einer Zeitung der neue Besitzer innerhalb eines Monats nach dem Besitzwechsel, daß er in die Berträge einzelner oder aller Redakteure und sestangestellten Mitarbeiter mit dem Borbesitzer nicht eintreten will, so sind die davon betrossenen Redakteure und sestangestellten Mitarbeiter nach dieser Erklärung zum sossortigen Ausscheiden berechtigt, aber auch auf Berlangen des neuen Besitzers verpslichtet. Die Redakteure und sestangestellten Mitarbeiter haben in diesem Falle Anspruch auf die sofortige Auszahlung einer Absindung minsbestens in Höhe des ihnen noch bis zum Ablauf der normalen Kündigungssssift zustehenden Gehalts. Besteht eine über die normale hinausgehende Kündigungsfrist oder ein längerer Bertrag, so hat der Redakteur und der sestangestellte Mitarbeiter Anspruch auf sosortige Auszahlung dis zu einem

Jahresgehalt, und nach Ublauf dieses Jahres auf die Weiterzahlung der sortlausenden vertragsmäßigen Bezüge bei Fälligkeit für die Dauer des Bertragsverhältnisses, sosern er nicht inzwischen eine gleichwertige Stellung vor Ablauf der Bertragsdauer gesunden hat.

6. Falls der Berleger das politische Bekenntnissseiner Zeitung grundlegend ändert, sind die davon betroffenen Redakteure und sestungestellten Mitarbeiter berechtigt, ihre Tätigkeit binnen 1 Monat, nachdem sie von dieser Anderung Kenntnis erlangt haben oder den Umskänden nach erlangt haben mußten, aufzugeben, behalten aber den Unspruch auf Weiterzahlung ihrer vertraglichen sesüge bis zum Ablauf der nächsten Kündigungsfrist. Nach mindestens hinduse ununtersbrochener Verlagszugehörigkeit haben sie darüber hinaus Anspruch auf ein halbes Jahresgehalt, nach mindestens 10 jähriger ununterbrochener Verlagszugehörigkeit auf ein volles Jahresgehalt. Die Austrittserklärung ist spätestens bis zum Ablauf eines Monats nach der ersolgten Anderung des politischen Vekenntnisses abzugeben.

Db eine solche Anderung vorliegt, entscheidet der Schlichtungsausschuß der Reichsarbeitsgemeinschaft, solange ein solcher Ausschuß nicht besteht, der Borstand der Reichsarbeitsgemeinschaft.

7. Das Einkommen des Redakteurs und sestangestellten Mitsarbeiters soll seinen Leistungen entsprechen und seiner sozialen Stellung angemessen sein in einer Beise, die eine Proletarissierung des Redakteurberuss ausschließt.

Der mir zur Verfügung stehende Raum erlaubt mir nicht, auf die reiche und vielfach ersprießliche Tätigkeit, welche der Reichsberband und seine Unterorganisationen auch sonst auf den verschiedensten Gebieten entfaltet haben, hier noch näher einzugehen. Für den, der sich darüber informieren will, bilden die "Mitteilungen des Reichsverbandes der Deutschen Presse", deren erste Nummer Mitte März 1911 erschien, und die sich im Jahre 1913 an sie anschließende und jetzt regelmäßig wöchentlich erscheinende "Deutsche Presse" sowie die Protokolle der Bentrale und der Unterverbände eine ergiebige Fundgrube. Seit dem 1. Juli 1920 ist endlich auch ein Generalsekretär im Hauptamte mit dem Titel geschäftsführender Direktor angestellt, der im ersten Jahre seiner Tätigkeit bereits einen merkbar frischeren Bug in das Berbands= leben gebracht hat. Eben jest geht das Generalsekretariat daran, eine umfassende Berufsstatistik durchzuführen und ein Deutsches Jour= nalistenarchiv einzurichten. Die Mitgliederzahl des Reichsverbandes bzw. der Unterverbände ist seit dem Inkrafttreten des Aschaffenburger Statuts, das trot seiner hoben Beitragsfähe eine außerordentliche

Werbekraft bewiesen hat, und dank den Tarisverträgen in erfreulicher Weise in ständigem Steigen, so zwar, daß es außerhalb des Verbandes stehende Berufskollegen hoffentlich bald nicht mehr geben wird. Jeder Berufsgenosse sollte es als eine Schande empfinden, sich in den Genuß der von den organisierten Kollegen erkämpsten besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen auf Grund der Allgemeinverbindlichkeit der Tarisc zu seben, ohne einen Pfennig zu den Kosten der Organisation beiszusteuern.

Viertes Rapitel.

Die Lage der festangestellten Schriftleiter und Mitarbeiter.

Von

Dr. Friedrich Trefz, Verlagsbirektor der Münchener Neuesten Nachrichten (München).

Inhaltsübersicht.

	Ceite
Werbegang und Laufbahn des Journalisten	123
Die Presse von heute	127
Schriftleiter und Mitarbeiter	129
Der Andrang zum Journalismus	135
Stellenvermittlung und Arbeitsnachweis	135
Die Arbeitsbedingungen	136
Entlohnung	136
Die Bezüge der Schriftleiter und Mitarbeiter	138
Kosten der Ausbildung	140
Der alte Journalist	140

Werdegang und Laufbahn des Journalisten.

Bismarck hat das Wort geprägt oder wenigstens dem Sinn nach ausgesprochen, daß der Journalist ein Mensch sei, der feinen Beruf verfehlt habe. Er hat diese Charakteristik wohl im Unmut darüber gegeben, daß ihm gerade bon seiten der Presse manche Gegnerschaft erwachsen war, oder vielmehr, daß ein Teil der Preise das Sprachrohr vieler seiner Gegner war. Die von diesem Ausspruch selbst Be= troffenen haben diesem eigentlich herabsetzenden Wort, indem sie es als zutreffend anerkannten, eine andere Deutung gegeben, als sie wohl der große Staatsmann beabsichtigt hatte. Die Erfahrung hat näm= lich gezeigt, daß tatsächlich kaum ein oder der andere Journalist im weiteren Sinne des Wortes ichon auf der Schulbank oder auf der Universität daran gedacht hatte, einmal sich der Publizistik zu widmen, fondern daß die überwiegende Mehrzahl tatfächlich aus irgend= einem Beruf oder auf dem Weg gu einem folchen gu der Breffe gekommen ift, der eine auf dem Bege der politischen Betätigung, der andere aus Gründen materieller Not oder plötlich entdeckter Neigung zu schriftstellerischer öffentlicher Betätigung. In diesem Sinne kann man von einem verfehlten Beruf sprechen. Aber ebensogut könnte man behaupten, daß amerikanische Milliardäre, die ursprünglich Schuhputer, Telegraphenboten oder Fährleute im New Norker Safen waren und durch eigene Tüchtigkeit emporgekommen sind, ihren Beruf ber= fehlt hätten. Kaifer Wilhelm II. hat das Wort bom Sungerkandidaten geprägt, andererseits aber auch wieder die leitenden Leute der Zeitung mit kommandierenden Generalen berglichen.

Wer den Werdegang und die Laufbahn zahlreicher Mitglieder der Presse verfolgen konnte, wie der Berfasser dieses Abschnitts, kann bestätigen, daß tatsächlich ihre Vorbildung eine ganz verschiedenartige ist, daß der eine aus der Jurisprudenz, der andere aus der Philologic, ja auch aus den exakten Wissenschaften hervorgegangen war, viele auch nach Absolvierung der Mittelschule sich selbst weitergebildet oder übershaupt ohne höhere Schulbildung als Autodidakten sich Wissen und Kenntnisse erworben haben, und vor allem in der Schule, die zweisels-

ohne die Zeitung selbst ift, die Reife für ihren Beruf erhalten haben. Man könnte die Männer der Presse vielleicht mit den Leuten ber= gleichen, die wir im Parlament sehen. Auch diese rekrutieren sich aus allen Berufen und Ständen. Bir feben dort Männer mit vollkommen abgeschlossener akademischer Bildung, Leute, die als Gewerkschafts= führer in die Politik gekommen sind und sich reiche Erfahrung erworben haben. Da es bei der Presse keinen Befähigungsnachweis gibt und einen amtlich abgestempelten Befähigungsnachweis wohl auch niemals geben kann, trägt jeder Prefferekrut, wie der Napoleonische Soldat, den Marschallstab im Tornifter. Wie beim Schauspieler und bildenden Rünftler wird auch bei der Presse eigentlich nicht gefragt, woher der Journalist seine Renntnisse und seine Bildung bezogen; es wird nur auf wirkliches Können Wert gelegt. Die Leistung gilt hier alles. Daher erfolgt der Zugang zur Presse allgemein aus allen Ständen und Berufen. Durch die zunehmende Ausdehnung der Arbeiter= presse ist auch der Zugang aus Arbeiterkreisen nicht ganz gering, vb= wohl selbstverständlich auch hier die sogenannten "Intellektuellen" stark überwiegen. Da die Leistung letten Endes den Ausschlag gibt, ist doch ein starker Schutwall dagegen errichtet, daß Leute ohne hin= reichende Renntnisse und Bildung und ohne schriftstellerische Begabung Eingang bei der Presse finden. Man wird oft gefragt, ob es schwierig sei, Journalist zu werden. Man kann auf eine solche Frage das ant= worten, was Dumas der Altere einem jungen Mann antwortete, der ihn frug, ob das Dichten schwer sei. Er foll geantwortet haben: "Es ist nicht schwer. Entweder kann man's oder man kann's nicht."

Mit der Kompliziertheit unseres politischen, wirtschaftlichen, überhaupt unseres ganzen Kulturlebens, sind die Anforderungen an
die Leute der Presse ungeheuer gesteigert worden, ebenso wie auf
anderen Gebieten der wissenschaftlichen und künstlerischen Betätigung. Bei der großen Presse hat sich sogar ein stark gegliedertes
Spezialistentum ausgebildet. Die großen Zeitungen haben beispielsweise ihre eigenen Reserenten für bildende Kunst, für Theater und
Musik, ihre politischen Spezialisten, die sich sogar in außer- und innerpolitische trennen. Auch die Wirtschaftspolitik bildet bereits eine
Sonderart, und die Schriftsteller für Handel und Industrie beschränken
sich, besonders bei größeren Zeitungen mit Handels- und Börsenteil,
saft ausschließlich auf ihr Gebiet und sind darin Fachleute von oft ganz
hervorragenden Kenntnissen, so daß auf diesem Gebiet sogar schon ein

Sinüberwechseln zu industriellen und banktechnischen Berufen und auch zu einflufreichen Staatsstellungen stattfindet. Auch besondere Rei= gungen und Begabungen zur kommunalpolitischen Publizistik haben ihre Vertreter. Von den Hauptschriftleitern und den leitenden Ressort= schriftleitern und allen, die eine solche Stellung in der Zeitung anstreben, verlangt man heutzutage außerordentlich viel Vorkennntnisse, eine gute Allgemeinbildung, wohl auch Sprachkenntnisse. Gerade jest nach dem Kriege muß auf lettere Borbildung besonderer Wert gelegt werden. Die Sauptforderung, die man an einen Schriftleiter heute stellt, ist die Begabung, rasch produzieren und in allgemein verständ= licher Beise die wichtigen Probleme des Tages in fluffigem Stil und in gefälliger Form bearbeiten zu können. Als Leiter einer großen Zeitung macht man die Erfahrung, daß eigentlich wenig Menschen die Gabe verliehen ist, rasch, flussig und allgemeinverständlich irgendeine Frage zu behandeln, den trockenen Ton zu vermeiden und doch nicht banal zu werden.

Man hat schon vielfach auch in den Organisationen der Jour= nalisten die Frage erörtert, ob von dem dem Zeitungswesen sich widmenden jungen Mann eine Art Befähigungsnachweis ober Examen verlangt werden solle. Eine solche Forderung wäre mit ungeheueren Schwierigkeiten verbunden. Das geht ichon aus dem oben Gesagten hervor. Man hat auch schon daran gedacht, die Aufnahme in irgend= eine journalistische Bereinigung von gemiffen Boraussehungen abhängig zu machen und gewissermaßen die Abstempelung als Mitglied als Diplom für die Befähigung zur Tagesschriftstellerei zu erachten. Daß auch dieser Weg nicht gangbar ist, sondern höchstens nur Elemente von dem Journalismus fernhalten kann, die an und für sich von felbst wieder ausgeschieden wären, braucht nicht befonders betont zu werden. Es wird deshalb vorläufig noch dabei fein Bewenden haben, daß jeder, der Talent und Befähigung und die notwendigen Rennt= nisse zum journalistischen Beruf zu besitzen glaubt, den Bersuch machen kann, soweit irgendeine Zeitung ihm ein Feld zur Betätigung bietet. Rein Zeitungsverleger, der auf den Inhalt feines Blattes etwas hält und es emporbringen will, wird heute Kräfte in seine Dienste stellen, die den Anforderungen nicht genügen.

Gute Journalisten sind selten. Hervorragende journalistische Begabung bahnt sich immer einen Weg zum Erfolg. Sie kann nicht unbeachtet bleiben, da die journalistische Betätigung es ausschließt, daß

man sein Licht unter den Scheffel stellt. Mit der Begabung muß aber, wenn der Erfolg ein dauernder sein soll, eine ungeheuere Aufopferungs= fähigkeit und Nachhaltigkeit in der Arbeit verbunden sein. Der Mann der Feder hat einen schweren Beruf. Er muß, wie der Soldat, immer auf dem Posten sein, er muß die Feste feiern, wie sie fallen, und seine Arbeitszeit und Arbeitsmöglichkeit läßt sich nicht immer im voraus festlegen. Der Journalist wird von den Ereignissen mitgezogen, die sich weder an Ort noch an Zeit binden, und er hat deshalb, wie man ju fagen pflegt, ein "ungeregeltes Leben". Es gibt keine bureaukratische Arbeitseinteilung. Jede Journalistenfrau weiß davon ein Lied zu singen. Es gibt Zeiten, die an den Zeitungsmann so hohe physische und geistige Anforderungen stellen, daß man sich wundern muß, daß es doch viele Leute bei der Presse gibt, die ein hohes Alter erreichen. Vor allem fehlt dem Journalisten die Möglichkeit, eine Arbeit zu ber= schieben; er weiß nicht, ob diese oder jene Stunde ihm gehört oder seinem Beruf. Je kleiner die Zeitung ist und je weniger Mitglieder sie hat, desto mehr Anforderungen der verschiedensten Art werden an den einzelnen gestellt. Die beiden Komponenten Bildung und Bissen und journalistisches Können vereint bilden ein Ideal des Journalisten und Zeitungsmannes überhaupt. Es wird vielfach heutzutage geglaubt, man könne den Beruf des Schriftstellers und Redakteurs "studieren", lernen, sich aneignen. Aber das Wort: "Der Dichter wird geboren" gilt auch bom Journalisten wie bom Künstler. Wenn junge Afademiker, wie es heute vielfach der Fall ist, bei der Wahl des Lebensberufes den Wunsch hegen, "zur Presse zu gehen", "Journalist zu werden", fo übersehen sie vielfach die wichtigste Frage, ob sie dazu die Begabung und die innere Neigung haben. Der Fournalismus ist an und für sich kein Brotstudium im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Man kann fagen, daß unter hundert jungen Leuten, die Juriften werden wollen, neunzig das Ziel erreichen. Das wäre nicht der Fall bei hundert Leuten, die ihre Studien beginnen wollen mit dem aus= gesprochenen Ziel, Fournalisten zu werden. Hier kommen ponderabilien in Betracht, die nicht zu übersehen sind. Wo sich politische, schriftstellerische und kritische Begabung frühzeitig zeigt, möge eine Ausnahme gemacht werden. Sonft ist es wohl zu empfehlen, daß junge Leute, auch wenn sie noch so viel angebliche Reigung zu einem ihnen verlockend erscheinenden Beruf haben, der ihnen doch nur von gemiffen Außerlichkeiten her bekannt ift, deffen dornenvollen Beg fie aber nicht kennen, und bon beffen Anforderungen fie keinen rechten Begriff haben, sich auf Mittel= und Sochschulen eine gute All= gemeinbildung aneignen, womöglich ein Fachstudium zur Grundlage nehmen, bor allem Jurisprudenz und Bolkswirtschaft oder Geschichte und Literatur und dabei das Studium moderner Sprachen nicht bergeffen. Dann haben sie eine Grundlage für einen Fachberuf und auch für die Presse. Zeigt sich das journalistische Talent, dann ist bei guten Borkenntnissen die publizistisch=technische Aus= bildung nur noch eine Frage der Prazis, in die sich die meisten be= gabten Menschen rasch einleben. Ich kann nach meiner doch immer= hin reichen Erfahrung nur bor zweifelhaften Experimenten warnen, die den Journalismus gewissermaßen in die spanischen Stiefel einer "neuen Fakultät" mit besonderem Lehrplan einschnüren wollen. Was sollte denn mit all den jungen Afpiranten geschehen, die nur eine auf die besonderen Bedürfnisse der Presse zugeschnittene Bildung sich er= werben, und denen dann am Schluß das Wichtigste fehlt, die journalistische und schriftstellerische Begabung? Wissen und Bildung allein tun es nicht. Auch hier muß der göttliche Funke vorhanden sein. Damit soll nicht gesagt sein, daß unsere Universitäten nicht in viel weiterem Ausmaß als bisher das Zeitungswesen und seine Geschichte in ihre Lehrpläne aufnehmen follten. Auch in Seminarien könnten journalistische Übungen stattfinden.

Die Presse von heute.

Es ist nicht zu übersehen, daß, wenn man von der Presse im allgemeinen spricht, man häusig nicht beachtet, daß dieser Begriff außerordentlich dehnbar ist. Bom ganz kleinen Landblättchen, das oft nur dreimal in der Woche erscheint, über die Sehweite des Kirchturms des Ortes nicht hinausdringt und sich vielleicht an eine rein ländliche Bevölkerung wendet, bis zur weltstädtischen großen Presse, die in allen politischen und wirtschaftlichen Zentren der Welt ihre eigenen Bertreter hält und einen nach Ressorts geschiedenen außerordentlich großen Redaktionsstab hat, haben wir eine Stusenleiter, deren einzelne Sprossen immer wieder ein besonderes Aussehen haben. Es gibt kleine Landblättchen, wo der Berleger zugleich Schriftleiter, Seher und Drucker ist und überhaupt der einzige Mann, der die Zeitung herstellt. Man weiß, daß oft ein sogenannter "Schweizerdegen", das ist ein Mann,

der zugleich Seter und Buchdrucker ift, häufig der Gründer einer kleinen Beitung war. Mit der weiteren Entwicklung feiner Zeitung abancierte er jum Berleger empor, der fich später vielleicht einen Schriftleiter oder einen Mitarbeiter anstellte. Diese Kategorie war früher schon und ist heute erst recht nicht imstande, sich eigene Korrespondenten zu halten. Ihre Mitarbeiter sind hauptsächlich Lehrer, Geistliche, Ge= meindeschreiber, kleine Beamte ufw. Es ift ichon eine beffere Qualität, wenn die kleine Zeitung sich eigene Depeschen eines großen Bureaus oder einige gute Korrespondenzen halten kann. 3m übrigen beruht die Bearbeitung, besonders des politischen Stoffes, auf Scherenarbeit ober auf einer schon ein gewisses journalistisches Geschick verratenden Bearbeitung des Stoffes der großen Zeitungen nach dem Geschmad und Bildungsgrad der Leser. Je mehr die Zeitung sich der großstädtischen Presse nähert, besto mehr sucht fie sich dieser anzupassen. Es gibt eine große Bahl außerordentlich gut geleiteter Provinzzeitungen, die einen guten lokalen und provinziellen Mitarbeiterstab haben und auch für den Nachrichten= und Artikeldienst höhere Ausgaben aufwenden. Aber vielfach ist die großstädtische Presse immer noch die Sauptquelle der kleinen und mittleren Zeitungen. Die nach dem Urheberrecht gestattete Nachdrucksmöglichkeit aller tatfächlichen Rachrichten ift hier von großer Bedeutung. Bei der gegenwärtigen Notlage der Breffe und der Entwicklung der deutschen Währung ist es selbst bedeutenden mittleren Blättern nicht mehr möglich, sich zum Beispiel im Ausland gute Korrespondenten zu halten. Wie sollte ein solches Blatt zum Beispiel eine Million Mark aufbringen können, auf die heute ein guter Korrespondent in London zu stehen kommt, wobei bemerkt sei, daß dieser mit diesem Entgelt noch nicht einmal so bezahlt ift, wie es eigentlich schon um des Ansehens der deutschen Presse willen erwünscht wäre. Selbst die größten deutschen Blätter haben deshalb heute sich genötigt gesehen, mit anderen Organen, die nicht in ihr Berbreitungs= und Konkurrenzgebiet eindringen, solche Posten gemeinschaftlich zu besetzen.

Die mittlere Presse hat sich besonders während des Krieges bedeutend gehoben. Wenn sie nicht ganz in den Hintergrund treten wollte, mußte sie ihre Leserschaft während dieser Zeit auf dem laufenden erhalten. Außerdem mußte jeder Einwohner eines Ortes täglich die vielen amtlichen Verordnungen kennen, die während der Kriegszeit von Zivils und Militärbehörden erlassen wurden. Diese waren regional und lokal sehr verschieden, so daß ein gewisser Zwang bestand,

das heimatliche Blatt zu lesen. Solange der Preis der Zeitungen ein so niedriger war, wie während des größten Teiles des Krieges, war es vielen möglich, sich neben dem heimatlichen und provinziellen Blatt noch eine größere Zeitung zu halten. Das ist heute nicht mehr der Fall, wo die Preise der Zeitungen, wenn auch durchaus den Kosten entsprechend, doch so hoch gestiegen sind, daß der Leser sich nur schwer zum Halten einer zweiten Zeitung entschließt.

Schriftleiter und Mitarbeiter.

Wenn wir die wirtschaftliche und soziale Lage der bei Zeitungen festangestellten Schriftleiter untersuchen wollen, mussen wir uns zuerst darüber klar sein, welche Klassen, um dies nun einmal auch bei der Presse eingeführte Wort anzuwenden, hier in Betracht kommen. Zunächst unterscheidet man heute zwei Kategorien: einmal die in einer Redaktion gegen festes Gehalt mit Bertrag angestellten Schriftleiter (Redakteure). Der Chefredakteur oder Hauptschrift= leiter ist gewissermaßen die Bappel unter den höheren und niedrigeren Bäumen des Zeitungswaldes; dann eine zweite Gruppe, die unter dem Ramen der fogenannten "freien Mitarbeiter" der Beitung Dienste leistet. Auch diese stehen in der Regel in einem festen Berhältnis zur Zeitung. Es sind ihnen ganz befondere Aufgaben übertragen. Zu ihnen gehören fast alle Mitarbeiter, die den sogenannten Außendienst versehen, extern sind, vorzugsweise alle Berichterstatter. Ihr Berhältnis zur Zeitung unterscheidet sich weniger durch die Art des Anstellungsvertrages, als vielmehr durch die Art der Beschäftigung und der Honorierung. Vor dem Krieg war die Honorierung derartig vorgesehen, daß diese freien Mitarbeiter lediglich nach fest vereinbarten Sähen, nach Zeilen oder Pauschale, die ihnen übertragene Arbeit zu leisten hatten. Eine Grenze nach oben in der Höhe des Honorars war nicht gezogen. Tüchtigkeit und Geschick, Fleiß und Spürfinn, Interesse und Begabung haben viele dieser Mitarbeiter in die Lage vesett, sich ein ansehnliches Einkommen zu verschaffen. Man denke nur an ausgezeichnete Parlaments= und Gerichtssaal=Berichterstatter. Ihr Gin= kommen überragt oft das der in der Redaktion selbst tätigen Schrift= leiter. Infolge der Berhältnisse während des Krieges und der Un= sicherheit der Verhältnisse nach dem Zusammenbruch ist hier insofern eine Underung eingetreten, als heute vielfach an die Stelle einer Schriften 152 II.

Honorierung lediglich nach dem Mafftab der geleisteten Arbeit auch so= genannte feste Bezüge und Teuerungszulagen getreten sind, so daß wir hier jett vielfach ein gemischtes Shitem haben. Das Firum bedeutet gemiffermagen ein Minimum, das auch bei Ausfall der Beschäftigung, wenn höhere Gewalt borliegt, zum Beispiel revolutionare Unruhen, Streik der technischen Arbeiter, Papiermangel usw., gezahlt wird. Damit ift dem freien Mitarbeiter ein gewisses Mag bon Ginkommen garantiert. Bei vielen Zeitungen geben beide Rategorien von Mitarbeitern ineinander über. Bei einigen Beitungen sind die Bericht= erstatter und externen Mitarbeiter gleichfalls gegen feste Bezüge an= gestellt wie die Schriftleiter. Der freien Bereinbarung ift hier der weiteste Spielraum gelassen. Selbstverständlich ist auch die Art der Arbeit des Schriftleiters und Berichterstatters nicht scharf getrennt. Der Schriftleiter wird in vielen Fällen Arbeiten des Berichterstatters übernehmen, wie es auch nicht ausgeschlossen ist, daß der freie Mitarbeiter reine Redaktionsarbeit leistet. Es liegt im Besen des Berufes, daß hier keinerlei bureaukratische Einteilung möglich ist, sondern ein Gebiet weitester Freizügigkeit vor uns liegt.

Eine besondere Kategorie bilden die Kritiker, besonders auf dem Gebiete des Theaters, der Musik und der bildenden Künste, die bei allen großen Zeitungen Fachleute sind und diese Arbeit gewissermaßen im Rebenberuf ausüben. In der Regel sind im Feuilleton der Zeitung noch ein oder zwei besondere Redakteure für diese Sparte vorhanden.

Eine besondere Rlaffe bilden dann die Redaktionsfekretäre und Telephonstenographen und die Stenotypistinnen und Telephonstenographinnen, die in den Redaktionen beschäftigt sind. Bon diesen wird ein Teil in der Regel zum kaufmännischen Personal gezählt und nach deren Tariffäten bezahlt. Oft vereinigen sich die Funktionen des Sekretärs und des Telephonstenographen in einer Person. Telephonstenvaraphen oblieat die außerordentlich wichtige schwierige Arbeit der Aufnahme der Telephongespräche mit Silfe der Stenographie und die Übertragung durch die Schreibmaschine. Es ift nicht allgemein bekannt, daß das Telegramm gegenüber dem Telephon= gespräch sehr in den hintergrund getreten ift. Manche erfahrenen Bublizisten haben dies sehr beklagt, weil das Telegramm sparsamer verwendet wurde als das Telephonat. Als die Gebühren noch normal waren, wurde das Telephon in so hohem Mage bei der Zeitung in Unspruch genommen, daß ein großer Teil des einlaufenden Materials

nur zur Kenntnis genommen wurde und nur das wichtigste in der Zeitung erschien. Das bekannte Wort des erfolgreichen Zeitungs= mannes August Scherl, er wolle eine wichtige Nachricht lieber neunmal als keinmal, ist bezeichnend. Die heutigen hohen Telephonspesen haben den Respekt vor der Telephonnachricht zweisellos wieder etwas gehoben. Die Arbeit des Telephonstenographen erfordert gute Auffassungsgabe und Renntnis der politischen und kulturellen Vorgänge des Tages. Das hören am Telephon felbst sest, wenn die Arbeit rasch vor fich gehen foll, eine volle Bertrautheit mit dem Stoff voraus, bor allem auch mit den Namen der Tagesgeschichte. Der Telephon= stenograph muß tagtäglich die Zeitungen in ihrem Inhalt bis in alle Einzelheiten verfolgen, wenn er bei der Aufnahme der Nachrichten nicht durch vieles Fragen und Nichtverstehen Geld und Zeit vergeuden und womöglich noch unverständliche und unrichtige Nachrichten nieder= schreiven will. Diese Arbeiten werden zum Teil auch von intelligenten weiblichen Hilfskräften geleistet. Auf diesem Gebiete herrscht natürlich große Freizugigkeit. Niemand hindert einen Redaktionssekretar, bei Eignung in die Rategorie der freien Mitarbeiter oder Schriftleiter überzugehen. Manche werden Silfsschriftleiter oder bleiben dauernd auf ihrem wichtigen Posten.

Nun sind wir bei einer neuerdings erst geschaffenen Kategorie angelangt, die eigentlich keine besondere ist, sondern einfach die jüngeren Kräfte oder diejenigen Schriftleiter umfaßt, die nicht die Eignung für die Leitung eines Ressorts der Zeitung haben, oder deren Entwicklungsfähigkeit erst vom Chefredakteur und Verlag geprüft werden soll. Es sind dies die sogenannten Hilfsschriftleiter oder Hilfsredakteure. Neuerdings sind in den Tarisen auch die Volontäre aufgenommen. Es sind das die Rekruten und die zukünftigen Schriftleiter und Mitarbeiter.

Die Presse ist selbstverständlich durchaus auch auf die Mitarbeit aller Teile des Bolkes angewiesen. Ein großer Teil des in der Zeitung bearbeiteten Stoffes und zahlreiche Mitteilungen wertvollster Art versdankt man dem Leserkreis. Hierzu kommen Mitarbeiter, die auf besondere Aufforderung der Zeitungsleitung hin sich über dieses oder jenes Thema äußern, ferner Parlamentarier, Gelehrte, Industrielle, Techniker, Künstler usw. Zede größte Zeitung legt heute den größten Wert darauf, don Fachleuten über alle Gebiete der Kunst, der Insbustrie, der Technik, der Medizin usw. sachgemäße Aufsätze zu erhalten.

Auch das Gebiet des Sportes, des Alpinismus, das jetzt so sehr in den Bordergrund getreten ist, hat seine Spezialisten, die auch in den Schriftleitungen vertreten oder als freie und gelegentliche Mitarbeiter tätig sind. Bor allem aber hat man auf allen Gebieten des Birtschafts- lebens sich Mitarbeiter gesichert. Neuerdings ist besonders die Technik bevorzugt worden. Allerdings nur die kapitalkräftigsten und größten Beitungen sind in der Lage, sich auf diesem Gebiet Mitarbeiter zu gewinnen. In der Regel sind die Mitarbeiter auf diesen speziellen Gebieten Fachleute, die mit der Zeitung einen Bertrag gegen feste Bergütung abgeschlossen haben. Die Mitarbeit kann den größten Teil der Berufstätigkeit des Betreffenden aussüllen, aber zum Beispiel auch nur einen Rebenberdienst darstellen, je nach dem Umfang der Aufgabe.

Es ist hier wohl ein Wort am Plate über die kulturelle Be= beutung der Arbeit des festangestellten Schriftleiters. Es muß hier vor allem zweierlei außeinandergehalten werden: einmal die jours nalistische Begabung und Leiftungsfähigkeit und dann die allgemeine und spezielle Bildung des Schriftleiters. Es gibt außerordentlich hoch gebildete, mit einem großen Schatz von Wissen und Spezialkenntnissen ausgerüftete Mitglieder von Redaktionen, deren Arbeit ihren Borgugen entsprechend gewertet werden muß, die aber nicht die journalistische Gewandtheit und Beweglichkeit haben wie Rollegen, deren Wiffen und Bildung nicht an die der ersteren heranreichen. Wie oft macht der Schriftleiter die Erfahrung, daß Berichte für die Preffe, die man an und für sich gang besonders herborragenden Fachleuten überträgt, schlecht oder unbrauchbar find, weil diese nicht in der Lage sind, in allgemeinverständlicher und kurzer Beise das Thema zu erschöpfen. Dazu kommt, daß in der Regel nur der gewandte Journalist in der Lage ist, einen Bericht oder eine sonstige publizistische Arbeit in der kurzen Beit herzustellen, die die Presse nun einmal erfordert. In meiner vieljährigen Praxis habe ich die Erfahrung gemacht, daß eine besondere Begabung, die einer außerordentlich raschen Aufnahmefähigkeit ent= springt, erforderlich ift, um gute und alles Wefentliche enthaltende Berichte und Stimmungsbilber bon Parlamentsverhandlungen, Rongreffen und Tagungen aller Art, bor allem von Gerichtsberhandlungen anzufertigen. Ich weiß, daß hervorragende Gelehrte und Fachmänner aller Berufe ichon wiederholt ihr Erstaunen über die rasche, prompte und zuverlässige Berichterstattung über ihnen naheliegende Gebiete zum Ausdruck brachten. Man darf nicht übersehen, daß ber

Journalist gewissermaßen über alle Gebiete des öffentlichen Lebens zu berichten hat, daß Fachmänner in der Regel nur das eigene Gebiet wirklich beherrschen, und daß nur eine gediegene All= gemeinbildung und die angeborene Runft, sich rasch einzufühlen, die fehlende Sachkenntnis durch nachforschende Erkundigung zu ersetzen, es ihm ermöglicht, seiner Aufgabe vollauf gerecht zu werden. Ich weiß, wie häufig gerade Fachleute, die guten Stil und die Fähigkeit zu schreiben haben, tropdem einer raschen Berichterstattung für eine Zeitung nicht gewachsen sind. Der Zeitungsberausgeber ist deshalb sehr geneigt, rein journalistische Begabung selbst polyhistorischer Gelehrsamkeit bor= zuziehen, wenn es sich nicht gerade um die Bearbeitung eines Themas handelt, dem nur der Kenner und Fachmann allein gewachsen ist. Auch die Kunst, einen "Leiter" zu schreiben, ist eine ganz besondere. Selbst= verständlich kann man nicht, wie es in Gustav Frehtags "Journalisten" heißt, tagtäglich nur Brillianten schreiben. Gerade im Leitartikel soll sich rasches und richtiges Urteil mit einer angenehmen, weitere Kreise fesselnden Form verbinden. Der Journalist darf nie übersehen, daß er für die weitesten Kreise des Bolkes schreibt; aber er darf auch nicht hinabsteigen, sondern soll seine Leser emporziehen. Wir haben in der Presse Namen aufzuweisen, die in ihrer Art so bedeutungsvoll klingen wie die der namhaftesten Schriftsteller. Wenn die politischen und wirt= schaftlichen Essays dem Publikum nicht so eindrucksvoll vor Augen geführt werden wie die Erzeugnisse des beliebten und berühmten Romanschriftstellers, so liegt dies hauptsächlich an der Anonymität des Leitartiklers, die im großen und ganzen in Deutschland noch bewahrt wird. Ob mit Recht ober nicht, ist eine Frage, die hier nicht zur Er= örterung steht.

Besondere Begabung und Kenntnis ersordern auch die Arbeiten der Schriftleiter, denen der sogenannte lokale oder heimatliche Teil anvertraut ist, die täglich den wichtigen Fragen der Kommunalpolitik ihre Ausmerksamkeit schenken müssen. Auf diesem Gebiete kann eine außerordentlich segensreiche Tätigkeit entsaltet werden. Die Freizügigkeit des Beruses und leider auch der häusige Bechsel in den Bersönlichkeiten hat oft gerade in diesen Ressorts nicht immer die Männer an der Spize, die dorthin gehören. Benn die Presse ein Spiegelbild der öffentlichen Meinung sein soll, wenn sie ein Kulturbild der Zeit bieten und wirklich das Denken und Fühlen des Volkes zum Ausdruck bringen soll, ist es notwendig, daß gerade der "Heimatredakteur" — haupt=

sächlich bei der Provinzpresse — womöglich "eingeboren" ist und Land und Leute kennt. Solche Schriftleiter, verwachsen mit dem Bolk, sind überall bekannt. Unsere Großstädte haben, mit wenigen Ausnahmen, einigermaßen den Stammes= und Bolkscharakter verwischt; aber gerade in Deutschland haben wir noch soviel eigenes Leben und Sonder= interessen, meiner Ansicht nach zum Borteil des Ganzen, daß Blätter, die volkstümlich sein wollen, den größten Wert darauf legen müssen, die heimatliche und lokale Sparte durch orts= und volkskundige, ge= bildete Schriftleiter verwalten zu lassen. In diese Sparte gehört eigent= lich stets ein "Lokalpatriot" im guten Sinne des Wortes. Es ist un= gereimt, wenn ein altbaherischer Schriftseller oder Schriftleiter in Niedersachsen Heimatpolitik treibt oder ein Ostpreuße in Altbahern.

Ich habe die Klassifizierung an und für sich bedauert. Wenn sie auch nur zu tariflichen 3weden erfolgte, hat fie doch die journalistische Freiheit gewissermaßen etwas erschüttert. Richts wäre für die Presse gefährlicher als ein Chinesentum. Sie eignet sich durchaus nicht zum Kastengeist und zur Einteilung in Kategorien mit gelben oder roten Anöpfen. Wertgeltung kann nur die Leistung beanspruchen. Die begabten und herborragenden Rräfte hatten sich stets eine besondere Stellung unter den Rollegen geschaffen. Sier liegen die Berhältnisse ähnlich wie bei den Künstlern, bei denen die "Klasseneinteilung" schließlich doch die Öffentlichkeit vornimmt. Die gewerkschaftliche Tarifierung wirkt naturgemäß nivellierend. Sie dient nicht nur dem wirtschaftlich, sondern auch dem geistig Schwächeren. Es muß dies gegenüber den bon vielen fo hoch gewerteten Errungenschaften fest= gestellt werden, um die Meinung nicht aufkommen zu laffen, daß die bon der Not der Zeit geförderte Entwicklung gang ohne Schattenseiten sei. Uhnliche Gegensätze finden sich auch bei den Arbeitergewerkschaften zwischen den sogenannten "gelernten" und "ungelernten" Ar= Lettere ruden immer näher an die Lohnsätze der ersteren heran.

Es muß noch erwähnt werden, daß zum Beispiel der baherische Tarif auch neben der Einteilung in Personalklassen eine Unterscheidung in Orteklassen vorsieht. Nicht die Größe und Bedeutung der Zeitung, für die ein Maßstab schwer zu finden ist, sondern die Größe und wirtschaftliche Bedeutung des Ortes sind maßgebend. Nach dem Vorbilde der staatlichen Beamtenbesoldung.

Der Andrang zum Journalismus.

Obwohl viele berufen, aber nur wenige auserwählt sind, ist doch zurzeit ein Überandrang zur Presse festzustellen. Diese Erscheinung hängt eng zusammen mit dem gewaltigen Zustrom zu den Hochschulen und mit dem Unwachsen des geiftigen Proletariats. In einer Zeit, in der der Zugang zu vielen Berufen, besonders den staatlichen und ge= meindlichen, gesperrt oder ein numerus clausus festgesett ift, und in der sich noch stark die Folgen des militärischen Zusammenbruchs und die Auflösung der Armee geltend machen, die viele ältere und jüngere Kräfte dem Stellenmarkt für geistige Arbeiter zugeführt haben, ist es erklärlich, daß viele ihre einzige, oft ihre lette Hoffnung darauf seten, in einer Zeitung unterzukommen oder in irgendeinem Unternehmen, in dem die Allgemeinbildung von Bedeutung ist und nicht ein besonderes Fachezamen erfordert, beschäftigt zu werden. Zweifellos hat die deutsche Presse, wie früher schon, aus der Kategorie der pensionierten Offiziere, Mitglieder des ehemaligen Heeres und der Marine manche tüchtige Araft erhalten, teilweise Leute von reicher Erfahrung und Weltkennt= nis, die sich auch bald in den journalistischen Betrieb eingelebt haben. Trop dieses Andranges kann man feststellen, daß über den Durchschnitt hinausragende Schriftleiter mit guter journalistischer Begabung gesucht sind, nach guten Sandelsschriftleitern fogar eine fehr farke Nachfrage herrscht. Dagegen ist es fast eine kühne Überhebung, wenn Leute aller möglichen Berufe im Notfalle glauben, die Preffe könne ein Notanker zur Rettung ihrer Existenz sein. Finden solche Bewerber — es befinden sich darunter auch oft wegen Dienst= unfähigkeit pensionierte Beamte - eine solche Stelle, dann sind sie bald bitter enttäuscht über die großen Ansprüche, die man stellt, und über ihre Unzulänglichkeit.

Stellenvermittlung und Arbeitsnachweis.

Empfehlung, Berufung und Betwerbung sind in der Regel der Weg, auf dem ein Schriftleiter zu einer Zeitung kommt. Tüchtige Verleger sind stets auf der Suche nach guten Schriftleitern. Auch die Fachorgane sowohl der deutschen Zeitungsverleger ("Der Zeitungsverlag") als auch des Reichsverbandes der deutschen Presse ("Die Deutsche Presse") haben eigene Rubriken für Stellenangebote und zgessuche. Auch die Organisationen haben sich bereits der Stellenbermitts

lung angenommen. Ob ein geregelter und organisierter paritätischer Arbeitsnachweis für die Journalisten von besonderer Bedeutung wäre, möchte ich nach den gemachten Ersahrungen bezweiseln, da Vakanzen in der Regel eine ganz individuelle Behandlung der Frage erfordern. Zweiselsohne werden die Organisationen aber auch hier mit der Zeit eine dem Zeitungswesen entsprechende Vermittlung im Einvernehmen mit den Zeitungsverlegern ins Leben rusen.

Die Arbeitsbedingungen.

Beim Zeitungsberuf lassen sich die Arbeitsbedingungen gleichsfalls nicht so fest umschreiben wie bei anderen. In der Regel heißt es bezüglich der Arbeitszeit toujours en vedette zu sein. Darin ändert auch die Tatsache nichts, daß in den neuzeitlichen Manteltarisen auch die Arbeitszeit nominell auf 48 Stunden festgelegt worden ist, daß über die Sonntagsarbeit besondere Bestimmungen getroffen worden sind und auch die Regelung der Tag- und Nachtarbeit eine besondere Berücksichtigung ersahren hat. In der Regel beziehen sich aber die Festlegungen auf das materielle Entgelt für die das normale Maß übersteigenden Anforderungen.

Entlohnung.

Bezüglich der Entlohnung für die geleistete Arbeit ift es durchaus üblich, daß die festangestellten Schriftleiter oder Mitarbeiter feste Bezüge haben, die in der Regel, wie bei den Beamten, monatlich aus= bezahlt werden (Gehalt). Alle Aufwendungen und Spesen, die im Beitungedienst nicht unerheblich sind, werden selbstverständlich ber= gütet, in der Regel in diskretionärer Beise. Auch sind Auswands= entschädigungen, besonders seit Eintritt der Teuerungswellen, mehr als früher üblich geworden. Burgeit find die Behälter und Begüge der Schriftleiter und freien Mitarbeiter fast in gang Deutsch= land tariflich geregelt. Der Manteltarif enthält die allgemeinen Bestimmungen über Arbeitszeit, Ründigungsfrift, Diensteinteilung, Urlaub, Krankheits= und Todesfälle und Schlichtungsbedingungen. Darüber ist in dem Abschnitt über die Organisationen das Nähere aus= geführt. Da mit den Schriftleitern in der Regel Berträge mit in Einzelheiten gehende Bestimmungen abgeschlossen werden, besonders bei den größeren Unternehmungen, enthalten die Tarifverträge in der Regel die Bestimmung, daß bestehende Anstellungsverträge durch die Tarisverträge nicht berührt werden, soweit die dort sestz gesetzen Bedingungen erfüllt sind. Die Tarisverträge enthalten die Bestimmung, daß die sestgelegten Gehälter und Entlohnungen als Mindestsätze zu betrachten sind, die nun einesteils von kleinen und kapitalschwächeren Unternehmungen, besonders in der Provinz, nur widerwillig eingehalten werden, andererseits von größeren und kapitalskräftigen Unternehmungen häusig durch Zulagen stark überschritten werden. Das Bestreben der Organisationen geht dahin, daß die Tarise sür größere Bezirke als allgemeinverbindlich anerkannt werden. Ein großer Teil der bestehenden Tarise ist auch bereits sür allgemein verbindlich erklärt. Ein Reichstaris ist vorläusig nicht zustande geskommen, weil meiner Ansicht nach die Berhältnisse in den einzelnen Teilen des Reiches zu verschieden sind.

Es ist vielfach die Frage aufgeworfen worden, ob für geistige Berufe, vor allem für den Zeitungsberuf, die gewerkschaftliche Organisation und die tarismäßige Regelung der Bezüge zweckmäßig und
erwünscht sei. Zweifellos macht sich auch hier bereits eine Bewegung
der "Prominenten" bemerkbar, und viele sehnen sich nach dem früheren
Zustand zurück, in dem das freie Spiel der Kräfte und die individuelle
Behandlung der Berufsfragen üblich war und dem einzelnen Borteile
bot. Da aber der Tarif der Organisierten die freie Bertragsschließung
gar nicht ausschließt, sondern nur die Grundlage für ein Mindestmaß
gibt, sind die Biderstände gegen die gewerkschaftliche Organisation nur
mehr äußerst gering, zumal auch die Frage der Arbeitseinstellung
(Streik) disher praktisch kaum in die Erscheinung trat und das Berhältnis zwischen Berlegern beziehungsweise Herausgebern von Zeitungen
und Schriftleitern immer ein erfreulich gutes war und schon manche
Belastungsprobe ausgehalten hat.

In diesem Jahre (1922) wurde eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Berlegern und Schriftleitern hergestellt, von der man sich ein beiden Teilen Rugen bringendes Zusammenarbeiten verspricht. Das sogenannte Journalistengesetz ist damit vorläufig verschoben worden, spielt aber in der Bewegung eine große Rolle. Auch hierüber sindet der Leser Räheres in dem Kapitel über die Organisationen.

Die Bezüge der Schriftleiter und Mitarbeiter.

Man hat vielfach die Bezüge der Schriftleiter und freien Mitarbeiter mit den Gehältern des gehobenen Beamtenstandes versglichen. Obwohl bei den Schriftleitern der Teuerung und der Entwertung des Geldes entsprechend die Gehaltserhöhungen sprungweise eingetreten sind, so haben sie zurzeit nicht die Höhe der vergleichsbaren Kategorien der Staatsbeamten und anderer freier Berufe erreicht, vor allem nicht der bei der Industrie Angestellten, wobei nicht zu übersehen ist, daß dem Staatsbeamten außerordentliche Garantien bezüglich der Dauerhaftigkeit seiner Stellung und der Altersebersorgung (Bension) gegeben sind, die der Schriftleiter und freie Mitsarbeiter in den meisten Fällen nicht beanspruchen kann.

Auch die freien Mitarbeiter haben erhebliche Erhöhungen ihrer Bezüge erhalten. Örtlich sind diese Erhöhungen ziemlich verschieden. In München ist, um nur ein Beispiel anzusühren, ein eigener Tarif zwischen den Münchener Berlegern und den ständigen freien Mitarbeitern geschaffen. Auch dieser Tarif enthält Bedingungen über Urslaub (vierzehn Tage bis vier Wochen), Krankheitss und Todesfall. Auch sieht er eine Regelung vor für den Fall, daß das Einkommen unter den Durchschnitt der letzten zwölf Monate sinkt in Fällen höherer Gewalt usw. Auch die Stellung von Straßenbahnkarten und ähnliche Erleichterungen sind vorgesehen. Die Kündigung ist vierteljährlich am Ersten jeden Kalendervierteljahres.

Ehe ich einige Zahlen gebe, möchte ich noch darauf hinweisen, daß die technischen Angestellten der Zeitungen mit den Löhnen rascher emporgestiegen sind als die geistigen Arbeiter.

Einige Zahlen mögen dies erläutern: Ein Maschinenseher bezieht, wenn man den im Mai 1922 ihm gezahlten Wochenlohn in der Ortsklasse mit 25 % Lokalzuschlag, wie ihn z. B. auch München hat, in Anrechnung seht und den Wochenlohn auf das Jahr umrechnet, 49 140,— Mk., ein Handseher 46 540,— Mk., ein Hissarbeiter 39 559,— Mk. und ein außer Tarif stehender Metteur en page beinahe 56 000,— Mk. Ein Schriftleiter I. Klasse, Ortsklasse A, nach dem zwischen dem Berein bahrischer Zeitungsverleger und dem Landesverband der bahrischen Presse abgeschlossenen Tarif den Maigehalt auf das Jahr umgerechnet, 82 320,— Mk. (Minimaltarif), ein Redakteur II. Klasse, Ortsklasse A, 69 900,— Mk., und ein Schriftleiter

III. Klasse, Ortsklasse A, 58 020,— Mk. Für den Monat Juni ist allerdings eine nochmalige nicht unbedeutende Erhöhung — 50 % zum Märzgehalt — vorgesehen. Diese Zahlen verändern sich nun fast von Vierteljahr zu Vierteljahr, so daß die Zahlen nur einen unsgefähren Überblick geben können.

In welch rascher Aufwärtsbewegung durch den berlorenen Rrieg die Behälter gestiegen sind, mogen folgende Bahlenangaben beweisen. Die Gehälter der Redakteure, die damals noch nicht in Tarifklassen eingeteilt waren, bewegten sich zwischen etwa 2400.— Mk. und 20 000,- Mt. im Jahr als Söchstgrenze für den leitenden Chefredakteur. Das Durchschnittsgehalt war 4—8000,— Mf. Bei den Chefredakteuren und besonders tüchtigen Rräften gab es allerdings noch Säte, die darüber hinausgingen. Das Grundzeilenhonorar für die freien Mitarbeiter betrug durchschnittlich 10 Pf., die Ausnahmen 15 und 20 Pf., für die ständigen Mitarbeiter einer Münchener Zeitung bei Beiträgen, die dieser Zeitung allein gegeben wurden, 12 Pf., für Nichtoriginale sowie für Auszüge aus Drucksachen, amtlichen Schriftstücken ober sonstigen abgeschriebenen Sachen 6 Pf., Abendberichte von Bersamm= lungen, Vorträgen bis zu 50 Zeilen wurden 5.— Mk. Pauschale bezahlt, darüber hinaus 6 Pf. pro Zeile, für Beerdigungsberichte etwa 3,- Mt., für feuilletonistische Beiträge 15-20 Bf. die Zeile. Unterm Strich im Hauptblatt wurden aber je nach Qualität des Aufsates und des Verfassers, wie bei namhaften Gelehrten, Parlamentariern, Industriellen usw., ein Zeilenhonorar bis zu 50 Pf. bezahlt. Einige Mitarbeiter hatten für gang kleine Notizen eine Pauschale von 1,- Mk. bis 1,50 Mf. bei etwa 10-15 Zeilen. Theater= und Konzertberichte wurden mit 10,- Mf. honoriert.

Man vergleiche damit die im März 1922 geltenden Säte! In diesem Monat galten Zeilenpreise von 40 und 50 Pf., Zeilensäte für seuilletonistische Arbeiten von 75 Pf., die Entschädigung für Abendberichte betrug 40,— Mt., für Tagesberichte 30,— Mt., für Notizen 5,— Mt., für Recherchen 10,— Mt. Der Sonntagszuschlag beträgt 50%, das monatliche Fixum 1700.— Mt. Dabei ist vorgesehen, daß für bestimmte Arbeitsgebiete die Pauschalhonorare noch besonderer Vereinbarung unterliegen. Nun sind bereits wieder im Monat April zu diesen Sätzen 30%, im Mai 35% und im Juni 50% gestommen, so daß z. B. ein Abendbericht im Juni auf 60 Mt. kommt. Diese Sätze sinden sich im Münchener Tarif der freien Mitarbeiter.

Ühnlich dürften die Sätze auch im übrigen Deutschland sein, bei mittleren und kleineren Blättern der Provinz niedriger.

Rosten der Ausbildung.

Benn man untersucht, welcher Aufwand für Ausbildung und Er= ziehung eines Schriftleiters in Betracht kommt, fo kann man im all= gemeinen feststellen, daß er etwa dem irgendeines Fachstudiums nabekommt, jedenfalls bei fast allen akademisch gebildeten Schriftleitern. Bei denjenigen, die nur eine Mittelschulbildung aufweisen oder Autodidakten sind, ermäßigt sich der Aufwand entsprechend. Die volle akademische Bildung wird übrigens mehr und mehr als Bor= aussehung zur Erlangung einer leitenden Stellung in der Presse gefordert. Es ift diese Forderung im Interesse des Unsehens und der Hebung des Berufes durchaus am Plaze. Denn es ist nicht zu übersehen, daß doch bei vielen Schriftleitern, denen eine höhere Bildung mangelt, bei allen erworbenen Kenntnissen und natürlicher Begabung doch immerhin sich häufig ein Manko zeigt, das zeitlebens nicht überwunden wird. Rur ganz außerordentlich talentierte Menschen von eisernem Fleiß können diese Lücke allenthalben ausfüllen. Da die Aus= bildung nicht behördlich reguliert ist, sind, wie schon ausgeführt, alle Abstufungen und die größten Berschiedenheiten borhanden. Berufsabgrenzung findet nur insofern statt, als je nach den Fähigkeiten berantwortungsvolle Ressorts und besondere Aufgaben übertragen werden.

Der alte Journalist.

Die Altersversvrgung des Journalisten liegt noch sehr im argen. Im großen und ganzen besteht sie überhaupt nicht. Gewiß haben einzelne bedeutende Korhphäen des Beruses vertraglich sich Bensionen, Lebensversicherungen, selbst sogar Teilhaberschaft gesichert; auch wurden in einzelnen hervorragenden Zeitungsinstituten eigene Pensionskassen für die Angestellten errichtet oder Pensionen verstragsmäßig sestgelegt. Aber die überwiegende Mehrzahl der deutschen Schriftleiter hat bisher keinen Anspruch auf eine Altersversorgung. Wo in patriarchalischer Form, und es muß zusgegeben werden, daß dies sehr häusig der Fall ist, einem Beteran der Presse für treu geleistete Dienste vom Verleger ein Ruhegehalt gewährt ist, beruht es häusig nicht auf einer rechtlichen Grundlage. Einige

große Institute haben eigene Benfionsbereine, bei denen der Berlag ein größeres Stiftungskapital gewährt hat, außerdem noch einen großen Teil der Beiträge bezahlt, um für den Fall der Invalidität und Arbeits= unfähigkeit eine rechtlich gesicherte Pension gewähren zu können. Bielfach sind auch die Frauen der Angestellten mit einbezogen. Der Saupt= fehler dieser Pensionsbereine war der, daß der Angestellte beim Austritt zwar einen Teil seiner eigenen Beiträge zuruderhielt, aber des Benfionsanspruches verluftig ging. Die Schriftleiter find bisher ju einem guten Teil wegen der Sohe ihrer Bezüge nicht in der Reichsversicherung gewesen. Die Pensionsanstalt deutscher Jour= nalisten und Schriftsteller, die unter Beteiligung der Berleger und Schriftleiter vor mehr als einem Bierteljahrhundert ge= gründet worden ist, hat diese Lücke ausfüllen wollen. Aber natur= gemäß konnte sie ihre Benfionsfähe nicht fo festseben, daß für den nicht mehr arbeitsfähigen Mann der Presse ein auskömmliches Ruhegehalt gewährt werden konnte. Hier seten nun die neuen Be= strebungen ein. Bei der im Mai 1922 in München abgehaltenen Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse wurde ein Beschluß gefaßt, mit dem zur Verfügung stehenden Betrage von einer Million Mark eine Wohlfahrtskasse (Unterstützungskasse) der Bensionsanstalt anzugliedern. Weitere sehr erhebliche Summen stehen hierfür in sicherer Aussicht. Noch wichtiger für die Anstalt ist der Abschluß der Arbeits= gemeinschaft zwischen dem Berein deutscher Zeitungsverleger und dem Reichsverband der deutschen Presse, der auch die grund= fähliche Verpflichtung der Verleger zur Fürsorge für die Familien der Redakteure vorsieht. Nach einhelliger Auffassung im Reichsverband der deutschen Presse, die auch von den maggebendsten Mitgliedern des Borstandes des Bereins deutscher Zeitungsverleger geteilt wird, foll für diese soziale Fürsorge nur die Pensionsanstalt in München in Frage kommen. Die neu vereinbarte Arbeitsgemeinschaft und das eventuell zu schaffende Journalistengeset sollen hier Wandel schaffen. Die Fragen find noch im Flug, aber zweifellos muß auf diefem Gebiet irgend etwas geschehen. Die Entwertung des Geldes ist ein schweres Sinder= nis für eine weitsichtige und ausgiebige Silfe.

Man hat öfter statistische Angaben über die Wirkung des Journalistenberuses auf Gesundheit und die Lebensdauer der in ihm Tätigen aufgestellt. Man sagt den Geistlichen und auch den Gelehrten eine lange Lebensdauer nach. Für unseren Beruf fehlt eine zuberlässige Statistik. Die aufreibende und die Nerven stark mitnehmende Tätigfeit des Journalisten mußte eigentlich auf eine die Besundheit ger= murbende Wirkung schließen laffen. Gewiß werden viele Männer der Feder frühzeitig in ihrer Schaffenskraft gelähmt; aber ich habe doch auch fehr viele bejahrte und leiftungsfähige Männer der Feder innerund außerhalb der Redaktionen gesehen und auch den Gindruck ge= wonnen, daß die meisten Rollegen früher oder später in den Sielen sterben. Die Sterblichkeitsziffer bei der Benfionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller ist an und für sich nicht ungünstig; aber sie nicht viel beweisen, weil die Bahl der Bersicherten nur fann einen geringen Teil der im Beruf Tätigen umfaßt und das Weset der großen Bahl nicht wirksam sein kann. Die Leistungsfähigkeit der Journalisten ist erfreulicherweise ziemlich andauernd. Allerdings werden viele mit Aufbietung ihrer letten Rrafte ihrer Berufstätigkeit obliegen. Wenn sich Krankheit zum Alter gefellt, ist allerdings das Los des Journalisten kein beneidenswertes, zumal nicht in dieser Zeit, wo Ersparnisse durch die Entwertung des Geldes fast bedeutungslos geworden sind.

Fünftes Rapitel.

Die derzeitige wirtschaftliche Lage der bildenden Künstler.

Von

Frit Hellwag,

Schriftleiter bes Reichswirtschaftsverbandes bilbender Münftler Deutschlands (Berlin-Zehlendorf).

Inhaltsübersicht.

				Seite
	Ub= oder Zunahme der Zahl der bildenden Runftler			148
II.	Unterftützungsbedürftige Rünftler			150
III.	Die Mitgliederbeiträge ber Rünftlerverbande			152
ΙŸ.	Die Mitgliederzahl der Künftlerverbande			152
v.	Preise 1913 und 1921			153
VI.	Berschiebung ber relativen Zahlen der einzelnen Fachgruppen			161
VII.	Berkäufe in Ausstellungen			162
	1. Badischer Kunstverein in Karlsruhe			162
	2. Württembergischer Runftverein in Stuttgart			164
	3. Im Mufeum für Runft und Runftgewerbe in Weimar .			165
	4. Thuringer Ausstellerverband bildender Runftler, Weimar			166
VIII.	Die Zahl der Runfthändler			166
IX.	Schülerbestand ber Lehranftalten			167
	a) Die öffentlichen Lehranstalten			167
	b) Private Kunftschulen			168
Χ.	Der Ateliermangel			169
	kwort			171

Aber die Notlage der bildenden Künstler ist schon vor dem Kriege viel geschrieben worden, und sie hat zweifellos bestanden. Ihr zu steuern, sind im Jahre 1913 und in den folgenden Jahren an allen Runftorten Wirtschaftliche Verbände bildender Künftler gegründet worden, die fich unlängst zum Reichswirtschaftsverband bildender Rünftler Deutschlands zusammengeschlossen haben und jetzt schon etwa 6300 organisierte Einzelmitglieder umfassen; wie ihr Rame besagt, widmen sie ihre Rraft ausschließlich der Besserung der wirtschaftlichen Lage der bildenden Rünftler. Da fast alle diese Einzelmitglieder der Wirt= schaftlichen Verbände (WV.) außerdem noch einem oder mehreren Rünftlervereinen, die ihre besonderen künftlerischen Interessen vertreten, angehören muffen, so follten fie durch die Begründung der BB. pekuniär merklich nicht belastet werden; aus dieser Rücksicht begannen die BB. mit der Erhebung eines jährlichen Beitrages von nur 5 Mt., den fie später verdoppelten und erft bei beginnender Geldentwertung nach dem Rriege auf 40 Mt. erhöhten; bei diesem Sat stehen fie noch heute.

Daß mit so geringen Mitteln schon vor dem Kriege eine Beschränkung auf die wichtigsten und grundlegenden Arbeiten (Rechtässchut, Urhebers und Verlagsrecht, Wettbewerbswesen usw.) geboten war, liegt auf der Hand. Für statistische Erhebungen über die Rotlage der bildenden Künstler blieb kein Geld übrig; überdies lag keine Rotwendigkeit vor, diese Rotlage, die von den Künstlern am eigenen Leibe so stark empfunden wurde, erst noch zu beweisen. Immerhin hatte ein Künstlerausschuß, mit kleinen Geldzuschüssen der Berliner Künstlerverine, eine in zahlreiche Punkte zerlegte und relativ gut beantwortete Umfrage an die bildende Künstlerschaft Groß-Berlins gerichtet, deren Ergebnisse die Lage in den Jahren 1910—1912 beseuchteten und eine Rotlage als unzweiselhaft erscheinen ließen. Aber seither ist nichts weiter in dieser Richtung unternommen worden.

Als nun der Verein für Sozialpolitik, im Einberständnis mit dem Reichswirtschaftsverband bildender Künstler Deutschlands (RWV.), mich beauftragte, eine Darstellung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage der bildenden Künstler zu geben, kam dem RWV. erst zum Bewußtschriften 152 II.

sein, wie wenig nach außen beweiskräftiges Material über die Notlage der bildenden Künftler er in Händen habe. Dieser Mangel war für den RBB. selbst leicht zu entschuldigen und zu ertragen, da er ja aus eigener Erfahrung und täglicher Notwendigkeit in praktischer Arbeit die Besserung kräftig vorwärts zu treiben sucht, ohne derartige Duerschnitte, wie sie jetzt von uns verlangt werden, machen zu müssen. Es soll keineswegs hiermit gesagt sein, daß der RBB. die Bichtigkeit der Statistik verkenne; es ist im Gegenteil schon oft davon gesprochen worden, ihren Ausbau im Programm mit zu berücksichtigen; aber bischer wurden Arbeitskräfte und Geldmittel stets dringender auf anderen Gebieten beansprucht.

So wäre denn dem ABB. nichts anderes übriggeblieben, als jest auf einen Schlag und zu dem bestimmten 3weck der Beschaffung bon Grundlagen für den Berein für Sozialpolitik neue Erhebungen anzustellen. Leider fiel aber der Auftrag des Bereins für Sozialpolitik in die schlechteste Zeit der Geldentwertung, Papiernot und Portoerhöhung; es mußte bei dem niedrigen Sahresbeitrag von 40 Mf., der noch vielerlei anderen Zwecken zu dienen hat, ausgeschlossen erscheinen, unter den 6300 Mitgliedern eine direkte Umfrage zu beranstalten. Auch der 288. Berlin, der eben versucht, durch öffentliche Propaganda sein trot größter Wirtschaftlichkeit entstandenes Jahresdefizit von 30 000 Mk. auszugleichen — auch ein Beweis für die Not= lage der bildenden Künstler —, vermochte nicht, die Mittel aufzubringen, um wenigstens für Groß-Berlin die Umfrage Jahres 1912 zu erneuern. Dies ist besonders zu bedauern, weil nun auch die Ergebnisse jener ersten Umfrage unberücksichtigt bleiben mussen, da wir ihnen ja keine entsprechenden Daten aus dem Jahre 1921 gegenüberzustellen haben und doch nicht über die Lage in der Borkriegszeit berichten, sondern den derzeitigen Zustand beweislich erhärten sollen. Wir sparen uns dies Material auf für die Zeit, die es uns vielleicht ermöglichen wird, eine wirklich vollgültige Parallele zu ihr zu ziehen.

Was der RWB. unter diesen gedrückten Verhältnissen tun konnte, ist zu leisten versucht worden: er hat an die zwölf lokalen Unter-verbände, nämlich an die WB. des Reiches, Fragebogen versandt und hat sie gebeten, im Sinvernehmen mit den Vorständen der übrigen lokalen Künstlerverbände "von oben her" einiges Material zusammen-zutragen, da nun einmal eine gründliche, den Anforderungen mehr

entsprechende Sammlung von unten her, d. h. durch persönliches Besfragen aller Künstlermitglieder, leider undurchführbar bleiben mußte.

Diese beschränkte Umfrage war in nachstehende zehn Bunkte eingeteilt:

- 1. Läßt sich in den Kunststädten Ihres Bezirkes eine Ab- oder Zunahme der bildenden Künstler seit 1913 feststellen? (Nach Abrekbüchern oder sonstigen statistischen Unterlagen.)
- 2. Wieviel unterstützungsbedürftige Künstler lassen sich feststellen für $\frac{1913}{1921}$?
- 3. Wie hoch waren die Beiträge für die einzelnen Künstlervereinisgungen Ihres Bezirkes $\frac{1913}{1921}$?
- 4. Wie hoch war die Mitgliederzahl in den verschiedenen Künstlers vereinigungen $\frac{1913}{1921}$?
 - a) Sind alte Bereinigungen eingegangen, neue entstanden $\frac{1913}{1921}$?
- 5. Können Sie zuverläffige Angaben bekannter Künstler (vhne Namensnennung) erhalten über die Preise, die sie für Werke ähnlichen Charakters erzielten $\frac{1913}{1921}$?
 - a) Von wie vielen Künftlern?
 - b) Wie lauten die Angaben, eingeteilt nach Fächern? (A. = Arch., B. = Bildh., Gr. = Graph., GGr. = Gebrauchse graph., J. = Fllustrat., KG. = Kunstgewerbl., M. = Maler.)
- 6. Läßt sich eine Berschiebung der relativen Zahlen in den eins zelnen Fachgruppen feststellen?
- 7. Welches statistische Material können die Ausstellungsleitungen in ihrem Bezirk liefern? Zahl der Berkäuse, Ziffer der Gesamtberkaufssumme in gleichen Ausstellungsunternehmungen 1913.

 1921
- 8. Wie viele Kunsthändler waren in Ihrem Bezirk? (Feststellung nach Adresbüchern oder durch städtisches statistisches Amt oder ähnliches.)
- 9. Wie hoch war die Schülerzahl in den städtischen und staatlichen Kunftschulen?

10 *

Wie groß ist die Jahl der Privatschulen in Ihrem Bezirk? Wie hoch war die Schülerzahl in diesen Schulen $\frac{1913}{1921}$?

10. Ist gegenwärtig Mangel an Ateliers in Ihrem Bezirk festzustellen? Welche sonstigen Angaben zur Atelierfrage können Sie machen?

Auf diese Umfrage sind Antworten eingegangen aus Berlin (Teilsbezirke), Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Gera, Jena, Karlszuhe, Königsberg i. Pr., München, Stuttgart und Weimar. Wenn auch nicht aus allen diesen Städten zu allen Punkten Äußerungen vorliegen, so kann doch aus der Gesamtheit der Mitteilungen ein ungefähres Bild der Lage skizziert werden; um mehr als dies kann es sich, wie ich schon aussührlich darlegte, in meiner Vorarbeit für spätere und gründlichere Untersuchungen nicht handeln.

1. Ab- oder Zunahme der Zahl der bildenden Rünftler.

Die Feststellung der Bahl der bildenden Rünftler nach den Ortsadregbüchern, soweit diese überhaupt auch die freien Berufe kategori= fieren, ist ein nur sehr behelfsmäßiges Mittel; denn hier liegt den Un= gaben keinerlei Kontrolle zugrunde, ob die Betreffenden, die sich selbst als Künstler aufführen ließen, auch wirklich Anspruch auf diese Bezeichnung haben. Ebenso ist es unmöglich, die Mitgliederzahlen der einzelnen lokalen Künstlerverbände einfach zusammenzuzählen, um die Gesamtzahl der am Orte lebenden, anerkannten Rünstler zu geminnen; benn die meisten Rünftler gehören gleichzeitig mehreren Berbänden an; eine Berichtigung dieser Addition konnte nur erfolgen, wenn an jedem Orte eine Gesamtkartothek bestände, in der die doppelte, drei= und mehr= fache Aufführung wieder ausgeschaltet werden könnte. Bu bedenken wäre auch, daß es daneben auch viele Künstler gibt, die gang für sich leben und sich überhaupt keinem Verein angeschlossen haben. Die WB. werden hoffentlich später einmal alle Künstler als Einzelmitglieder in sich vereinigen und dann die Gefamtheit aller anerkannten Runftler darstellen; jest umfassen sie etwa zwei Drittel bis drei Biertel.

Man ist also auf die Schätzung angewiesen, und hierfür gibt das bekannte und seit vielen Jahren erscheinende Dreßlersche Kunstjahrsbuch die beste Grundlage; denn hier sind in emsiger Tradition an ansnähernd alle Künstler Aufforderungen zur Eintragung verschickt

und in großem Prozentsat beantwortet worden. Der Berausgeber Drefler ift nach dem eben Gesagten also befähigt, auch die Lücken seines Adressenberzeichnisses einigermaßen zuberlässig abzuschäßen. Dregler führte, auf Grund seiner Vorarbeiten aus den Jahren 1910 und 1911, im Jahrgang 1913 etwa 8000 bildende Rünftler auf. Dann muß, parallel zu dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung des Deutschen Reiches, ein fehr großer Andrang zur bildenden Runft, insbesondere zum Kunftgewerbe (Werkbundbewegung) erfolgt fein, denn das Sahr= buch 1921, das in seinen Grundlagen auf die Jahre 1917/18 zurückgeht, verzeichnete schon 10 000 bildende Künstler; doch sind hierin die Schweiz und Österreich zum Teil mit berücksichtigt. Die Kon= kurrenz im Künstlerberuf wird sich also in den nächsten Jahren ganz erheblich verschärfen; hoffentlich sett sich die Werkbundbewegung noch rechtzeitig und in solchem Mage durch, daß entsprechend ver= mehrte Absakmöglichkeiten geschaffen werden, was allerdings wesent= lich auch durch eine Wiederbelebung der Bautätigkeit und durch engere Beziehungen zur Architektur bedingt sein wird. Leider droht die Luzus= steuer, auf die ich noch näher eingehen werde, dem aufblühenden Kunst= gewerbe mit einer Belastung, unter der es im ersten Stadium der Entwicklung leicht zusammenbrechen kann.

Den städtischen Einwohnerverzeichnissen (Abrehbüchern) sind folgende Zahlen zu entnehmen: Düsseldorf 1913: 292 Maler und 36 Bildhauer (andere Kategorien werden nicht genannt), zusammen 328; 1921: 288 Maler und 40 Bildhauer, zusammen wieder 328. München 1913: 1800 Maler und 366 Bildhauer, zusammen 2166; 1921: 1637 Maler und 506 Bildhauer, zusammen 2143. Stuttgart 1913: 138 Maler, 24 Bildhauer, 8 Zeichner, zusammen 170; 1921: 167 Maler, 40 Bildhauer, 27 Zeichner, zusammen 234, was einer Zunahme von $37^{1/2}$ wentsprechen würde. Den Begriff des Kunstgewerblers kennen diese Abrehbücher nicht; jene werden wohl unter den vermehrten Bildhauern und Zeichnern zu finden, zum großen Teil aber unter den Gewerbetreibenden registriert worden sein.

Eine allgemeine Zunahme der bildenden Künstler wird gemeldet aus Düsseldorf (besonders in den umliegenden Städten und Dörfern), Frankfurt a. M., Karlsruhe, Jena (1911: 6, 1921: 18, die übrigens alle im dortigen BB. organisiert sind) und Beimar. (Der Thüringer Ausstellerverband, dessen Bestand in Ermangelung einer Gesamtzahl angeführt sei, hatte 1913 137, 1921 145 Mitglieder, der BB. daneben

141 Mitglieder; die Gesamtsteigerung der Künstlerzahl wird in unserer Periode auf 10 bis 15 angegeben.) In Gera bzw. in den Städten Ostthüringens hat man die Zunahme auf 50 % geschätzt. Die Abwanderung der Künstler aus den großen in die kleineren Städte scheint mir für die wirtschaftliche Lage der bildenden Künstler charakteristisch zu sein; wir werden weiter unten sehen, daß sie manche Künstler statt in Sicherheit in größere Not gebracht hat.

II. Unterstützungsbedürftige Rünftler.

Die Zahlen der städtischen Fürsorgestellen könnten, selbst wenn sie zur Verfügung gestellt würden, über die wirkliche wirtschaftliche Lage der bildenden Rünftler wenig aussagen. Erstens wurden an manchen Orten die unterstützungsbedürftigen Künstler der Kontrolle einzelner Gewerbegruppen, meistens der Anstreicher oder Lithographen, zugewiesen, die nicht das mindeste Urteil darüber haben konnten, ob ein Rünftler bei nachdrücklicher Bemühung Berdienst hätte finden können; diese Kontrolleure verhielten sich deshalb aus Unvermögen in vielen Fällen lieber ablehnend, und erst spät gelang es 3. B. dem BB. Berlin, die Kontrolle wenigstens für die ersten sechs Wochen der Erwerbslosigkeit in die Hände zu bekommen; doch war den Künstlern die gerade für ihre Psyche besonders niederdrückende Formalität des Berhörs vor einem städtischen Amtsbureau nicht zu ersparen. Es sind mir mehrere Fälle mitgeteilt worden, in denen ältere Rünstler, die sich in der allerbittersten Hungersnot befanden, unter keinen Umstän= den zu bewegen gewesen sind, sich bei der Erwerbslosenfürsorge zu melden. (Man wird meine Worte nicht als gegen die Erwerbslosen= fürsorge gerichtet auffassen: denn ich will nur sagen, daß man die gute Absicht den Künstlern gegenüber besser hätte durchführen können, wenn man den Instanzenweg, der besonderen Beranlagung dieser Menschen entsprechend, etwas geebnet hätte.)

Biel aufschließender sind für uns die Angaben der wenigen großen Künstlerverbände, die, schon lange Jahre vor dem Kriege gegründet, ganz charitativen Zwecken gewidmet sind. Der Berein Düsseldorfer Künstler zur gegenseitigen Unterstützung und Hilfe, dem im Jahre 1913 24 Künstler zur Last sielen, mußte im Jahre 1921 mehr als die viersfache Zahl, genau 100 unterstützen; selbst in den Kriegsjahren 1914 bis 1918 war er durchschnittlich nur von 80 Mitgliedern beansprucht worden und hatte bei der Erfüllung seiner Aufgabe noch die besonders

gegründete Kriegskaffe zur Verfügung gehabt. Der Münchener Künftler= unterstützungsverein erledigte 1913 273 Gesuche mit 86 115 Mt., 1914 229 mit 86 857 Mt., 1915 197 mit 69 338 Mt., 1916 206 mit 72 248 Mt., 1917 218 mit 77 689 Mt., 1918 256 mit 74 777, 1919 287 mit 84 125 Mt., 1920 312 mit 141 729 Mt. und 1921 626 mit 174 937 Mt. Nachdem also schon im Jahre 1920 ein geringes Anwachsen der Zahl der Gesuche zu bemerken gewesen war, ift fie im Jahre 1921 plötzlich auf das Doppelte hinaufgeschnellt. Während der Durchschnitt der Dar= lehen früher annähernd 300 Mk. betragen hatte, versuchte der Berein im Jahre 1920, fast unter Verdopplung seiner Opfer, das durchschnitt= liche Darlehen oder Geschenk um die Hälfte auf 454 Mk. zu erhöhen, um für den Empfänger die Balutaverschlechterung etwas auszugleichen. Im Jahre 1921 war ihm das augenscheinlich nicht mehr möglich, und er mußte unter den früheren Durchschnitt hinuntergeben, um den vielen Bedürftigen wenigstens etwas zu geben, wenn es schließlich auch nicht viel helfen konnte. Gerade zu Beginn des Rückganges, nach der Schein= konjunktur des Jahres 1919, mußte der Hilfsausschuß der Münchener Künstlerschaft am 8. März 1920 seine Tätigkeit als beendet erklären, nachdem er die seit September 1914 gesammelten Gelder im Gesamt= betrage von 516 172 Mf. in Form von Aufträgen der Künstlerschaft Münchens zugeführt und gewiß mancherlei Not gelindert und verzweifelnden Glauben wieder aufgerichtet hatte. Uhnlich so hatte man auch in anderen Runftstädten bersucht, dem Rriegselend zu begegnen, doch haben auch diese Ausschüffe sich längst aufgelöft, ohne dag eine Ersaporganisation bestünde.

Noch unzulänglicher als die Kassen der wenigen großen Unterstützungsverbände, deren meines Wissens nur je einer in München, Berlin, Karlsruhe und Düsseldorf besteht, erweist sich das ohnedies sehr beschränkte und gar nicht auf diese Zwecke eingerichtete Bersmögen der Berussvereine, obwohl auch diese tun, was sie irgend können. So hat sich in Karlsruhe die Zahl der unterstützungsbedürftigen und nach schwachen Kräften geförderten Kollegen verdreisacht, und darunter bessinden sich einige sehr schwere Fälle. In Weimar ist die Zahl verwiersacht: "Die Mehrzahl der bildenden Künstler Ostthüringens lebt in sehr schwerigen Verhältnissen; in der Rachkriegszeit wurden mehrere Künstler durch die Erwerbslosensürsorge unterstützt." Die einzige Ausnahme macht Jena, wo "krasse Fälle nicht bekannt gesworden sind".

III. Die Mitgliederbeiträge der Rünftlerverbände.

Was will es in Anbetracht der oben geschilderten Zustände be= deuten, daß der Künftler-Unterstützungsverein in Karlsruhe seine erhobenen Beiträge verzehnfacht hat, von 2 auf 20 Mk.? Dies ist übrigens bei weitem die prozentual größte Erhöhung von Mitglieder= beiträgen; durchschnittlich wurden diese nur auf das Drei- bis Bierfache heraufgesett. Mehr konnte kaum gewagt werden; denn die BB. haben allerorten genug davon zu berichten, wie schwer die auf 40 ME. hinaufgesetzten Beträge eingehen. Die WB. machen die größten An= strenaungen. das so entstehende, aber nicht tragbare durch Werbung fördernder Laienmitglieder wieder einzubringen. Ich erwähnte bereits, daß der große, fast 2000 Mitglieder zählende BB. Berlin für 1921 mit einem Fehlbetrag von 30 000 Mf. abschloß; dieses Defizit ist erst zum dritten Teil, und zwar durch eine hochherzige Spende feines zurzeit in Solland tätigen Borfitenden, ausgeglichen. Wic wird es im Jahre 1922 und weiterhin aussehen, und wird dieser und die anderen Berbande die Tätigkeit jum Besten der Allgemein= heit überhaupt noch fortsetzen können? Ihre Abgaben an den zentralen ABB. fließen spärlich genug, und der ABB. vermag seinem Generalsekretär, der ihm seine ganze Arbeitskraft widmen nicht mehr zu geben als 24000 Mf. jährlich. Was fein wird, wenn die BB. und ihr ABB. ihre Arbeit aus Mangel an Mitteln wirklich einstellen muffen, ist gar nicht abzusehen. Ich will in meinem Schluß= wort einige Andeutungen geben, was diese Arbeit nicht nur für die Rünftler, fondern letten Endes für die Runft zu bedeuten hat.

IV. Die Mitgliederzahl der Künstlerverbände.

Die Mitgliederzahl der Verbände hat wenig Beziehung zur wirtsichaftlichen Lage der Künstlerschaft; wichtig ist nur die erhebliche gahlensmäßige Erstarkung der WB., die, im Reichswirtschaftsverband bildensder Künstler Deutschlands zusammengeschlossen, jest auf 6300 Mitglieder angewachsen sind; sie ist wichtig, weil hier nur rein wirtschaftsliche Interessen verfolgt werden, und den WB. über kurz oder lang alle Künstler, die ihre Zeit verstehen, werden angehören müssen. Wenn ein anderer, ein Künstlerberufsverband, abs oder zunimmt, so sagt das höchstens etwas über die Lebensfähigkeit der von ihm vertretenen, besonderen künstlerischen Richtung. Übrigens haben, den vorliegenden

Nachrichten zufolge, fast alle älteren Künstlerberufsberbände ihren Mitgliederstand erhalten können, wenn sie ihn auch nicht mehr zu ersweitern vermochten; nur die Münchener Künstlergenossenschaft und der Berein Berliner Künstler haben um 10 bzw. 18 % abgenommen; erstere umfaßt ausschließlich Künstler der älteren Richtung, und aus letzteren mag sich das satungsgemäß aufnahmeberechtigte Laienelement mehr zurückgezogen haben, weil auch die Künstler keine Feste mehr zu feiern haben.

Wenn sich die älteren Berbände nur gerade auf dem Stand von 1913 haben halten können, so ist der Zuwachs in den seither neus gegründeten Berbänden, eben weil sie die neue Richtung künstlerisch vertreten, zu sinden. Aber aus der relativen Blüte der Künstlerberusse verbände irgendwelche Schlüsse auf den Wohlstand der Mitglieder ziehen zu wollen, wäre gründlich versehlt; denn in keinem anderen Beruf ist zum Zwecke der gemeinsamen künstlerischen Tat der persönsliche Anschluß so notwendig wie bei dem Künstlerberus, in dem nur die ganz Großen, aber auch diese selten, eine Folierung ertragen können. Der Auswand, den die Künstler durch solche Mitgliedschaft zu bestreiten haben, ist im Bergleich zu den Lebenskosten, wie wir gesehen haben, nur ganz minimal, d. h. auf das Dreis oder Viersache gesstiegen. Im Durchschnitt werden nicht viele Künstler dafür jährlich ersheblich mehr als insgesamt 100 Mk. zu zahlen haben.

Unsere Umfrage ist ja auch nicht erfolgt, um die Auswendungen der Künstler als Maßstab ihrer wirtschaftlichen Lage zu nehmen, sons dern um festzustellen, ob die Verbände durch die vermehrte Gesamtsheit dieser von ihnen eingezogenen Beiträge in die Lage versetzt würden, mehr für die Besserung der wirtschaftlichen Lage zu tun; daß nicht dies, sondern das Gegenteil der Fall ist, habe ich bereits dargelegt. Weder die charitativen Ausgaben noch die grundsätzliche Vertretung noch die Ausstellungspflege (letztere fällt den Berufsverbänden zu) sind mit diesen Beiträgen, die gleichwohl nicht erhöht werden können, zu erfüllen.

V. Preise 1913 und 1921.

Mir wurde kürzlich vorgehalten, daß in München etwa 20 Maler leben, die für ihre Bilder so märchenhafte Preise erhalten, daß sie schon beim Verkauf von vier bis fünf Werken ein ansehnliches Ver= mögen berdient hätten; überdies könnten sie gar nicht so viel schaffen, wie von ihnen verlangt wird. Die gleiche Feststellung wäre wohl auch in Berlin und an anderen Kunstorten zu machen. Diese in Mode ge= kommenen Künstler stehen entweder hinsichtlich ihrer Kunst oder ihrer blendenden Virtuosität so ganz aukerhalb jeden Makstabes, daß mit ihren Rieseneinnahmen weder für die Rentabilität des Rünstlerberufes etwas bewiesen noch nach der Art ihrer Produktion die Behauptung gerechtfertigt wäre: mit ihnen wäre Kunst und Könnertum derart aus= reichend repräsentiert, daß alle anderen Bertreter ruhig dem hunger= tode preisgegeben werden könnten. Weder die Kunstwissenschaft noch die Volkswirtschaftslehre möchten solche Ansichten mit ihren Methoden decken. Der Kunstwissenschaftler weiß sehr wohl, daß, wie die Spitzen der Phramiden, so auch die Korpphäen der Künstlerschaft nur auf einer breiten, nach oben immer mehr sich berengenden Grundlage denkbar sind: und die Volkswirtschaftler fragen weniger oder nicht allein nach den Qualitätsgraden der Leiftungen, sondern nehmen diejenigen als Bertreter eines Berufes, die ihn erlernt haben und durch ihn ihr Brot sich zu erwerben wünschen; sie stellen ihre Berechnungen nach dem Durchschnitt auf.

Dieses durchschnittliche Bild zu geben, ist hier auch meine Aufsgabe, und deshalb lasse ich auch diesenigen Großberdiener ganz beisseite, die sich als Ausnahmen längst und so hoch über den Durchschnitt erhoben haben, daß ihnen, wollte man sie in Betracht ziehen, nur ein ebenso außerordentliches mathematisches Minus, das wohl so manchen Künstler in den Hungertod geführt hat, entgegengestellt werden könnte, aber eben für eine vergleichende Statistik nicht mehr zu gebrauchen ist.

Aus einem reichen Bezirk einer sehr großen norddeutschen Kunststadt standen mir, ohne Namensnennung, von 190 Künstlern die Umsahsteuererklärungen für 1921 zur Verfügung, und zwar von 40 Malerinnen, 101 Malern, 29 Bildhauern und 20 Architekten. Es haben Einkommen angegeben:

40	Malerinnen	zusammen	197329	Mŧ.	Durchschnitt	4933	MŁ.
davon 7	unter 1000	"	5395	"	"	772	"
10	" 3000	"	19798	"	"	1 979	"
11	3-5000	"	48 150	,,	"	4377	"
7	5—10000	"	46921	,,	"	6703	,,
5	10 - 20000		77 065			15413	

101	Maler	zusammen	1 989 595	MŁ.	Durchschnitt	19808	MŁ.
davon 9	unter 3000	"	18935	,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,	<i>"</i>	2104	"
7	3-5 000	"	32327	"	,,	4618	,,
19	5-10000	,,	145 701	,,	,,	7661	,,
31	10-20000	"	474 520	,,	,,	15 307	,,
35	über 20000	,,	1318112	"	,,	37 660	,,
29	Bilbhauer	zusammen	872 136	Mł.	Durchschnitt	29 039	M£.
bavon 1	unter 3000	. ,	2766	,,	"	2766	,,
1	3-5 000	,,	3 200	,,	"	3 200	,,
4	5-10000	,,	28175	"	"	7044	,,
5	10 - 20000	"	80612	"	"	16122	"
18	über 20 000	"	727389	"	"	40 410	"
20	Architeften	zusammen	489 569	Mt.	Durchschnitt	24 478	Mt.
davon 1	3-5000	,,,	3267	"	"	3 267	,,
2	5 - 10000	"	19020	"	"	9510	,,
6	10-20000	"	92321	"	"	15387	"
11	über 20000	,,	374961	"	"	34 087	"

Bekanntlich mussen die bildenden Künstler eine Umsatsteuer (außer der Einkommensteuer!) bezahlen, und hierdurch ist auch die Mehrseinnahme der Bildhauer den Malern gegenüber erklärlich; die Bildhauer, die meist einen Denkmalsauftrag usw. in Gesamtentreprise übersnehmen, mussen ihren Gesamts, nicht etwa nur ihren Nettoumsat versteuern, wonach ihnen zur Last fällt, was sie einschließlich des Masterials usw. umgesetzt haben; denn der Gesetzgeber unterstellt ihnen, daß sie auch am Material mitverdienen. Die Architekten werden pach Taris, der sich mit prozentualer Minderung nach oben nach der Gesamtbausumme bemißt, honoriert; soweit sie in der jezigen Flaute überhaupt zu bauen hatten und ihren Erwerb nicht in anderen Bezusen suchen mußten, waren sie verhältnismäßig am besten gestellt, haben aber auch große Spesen für Reisen zum Bauort usw.

Zwei Architekten hatten Umsätze von 176 000 Mk. und gar 1 783 000 Mk. angegeben; da sie aber ganz augenscheinlich nicht dem eigentlichen Künstlerberuf angehörten, sondern als Unternehmer aufstraten, habe ich sie in der Statistik nicht berücksichtigt.

Leider war nicht festzustellen, wie viele dieser Künstler verheiratet waren und nur für sich oder noch für eine Familie von einer oder mehreren Personen zu sorgen hatten. So bin ich in bezug auf sihr Existenzminimum auf die reine Vermutung angewiesen, glaube aber keineswegs zu hoch zu greisen, wenn ich dieses Existenzminimum bei den weiblichen Künstlern mit 8000 MK., bei den männlichen aber mit

15 000 Mf. für das Jahr 1921 annehme. Es blieben unter diesem Existenzminimum: bei den Malerinnen $87^1/_2$ %, bei den Walern $34^1/_2$ %, bei den Bildhauern $20^1/_2$ % und bei den Architekten $10^1/_2$ %, zum Teil recht bedeutend. Ob das Desizit durch Hungern, bei den Malerinnen durch die Ehe oder meist durch einen Rebenberuf auszegeslichen wurde, entzieht sich unserer Beurteilung. Es muß noch einsmal darauf hingewiesen werden, daß die vorstehenden Angaben in einem verhältnismäßig reichen Bezirk, der viele Kunstsreunde beherbergt, abgegeben wurden und somit diese Gesamtergebnisse, so traurig sie schon sind, keineswegs als Durchschnitt genommen werden dürsen, da in den meisten anderen Bezirken und an kleineren Orten die Zustände sicher noch ungünstiger sind; der Durchschnitt ist also als noch darunter liegend zu vermuten.

Fragt man nun, wie sich solche Einnahmen zu denen der Vorstriegszeit verhalten, so ist zweierlei in Betracht zu ziehen: der ansgebliche derzeitige Mehrumsatz durch Mehrverkauf und ferner die den Malern, zum Teil aber auch den Bildhauern zur Last fallende, ershebliche Kostensteigerung der Materiale. Ein Mehrumsatz wird von Graphikern und Bildhauern zugegeben; bei letzteren ist schon das sich im Wert erhöhende Material für Käuser eine gute Kapitalanlage; die Graphik wird als die im Preise noch erschwinglichste Form von Kunstwerken in zunehmendem Maße begehrt, wosür man aber auch die zu anderen Formen relative Villigkeit fordert; wir werden weiter unten sehen, daß die Graphiker von allen Kategorien bildender Künstler die geringste Erhöhung ihrer Preise, die etwas die Geldentwertung ausgleichen könnte, erzielen, während die Maler, denen dafür aber auch seltener ein Verkauf gelingt, im Vergleich zu ihnen ihre Preise etwas mehr, aber längst nicht genügend ausgleichen konnten.

Betrachten wir nun nach den eingegangenen Mitteilungen die Ershöhung der Bruttopreise, die den Künstlern im Jahre 1921 im Vergleich zum Jahre 1914 möglich geworden ist; es werden nur die nackten, posistiven Zahlen angeführt, ohne Berücksichtigung ihres sehr gesunkenen inneren Wertes.

Im Bezirk 37 des BB. haben sieben Maler für die gleiche Leiftung wie 1913 die Bruttosteigerung des Ertrages folgendermaßen angegeben: einer erhielt das Zehnsache, einer das Achtsache, zwei das Sechsfache, zwei das Dreifache und einer (für Porträts) nicht mehr wie das Doppelte. Die durchschnittlichen Mehreinnahmen betrugen also das

Fünfeinhalbsache. In einem anderen Berliner Bezirk verdienten von neun Malern: einer das Zehnfache, drei das Achtfache, zwei durchsichnittlich das Siebeneinhalbsache, einer das Siebenfache, einer das Sechsfache und einer das Dreis bis Fünffache, durchschnittlich also das Siebeneindrittelfache. Zwei Kadierer erhielten von Verlegern das Dreis bzw. das Dreis bis Vierfache für die Platten. Der Verein Bersliner Künstler schätzt die Bruttomehreinnahme von 1913 zu 1921 höchstens fünffach; die Freie Vereinigung der Graphiker zu Verlin bemißt sie auf das Dreis bis Fünffache.

Ühnlich so lauten auch die Berichte aus den übrigen Kunststädten. In Duffeldorf erklärt der BB., daß für Kunstwerke durchschnittlich das Fünf= bis Achtfache der Borkriegszeit bezahlt wurden; vereinzelte, besonders gesuchte Künstler erreichten das 15 fache. Der regere Um= jat habe wenigstens einen teilweisen Ausgleich zu der 40 fachen Steige= rung aller Lebensmittel (1921) geschaffen. In Frankfurt a. M. hat die Mehrzahl der Künftler, Maler, Bildhauer und Graphiker nur eine sehr geringe Erhöhung erzielt; neuerdings ist eine Nachfrage nach graphischen Erzeugnissen festzustellen. Nur einzelne Rünftler, etwa vier bis sechs, haben in Frankfurt bessere Preise erhalten. In Gera ergab eine Rundfrage unter den Mitgliedern des Runftlerbundes Oft= thüringen bei Malern, Bildhauern und Graphikern eine Steigerung um das Vier= bis Fünffache; Runftgewerbler wurden beffer bezahlt. In Jena war das Berhältnis der Preise für Gebrauchsgraphiker, die im ganzen Reiche besonders gut organisiert sind und mit Jadustrie und Handel wie mit Privaten nur nach Tarif arbeiten, 1:15; für die übrigen Graphiker 1:5; für Illustratoren aber nur 1:1,75. In Rarls= ruhe wurden Porträtmaler im Jahre 1921 drei= bis fünfmal so gut bezahlt wie 1913; namhafte Rünftler erzielten höhere Preise.

Ganz schlecht lagen die Verhältnisse in Königsberg, denn hier wurden für 1921 die Einnahmen der Mitglieder des WB. aus künstelerischer Berufsarbeit mit 550 Mk. monatlich "eher zu hoch" ansgegeben; die Folge dieser Notlage war, daß schon 1921 hier die allermeisten Künstler mit Nebenverdienst sich durchschlagen mußten, d. h. soweit sie solchen finden konnten. In München verdienten bekannte (ausdrücklich: bekannte) Künstler das Sechssache, höchstens das Zehnsache; eine Schähung der Einnahme von Künstlern, die dem Publiekum noch nicht so geläufig sind, scheint als aussichtslos unterlassen worden zu sein, doch bleiben sie sicher weit unter dem obigen Durchs

schnitt. Dem Vorstand des WB. in Stuttgart wurde von Künstlern verschiedener Betätigung und verschiedenen Alters für 1921 eine Steigezung auf das Dreis dis Fünfsache als normal bezeichnet; der dortige Kunstbildhauerverein gab an, daß trot erheblicher Verteuerung der Kunstwerke infolge großer Preissteigerung der Bronze das anteilige Künstlerhonorar nur um das Dreis dis Viersache gestiegen sei; seit 1921 bis Mitte 1922 hat sich das Honorar im Vergleich zu 1913 um das Fünss dis Zehnsache erhöht. Im letztgenannten Zeitabschnitt ist es den Malern in Stuttgart möglich geworden, die siebens dis zehnsfachen Vorkriegspreise zu erhalten. Bei den Stuttgarter Graphikern war die Preissteigerung dis Ende 1921 sehr mäßig; jetzt beträgt sie das Dreis dis Viersache. Bei höherer Preissforderung versagte das Publikum.

Nach Vorstehendem kann man für 1921 im Durchschnitt eine fünffache Steigerung annehmen, wobei die Maler etwas darüber, die Graphifer und Bildhauer aber darunter blieben. Beffer, aber nur im Berhältnis zu ihren zurückbleibenden Rollegen der anderen Runftzweige beffer, waren die Gebrauchsgraphiker und Architekten gestellt; lettere natürlich nur, soweit sie überhaupt Aufträge erhalten konnten. Das kommt daher, daß diese beiden Kategorien es durchgesett haben, nach einheitlichem Mindesttarif honoriert zu werden, eine Magnahme, die nun auch die Maler, Bildhauer usw. zu erreichen streben, obwohl die Schwierigkeiten, z. B. für Landschaften usw. Tarife aufzustellen, sehr groß find; man darf auch nicht übersehen, daß es sich bei den erst= genannten beiden Rategorien eben um feste und um genauer bestimm= bare Aufträge handelt und solche Aufträge für freiere Runstwerke nur tarifiert werden könnten, wenn etwa schon Skizzen vorhanden sind. Aber ich will hiermit den zurzeit schwebenden Beratungen nicht vorgreifen.

Im Vergleich zur ungeheueren Kostensteigerung der Lebenshaltung sind die bisher erreichten Mehreinnahmen der Künstler lächerlich gering, und sie stehen im Augenblick etwa wie 10:100. Überdies sind die Mehreinnahmen durchaus trügerisch, und die wahre Notlage der bildenden Künstler kommt erst zum Vorschein, wenn die ungeheuere Verteuerung der Materiale, die den Malern ganz, aber den anderen Kategorien auch größtenteils zur Last fällt, berücksichtigt wird.

Die Materialpreise für Maler sind von 1913 bis 1921 bzw. Mitte 1922 wie folgt gestiegen (ich füge die Steigerung im ersten Halbsjahr 1922 in Klammern bei): Farben durchschnittlich $8^{1}/_{2}$ mal (40),

Keilrahmen 8 (80), Leinwand 34 (61), Pinsel 33 (66), Mastig 20 (56), Terpentin 16 (75), Malpappen 17 (120), Leinöl 42 (93). Das beseutet im Durchschnitt für 1920 eine Berteuerung von $22^{1}/_{2}$ %, für 1922 von 74 %.

Wie berechnet sich hiernach die Kalkulation eines Malers, der in der Borkriegszeit bei einem mittleren Bild, für das er 1000 Mk. löfte, etwa 8 %, das sind 80 Mf., an Materialkosten zu tragen hatte? Da= mals behielt er als Nettveinnahme 920 Mt. für sich zurück. Im Jahre 1921 erhielt er für ein gleiches Bild 5500 Mt. brutto, hatte aber 221/9 mal so viel Selbstkosten, das sind 1800 Mk., wonach ihm 3700 Mt., also das Vierfache, verblieb. Katastrophal wurde die Rechnung aber erst im Jahre 1922. Da bekam der Maler im gunstigen Fall 8000 Mt. brutto, hatte aber, sehr mäßig gerechnet, 50 mal 80 Mt., also 4000 Mk. Selbstkosten. Im Vergleich zur Vorkriegszeit blieb demnach fein Mehrerlös netto etwa beim vierfachen Sat fteben, mahrend die Kosten der Lebenshaltung auf das 80= bis 100 fache hinauf= geschnellt sind. Wäre Kunft eine lebensnotwendige Ware, so müßte dieses Bild, ungerechnet die kaufmännischen Generalunkosten für Reisen, Studien usw., mindestens 84000 Mt. kosten. Man braucht nur eine folche Utopie auszudenken, um das Groteske der Wirklichkeit zu empfinden. Es ist ja richtig, daß der Maler nicht erwarten darf, von dem Ertrage eines einzigen Bildes leben zu können. Aber, wer glaubt, daß es ihm gelingen könnte, 20 solche Bilder zu produzieren und - zu verkaufen, damit er mit 80 000 Mk. jährlich ein bescheidenes Leben führe?

Der Ursprünglichkeit halber möchte ich hier einen Brief eines Radierers hersehen, den dieser an die Zeitschrift "Kunst und Wirtschaft", das Organ des RBB., gerichtet hat. Er lautet:

"Es ift mir in der letten Zeit wiederholt aufgefallen, daß Künftler ihre Werke zu ganz unglaublich niedrigen Preisen verlausen. Ob in einigen Fällen der Erlös auch nur ausreicht, um einen neuen Rahmen zu kaufen, glaube ich nicht. Früher bekam ich zum Beispiel für eine kleine Nadierung 30 Mt., dafür erhielt ich 22 Pfund Butter oder 429 Gier! Heute bekomme ich für die gleiche Nadierung 150 Mt. Dafür erhalte ich aber nur 2 Pfund Butter oder 20 Gier! Früher bekam ich sur 30 Mt. (eine Radierung) ein Paar Schuke besten und ein Paar Schuke bester Lualität. Heute muß ich fünf gleiche Radierungen à 150 Mt. verkaufen, um ein Paar minderwertige Stiefel anzuschaffen. Früher bekam ich für eine größere Radierung 80 Mt., dafür erhielt ich einen guten Maßanzug. Heute bekomme ich für die gleiche Radierung 300 Mt. Ich muß 14 Stück verkausen, um einen einigermaßen brauchbaren Anzug zu bekommen. Verkaust

heute ein Künstler eine Zeichnung für 80 Mt., so bekommt er bafür ein Pfund Butter, während er früher 60 Pfund Butter bekommen haben würde. Er gibt also eigentlich seine Zeichnung für 1,33 Mt. her.

Aber leiber wird alles Rechnen uns nicht zu dem Idealzuftand bringen, daß wir die errechneten Butterpreise auch bekommen. Aber ganz grobe Miß-griffe müßten sich doch vermeiden lassen. Abgeordnete und Regierungen sollten sich jedenfalls mit diesen Fragen auch einmal besassen.

Bei den Bildhauern sind die Verhältnisse nicht besser. Allerdings zahlt jetzt bei Aufträgen meistens der Besteller die Materialkosten bessonders, und kluge Künstler lassen sich hierfür auf eine verbindliche Preisabgabe nicht mehr ein; es werden aber viele Besteller durch die hohen Materialpreise abgeschreckt und geben ihre Absicht, zu bestellen, ganz auf. Der nachstehende Brief beleuchtet die Lage der Bildhauer in charakteristischer Weise:

"Berlin, 10. Mai 1922. Ich erhielt im Ottober 1921 den Auftrag, eine Porträtbufte eines außerhalb wohnenden Berrn teils nach der Natur, teils nach gezeichneten Studien und Photos auszuführen, und zwar follte die Bufte in Bronze gegoffen werden; ber zu Porträtierende wollte noch im Vorjahr zu weiteren Situngen hertommen. Sein Kommen verzögerte fich - er ift ein vielbeschäftigter Anwalt —, und ich habe badurch erheblich länger nach dem borhandenen und immer nur von bort gefandten Material gearbeitet. Endlich, im Marz, tonnte ich die Bufte nach der Natur zur vollsten Zufriedenheit fertigftellen, fo bag fie jest in Bronze gegoffen wird. Die Roften find nun aber gang erheblich höher. Damals hätte bas Metall zu ber Bufte girka 700 Mt. gekoftet, heute etwa 2700 Mt., im Ottober vorigen Jahres erhielten Gieger und Bifeleur durchschnittlich pro Stunde 7,50 Mt., heute 26-27,50 Mt. Der Guß extlusive Metall war mir seinerzeit mit 1800 Mt. veranschlagt worden, heute kostet er mindestens 4500 Mt. Sogar der Gipsguk ist um etwa 300 Mt. teurer geworden burch die Lohnerhöhungen. Ich habe also rund 5000 Mt. direkte Mehrkoften nur für Material und Guß zu bezahlen. Deine sonftigen burch verteuerte Lebenshaltung und zirka fechswöchige Mehrarbeit bedingten Unkosten gar nicht gerechnet, die mir der Besteller auch nicht vergüten will. Ich bin alfo, felbst wenn ich die 5000 Mt. mehr erhalte, notorisch ftark geschädigt und muß die Lohn- ufm. Steigerungen, von benen ich nur Schaben habe, noch mit der unglückseligen Umsatzsteuer bezahlen! — Roch schlimmer ist es bei der Grabmalstunft. hier find die Steigerungen für Material, Fracht usw. noch enormer. Bei einem Erbbegräbnisentwurf, beffen Roften ich auskalkulieren laffen mußte (nur architektonischer Aufbau, ohne Figur), kostet das Rohmaterial, deutscher Granit (zirka 10 Rubikmeter), weit über 100 000 Mk.! Die Fracht für die fertigen Steine hierher würde nach heutigem Tarif 30 000 Mt. (breißigtausend) überschreiten, die Aufstellungsarbeiten mehr als 20000 Mf. (zwanzigtausend) kosten. Alles in allem dürften hier etwa 400 000 Mk. (vierhunderttausend) in Frage kommen nur für die Ausführung durch das Steinwerk. Gine Lohnerhöhung von 5 Mf. pro Stunde, wie sie seit 1. Mai eingetreten ist, bebeutet: girfa 20 Arbeiter mindestens erhalten biefes Mehr etwa 50 Tage lang

ausbezahlt, das find pro Tag 800 Mt., gleich 40 000 Mt. (vierzigtaufend) Mehr= toften nur durch diefe Lohnerhöhung! Wie foll ein Runftler da fchaffen, wenn bas Damoflesichwert ber Umfahftener über ihm schwebt? (Die Bildhauer muffen bie Umfatsteuer vom Gesamtbruttobetrag bezahlen! Bellmag.) Sier muffen Mittel und Wege gefunden werben, um den geiftig Schaffenden die Exiftengmöglichkeit nicht burch mörberische Steuern abzuschneiben! Der tatfächliche Bewinn des Rünftlers ift gegenüber diesen ftandig lawinenartig machfenden Unkosten relativ so gering, besonders wenn während der Arbeit neue Berteuerungen eintreten, daß die Behörden bem Künftler nicht glauben. — Diefe Dinge habe ich neulich im Reichsfinanzministerium betont, gerade in Bezug auf Brabmaler, und habe auf die verhängnisvolle Ungerechtigkeit der Umfatftener hingewiesen, welche ben ehrlichen, idealiftischen Qualitätsarbeiter ruiniert, mahrend fie den gemiffenlofen Grofverdiener wenig trifft. Bezeichnender= und erfreulicher= weise nickte mir ber Bertreter bes Ministeriums beiftimmend gu. - Roch ein lettes, kurzes Beispiel. Ein in Muschelkalk ausgeführtes Grabmal, welches im Dezember vorigen Jahres girta 30 000 Mt. Steinausführung toftete, wurde fich heute auf mindeftens 80 000 Mt. ftellen! Durch diefe Zuftande wird es heute faft unmöglich, Aufträge zu erhalten, da jede Kalkulationsmöglichkeit aufhört."

Es könnte nun jemand auf den Gedanken kommen: "Bielleicht sind es nur die Künstler der älteren Richtung, auf die solche Berhält=nisse zutreffen, und vielleicht verdienen die in Mode' gekommenen Künstler der neueren Richtung besser?" Das Gegenteil trifft zu; denn die bekannte "Novembergruppe" schrieb dem RWB. auf seine Umfrage:

"Auf Ihr Schreiben (nebst Fragebogen) vom 24. April teilen wir Ihnen mit, daß sich bei der Novembergruppe die gewünschte Vergleichsstatistist schlecht aufstellen läßt, da sie erst im November 1918 gegründet worden ist. Wir können nur feststellen, daß für bildende Künstler im Sinne der Novembergruppe, als solche, die ohne Konzession an den Publikumsgeschmack nur ihrer freien Arbeit leben, überhaupt keine Existenzmöglichkeit heute mehr besteht. Die wenigen Käuser — Liebhaber, Kenner und Museen — sind an Jahl sehr zurückgegangen. Wer sich früher von Haus aus eine freie künstlerische Betätigung leisten konnte, ist dazu bei den veränderten Geldverhältnissen nicht mehr in der Lage. Die Folge davon ist, daß die Künstler zum Schaden der Kunst gezwungen sind, sich als Beamte, Lehrer und sogar kaufmännisch den Lebensunterhalt zu verdienen, zum Teil nebenderusslich, zum Teil auch im Hauptberus. Die echten Künstler werden seelisch dabei vernichtet."

VI. Verschiebung der relativen Zahlen der einzelnen Fachgruppen.

Die Frage, ob eine Abwanderung von einer Fachgruppe zur anderen stattgesunden habe, wozu bessere Existenzmöglichkeiten die Bersanlassung gegeben haben könnten, ist stillschweigend oder ausdrücklich allerseits mit "Nein" beantwortet worden. Nur der Karlsruher BB.

antwortete bejahend: "Die Verschiebung bewegt sich zugunsten der ansgewandten Kunst. Es wird für Gebrauchsgraphik, kunstgewerbliche Entwürfe und dergleichen jetzt mehr bezahlt als für Ölgemälde." Diese Auskunst trifft zweisellos den Kern der Sache, was die subjektive Berechtigung der verneinenden Antworten durchaus nicht beeinträchtigt; denn solche Arbeiten, wie die von Karlsruhe genannten, werden mindestens im Ansang nebenher übernommen, und sie bedingen keinen ausgesprochenen und sichtbaren Berufswechsel.

VII. Verkäufe in Ausstellungen.

Da die meisten Kunstausstellungsunternehmen, obwohl sie in den Händen der Künstler selbst liegen und die ausstellenden Kunsthändler (sehr zu Unrecht) die Auskünste über ihre Umsäte und sogar über die Art ihrer Berkäuse glatt verweigern, so kann ich keine beweiskräftige übersicht bieten, welche Mehrausbeute die Künstler hier gehabt haben. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß allergrößte Ausstellungsunternehmen, z. B. die GroßeBerliner Kunstausstellung, im Jahre 1921 außerordentlich geringe Berkaussergebnisse erzielt haben. Schon das Jahr 1920 siel gegen 1919 erheblich zurück. Das Jahr 1919 allerdings war gut; aber diese Konjunktur lag nicht in der Sache selbst, sondern in der Absicht der neuen Reichen, ihr Geld in Kunstwerken, gleichviel welcher Art, steuerfrei anzulegen, begründet.

Es wird übrigens aus verschiedenen Kunststädten, mit besonderem Nachdruck aus Stuttgart, betont, daß die Ausstellungsverkäufe minimal gewesen seien und grundsätzlich für die Existenz der großen Mehrzahl der Künstler gar keine Rolle spielen.

Wenn ich trohdem von einigen Ausstellungsunternehmen nachsstehend die Verkaufszahlen veröffentliche, so geschieht es mit der Abssicht, auch hier vergleichsweise die erzielte Preissteigerung zu untersuchen und den von den Künstlern selbst gegebenen Maßstab nachszuprüfen.

1. Badischer Runftverein in Rarlsruhe.

Jahr	Kunstwerke ausgestellt:	davon verkauft:	Gesamterlös:	im Durchschnitt:
1910	3746	$148 \ (4,5 \ ^{0}/_{0})$	Mf. 37 553	Mf. 255
1911	3199	$78 \ (2,5 \ ^{\circ}/_{\circ})$	" 45 370	" 582
1912	272 8	$73 (2,7 ^{\rm 0/o})$	" 16 44 0	" 225
1913	2663	90 (3,5%)	" 30 000	" 333
1914	2207	57 (2,5 %)	" 27 26 4	" 47 6

Jahr	Runftwerke ausgeftellt:	davon verkauft:	Gefamterlös:	im Durchschnitt:
1915	2260	$124 \ (5,5^{\circ}/_{\circ})$	Mt. 29 193	Mf. 235
1916	2085	177 (8,5 %)	" 27 76 5	" 1 53
1918	2019	157 (7,7%)	"	" 446
1919	2800	570 (20 %)	" 256 335	" 4 50
1920	3008	459 (15 %)	" 30 4 988	" 66 4
1921	3332	287 (8,5 %)	" 328 68 1	" 11 4 5

Zu dieser Tabelle ist zunächst zu bemerken, daß das Jahr 1917 ausgelassen werden mußte, weil in diesem Jahre eine große Gedächtnisausstellung für Gustav Schönleber veranstaltet wurde und ein außerordentliches Ergebnis erzielte, das aber für die Gesamtheit keine Bebeutung haben kann.

Die Zahl der ausgestellten Werke hat sich von 1910 bis 1918 stetig vermindert, wahrscheinlich weil man aus asthetischen Rücksichten weitläufiger hängen wollte. Bon da an wurden wieder mehr Berke angenommen, um im Interesse der Runftler die Berkaufsmöglichkeit, so gut es irgend ging, auszunuten, bis 1919 die Anzahl des Jahres 1910 fast wieder erreicht war. Das Jahr 1919 brachte in jeder Hinsicht einen großen Aufschwung; denn es wurden, der Konjunktur ent= sprechend, nicht nur um 40 % mehr Werke ausgestellt, sondern auch, im Berhältnis zu den ausgestellten Werken, von diesen um 12,5 % mehr verkauft, ohne daß sich deren Durchschnittspreis vermindert hätte. Aber obwohl auch in den Jahren 1920 und 1921 die Zahl der auß= gestellten Werke fortgesett stieg, fiel doch der Prozentsat der ber= kauften Werke auf 15 und dann auf 8,5 %, ein Zeichen, daß es sich um eine Scheinkonjunktur gehandelt hatte und nicht etwa ein ber= mehrtes Kunftbedürfnis im Volke erwacht war, was viele als eine gefunde Reaktion gegen die kulturlofen Rriegsjahre erhofft hatten.

Wie steht es nun mit dem durchschnittlichen Berkaufspreis, den die Künstler erzielt haben? Bon 1910 bis 1913 hatte dieser Durchschnitt 349 Mt. betragen. Im Jahre 1914 stieg er zunächst um 36 %. Dann aber begann ein starkes Sinken unter den Borkriegsdurchschnitt, und zwar 1915 um 35 % und 1916 um 56 %, trotz gleichzeitiger Bermehrung der Jahl der verkauften Werke, aus der doch hervorgeht, daß das Interesse des Publikums für die Kunst im allgemeinen sich nicht vermindert hatte. Es wird sich eben um eine andere Mischung der verkauften Werke gehandelt haben, in der die größere Kriegsgraphikeinen vermehrten Unteil hatte und damit auf den durchschnittlichen Berkaufspreis drückte. Erst das Jahr 1918 brachte wieder normale

Verhältnisse, indem wieder mehr Slgemälde geschaffen und verkauft wurden; dementsprechend stieg der Verkaufspreis in den Jahren 1918 und 1919 um 28 % über den Vorkriegsdurchschnitt. Dieser war zur Zeit der beginnenden Lebensteuerung, im Jahre 1920, erst um 90 % übertroffen, also noch nicht einmal verdoppelt, und er stieg im Jahre 1921 nur um 222 %, hat sich also um wenig mehr als verstreisacht.

Die Selbsteinschätzung der Künstler, die ich im fünsten Kapitel behandelt habe und die ihnen für 1921 eine durchschnittliche Preißsteigerung um das Fünssache nachrechnete, ist nach diesen Ergebnissen des badischen Kunstvereins augenscheinlich noch zu hoch gegriffen, selbst wenn man berücksichtigt, daß die Künstler beim direkten Berkauf zuweilen etwas höhere Preise erzielen und dabei auch die Verkaussprovision an den Kunstverein nicht zu zahlen haben.

2. Württembergischer Runftverein in Stuttgart.

Daß diese Vermutung zutrifft, bestätigt auch der Leiter des württembergischen Kunstvereins, obwohl ihm unsere Feststellungen nicht bekannt waren. Er schreibt im Juli 1922: "Die Rünstlerschaft hat bis März/April ihre Friedenspreise um das Drei= bis Vierfache erhöhen können; gegenwärtig sind sie im Durchschnitt auf dem Behnfachen angelangt, immer noch kein Berhältnis zu der jetigen Teuerung — aber — man muß kein Bild haben." Hieran schließt sich die Rlage über die berminderte Leiftungsfähigkeit der Runftbereine, die bekanntlich, sicher im wirtschaftlichen Sinne, segensreich für die Rünstlerschaft gewirkt haben. "Im allgemeinen höre ich von allen Rollegen ein schweres Kämpfen der Kunftvereine. Unser Beitrag betrug 10 Goldmark und in den letten zwei Sahren 20 Papiermark; demnächst soll auf der Mitgliederversammlung für das Jahr 1922 bis 1923 ein Beitrag von 100 Mt. beantragt werden. Daß diese Erhöhung einen größeren Ausfall an Mitgliedern bringen wird, ift erklärlich; aber es läßt sich nicht ändern."

Im württembergischen Kunstverein wurden im Jahre 1913 von Privaten gekauft: 157 Werke für 36 076 Mk. und vom Kunstverein selbst für seine Verlosung 212 Werke für 34 723 Mk., zusammen also Werke für zusammen 70 799 Mk. Ausgestellt gewesen waren 3528 Werke; demnach wurden 10,5 % verkauft. Im Jahre 1921 wurden von Privaten 390, vom Verein für die Verlosung 226 Werke, zusammen

616 Werke erworben. Ausgestellt gelvesen waren (außerhalb einer ge= schlossenen und den Verein nicht direkt berührenden Ausstellung der Allgemeinen deutschen Kunftgenossenschaft) 2200 Werke, von denen 28 % verkauft wurden. Der durchschnittliche Verkaufspreis stieg von 192 Mk. auf 465 Mk., d. h. um 240 %. In Wirklichkeit mag aber die durch= schnittliche Steigerung höher gelvesen und den obigen eigenen Angaben des Vereins, nämlich um das Drei- bis Vierfache, entsprochen haben. Ein zuverlässiger Bergleich läßt sich nämlich nicht ziehen, weil die Art der verkauften Werke in deren Bahl sich sehr erheblich auf die an sich billigeren Werke berschoben hat. Wenn man diese Art der Ber= käufe aus 1913 mit denen aus 1921 vergleicht und letztere in Klammern sett, so ergibt sich folgendes Bild: 220 (135) Olgemälde, 35 (13) Plastiken, 27 (37) Zeichnungen, 11 (29) Aquarelle, 58 (225) Radie= rungen, 3 (12) Lithographien, 1 (166) Holzschnitte. Demnach hat sich die Tendenz der Käufer sehr stark den billiger zu erwerbenden graphi= schen Werken zugewendet, während von den materiell hochwertigeren Werken (Ölgemälden und Plastiken) statt 70 %, nur 24 % ihren Käufer fanden, verglichen mit der Zahl der Gefamtverkäufe.

3. Im Museum für Runft und Runftgewerbe in Weimar

stieg 1921 der durchschnittliche Verkaufsertrag auf das Achtsache des durchschnittlichen Ergebnisses der Jahre 1913—1918.

1913	verfauft	: 38	Werke	zusammen	für	Mŧ	. 3000,	alfo	durchschnittl.	Ertrag	Mt.	79
1914	"	35	"	"	"	"	3100	,,	"	"	,,	90
1915	"	110	"	,,	"	"	5720	"	"	,,	"	52
1916	"	113	"	"	"	,,	10000	"	"	"	,,	90
1917	"	160	"	"	"	"	10900	"	"	"	,,	68
1918	"	94	"	"	"	"	9800	"	"	"	"	104
1919	"	134	"	"	"	,,	18100	"	"	"	"	135
1920	"	65	"	w	"	"	10000	,,	"	"	"	154
1921	"	20	,,	"	,,	"	13000	"	"	"	"	650

In dieser Vergleichung springt vor allem in die Augen der starke Rückgang in der Jahl der verkauften Werke seit 1919; in jenem Jahre der Scheinkonjunktur waren 134 Werke verkauft, im Jahre 1921 aber nur noch wenig über ein Siebentel davon.

Der durchschnittliche Ertrag der Werke ergibt aus den Jahren 1913 bis 1918 80,50 Mk. Er stieg 1919 um $67^1/_2$ %, 1920 um 90 % und 1921 um 707 %, alsv auf das Achtfache.

4. Thuringer Ausstellerverband bildender Rünftler, Weimar.

Ein ähnliches Ergebnis zeigt eine Verkaufsstatistik des Thüringer Ausstellungsverbandes bildender Künstler in Weimar; doch ist hier zu berücksichtigen, daß (wie bei der vorhergehenden Statistik des Museums für Kunst und Kunstgewerbe in Weimar) bei dem mehr verkausten Kunstgewerbe und bei Werken der Bronzeplastik die Preissteigerung dem verteuerten Material zufällt und demnach verstärkt brutto zu werten ist. Es wurden nämlich 1913 und 1921 (letztere Zahlen in Klammern gesetzt) verkaust 27 (28) Ölgemälde, 9 (7) Aquarelle und Bastelle, 47 (64) Graphik, 0 (19) Porzellan und 1 (4) Bronzen.

Jahr	ausgestellt :	vertauft:	zusammen für:	durchschnittlich:
1913	807	84 $(14^{\circ}/_{\circ})$	Mf. 3600	Mt. 43
1921	843	$122 \ (14 \%)$	" 44 000	" 360.

Einer Vermehrung der Jahl der ausgestellten Werke um 5 % steht gegenüber eine Vermehrung der Jahl der verkauften Werke um 50 %. Der durchschnittliche Verkaufswert beträgt, mit der eben ausgeführten Veschränkung durch die Materialteuerung, das Achteinhalbsfache.

VIII. Die Zahl der Kunsthändler.

Wer im Jahre 1919, dem Jahre der steuerschiebenden "Kunstfreunde", durch die Strafen Berlins ging, konnte fast an jeder Strafenecke eine "Kunfthandlung" prangen sehen; alle die alten "Freunde" der Rünftler, die von diesen, ob ihrer Verseuchung der Badeorte, leider mit recht geringem Erfolg, seit Jahren bekämpft worden waren, hatten sich hier häuslich niedergelassen und stellten unverwehrt ihren Kitsch zur Schau. Zum größten Teil bestand ihre Ware aus wertlosen Mach= werken, die in der "Manier" berühmter Künstler in gewissen Hunger= fabriken massenweise angefertigt werden. Mit Erlaß der Lurussteuer ist diese Art von fliegendem Runsthandel etwas zurückgegangen und hat sich in sein Eldorado, die Badeorte verflüchtigt. Bei unserer Statistik, soweit sie nicht, wie in München, nach dem Stadtadreßbuch vorgenommen wurde, ift diese Sorte von Runfthändlern mög= lichst nicht berücksichtigt worden, doch konnte natürlich keine der auskunfterteilenden Stellen andererseits für die Qualität der angegebenen Runfthändler eine Garantie übernehmen.

Hier die mitgeteilten Bergleichszahlen. In Duffeldorf stieg die

Jahl der Kunsthändler in den Jahren 1913 zu 1921 von 12 auf 15, in Karlsruhe von 2 auf 5, in München, nach dem Adresbuch, von 27 auf 59. Im Stuttgarter Adresbuch sind für 1921, die Vergleichszahl für 1913 fehlt, nicht weniger als 70 Kunsthändler, also weit mehr als in München, aufgeführt, und in ihnen sind zweifellos auch die Schmierenhändler enthalten. Stuttgart war übrigens schon seit vielen Jahren der Sitz gewisser Schwindelauktionen, die augenscheinlich den Boden gut vorbereitet haben. Im glücklichen Weimar gibt es überhaupt keinen Kunsthändler, weil hier Museum und die Künstler den Verkauf von Kunst in öffentlichen Lokalen selbst fest in der Hand haben.

Nur von einer Stelle, einem Berliner Teilbezirk, wurde ein vermehrtes Zusammenarbeiten mit dem Kunsthandel allerdings zu übersaus schlechten Preisen, gemeldet. Im allgemeinen ist zu sagen, daß die Kunsthändler in der Regel nur mit wenigen und bestens anerkannten Künstlern, oder solchen, die sie konsequent zum Erfolg führen wollen, arbeiten und auch in ihren wechselnden Ausstellungen nur solche Künstler vorführen, die in weiterem Sinne zum Kreise ihrer Hausstünstler gehören und diesen oft zur Folie dienen müssen.

Diese für manche Künstler recht wertvolle Gelegenheit, sich einem gewählten Publikum wenigstens bekannt zu machen, drohten die Kunstshändler bei Erlaß des Luxussteuergesetes aufzuheben. Ihre Maßregel sollte sich gegen die Künstlerschaft im allgemeinen richten, von denen sich die Kunsthändler in ihrem Kampf gegen das Gesetz nicht genügend unterstützt glaubten; die Künstlerschaft wurde, sehr zu unrecht, von ihnen beschuldigt, sür die Freigabe der Atelierverkäuse in lässiger Beise den Kunsthändler der Steuer ausgeliesert zu haben. Inzwischen sind aber auch die von Kunsthändlern in ihren Ausstellungen erzielten Verkäuse von Werken lebender Künstler von der Luxussteuer befreit worden. Die Orohung blieb also unausgeführt.

Für einen vermehrten Verkauf der Künstler an den Handel hat die Zunahme der Kunsthändler wenig zu bedeuten, bezw. vermag sie ihn nicht zu beweisen.

IX. Schülerbestand der Lehranstalten.

a) Die öffentlichen Lehranstalten.

Durchschnittlich haben die öffentlichen Kunstlehranstalten nach einem starken Rückgang während der Kriegszeit im Jahre 1921 den

Schülerstand des Jahres 1913 wieder erreicht, so 3. B. in München die Akademie und die mit einer Malschule verbundene städtische Ge= werbeschule. Eine Zunahme von 121/2 % verzeichnet die Akademie in Düsseldorf, doch ift dieser Zugang junächst auf die Auflösung der Runftgewerbeschule und deren teilweise Verschmelzung mit ihr zurückzuführen; daneben hat aber das Inspektorat auch einen grundsätzlich ber= mehrten Andrang gemeldet. Eine gleiche Verschmelzung der gleichen Unstalten hat auch in Rarlsruhe stattgefunden, und die neuerdings zu bemerkende Zunahme wird auf die Rechnung des Kunftgewerbes ge= sett. In Stuttgart hat sich die Schülerzahl der Akademic um 18%, die der Kunftgewerbeschule aber um 114 % vermehrt. Die Kunftgewerbeschulen verlangen zwar grundsätlich von ihren Schülern, daß fie eine vorangegangene Zweijährige Praxis im Handwerk nachweisen, doch ist dieser Nachweis vom weiblichen Element, das sich 'sehr zum Kunst= gewerbe drängt, nur selten zu erbringen; in absehbarer Zeit wird so den männlichen Rräften eine, wenn auch nicht gleichwertige, so doch bedeutend vermehrte Konkurrenz erwachsen.

Als freie Lehrkräfte sind manche Künstler (vgl. den abgedruckten Brief der Rovembergruppe) nur ungern an Kunstschulen tätig, weil sie erstens darin einen künstlerischen Frondienst erblicken, zweitens aber, zumal neuerdings die festen und dauernden Anstellungen stark einsgeschränkt werden, weil sie dabei eine nur recht unzulängliche Entlohnung sinden. Das Gehalt eines sehr bekannten Akademieprofessoriener großen Kunststadt war 1921 auf nur 24000 Mark jährlich besmessen kunststadt war 1921 auf nur 24000 Mark jährlich besmessen und reichte selbstverständlich, da Nebenerwerb zudem aus Gesundheitsgründen nicht möglich war, zum Lebensunterhalt nicht annähernd aus. Der WB. in Dresden wendet sich mit besonderem Nachdruck gegen die Auffassung, daß ein als Lehrer angestellter Künstler besser sich befinde als der frei schaffende. Dieser Einspruch ist in dieser grundsählichen Form doch wohl nicht gültig, da es viele Künstler gibt, denen gerade ihre Tätigkeit an Lehranstalten mancherlei Nebenaufträge einbringt.

b) Private Runftschulen.

Ein nicht unbeträchtlicher Teil des Nachwuchses wird neben den Akademien an Privatschulen herangebildet und entzieht sich deshalb aus naheliegenden Gründen der Statistik. In Düsseldorf wird diese Bahl an zwei Privatschulen zusammen auf 10 % der Akademiebesucher

geschätt; viele Künstler unterrichten aber im einzelnen, ohne einen eigentlichen Schulbetrieb innezuhaben.

Man schätzt nicht zu hoch, wenn man die Zahl der Künstler, die alljährlich an Akademien, Runftgewerbeschulen und privatim unterrichtet werden, auf etwa 4000 angibt, eine Bermehrung, die selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß hiervon ein erheblicher Teil in die Industrie, in den dauernden hilfsstand, oder in die Ehe abgeht, den ohnedies nicht mehr tragfähigen Boden des künstlerischen Broduktionserwerbes bis zum Zusammenbruch überlastet; nur die Ber= teilung dieser Last auf das Runstgewerbe, besser gesagt, auf die beratende Tätigkeit in der Kunftindustrie kann einen leidlichen Ausgleich schaffen. Aber da muß die schon oft begründete Anklage mit allem Nachdruck wiederholt werden, daß die Akademien in sträflicher Berkalkung ihre gläubig vertrauenden Zöglinge nur höchst mangelhaft auf diese Neueinstellung vorbereitet und überhaupt nur felten zu erwerbsfähigen Menschen herangebildet haben. Ohne die Werkbundbewegung ständen wir heute schon weit tiefer in der Katastrophe, die sich für viele wohl nicht mehr abwenden lassen wird.

X. Der Ateliermangel.

Gar nicht schwarz genug kann die Tatsache angestrichen werden, daß eine große Zahl von Künstlern nicht einmal mehr eine Arbeits= stätte besitzt und das unschuldige Opfer der behördlicher Wilkfür preiß= gegebenen städtischen Wohnungsverhältnisse geworden ist.

In Berlin ist der achte Teil der Künstler ohne Atelier. In Dresden ebenso. In Königsberg gibt es für die 116 Mitglieder des WB. nur 2 (!) richtige und zwei behelfsmäßige Ateliers. In Gera und Jena sind überhaupt keine vorhanden, und in Weimar hat das Wohnungsamt die vorhandenen Ateliers zu Wohnungszwecken beschlagnahmt; die gleiche Forderung stellte das Wohnungsamt in Frankfurt am Main. In Karlsruhe und an anderen Orten besteht empfindlicher Mangel an Ateliers, besonders dadurch, daß sie für andere Zwecke verwendet und umgebaut werden. "Das Badische Arbeitsministerium hat zwar auf die Vorstellungen des WB. in Karlsruhe hin das Mieteinigungsamt ansgewiesen, die Kündigung von Atelierräumen nur dann zuzulassen, wenn dem betreffenden Künstler ein anderer Kaum zur Versügung steht; aber durch außerordentliche Steigerung des Mietpreises und durch andere

Magnahmen wird dieser Schut oft illusvrisch gemacht." Starker Mangel herrscht in München. "Die Atelierfrage wird vom Wohnungsamt fehr läffig behandelt, trot fortwährenden Eingreifens des BB." Die Arbeit der Atelierkommission des WB. in Berlin wurde dadurch fehr erschwert, daß die Stadt Berlin die Ateliers als "gewerbliche" Räume der öffentlichen Bewirtschaftung entzog und damit dem Bucher alle Tore öffnete. So war das Wohnungsamt nicht mehr in der Lage, leerstehende oder zu Lagerzwecken benützte Ateliers zu beschlagnahmen, es sei denn, daß der Künstler auch gleich darin wohnen wollte, was aber auch nur selten überhaupt möglich war. Eine einheitliche Regelung der in allen Bezirken verschieden gehandhabten Atelierfrage war nicht zu erreichen. Endlich bestimmte der Wohlfahrtsminister, daß Ateliers keine gewerblichen Käume seien, doch versuchen die Hauseigentümer immer wieder, die Ateliers beim Abschluß von Berträgen in diesen als "gewerbliche" Räume zu bezeichnen, obwohl sich endlich auch das Zentralwohnungsamt der Auffassung des Wohlfahrtsministers angeschlossen hat.

Es wurde klar, daß die Regelung der Atelierfrage nur noch durch Ausnahmebestimmungen geregelt werden könnte. Der RWB. hat des= halb durch seinen dieser Körperschaft als offizieller Bertreter angehören= den Generalsekretär im Reichswirtschaftsrat den Antrag eingebracht:

Der Reichswirtschaftsrat wolle beschließen: Die Regierung wird ersucht, bei Regelung des Wohnungsbaues und des Micterschutes die Arbeitsräume der bilbenden Künftler (Ateliers) gegebenenfalls durch Ausnahmebestimmungen zu berücksichtigen. Die Gemeinden sollen gegebenenfalls unter Beihilse der Regierung durch Zuschäfiste die Neuerrichtung von Künstlerateliers ermöglichen. Die Mictseinigungsämter dürsen die Künstlerateliers nicht als gewerbliche Räume betrachten, da die Künstler einen freien Beruf und kein Gewerbe ausgüben.

Dem Antrag wurde folgende Begründung gegeben:

Begründung: Die Tätigkeit der Künstler wirkt befruchtend und anzegend auf weiten Gebieten der Industrie und des Handwerks, auf Konsektion, Modes, Möbels, Textils, Tapetens, Papiers usw. Industrie, Reklamewesen, Theater, Kino. Die Anregungen gehen von Ausstellungen und Reproduktionen aus, die den Künstlern oft keinerlei Ginnahmen bieten, sondern ihnen noch erhebliche Opfer auserlegen. Sie können in der Negel nicht von ihren Werken ein Ginskommen erzielen, das ihnen ermöglicht, dei den heutigen Preisen Ateliers aus eigenen Mitteln zu dauen. Die Erhaltung der Kunst, die in der Verfassung ausdrücklich verheißen ist, liegt im öffentlichen Interesse. In den Grundsbedingungen des künstlerischen Schaffens gehört ein zweckentsprechender Arbeitsraum. In der Borkriegszeit waren diese Käume verhältnismäßig billig, da sie meist in den damals für Wohnungszwecke verbotenen Dachgeschossen errichtet

waren. Nachbem jeht die Dachgeschoffe zum Wohnen freigegeben worden find, befinden fich die Künftler in ständiger Gefahr, von zahlungsträftigeren Mietsluftigen aus ihren Ateliers verdrängt zu werden. Mindestens ein Achtel der Künftler ift in Berlin überhaupt ohne Atelier, in anderen Kunftstädten liegt es nicht besser.

Ift die Kunstentwicklung durch Entziehung ihrer Lebensbedingungen erft einmal verkümmert, so wird sie nicht so leicht wieder in die Höhe kommen. Der Schaben für Industrie und Handwerk und für unser ganzes Kulturleben wäre unersetzlich.

Der Erfolg dieses, im Frühjahr eingereichten Antrages steht noch aus, und es wäre sehr zu wünschen, daß wir einen wirklichen Schritt weiter kämen, bevor die kalte Jahreszeit eintritt.

Schlußwort.

Die mir zur Verfügung stehenden Antworten auf die zehn Fragen, die der RWB. in einem Rundschreiben seinen lokalen Unterorganisationen und anderen Verbänden vorgelegt hatte, ist hiermit erschöpft, doch sei meine Darstellung durch einiges Material, das direkt aus der Tätigkeit des Generalsekretariates des Reichswirtschaftsverbandes bildender Künstler Deutschlands geflossen ist, ergänzt.

Der § 142 der Verfassung des Deutschen Reiches hat folgenden Bortlaut:

"Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil."

Die Künstlerschaft hat cs in den letzten vier Jahren leider erleben müssen und erlebt es noch täglich, daß der Staat weder die nötigen Mittel noch das ersorderliche Verständnis für die Pflege der Kunst aufzubringen versteht. Wögen ihm hierfür die schwierigen inneren und äußeren Verhältnisse zugute gerechnet werden. Aber daß er den Schutz der Kunst derart vernachlässigt und fortwährend Gesetze und Maß-nahmen zuläßt, durch die die Kunst in ihren Vertretern geradeaus geschädigt wird, das wird ihm in der Geschichte dieser Zeiten ein hartes Urteil einbringen. (Vir nehmen hier den "Staat" als Inbegriff aller mit geschgeberischer oder außführender Gewalt ausgestatteter Behörden.)

Wie geringschätzig in der Atelierfrage mit den Künstlern verfahren wird, habe ich bereits geschildert. Es wird hier, wie leider jetzt fast immer, auf die psychische Einstellung der Künstler nicht die geringste Kücksicht genommen. Die Reichswohnungsabgabe für ihre Wohnungen zu zahlen, sind die Künstler, soweit sie es können, gern bereit; daß

diese Steuer aber auch für ihre, ohnedies schon so überteuerten Arbeitsräume abverlangt wird, wie es in Württemberg und in anderen Ländern der Fall ist, will nicht in ihren Sinn und wird überdies so wenig einbringen, daß man diese Berletzung bei einiger Geschicklichkeit hätte bermeiden können.

Gewerbesteuer, Luxussteuer und Umsatsteuer, das sind die schönsten Blüten aus dem Bukett, das der neue Staat der Rünftlerschaft als Morgengabe (nach § 142 der Reichsberfassung!) überreichte. Die Bewerbesteuer bezeichnete der Syndikus des AWB. als einen Eingriff in die Steuerhoheit des Reiches und eine einstimmige Entschließung der letten Hauptversammlung des ABB. bestritt den Ginzelstaaten das Recht zu einer, übrigens so sinnwidrigen Gesetgebung und appellierte an die zuständigen Reichsbehörden "um Schut hiergegen und angesichts der allgemeinen Notlage von Kunft und Künstlern um energische Wahrung ihrer kulturellen Aufgaben". Tropbem wird in Sachsen, Großthüringen und in anderen Ländern die Gewerbesteuer lustig weiter er= hoben, und auch in Württemberg droht sie den Künstlern. — Nicht nur, daß die Künstler wie die anderen geistigen Berufe in einer Logisch gar nicht zu rechtfertigenden Beise mit der Umsatsteuer doppelt besteuert werden, nein, es müffen die Künftler, was die Bildhauer besonders schwer trifft, ihre Umfäte brutto besteuern lassen, das heißt, sie muffen auch das Material, an dem fie, wie wir weiter oben gefehen haben, oft noch verlieren und das schon längst irgendwo versteuert war, in ihren "Umfat" einrechnen, und erlegen damit Summen, die schon in gar keinem Berhältnis mehr stehen zu ihrer endlich verbleibenden Nettoeinnahme. — Über die Luzussteuer, dieses Erzeugnis einer kunst= ahnungslosen Bureaukratenseele, kann ich mich kurz fassen, weil darüber schon so viel geschrieben und gehöhnt worden ist, und weil die Künstler durch ihren RBB. ja endlich erreicht haben, daß wenigstens ihre Atelierverkäufe von dieser Abgabe befreit wurden; aber immer noch lastet sie auf den eigenen Ausstellungen der Künstlerschaft und auf dem Kunsthandel, und was sie im "Porzellanladen" des Kunstgewerbes anrichtet, wo sie statt des Luxus jegliche künstlerische Berfeinerung und Blüte mit Todesschauern berfolgt, ift mit den wenigen Worten, die mir hier zur Berfügung stehen, überhaupt nicht zu fagen. Die direkte oder indirekte Schädigung der Künftler, die weit über die Geld= abgabe im einzelnen hinausgeht, liegt auf der Hand. — Die neue Vermögenssteuer will in radikaler Beise den Runftbesit alljährlich besteuern und wird zur Zertrümmerung mancher Privatgalerie führen. Nach vieler Mühe hat es der RWB. durchgesetzt, daß im Reichstag die Werke der lebenden und in den letzten 15 Jahren verstorbenen Künstler ausgenommen wurden, so daß-die Kunstfreunde jetzt wenigstens mit den lebenden Künstlern leben können.

Kann man in diesen mißratenen Gebilden der Gesetzgebung immer noch die Absicht, im Staatsinteresse zu handeln, erkennen, so wird eine Berfügung des Reichsjustizministers, die den Urheberschutz einfach illu= sorisch macht, als rücksichtslose Geringschätzung empfunden und hat in der Künstlerschaft eine außerordentliche Erregung berursacht, die nicht jo leicht zur Ruhe kommen wird. Nach dem Urheberrecht muß der Staatsanwalt jeden geistigen Diebstahl (Plagiat) verfolgen, falls offensichtlich eine Böswilligkeit vorliegt. Zur Entlastung der Gerichte hat nun der Minister den Staatsanwälten anheimgestellt, die Künstler auf die Zivilklage zu verweisen, falls kein öffentliches Interesse vorläge, das sie nun nie mehr erkennen können. Infolgedessen sind die Künstler auf die viel Geld und Zeit erfordernde Privatklage verwiesen und bleiben in den allermeisten Fällen durch die, besonders in der Plastik und in der Kleinkunstindustrie viel vorkommenden Nachbildungen dauernd geschädigt. Würde einer dieser Rachbildner silberne Löffel oder noch viel Geringwertigeres stehlen, so würde ihn der Staatsanwalt un= nachsichtlich verfolgen, aber wenn er nur geistiges Eigentum stiehlt, so liegt kein öffentliches Interesse vor. Darin sehen die Rünftler eine unduldbare Geringschätzung.

Eine erhebliche wirtschaftliche Erschwerung ist mit der Aufhebung der Frachtermäßigung für Ausstellungsgut über die Künstler verhängt worden und wird zur Folge haben, daß man in München oder Berlin keine Bilder aus Düsseldorf oder Stuttgart mehr wird zu sehen bestommen und so fort; da dieser Austausch fortfällt, der die Kunst immer frisch erhalten hat, wird Inzucht an seine Stelle treten. Sollte sich je ein Künstler noch entschließen, sein Werk nach auswärts zu derschicken, so wird es an der Bahn nur für einen lächerlich geringen Versicherungswert angenommen, der bei Verlust oder Beschädigung auch nicht ansnähernden Ersat bietet.

Alls Kleinigkeit erscheint daneben, daß das Preußische Kultusministerium den Künstlern den freien Eintritt in die Museen entzogen hat und ihnen nur, wenn sie nachweisen, daß der Besuch von Beruss wegen notwendig (!) ist, eine ermäßigte Karte verkausen will; daß die Stipendien, die aus Staatsmitteln bewilligt werden, immer noch mit dem Borkriegsbetrag von 3000 Mk. erscheinen und ausgeschrieben werden, allerdings jeht ohne die Berpflichtung, dafür eine Reise nach Italien zu unternehmen. Also nicht einmal die "kleinen Geschenke", die nach dem Sprichwort die Freundschaft erhalten sollen...

Alls ihren Freund können die Künstler den "Staat" wirklich nicht mehr ansehen. Dafür find sie aber von allen Seiten von Feinden umgeben. Beil die Rünftlerschaft, was ihr in diesen Zeiten gewiß nicht verdacht werden kann, den Bersuch gemacht hat, zur Selbsthilfe zu greifen, indem sie, zunächst in Berlin, nun aber auch in vielen anderen Runftstätten, einen "Rünftlerbedarf" einrichteten, das heißt Berkaufs= läden, in denen die Künftler bei sich selbst Material für die Arbeit kaufen können, haben die Farbenfabrikanten, statt sich über den Unter= nehmungsgeift und den neuen Runden zu freuen, ein Bopkott gegen diese Verkaufsläden und Stellen begonnen; es wird ihnen aber nichts helfen, ebensowenig den sie aufpeitschenden Händlern, denn vier große und leistungsfähige Fabriken sind auf der Seite der Rünftler geblieben, die recht guten Absatz haben, allen Käufern 10 % Rabatt bewilligen und den übrigen Reinverdienst gemeinsamen Organisationszwecken zuführen. Aber immerhin schafft das seindliche Berhalten der kurzsichtigen Farbenhändler unnötige Reibungen.

Biel schädigender als diese Schikane wirkt es auf das Erwerbsleben der Künftlerschaft, daß die Runftverleger immer noch die Schaffung eines bitter notwendigen Runftverlagsrechtes zu verhindern suchen. Sie behaupten, es hätten sich im Laufe der Jahre längst feste "Usancen" herausgebildet, die für den beiderseitigen Berkehr vollauf genügten, und fo lehnen fie felbst die Formulierung eines dispositiven Gesetes ab; von einem zwingenden Gesetz, wie es die Künstler wünschen, wollen sie schon gar nichts hören. Leider beurteilen sie diese "Usancen", die in der Künftlerschaft vielfach als Migbräuche bezeichnet werden, sehr ein= seitig. Endlich, nach 14 jährigem Sträuben, hatte man die Berleger dennoch dazu gebracht, daß sie sich mit Bertretern aller Kunstkategorien an den Verhandlungstisch setten; aber, obwohl die Rünftler wirklich äußerstes Entgegenkommen zeigten, wurden die Berhandlungen brüsk abgebrochen mit der Erklärung, daß die Berleger sich nur zu einem jeweiligen Schiedsgerichtsverfahren bereit finden lassen könnten. Da aber in dieses Schiedsgericht jede Partei immer nur zwei Bertreter entsenden sollte und kein Obmann gewählt werden dürfte, weil dieser

zu sehr "umworben" würde, so kann aus dieser Art von Schiedsgericht wirklich nichts Positives herauskommen; wer aber das dilatorische Bersfahren länger aushalten könnte, der kapitalstarke Berleger oder arme Künstler, ist ohne weiteres klar.

Nun bleibt nichts anderes übrig, als daß das Reichsjustizministerium, was es auch bereits zusagte, den Bersuch macht, die Parteien auss neue zu Berhandlungen über ein Kunstverlagsrecht zusammenzubringen. Übrigens haben sich beide Gegner, die Berleger wie die Farbenfabrikanten, ansehnliche Fonds zum Kampf gegen die Künstlersschaft — auf deren Kosten geschaffen: die Berleger, indem sie die sehr bedeutenden Balutazuschläge beim Export allein in die eigene Tasche steeften, die Farbenfabrikanten, indem sie große Quantitäten zu sehr hohem Preise ins Ausland aussührten, aber dennoch die Farben für die Künstler in der Heimat immer mehr verteuerten.

Es ift ein wahres Glück, daß sich die bildenden Künstler eine, wenn auch kapitalschwache, aber doch straff zusammengehaltene und sehr umsfassende Organisation in den lokalen Wirtschaftlichen Verbänden, und in deren Zusammenschluß, dem Reichswirtschaftsverband bildender Künstler Deutschlands, geschaffen haben; denn sonst könnten sie diese und unendlich viele andere Ausgaben nicht durchführen und zur Vertretung ihrer Interessen und zum dauernden Zusammenhalt ein eigenes, jetzt zweimal monatlich erscheinendes Blättchen "Kunst und Wirtschaft" verslegen. Eine Gegenorganisation besteht nicht, und so war es möglich, daß die bildende Künstlerschaft in den Reichswirtschaftsrat zwei Verstreter, den ersten Vorsitzenden des KWV., Dr. Gönner, und den Generalsekretär Otto Marcus, beide ausübende Künstler, entsandte, wo sie, wie aus meiner vorstehenden Schilderung hervorging, schon mancherlei erkämpfen konnten.

Sehr zu wünschen wäre es, wenn sich Männer der öffentlichen Wirksamkeit, also Parlamentarier, ferner Regierung und Behörden ernsthafter als bisher mit der wirklich nicht beneidenswerten, im Gegeneteil sehr bedrohten Lage der Künstlerschaft befassen wollten. Es würde mich sehr freuen, wenn meine kurze Darlegung hierzu Beranlassung bieten könnte, und ich danke, zugleich im Namen des Neichswirtschaftsverbandes bildender Künstler Deutschlands, dem Berein für Sozialpolitik, daß mir Gelegenheit gegeben wurde, nach bestem Wissen, wenn auch leider mit unzulänglichen Mitteln die derzeitige Notlage der bildenden Künstler zu schildern.